



ADS-GRENZFRIEDENSBUND

AN DEINER SEITE

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



**75 Jahre Europa Universität
Flensburg**

**Die Insel Aerø im Herzogtum
Schleswig**

**Reichstagswahlen und NSDAP
im Raum Schleswig,
Teil 1**

**I.P. Nielsen – eine Biographie,
Teil 2**

**Johan Jacobsen – Sonderburgs
erster sozialdemokratischer
Bürgermeister**

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

- HERAUSGEBER:** ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig
- Redaktionsgeschäftsstelle:** Barbara Quednau
- Anschrift:** Mürwiker Straße 115 · 24943 Flensburg
Telefon (04 61) 86 93-425 · Telefax (04 61) 86 93-420
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de
www.ads-grenzfriedensbund.de
www.facebook.com/Grenzfriedenshefte
- Geschäftszeit:** Dienstag, 09.00-12.00 Uhr, Mittwoch, 09.00-13.00 Uhr
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0
- Mitgliedsbeitrag:** 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.
- Abonnement:** 15 € zuzgl. Porto
- Bankverbindungen:** HypoVereinsbank – BIC: HYVEDEMM300
IBAN: DE27 2003 0000 0080 0094 07
Nord-Ostsee-Sparkasse – BIC: NOLADE21NOS
IBAN: DE74 2175 0000 0000 0829 88

INHALT

Seite

<i>Uwe Danker, Marie-Theres Marx, Melanie Oertel, Jan Waitzmann, Leah Zeidler</i> Lehrkräfte für die Demokratie? Gründung, Personal und Programm der Pädagogischen Hochschule Flensburg. Festvortrag, gehalten am 9. September 2021 auf der Festveranstaltung der Europa-Universität Flensburg	157
<i>Kim Furdal</i> Die Insel Ærø als Teil des Herzogtums Schleswig	175
<i>Frank Omland</i> Der Aufstieg der NSDAP im Landkreis Schleswig – ein (wahl-)statistischer Vergleich von 1928 bis 1933. Teil 1: die wirtschaftliche und soziale Lage und deren Einfluss auf die Stimmergebnisse der Nationalsozialisten	195
<i>Karl-Werner Schunck</i> I.P. Nielsen. „Kindervater“ und „Sønderjysk Folketingsmand“, Teil 2	231
<i>Frode Sørensen</i> Ein Bürgermeister zwischen Dänisch und Deutsch. Der Sozialdemokrat Johan Jacobsen aus Sonderburg (1863–1937) und sein Wirken in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg – Teil 1	261
Umschau	281
Buchhinweise	293
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe	321

Die Grenzfriedenshefte erscheinen halbjährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 7 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Unabhängige Redaktion der Grenzfriedenshefte:

- Dr. Levke Bittlinger
- Ilse Friis, cand.mag.
- Ruth E. Clausen, Dipl. Museol. (FH)
- Dr. Matthias Scharl (verantw.)
- Gerret Liebing Schlaber, ph.d.

Redaktionsanschrift: Mürwiker Straße 115, 24943 Flensburg

Printed in Germany

ISSN 1867-1853

Lehrkräfte für die Demokratie? Gründung, Personal und Programm der Pädagogischen Hochschule Flensburg

Festvortrag, gehalten am 9. September 2021 auf der
Festveranstaltung der Europa-Universität Flensburg

von UWE DANKER, MARIE-THERES MARX, MELANIE OERTEL,
JAN WAITZMANN und LEAH ZEIDLER

*Ein knappes Jahr nach Kriegsende, im März 1946, wurde die Pädagogische Hochschule Flensburg am Standort Mürwik mit der Erlaubnis der Britischen Militärregierung gegründet. Sie hatte den Auftrag für eine Demokratiebildung der deutschen Bevölkerung zu sorgen. Dies stand als Thema dann 2021 bei den Feierlichkeiten zum 75jährigen Jubiläum der heutigen Europa-Universität Flensburg (EUF) im Zentrum. „Wer andere, neue Deutsche will, so die Briten, muss einen Neuanfang markieren und mit den Volksschulen und ihren Lehrkräften beginnen“, so betonte es Universitätspräsident Werner Reinhart. Im Rahmen des hybriden Festaktes am 9. September 2021 hielten der Professor für Geschichte und Geschichtsdidaktik und Direktor der Forschungsstelle für Regionale Zeitgeschichte und Publik History an der EUF, Prof. Dr. Uwe Danker, zusammen mit seinen Mitarbeitenden Marie-Theres Marx, Melanie Oertel, Jan Waitzmann und Leah Zeidler einen Vortrag über ersten Jahre der Flensburger Lehramtsausbildung. Die Autor*innen, mit deren freundlicher Genehmigung der Vortrag in den Grenzfriedensheften erscheinen darf, beschäftigen sich mit der Frage, wie demokratisch oder doch NS-belastet im biografischen und fachlichen Sinne die neuen Lehrenden der Hochschule in den ersten zwei Jahrzehnten nach der Gründung waren, als ein extremer Lehrermangel in den Schulen schnell behoben werden musste.*

Die Redaktion

Einleitung

Am Anfang war die These, übrigens ein Input unseres Präsidenten: Wenn 1946 die britische Besatzungsmacht die Gründung unserer Hochschule als völlige Neuschöpfung initiierte, wird das Projekt doch wohl getragen gewesen sein von einem durch und durch demokratischen Impetus und entsprechendem Personal. – Oder?

Wir wollen diese These abklopfen in drei kurzen Anläufen, indem wir uns befassen erstens mit dem Gründungsszenario, zweitens mit dem Lehrkörper und drittens dem Studium. Wir beschränken uns auf die ersten zwei Jahrzehnte.

Die Gründung

Mit der Festouvertüre von Johannes Brahms, intoniert vom städtischen Orchester, begann am 23. März 1946 in Flensburg die Feierstunde zur Eröffnung der Pädagogischen Hochschule, der ersten PH in Schleswig-Holstein, ja der ersten PH überhaupt. Das Kriegsende war noch kein Jahr her, die preußische Provinz Schleswig-Holstein zählte zur britischen Besatzungszone. Während die deutsche „Zusammenbruchsgesellschaft“ mit vielen Alltagsproblemen kämpfte, gab es Weichenstellungen für eine neue Zukunft. Hauptakteure waren britische Besatzer. Für sie bildete die Neuausrichtung der Lehramtsausbildung ein Leuchtturmprojekt, einbeschrieben in ihr Gesamtkonzept. Denn sie wollten nicht weniger als die Deutschen verändern!

Die erfahrene Kolonialmacht Großbritannien hatte sich auf die Besatzungsarbeit vorbereitet. Höchste Priorität sollte Sicherheit vor einem möglicherweise wieder gefährlichen Deutschland besitzen; alles andere wurde von diesem Ziel abgeleitet. „The German Character“, so britische Analysen, neige zum Autoritären und zum Extremen. Deshalb ging es den Briten neben der „De-Nazifikation“, der politischen Säuberung und Unschädlichmachung der NS-Eliten, um die „Re-Education“, eine „Säuberung der Köpfe“ – letztendlich die Demokratisierung. Das war ein wirklich ambitioniertes Ziel, wenn man bedenkt, dass die Deutschen ihre Weimarer Demokratie preisgegeben, ja aktiv und mit Mehrheit abgeschafft hatten – mit verheerenden Folgen.

Die Neuorientierung umfasste einen demokratischen Herrschaftsaufbau, die Schaffung freier Medien sowie den Umbau des Bildungswesens einschließlich der Universitäten. Aus pragmatischen Gründen ließen die Briten das mehrgliedrige deutsche Schulsystem unangetastet, konzentrierten sich stattdessen auf Reformen der Curricula und der Lehramtsausbildung. In den Fokus rückten sie insbesondere die Volksschule, die eine deutliche Mehrheit der Heranwachsenden erfasste und sich für erzieherische Einflussnahmen anbot. Die neu



Abb. 1 Examensfoto des Sonderlehrgangs für Kriegsteilnehmer an der PH Flensburg 1947

ausgerichtete Ausbildung der Volksschullehrkräfte sollte zum Katalysator des Wandels werden.

Während der Weimarer Republik hatten sich Lehrerbildungsanstalten hin zu einem eher akademisierten Studium fortentwickelt. Der NS-Staat kehrte die Richtung wieder um, 1942 waren die Hochschulen für Lehrerbildung geschlossen und durch nationalsozialistisch formierte Lehrerbildungsanstalten ersetzt worden. Ab 1945 entwickelte sich auf deutscher Seite der Mathematiker und Pädagoge Friedrich Drenckhahn (1894–1977) zur prägenden Figur der Neuausrichtung der schleswig-holsteinischen Lehramtsausbildung. Er wird in unserem Vortrag in verschiedenen Rollen immer wieder auftauchen! Von 1928 bis 1942 hatte er als Professor für Mathematik und stellvertretender Direktor am Pädagogischen Institut sowie der Hochschule für Lehrerbildung in Rostock gewirkt. 1945 floh er nach Aumühle in Schleswig-Holstein. Dort formulierte er noch im Sommer eine Denkschrift zur künftigen Volksschullehrerausbildung. In dieser forderte er die Rückkehr zur akademischen Orientierung, die über eine Rekonstruktion der Weimarer Strukturen hinausging und den Gegebenheiten der Nachkriegszeit Rechnung trug. Damit bewarb sich Drenckhahn erfolgreich um eine Stelle im Oberpräsidium. Im Oktober 1945 wurde er zum Referenten für Lehrerbildung ernannt.

Die britische Besatzungsmacht und die Landesverwaltung sahen sich einem extremen Lehrkräftemangel gegenüber: Kriegsfolgen und Entnazifizierungsverluste, zudem fast die Verdoppelung der Bevölkerung Schleswig-Holsteins, schufen großen Bedarf für eine schnelle und reformierte Lehramtsausbildung. Gleich zwei Pädagogische Hochschulen wurden geplant und zudem eine Reihe vorübergehender Notmaßnahmen. An den ehemaligen Lehrerbildungsanstalten fanden Notkurse statt, noch nicht examinierte Lehrkräfte und Schulhelfer*innen, die sich bereits im Dienst bewährt hatten, wurden zu Volksschullehrkräften ausgebildet. Auch an den beiden Pädagogischen Hochschulen begann 1946 zunächst ein einmaliger 15-monatiger Sonderlehrgang für ältere und schwerkriegsbeschädigte Abiturienten. Auftakt für die 220 Teilnehmer war die Eröffnung der PH Flensburg, als auch die PH Kiel ihren Betrieb aufnahm, wurden die Studierenden aufgeteilt.

Die Wahl des Standorts Flensburg war von Anfang an umstritten. Während man in Kiel an die Tradition der Pädagogischen Akademie anknüpfte, favorisierte Friedrich Drenckhahn als zweiten PH-Standort Lübeck. Die Grenzstadt Flensburg mit dem schwelenden deutsch-dänischen Konflikt schien ihm ungeeignet. Die Briten bewerteten die Frage rein pragmatisch. Während in Lübeck keine geeigneten Räumlichkeiten verfügbar schienen, stand die ehemalige Marineschule in Mürwik leer, und für die Unterbringung von Studierenden und Lehrenden konnten zwei Baracken des Heinz-Krey-Lagers genutzt werden. – Zufall führte die PH hierher, mehr nicht.

Schon in den ersten Jahren gab es Überlegungen, ein einführendes PH-Studium um ein fachbezogenes Angebot an der Kieler Universität aufzustocken, also nur das halbe Studium hier zu belassen. Hintergrund war die Schulreform der sozialdemokratischen Landesregierung. Allerdings scheiterten die Überlegungen bereits an Raumfragen in Kiel – und nach dem Regierungswechsel an der widerrufenen Reform.

Am Beginn der 1950er Jahre geriet der PH-Standort Flensburg erneut in die Diskussion. Im Vorfeld der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik beanspruchten die Planer die Marineschule für ihre Zwecke. Auch existierten zeitweise Überlegungen, die beiden PHs in Kiel zusammenzulegen, woraufhin das Flensburger Kollegium 1954 erstmals inhaltliche Argumente für den Verbleib in Flensburg anführte, unter anderem auch die bedeutende Rolle als Kultureinrichtung im deutsch-dänischen Grenzland. Und 1955 warben Bürgerverein und Magistrat der Stadt Heide für eine Verlegung der PH dorthin. An der Westküste sah man sich wirtschaftlich und kulturell benachteiligt.

Umgesetzt wurde von alledem nichts. Das Landeskabinett verfolgte einen Neubau in Flensburg. – Standortdebatten aber würden auch später immer wieder aufkommen.



Prof. Dr. Uwe Danker (Mitte) und seine Mitarbeiter*innen beim Festvortrag

Zurück ins Jahr 1946: Nur sieben Lehrende wirkten anfangs in Flensburg, vier Professoren, ein hauptamtlicher und zwei nebenamtliche Dozent*innen. Sie alle mussten ihre Lehrinhalte vorab mit den britischen Behörden absprechen, von Vorlesungstexten waren Abschriften einzureichen. Während der Lehrbetrieb in der Marineschule also reibungslos anlaufen konnte, gab es andere Probleme, die sich in einem Visitationsbericht Drenckhahns im September 1946 niederschlugen. So fielen Praxiserfahrungen an Flensburger Schulen meist weg, denn Unterricht fand kriegsbedingt noch nicht wieder regulär statt und Studierende konkurrierten mit den Lehrkräften um rare Unterrichtsstunden.

Und die materiellen Bedingungen waren spartanisch: Ortsfremden Studierenden und Lehrenden standen zwei Baracken zur Verfügung. Bei einer Belegung mit vier Personen pro Zimmer konnten insgesamt 200 untergebracht werden. Eine Großküche bekochte auch in anderen Baracken des Lagers untergebrachte ehemalige Marineangehörige und Patienten des Lazarets Mürwik. Es gab keine Waschgelegenheiten, Studierende brachten eigene Schüsseln mit. Unter diesen Bedingungen rückte immer wieder die private Alltagsbewältigung in den Vordergrund, wie eine Inspektion erbrachte. Am 24. Juni 1946 besichtigten

Mrs. Ferguson und Miss Walker von der britischen Besatzungsbehörde die Pädagogische Hochschule in Flensburg, unangemeldet. Als sie an diesem Tag, es war ein Montag, gegen 11 Uhr eintrafen, fanden sie die Einrichtung weitestgehend verwaist vor; jedenfalls vom Lehrkörper war niemand anwesend. Um 11 Uhr traf der Biologiedozent Walther Emeis ein und hielt vor jenen Studierenden, die man kurzfristig einbestellen konnte, eine spontane Vorlesung. Ein in der Hochschule aufgefundener Stundenplan verdeutlichte, dass der Lehrbetrieb an Montagen erst um 14 Uhr begann. Hintergrund war, dass viele Studierende und Lehrende an den Wochenenden Flensburg verließen. Wäschewechsel, bessere Verpflegung, Unterstützung der Familie in Notzeiten bildeten ihre nachvollziehbaren Motive.

Drenckhahn, der Ferguson und Walker begleitet hatte, verfasste einen Vermerk zu der Besichtigung. Ergebnis: PH-Direktor Gerhard Bohne habe sich „unmöglich gemacht“. Dieser rechtfertigte sich zwar, die Regelung sei mit Drenckhahn erörtert und von ihm bewilligt worden. Dennoch wurde Bohne abgelöst, nach Kiel strafversetzt und weiter als Religionsdozent zum Pädagogischen Lehrgang in Burg/Dithmarschen abgeordnet. – Mehr geht nicht! Das alles mündete in einen jahrelangen privatrechtlichen Streit zwischen Bohne und Drenckhahn um üble Nachreden usw., erst 1949 schlossen beide einen Vergleich.

Nun aber traf es Drenckhahn selbst: Nach seiner Arbeit im Oberpräsidium seit 1946 Gründungsdirektor der Kieler PH, wurde er 1949 zum einfachen Professor degradiert und nach Flensburg versetzt. Ursache waren verschiedene Konflikte mit Kollegen, auch Vorwürfe, er habe seine Rolle in der NS-Zeit heruntergespielt. Jedenfalls wirkte der Reformier fortan bis zur Pensionierung 1960 als Professor für Mathematik und deren Didaktik in Flensburg.

Wir waren beim Quellenstudium ganz irritiert: Querelen im Lehrkörper, sowas kennt man sonst doch nicht. Aber wir stießen auf einen weiteren nun wirklich skurrilen Fall: Wilhelm Neuhaus, langjähriger Professor für Erziehungswissenschaften und Psychologie, warf 1957 seinem Kollegen Walther Stulfahrt, Geografie, vor, er hätte fast zehn Jahre zuvor, nämlich 1948 bis 1950, auf dem Campus einen illegalen Weinhandel betrieben. Dieser reagierte mit Gegenvorwürfen, es ging auch um einen Teppichkauf. Wir können das nicht ausführen, die am Ende ergebnislosen Ermittlungen fanden in die Personalakten beider. Mit derlei Personalquerelen können wir diesen Teil aber nicht abschließen. Also zurück zur Eröffnungsfeier: Nach Brahms Festouvertüre und einem Grußwort von Oberbürgermeister I.C. Möller ergriff Oberstleutnant Wilcox für die britische Militärregierung das Wort. Er betonte auch die Rolle der zukünftigen Lehrkräfte für die Erziehung von Schülerinnen und Schülern, allerdings ohne den Begriff „Demokratie“ direkt zu nutzen. „Hier sollen deutsche Lehrer die notwendige Ausbildung erhalten, die sie befähigt, die deutsche Jugend zu verantwortungs-

bewussten Bürgern zu erziehen.“ Und weiter „Wenn die Lehrer die heranwachsende Jugend nicht zu echter Menschlichkeit und Sittlichkeit erziehen, droht die Gefahr, dass die Katastrophe Nazi-Deutschlands sich wiederholt. Daher ist die Verantwortung ... so groß.“ – Daran schließen wir gleich an!

2. Die Lehrenden

Werfen wir nun ein Schlaglicht auf die Lehrenden der jungen PH-Flensburg. Die Britische Militärregierung überprüfte 1946 eine Vorschlagsliste von 30 Dozent*innen auf politische Vorbelastungen, mindestens sieben nahm sie sofort von der Liste. Wurde anfangs also ein durch und durch demokratischer Lehrkörper geschaffen? Wir haben alle 34 hauptamtlichen Professoren und Dozent*innen aus den Stichjahren 1946, 1956 und 1966 untersucht, übrigens unter ihnen mit der Musikpädagogin Henny Simons nur eine Frau.

Wie wurde Mann Professor an der PH? Zwei verschiedene Berufswege lassen sich nachzeichnen: Auf der einen Seite die Bildungsaufsteiger, sie erarbeiteten sich den Weg in die Hochschule meist über das Lehrerseminar, einzelne erhielten den Ruf sogar ohne Promotion. Auf der anderen Seite finden sich die eher traditionellen Eliten, die den klassischen Weg einer wissenschaftlichen Karriere einschlugen – und möglicherweise hier strandeten.

Wie stand es um ihr demokratisches Profil, ihre einschlägige Biografie? Welche Rollen hatten die 34 Professoren und Dozent*innen während der NS-Zeit eingenommen?

Jetzt wird's wissenschaftlich: Mit unserem spezifischen in zwei großen Kontinuitätsstudien angewandten Typisierungsmodell versuchen wir, auf Grundlage unserer Quellen individuelle Biografien und gruppenspezifische Erfahrungen zu systematisieren, reale Orientierungen, Rollen und Erfahrungen in der NS-Zeit zu erfassen. Soweit hinreichend biografische Informationen vorliegen, werden sie interpretiert und die Person einer definierten „Grundorientierung“ und im Folgeschritt einem „Typ“ zugeordnet.

Den historischen Hintergrund dafür bildet, dass der NS-Staat mit der propagierten „Volksgemeinschaft“ die Zeitgenossen genötigt hatte, sich zu positionieren, mitzumachen, sich wegzuducken oder zu opponieren. Unser Modell spiegelt vier generalisierte Grundhaltungen und Verhaltensmuster für ein Leben oder Überleben in der NS-Zeit: Es sind die „Grundorientierungen“

- „exkludiert / oppositionell“ (erfasst die freiwillig Opponierenden oder unfreiwillig Abseitsstehenden)
- „angepasst / ambivalent“ (meint die sich Wegduckenden, die Unauffälligen und Mitläufer)

- „systemtragend / karrieristisch“ (das sind weiter wirkende Eliten-angehörige in Wehrmacht, Justiz, Verwaltung, ohne die kein Staat zu machen wäre) und
- „exponiert / nationalsozialistisch“ (zählt die hervorgehobenen Aktivisten der NS-Bewegung und Verfolgungsakteure).

Für die ehemals ‚jungen‘ Geburtsjahrgänge 1918 bis 1928 haben wir die Sammelkategorie „ns-sozialisiert“ geschaffen, da stabile Orientierungen noch nicht identifizierbar sind, aber die Betroffenen ihre Sozialisation im Nationalsozialismus erfuhren.

Die Verfeinerung mit 24 charakteristischen „Typen“ – müssen Sie in unseren Publikationen nachlesen.

Welche Aussagen können wir über die Untersuchungsgruppe treffen? Abgesehen von einer Person, über die wir zu wenig wissen, finden sich alle 33 repräsentiert in diesem aufregenden Tortendiagramm:

Sofort fällt ins Auge: Die Farbe blau fehlt. Das bedeutet, während der NS-Zeit hatte sich niemand oppositionell verhalten oder war verfolgt worden. Neun der späteren PH-Dozenten, hier grau gefärbt, hatten sich angepasst oder auch ambivalent respektive zurückhaltend verhalten, sich letztlich aber auch mit dem NS-System arrangiert. Sieben Mitglieder des Lehrkörpers sind grün, sie lassen sich den tradierten Eliten zuordnen, die wesentlich zum Funktionieren des NS-Staats beitrugen. Und drei Professoren kategorisieren wir in braun als „exponiert / nationalsozialistisch“: Sie waren verantwortliche oder verstrickte ehemalige NS-Volkstums -oder Verfolgungsakteure, die im Einzelfall auch die Strafjustiz hätten fürchten müssen, wenn diese denn ihren Aufgaben nachgegangen wäre. 14 der untersuchten Personen, cremefarben, zählen zu den nur am Geburtsdatum definierten jungen „ns-Sozialisierten“. Wir reden insgesamt von 20 Jahren. Markieren die Stichjahre Wandel? Gibt es eine gerichtete Tendenz? 1946 sind sechs der sieben Professoren und Dozent*innen als ehemals „angepasst / ambivalent“, nur eine Person „systemtragend / karrieristisch“ zu bezeichnen. Das bedeutet: Anfangs dominierten die Unauffälligen und Angepassten.

Die PH wuchs schnell. Bis 1956 verdoppelte sich der Lehrkörper auf 15 hauptamtliche Professoren und Dozent*innen; nur drei von ihnen waren bereits 1946 dabei. Jetzt gehört mehr als die Hälfte zu den ehemaligen Trägern des NS-Staats oder gar den exponierten Nationalsozialisten. Zehn Jahre nach Gründung der PH herrscht personelle NS-Kontinuität.

1966 stehen die in der NS-Zeit Sozialisierten für die Verjüngung in der Lehrkräfteausbildung; es ist die HJ-Generation, die oft auch positive Kindheiterinnerungen „verteidigt“. Die Übrigen sind gleichverteilt ehemals Angepasste oder Systemträger; nur noch ein ehemals exponierter Nationalsozialist taucht auf, darf aber nicht mehr lehren. Dieser Befund ist insgesamt begrenzt aufregend;

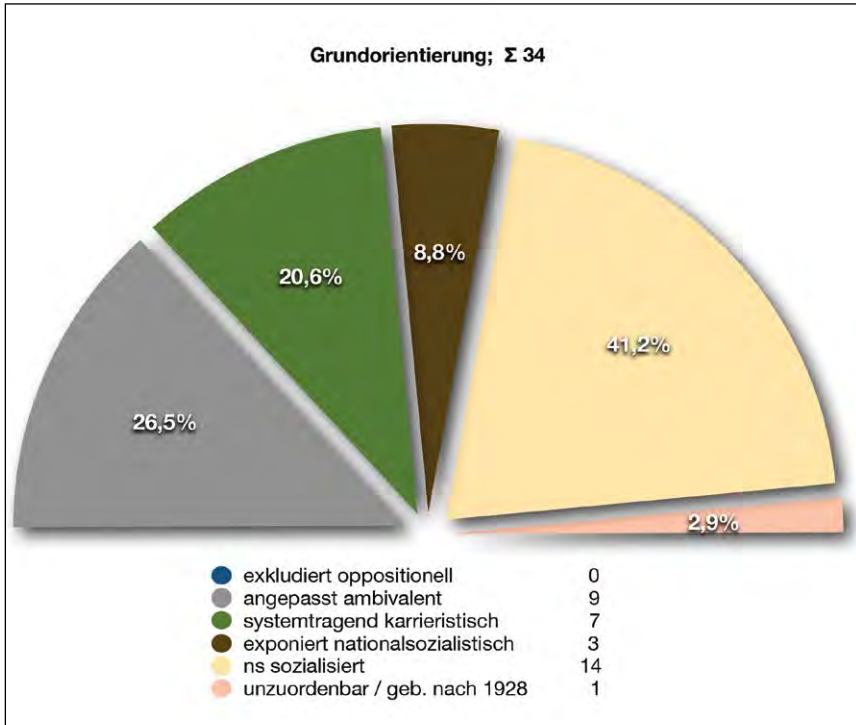


Abb. 3 Grundorientierungen des Lehrkörpers 1946, 1956, 1966

wir haben – etwa für Polizei und Justiz in Schleswig-Holstein – schon ganz andere Ergebnisse ermittelt. Die freundliche Interpretation klingt so: Alle späteren hier Lehrenden hatten sich mit dem NS-System irgendwie arrangiert oder es in staatstragenden Positionen auch unterstützt; aber nur drei von ihnen waren darüber hinaus als exponierte Nationalsozialisten aufgefallen.

Die kritische Einordnung lautet: Auch ein unauffälliger Befund kann herbe enttäuschen. Wir haben keine einzige Person identifiziert, die ehemals oppositionell war oder zu den NS-Verfolgten zählte, hingegen drei exponierte Nationalsozialisten; das Spektrum ist rechtslastig, selbst die Landespolitik, die wir untersuchten, stand besser da. Ein besonders demokratischer Impetus kann der PH nicht einmal für 1946 bescheinigt werden. Während damals aber noch einigermaßen strenge, von den Briten oktroyierte Auswahlkriterien galten, spielte die NS-Vergangenheit später quasi keine Rolle mehr.

Vier Personen wollen wir ganz kurz vorstellen.

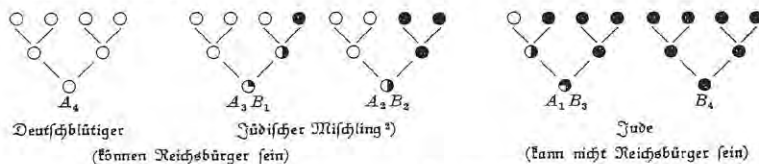
Zunächst Friedrich Drenckhahn, dessen Biografie sich durch unseren gesamten Vortrag zieht. Ausgebildet für das Lehramt an höheren Schulen übernahm Drenckhahn 1928 eine Professur am Pädagogischen Institut in Rostock, einer Volksschullehrerbildungsanstalt. Nach der NS-Machtübernahme musste er die Leitung seiner Arbeitsgemeinschaft für die Volksschullehrkräfteausbildung niederlegen, die Professur konnte er jedoch weiter ausüben. Drenckhahn unterschrieb – wie viele andere auch – das „Bekanntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler“, schloss sich NS-Massenorganisationen an und wurde auch Mitglied der NSDAP, obwohl die Kreisleitung eine negative Beurteilung abgab: Drenckhahn sei „bis zu Machtübernahme gut demokratisch eingestellt (gewesen, aber) ohne Scheid zu aktiver Gegnerschaft“. – Das war keine schlechte Einschätzung des Wendehalses: 1935 veröffentlichte der promovierte Mathematiker zwar ein Werk, das ihn zum bedeutenden Reformen des Raumlehreunterrichts machte. Zugleich aber sogen seine mathematischen Publikationen die NS-Ideologie förmlich auf. So berechnete er 1936, im Jahr nach den Nürnberger Rassegesetzen, statistisch die Geschwindigkeit, mit der „arisches“ Blut durch „artfremdes“ verunreinigt würde. Es entsteht ein ambivalentes Bild von Friedrich Drenckhahn während der NS-Zeit. Er beschönigte später seine Rolle und log auch in der Entnazifizierung. Aber Publikationen und deutsche Mitgliederkarteien sind unbestechlich. Von uns als staatstragend/karrieristisch eingeordnet, wird er im Auftrag der Briten die Volksschullehrkräfteausbildung in Schleswig-Holstein prägen und ab 1949 für elf Jahre Professor an der PH Flensburg sein.

Theodor Wilhelm (1906-2005), der bereits vor 1933 antidemokratisch dachte, promovierte zweimal und schloss die Ausbildung für das höhere Lehramt ab. Er trat SA und NSDAP bei und profilierte sich mit Publikationen, in denen er den NS-Staat feierte, Antibolschewismus und Antisemitismus propagierte und sich kaum kaschiert für die Ermordung der europäischen Juden aussprach. So schrieb Wilhelm 1941: „Kann der Jude sich nicht von sich selbst befreien, so bleibt den Völkern nichts übrig, als sich vom Juden zu befreien. Europa ist aufgebrochen, um die Judenfrage ... als Aufgabe der europäischen Schicksalsgemeinschaft zu lösen.“ Und 1944, im Finale von Krieg und Shoa: „Die gefährlichste Bastion einer nur zersetzenden, niederreißenden, in Frage stellenden, niemals aus der Tiefe des Blutes befruchteten und daher niemals fortreuenden Intellektualität ist gefallen.“

Wilhelm war Schriftleiter der Internationalen Zeitschrift für Erziehung und dozierte an der Hochschule für Lehrerbildung in Oldenburg. Später wirkte er im Deutschen Institut für Außenpolitische Forschung als aktiver Part in der Auslands- und Kriegspropaganda. Wir ordnen ihn als „exponiert/nationalsozialistisch“ ein.

werden“ (Reichsminister Dr. Frick¹⁾).

Abgesehen von den für jüdische Mischlinge mit zwei volljüdischen Großeltern vorgesehenen Ausnahmen gemäß § 5 (2) gilt:



4. Erste Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre. Vom 14. November 1935²⁾.

Abb.4 Teil einer Mathematikaufgabe Drenckhahns 1935

Nach Kriegsende wurde Wilhelm Studienrat in Oldenburg, von 1951 bis 1959 war er Professor an der PH Flensburg, anschließend Direktor des Instituts für Pädagogik an der Kieler Universität. Während er selbst seine NS-Vergangenheit verleugnete, gibt es belastbare Belege dafür, dass er elementare Aspekte seiner Ideologie auch nach 1945 zu wahren wusste.

Hans Beyer (1908-1971), seit 1951 Professor an der PH Flensburg, sah sich von Beginn an mit seiner NS-Vergangenheit konfrontiert, was letztlich dazu führte, dass er 1961 zunächst beurlaubt und 1966 an das Landesarchiv abgeschoben wurde. Doch zehn Jahre hatte er in Flensburg gelehrt. Ein Mann, dessen Anwesenheit selbst in den toleranten 1950ern die Arbeitsfähigkeit des Lehrkörpers der PH Flensburg zu stören schien.

Schon als Student hatte sich Beyer für die sogenannten „Volksdeutschen“ in Osteuropa interessiert, ein Thema, das sich durch seine gesamte Laufbahn zieht. Bereits in den 1920ern Teil der völkischen Bewegung, leitete er ab 1936 die „Arbeitsstelle für auslandsdeutsche Volksforschung“ in Stuttgart, bis er 1938 bald hauptamtlich für den Sicherheitsdienst des Reichsführers SS Himmler tätig wurde. 1941 wurde Beyer Ukraine-Referent im Reichssicherheitshauptamt in Berlin. Bisher nur am Schreibtisch, war er jetzt auch aktiv mit der „Umvolkung im Osten“ befasst. Beyer spielte eine wesentliche Rolle während der Pogrome im ukrainischen Lemberg. Ab 1943 Professor für Volkslehre an der Universität Prag und Direktor des Instituts für europäische Völkerkunde, schmiedete er fortan wieder „wissenschaftliche“ „Umvolkungs- und Germanisierungspläne“. Beyer war fraglos ein mörderischer Verfolgungsakteur! 1945 aus Prag geflohen wurde er zunächst Pressesprecher der ev.-luth. Landeskirche und 1951 Profes-

sor an der PH-Flensburg, für lange zehn Jahre aktiv lehrend. Abschließend ein Schlaglicht auf den Erziehungswissenschaftler Rudolf Karnick (1901-1994). Während der 1920er ein staatsbejahendes SPD-Mitglied, ist er eine von nur zwei Personen des späteren Lehrkörpers, denen wir eine klare demokratische Haltung in der Weimarer Zeit attestieren. Diese Überzeugung spiegelte sich auch in seinen Erziehungsvorstellungen. Der Mittelschullehrer sah sich 1932 in der Preußischen Zeitung, dem Organ der NSDAP-Ostpreußen, mit Anfeindungen konfrontiert. Er überstand die NS-Zeit dennoch unbeschadet, weil er Anpassungsschritte wie den Eintritt in die NSDAP vornahm. Bis zur Einberufung in die Wehrmacht, wo er Wetterinspektor wurde, konnte er als Lehrer unterrichten. Wir betrachten ihn als ambivalent-angepasst, da er zwar ins Visier geriet, sich aber schützte.

Nach Kriegsende kehrte er zurück in den Schuldienst. Im Jahr 1953 zog es ihn an die PH Flensburg, wo er „Praktische Pädagogik“ dozierte und sieben Jahre später zum Professor ernannt wurde. Der Nicht-Promovierte entwickelte sich zu einem der bedeutendsten Didaktiker des Heimatkundeunterrichts in den 1950er und 1960er Jahren. 1986 – lange nach Beginn des Ruhestands – verlieh man ihm die erste Ehrendoktorwürde der PH Flensburg überhaupt. - Wenn das kein harmonischer Abschluss dieses anstrengenden Abschnittes ist!

3. Das Lehramtsstudium

Wie sah das Studium an der Pädagogischen Hochschule in Flensburg zwischen 1946 und 1966 aus? Wir erinnern uns: Es ging um Lehrkräfte für die Demokratie. Sie sollten später ihren Schülerinnen und Schülern demokratisches Bewusstsein und demokratisches Handeln vermitteln. Im Kontext der Gründung beider Pädagogischen Hochschulen übertrugen die britischen Besatzer dem bereits mehrfach erwähnten Friedrich Drenckhahn die inhaltliche Neuausrichtung der Ausbildung von Volksschullehrkräften.

Der – damals mehrheitlich besuchten – Volksschule schrieb man eine besondere „volkserzieherische Bedeutung“ zu. Drenckhahn stellte sein Konzept für Pädagogische Hochschulen darauf ab: Eine Gemeinschaft der Lehrenden und Studierenden, eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis sowie musische Bildung waren Säulen. Zur theoretischen Fundierung trug sein begrifflich präzises Verständnis von Didaktik und Methodik bei: Er wies den systematischen, didaktischen und methodischen Komponenten des Schulunterrichts unterschiedliche, aber aufeinander bezogene Aufgaben zu. Diese Differenzierung führte zu einem modernen Studienaufbau, bei dem die allgemeine, theoretisch eingebettete Unterrichtslehre im Vordergrund stand.

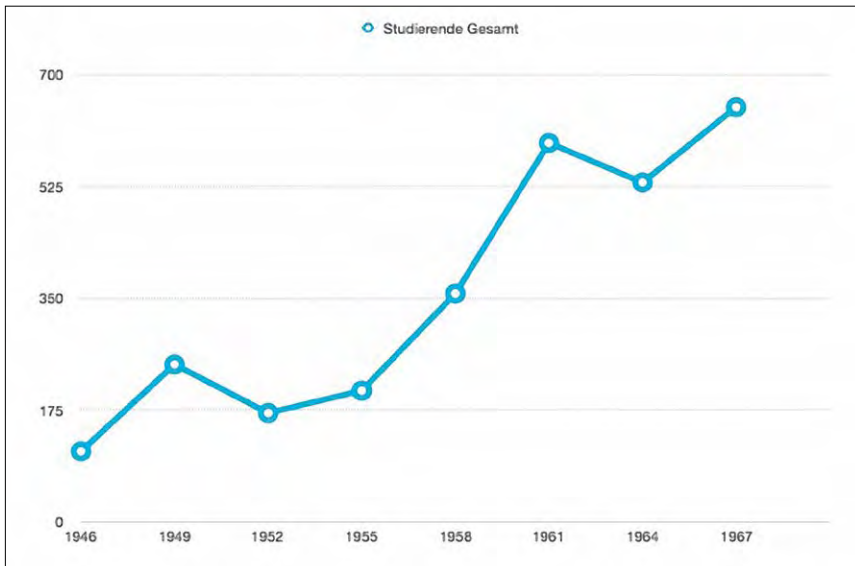


Abb. 5 Entwicklung der Studierendenzahlen

Neben den Erziehungswissenschaften, zunächst in Pädagogik und Psychologie aufgegliedert, war das Studium der Didaktik eines Wahlfaches sowie die Fachmethodik weiterer Fächer verpflichtend. Darüber hinaus sollte eine Grundausbildung in den musischen Fächern – also Musik-, Werk- und Kunst-erziehung sowie Leibesübungen – erfolgen. Ab 1953 waren für Studentinnen verpflichtend auch Hauswirtschaft und Nadelarbeit. Zusätzlich musste, im Sinne einer regional verstandenen Staatsbürgerkunde, eine Veranstaltung zur Schleswig-Holsteinischen Landeskunde besucht werden. Ergänzt wurde das Studium durch berufspraktische Anteile: Wöchentliche Hospitationen und Lehrversuche in den Volksschulen der Stadt Flensburg sowie ein jeweils vierwöchiges Stadt- und Landschulpraktikum führten zu einer engen Zusammenarbeit mit den Lehrkräften in der Umgebung Flensburgs. Eine Kultur, die über Jahrzehnte das Flensburger Studium prägte.

Die PH wies seit der Gründung ein stetiges Wachstum auf. Mitte der 1950er waren circa 200 Volksschullehramtsstudierende eingeschrieben. Expansion kommt immer gut. Bereits 1953 meldete die Hochschule dem Kultusminister auf dessen Anfrage nach Kapazitäten für Studienbewerber*innen aus der DDR, dass sie gut und gerne 100 Lehrkräfte zusätzlich ausbilden könne – trotz bereits

knapper Räumlichkeiten. Allerdings bedurfte das Vorhaben einiger Planung, sodass erst 1960 vermehrt Zulassungsanträge eingingen. – Und dann kam 1961 der Mauerbau und diese spezifische Form des Wachstums war erledigt. 1959 zog die PH in den Neubau in der Mürwicker Straße ein. Er war für 250 Studierende ausgelegt, jedoch verzeichnete die Hochschule schon 1960 mehr als 500 Immatrikulierte, eine Überbelegung um 100 Prozent. – Kommt irgendwie bekannt vor, das Problem. Jedenfalls wurde bereits 1966 ein Erweiterungsbau eingeweiht.

Die Geschlechterverhältnisse produzierten einen zweiten Entwicklungstrend: Spätestens ab 1955 gab es auch in Flensburg ein deutliches Übergewicht an weiblichen Studierenden. Hintergrund dieser Feminisierung der Lehramtsausbildung waren demografische Effekte des Krieges und damit verknüpft eine zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz der Berufstätigkeit der Frau, die jedenfalls bis zur Eheschließung ausdrücklich propagiert wurde. Diese teilweise notgedrungene Akzeptanz der ledigen berufstätigen Frau korrespondierte aber mit der Reetablierung klassischer Rollenbilder, sodass viele Junglehrerinnen dann tatsächlich nach der Heirat wieder aus dem Dienst schieden, ihre Ausbildung gesellschaftlich unökonomisch erschien und jedenfalls keinen vollen Beitrag zur Beseitigung des Lehrkräftemangels leistete. Mitte der 1960er Jahre kam es zur langsamen Trendumkehr: zunehmend strebten Männer in den attraktiver werdenden Lehrerberuf, während Frauenerwerbsarbeit bald voll akzeptiert war. Wie sah das Studium an der PH in den 1950ern konkret aus? Blicken wir exemplarisch auf drei demokratieverdächtige Fächer.

Die Erziehungswissenschaften repräsentierten einen verpflichtenden Teilbereich des Studiums. In der theoretischen Pädagogik wurden beispielsweise Veranstaltungen zur Geschichte der Pädagogik, zu Erziehungssystemen oder auch pädagogischen Problemen der Gegenwart angeboten. In der praktischen Pädagogik belegten die Studierenden Veranstaltungen zur Unterrichtsplanung und kamen mit der Schulpraxis in Kontakt. Die Psychologie bot Veranstaltungen zur Pädagogischen Psychologie und Entwicklungspsychologie an. – Insgesamt betrachtet waren die Erziehungswissenschaften mit ihrem differenzierten Studienangebot auf der Höhe der Zeit.

Nun ein Blick auf das Studium der Geschichte. Wir haben exemplarisch vier aufeinanderfolgende Semester herausgegriffen, und das (verpflichtende) Veranstaltungsangebot zusammengestellt. Sie sehen das Studium der Geschichte 1955 und 1956:

Außer einer Schwerpunktsetzung auf Schleswig-Holstein lässt sich kein tragendes Konzept des Faches erkennen. Das Seminar zum Zweiten Weltkrieg ist die einzige Veranstaltung zur Zeitgeschichte. Das Angebot erscheint theorielos und wirklich antiquiert. Zudem wurde das Studium der Geschichte von

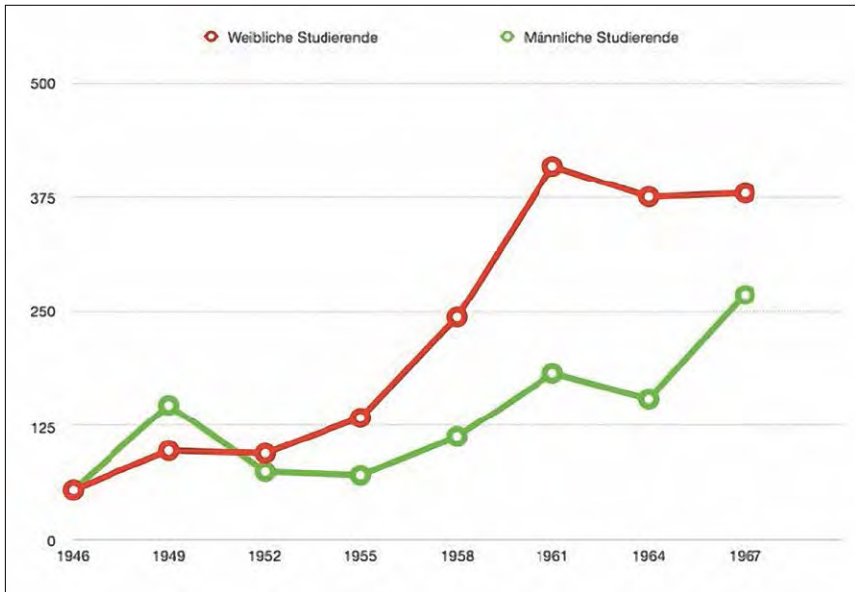


Abb. 6 Entwicklung der Studierendenzahlen nach Geschlecht

1951 bis 1961 ausschließlich ausgerechnet von Hans Beyer getragen, dessen eindringliche NS-Biografie wir vorstellten.

Im Kontext des Kalten Krieges etablierten sich in Bildungspolitik und Wissenschaft Forderungen nach einer „Ostforschung“, die Flucht und Vertreibung sowie Erinnerung an die verlorenen Ostgebiete zum Gegenstand erheben sollte. Von diesem neuen Diskurs profitierte Beyer: er wandelte seinen Schwerpunkt von der deutsch-völkischen Ostforschung zur Osteuropaforschung. So reüssierte der ehemalige völkische Lebensraumplaner als Historiker. Über die tatsächlichen Lehrinhalte seiner Veranstaltungen wie „Schleswig-Holstein und der Ostdeutsche Volksraum“ oder „Geschichte der Ostsiedlung“ können wir nichts sagen, jedoch ein Spannungsfeld spüren. Erst nach Beyers Freistellung verschwand der Ostkundeswerpunkt aus dem Flensburger Curriculum.

Zuletzt zur Politischen Bildung, dem Projekt der Reeducation, 1952 als neues Fach auch an der PH-Flensburg eingeführt. Es wurde an die Erziehungswissenschaften angegliedert und war für alle verpflichtend. Die Themen passten zum demokratischen Auftrag, etwa im Wintersemester 1952/1953: „Grundlagen und Möglichkeiten der politischen Erziehung in der Volksschule“.

Aber da es keine eigene Professur gab, übernahmen Dozenten aus anderen Fächern die Veranstaltungen. Für ein Jahrzehnt waren dies ausgerechnet Hans Beyer und Theodor Wilhelm, jene mit der höchsten NS-Belastung innerhalb des damaligen Personalkörpers. – Mehr müssen wir dazu nicht sagen.

(Reform)Konzepte der Lehramtsausbildung

Die generelle Entwicklung der PH-Flensburg passte sich ein in den Trend der Verwissenschaftlichung der Lehramtsausbildung. Langfristig damit verbunden war eine schrittweise Angleichung der Pädagogischen Hochschulen an universitäre Strukturen.

Schon kurz nach der Gründung der Hochschule, noch unter britischer Besatzung, hatte es erste einschlägige Vorstöße gegeben. Hauptakteur war wieder Friedrich Drenckhahn. Berufen in den Studienausschuss für Hochschulreformen in der britischen Zone erarbeitete er 1948 ein Hochschulreformkonzept. Seine Ideen waren der Zeit weit voraus; die Forderung eines sechs-semesterigen Volksschullehrerstudiums wurde erst 1962 umgesetzt. Studienaufbau und Studieninhalte blieben nach dieser Reform grundsätzlich bestehen. Das den wissenschaftlichen Charakter unterstreichende Selbststudium sollte allerdings einen höheren Stellenwert einnehmen.

Der Prozess der Verwissenschaftlichung steigerte den Konkurrenzkampf zwischen den PHs in Flensburg und Kiel. Beispielsweise sollte 1961 in Kiel ein „Mittelschullehrerinstitut“ entstehen. Die Dozentenschaft der PH-Flensburg forderte dagegen eine pädagogische Konzentration auf die Volksschule: „Die Lebensform der Demokratie bedingt es, dass möglichst breite Schichten eine möglichst gute Erziehung genießen.“ Nicht Fachwissen, sondern „die Intensivierung einer erzieherisch orientierten Allgemeinbildung“ sei angesagt.

Doch als Kiel mit der zukünftigen Ausbildung von Realschullehrkräften das Rennen machte, sah sich Flensburg mit der Beschränkung auf die Volksschule herabgesetzt. Und als der Kultusminister dann auch noch einen Flensburger Landschulschwerpunkt für Lehrkräfte an damals oft ein- oder zweiklassigen Dorfschulen ins Gespräch brachte, ging es richtig zur Sache. Zwar gab es bereits spezielle Lehrangebote und ein eigenes Landschulpraktikum. Doch mit einem derartigen Schwerpunkt sah man sich abqualifiziert. Die Abwehr verlief erfolgreich – und zehn Jahre später gab es keine Zwergschulen mehr.

In kleinen Schritten entwickelten sich die PHs zu wissenschaftlichen Hochschulen. Ab 1973 waren sie nicht mehr aufs Lehramtsstudium beschränkt und erhielten für Fachdidaktik und der Erziehungswissenschaften das Promotionsrecht. Übrigens auch das Forderungen aus Drenckhahns Reformkonzept von 1948.

1. Semester:	Hauptprobleme einer Geschichte des europäischen Bauerntums	Der Gesamtstaat Dänemark-Norwegen-Schleswig-Holstein von 1721 bis zur Auflösung	Ausgewählte Kapitel aus der Siedlungs-, Volks- und Kunstgeschichte der Grenzlandschaften Kärnten, Ostpreußen und Schleswig
2. Semester:	Luther	Die Aufklärung als Geistesgeschichtliches Problem	
3. Semester:	Russland und Europa seit 1806	Übung zur Geschichte des Schleswig-Holsteinischen Landvolkes	
4. Semester:	Politische Geschichte des zweiten Weltkrieges	Das östliche Holstein und die Besiedlung des deutschen Ostens	

Abb. 7 Veranstaltungsangebot für das Studium der Geschichte 1955 und 1956:

Die Studierendenschaft

Abschließend ein Blick auf die demokratischen Potenziale der Studierenden. In der Gründungsphase hatten sie höhere Hürden zu nehmen als ihre Lehrenden; sie schienen den Briten als zukünftige Lehrkräfte wichtiger. Bevorzugt zugelassen wurden ab 1946 jene, die nie Kontakt zu einer NS-Organisation hatten; das erwies sich allerdings als unrealistisch bei Zwangsmitgliedschaften in HJ und BDM. Darüber hinaus war die Grenzziehung anfangs aber klar.

Und die Flensburger Studierenden lernten Demokratie. Bereits 1958 verschafften sie sich durch laute Proteste Gehör. Sie forderten das sechs-semesterige Studium, eine Verbesserung der Studienförderung und zügigere Stellenbesetzungen beim Lehrpersonal – hört hört! 1964 veranstalteten sie einen ersten Vorlesungsstreik. Ende der 1960er, im Kontext der 68er Bewegung, gingen ihre politischen Ambitionen über die Hochschulpolitik hinaus. Am 28. April 1969 kam auf einem Diskussionsabend über die reaktionäre Haltung des „Flensburger Tageblatts“ die Idee auf, die Auslieferung für den Folgetag zu verhindern. Studierende marschierten in die Stadt, besetzten Zugänge des Verlagsgebäudes

und machten Straßen unpassierbar. Die polizeiliche Räumung führte auf beiden Seiten zu Verletzten. Obwohl am Ende viele Zeitungen in der Förde schwammen, gelangte das Blatt wohl überwiegend doch in die Briefkästen.

APO in der Provinz eben. Aber mit allem Drum und Dran, auch den individuellen wie gesellschaftlichen Demokratisierungsschüben. Die Flensburger Studierenden kamen an, im Westen, wie von den Briten zwei Jahrzehnte zuvor intendiert.

Abbildungsnachweise

- Abb. 1 Kreis- und Stadtarchiv Schleswig
- Abb. 2 Julius Demant, Lichtbildnerie, Flensburg
- Abb. 3 Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH), Abt. 460 Nr. 4546
- Ab. 4,5 LASH, Abt. 399.276 Nr. 16; Abt. 811 Nr. 4062,
Vorlesungsverzeichnisse der PH-Flensburg 1961-1967
- Abb. 6 Vorlesungsverzeichnisse der PH-Flensburg, Sommersemester 1955 bis Wintersemester 1956/57
- Abb. 7 Vorlesungsverzeichnisse der PH-Flensburg, Sommersemester 1955 bis Wintersemester 1956/57

Die Insel Ærø als Teil des Herzogtums Schleswig

von KIM FURDAL

Östlich des Ausgangs der Flensburger Förde liegt die Insel Ærø. Vielen ist sie vermutlich in erster Linie als touristisches Ziel bekannt. Auch wenn sie heute noch von Mømmark auf Als (bis vor einigen Jahrzehnten auch von Flensburg) direkt mit der Fähre erreicht werden kann, wird Ærø in erster Linie als Teil der südfünischen Inselwelt wahrgenommen. Weitgehend in Vergessenheit geraten ist dabei, dass die Insel mit der gut erhaltenen historischen Kleinstadt Ærøskøbing und dem Hafenort Marstal sehr lange zum Herzogtum Schleswig gehört hatte. Besonders enge Verbindungen hatte sie nicht nur zur westlichen Nachbarinsel Als, sondern auch u.a. zu Glücksburg. Der Direktor des Museums auf Ærø Kim Furdal, als früherer Leiter des in Apenrade ansässigen Instituts for Sønderjysk Lokalhistorie eng mit der Geschichte der schleswigschen Region vertraut, erinnert im vorliegenden Beitrag an die lange historische Verbindung der Ostseeinsel mit dem alten Herzogtum.

Die Redaktion

Einleitung

Um die komplexe Geschichte von Ærø zu verstehen, muss man wissen, dass die Beziehungen zwischen den Staaten vor der Etablierung von Nationalstaaten und Demokratien in Mitteleuropa von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkriegs durch dynastische Beziehungen bestimmt waren. Die Macht über ein Gebiet wurde von den Fürstenhäusern bestimmt. Das konnte sich durch strategische Ehen ändern, bei denen die Liebe später kommen musste, und/oder durch das Erbrecht, bei der die Schlösser mit ihren dazugehörigen Ländereien und Steuereinnahmen unter den Erben aufgeteilt wurden. Wenn ein Fürst mit seinem Anteil am Erbe unzufrieden war oder einfach nur mehr Schlösser, mehr Land und höhere Einnahmen haben wollte, konnte der Besitz auf dem Schlachtfeld entschieden werden.

Im Königreich Dänemark kam es hingegen nicht zu wiederholten Aufteilungen zwischen verschiedenen Fürstenhäusern, wie es in anderen europäischen Ländern der Fall war. Dies war dank eines beachtlichen politischen Einfallsreichtums möglich, wenn der König gute Ämter in den norddeutschen Bistümern und standesmäßigen Heiraten für seine Söhne finden musste. Auch hatte Dänemark manchmal viel Glück. Eine Zeit lang war es auch wichtig, dass der König als Herzog der Herzogtümer Schleswig und Holstein die Möglichkeit hatte, seinen Söhnen oder Brüdern Teile der Herzogtümer zu übertragen. Aus dieser Perspektive muss man die wechselnde Zugehörigkeit Ærø zu verschiedenen Fürstenhäusern seit Beginn des 13. Jahrhunderts verstehen.

Ærø zwischen Dänemark und der Mark Brandenburg

Die verfassungsrechtlichen Verhältnisse von Ærø im 13. und bis zum frühen 15. Jahrhundert sind nicht klar und eindeutig. Das Quellenmaterial ist äußerst spärlich, unser Wissen äußerst bruchstückhaft und aus heutiger Sicht nicht immer logisch. In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts war Ærø Teil des Königreichs Dänemark, und aus dem Grundbuch von König Valdemar wissen wir, dass der König und die Krone beträchtliche Ländereien auf Ærø besaßen, aber auch die Kirche hatte Besitztümer.

Vieles deutet darauf hin, dass Ærø als Mitgift oder zur Finanzierung der Heirat von König Valdemars Tochter Sofie mit dem brandenburgischen Markgrafen Johan I. verwendet wurde, wahrscheinlich um 1232. Die Ehe wurde zur Grundlage eines starken Bündnisses in Norddeutschland, das Valdemar der Siegreiche (1170-1241) brauchte, als er wirtschaftlich und militärisch geschwächt war. So geriet Ærø in die Hände des askanischen Fürstenhauses.

Der genaue Status von Ærø im Verhältnis zu Dänemark und der Mark Brandenburg ist jedoch unklar. Einerseits konnte König Erik Menved (1274-1319) 1287 Ærø zusammen mit Alsen und Fehmarn, dem Herzog Valdemar von Schleswig als Lehen überlassen. Daraus geht hervor, dass Ærø formell als Teil des dänischen Königreichs betrachtet werden kann. Andererseits verlieh der brandenburgische Markgraf Valdemar im Jahr 1315 Ærø als Lehen an den dänischen Ritter Laurids Jonsen Panter, der sehr wohlhabend und Mitglied des dänischen Reichsrates war. Dies bezeugt eher, dass die Insel zur Mark Brandenburg gehörte. Der Ritter Laurids Jonsen war aber auch ein Vertrauter von König Erik Menved, so dass das Lehen auf jeden Fall in Absprache mit dem dänischen König gewährt worden sein muss.

Wie so oft ist es sinnvoller, die verwandtschaftlichen Beziehungen zu betrachten als die Beziehungen zwischen zwei Staaten und die Rechtsbeziehungen im modernen Sinne. Die Macht über Ærø war wahrscheinlich eher fließend als



Abb. 1 Ærø, die „Ahorninsel“, hügelig im Nordwesten, ein leicht abfallender Höhenrücken im Süden mit satten Wiesen und fruchtbaren Ackerflächen

eine feste juristische Einheit. Die Tatsache, dass das Recht, Ærø als Lehen zu verleihen, abwechselnd von Erik Menved und seinem engen Verwandten Markgraf Johan I. ausgeübt wurde, spiegelt wahrscheinlich eine Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den beiden Fürstenhäusern wider, die im Lichte der Verpfändung des dänischen Reiches im 13. Jahrhundert gesehen werden muss.

Ærøs Weg ins Herzogtum Schleswig

Im Jahr 1320 starb das Adelsgeschlecht der Askanier aus und so fiel Ærø wieder nach dem allgemeinen Lehnrecht an den dänischen König, jetzt Christoffer II. (1276-1332). Die Zeit unter dem dänischen König war nur von kurzer Dauer. Das dänische Königshaus war zu dieser Zeit hoch verschuldet und der eigentliche Herrscher war Graf Gerhard I. (1292-1340) von Holstein-Rendsburg. Er ließ 1325 den erst 12-jährigen Valdemar (1315-1364) als Herzog Valdemar V. einsetzen mit sich selbst als Vormund. Im Jahr 1326 bestätigte er im Namen seines Neffen das Recht des Ritters Laurids Jonsen Panter, aber schon 1331 übernahm Graf Gerhard selbst das Recht auf Ærø. So übernahmen die Schauenburger bis 1410 Ærø. Die politische Situation in den Herzogtümern war jedoch unklar und erst 1375 erfolgte die dauerhafte Übernahme, sowohl von Ærø als auch des Herzogtums Schleswig. Es ist jedoch unklar, ob Ærø in dieser Zeit zu Holstein oder zu Schleswig gehörte.

Im Jahr 1410 eroberte König Erik von Pommern Ærø als Teil seines und Königin Margarethes Versuchs, Schleswig zurückzuerobern. Als dies misslang, behielt der König Ærø nach dem Frieden von 1435. Die Niederlage in der Schlacht um Südjütland war zugleich der Anfang vom Ende der Kalmarer Union und für Erik von Pommern, der 1439-1441 als König der drei nordischen Königreiche abgesetzt wurde. Der dänische Reichsrat musste einen neuen König finden, und um Probleme in Schleswig zu vermeiden, übergab der Reichsrat 1439 Teile des Herzogtums, darunter Ærø, an den Herzog von Schleswig, Graf Adolf VIII. von Holstein.

Es dauerte jedoch nicht lange, bis erneut Schach um Ærø und den übrigen Teil der Herzogtümer gespielt wurde. Im Jahr 1459 starb Adolf VIII. ohne Nachkommen. Er hinterließ die Herzogtümer Schleswig und Holstein, die nun einen neuen Herrscher brauchten. Die Ritterschaft beider Länder ergriff die Initiative und wählte 1460 den ältesten Neffen Adolfs, der seit 1448 als Christian I. (1426-1481) König von Dänemark war. Dies änderte nichts am Status von Ærø, aber die Wahl und der Brief von Ripen markierten eine Zeit, in der die Ritterschaft zunehmend zu einer geschlossenen politischen Gruppe wurde, die gemeinsam ihre Interessen wahrnahm und die Herzogtümer eifersüchtig vor königlichem Einfluss und einer Aufteilung bewahrte. Letzteres sollte eine entscheidende Rolle für das künftige Schicksal von Ærø spielen.

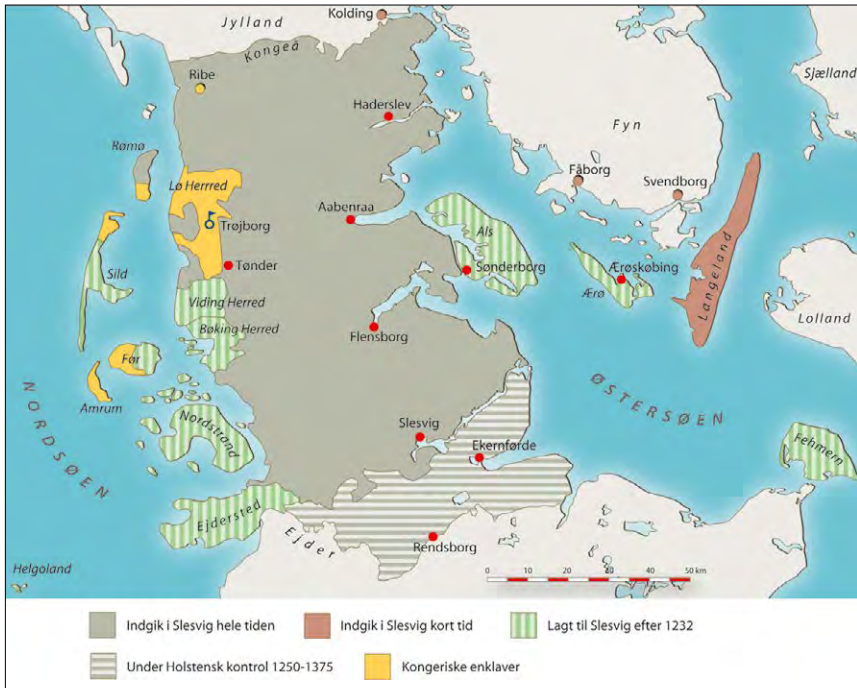


Abb. 2 Die umstrittenen und ungeklärten Gebiete im Herzogtum Schleswig während des Mittelalters

Das Erbe von Herzog Hans dem Jüngeren

Die schleswig-holsteinische Ritterschaft wollte zwar, dass Schleswig und Holstein auf ewig ungeteilt bleiben sollten, aber in der Politik bedeutet Ewigkeit oft nur wenig. Die 1490, durch die Königinwitwe Dorothea zugunsten ihrer Söhne durchgesetzte Aufteilung der Herzogtümer nach Christian I. Tod im Jahr 1481 hatte keine großen Auswirkungen auf Ærø. Die nächste Teilung nach König Frederik I. (1471-1533) aber hatte nachhaltigere Folgen. Frederik I. starb 1533, wegen der Grafenfehde 1534-1536 und der Reformation wurde die Teilung aber bis 1544 aufgeschoben. Zu dieser Zeit erhielt der älteste Sohn, König Christian III. (1503-1559), ein Drittel der Ämter und Ländereien des Herzogtums, darunter Flensborg, Sønderburg, Norburg und Ærø. Sein Bruder Adolf begründete die bis 1713 bzw. 1773 regierende Gottorfische Dynastie, und sein Bruder Hans/

Johann „der Ältere“ machte Hadersleben für eine Generation zum Sitz eines (Teil-)Herzogtums.

Auf Christian III. folgte 1559 Friedrich II., dessen Königsherrschaft wie damals üblich mit einer Handfeste geregelt worden war. Doch auch er musste zwei Brüder abfinden: Während Magnus (1540-1583) Bischof von Ösel und Wiek im heutigen Estland wurde, blieb Friedrich 1564 nichts anderes übrig, als Hans/Johann „den Jüngeren“ (1545-1622) ein Drittel seines Anteils an den Herzogtümern zu überlassen.

Das neue Herzogtum mit Herzog Hans dem Jüngeren als Fürst umfasste die Grafschaft Plön und das Kloster Ahrensböök in Holstein sowie die Grafschaften Sonderburg und Norburg mit Ærø in Schleswig. Nach dem Tod seines Onkels Herzog Hans des Älteren im Jahr 1580 wurde das kleine Herzogtum um das Rude-Kloster bei Glücksburg und das Kloster Reinfeld in Holstein erweitert.

Ærø als Teil der „abgeteilten“ Herrschaft

Zur großen Überraschung der fürstlichen Familie gelang es nicht dem königlichen Statthalter der Herzogtümer, dem mächtigen Henrik Rantzau, die schleswig-holsteinische Ritterschaft davon zu überzeugen, Herzog Hans auf dem Reichstag in Flensburg am 2. Oktober 1564 als Landesherrn anzuerkennen. Es gab bereits drei Fürsten, den Gottorper Herzog Adolf, Herzog Hans den Älteren von Hadersleben und den dänischen König Frederik II. Die Ritterschaft wollte die Macht nicht mit einem vierten Herzog teilen¹. Um die Wunde zu heilen, bekundete die Ritterschaft ihren Respekt vor Herzog Hans, indem sie ihn als „gnädigen Herren“ begrüßte. Doch Herzog Hans hatte keinen Anteil an der Regierungsgewalt und wurde zum so genannten „abgeteilten Herren“.² Die Ablehnung der Stände brachte den Sohn von Hans dem Älteren, Herzog Hans der Jüngere, in ein seltsames Verhältnis zu seiner fürstlichen Familie. Einerseits war er ein gleichberechtigter Herzog unter den anderen Herzögen.³ Zugleich aber hatte er als eigenständiger Herzog keinen Anteil an der gemeinsamen Regierung der Herzogtümer. Der Begründer der modernen dänischen Geschichte, Kr. Erslev, schreibt, dass Herzog Hans somit als Untertan zu betrachten ist, „wenn auch in einer ganz besonderen Position“.⁴ Der Teilungsvertrag nämlich bedeutete unter anderem, dass Hans der Jüngere verpflichtet war, die von den Herzögen vorgeschlagenen und von den Ständen angenommenen Steuern zu erheben.

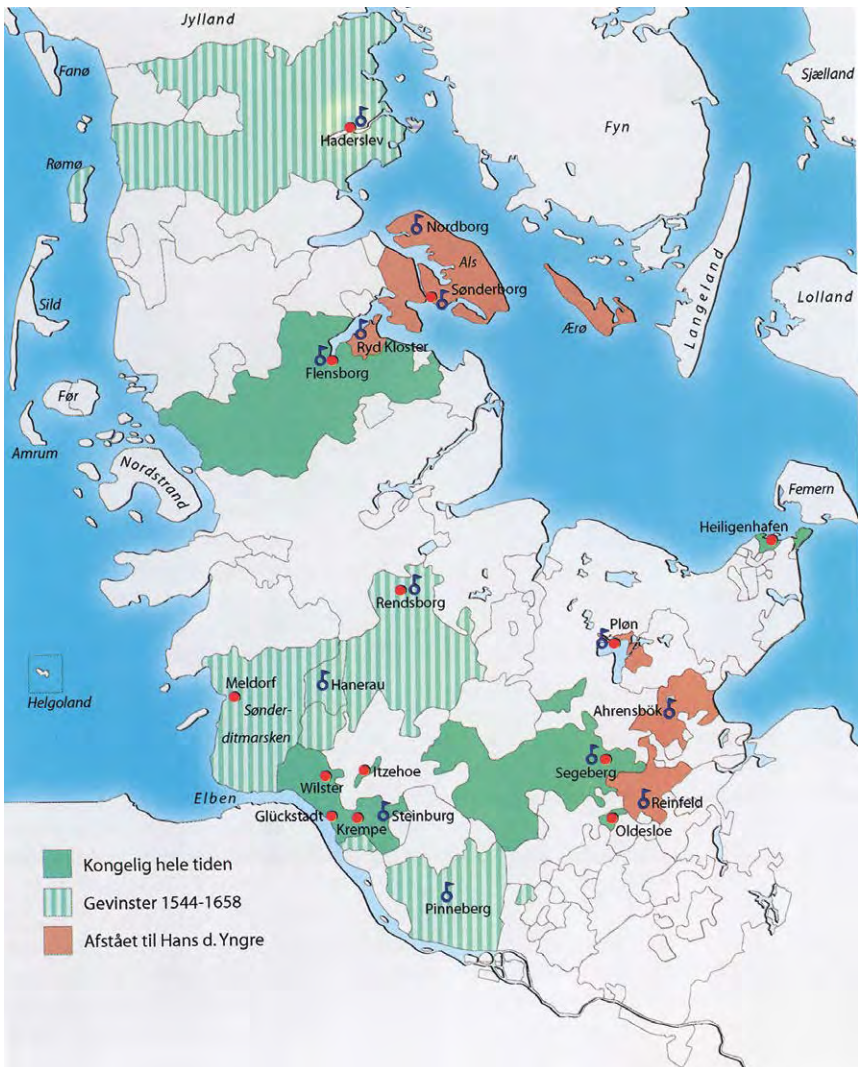


Abb. 3 Die königlichen Besitztümer in den Herzogtümern mit den Zugewinnen 1544-1658 und den Herzog Hans dem Jüngeren zugesprochenen Gebieten

Herzog Hans der Jüngere als Grundbesitzer

Der große fürstliche Besitz und das enorme Vermögen müssen Herzog Hans den Jüngeren aber einen politischen Einfluss verschafft haben, der weit über sein bescheidenes Herzogtum hinausging und bis in die gemeinsame Regierung reichte. Das soll nicht heißen, dass es keine psychologischen Erklärungen gibt, aber vielleicht ist ein besserer Ansatz, seine sehr aktive Grunderwerbspolitik als hart erkämpfte Ausgangsbasis für einen größeren informellen politischen Einfluss zu betrachten. Nach dem Tod von Königin Dorothea im Jahr 1571 konnte Herzog Hans der Jüngere rund 1.000 Höfe übernehmen, zu denen noch 348 Höfe kamen, die er von Herzog Hans dem Älteren erbte.⁵ Wie sein Bruder Frederik II. begann auch Herzog Hans mit dem groß angelegten Erwerb von Höfen und Ländereien.⁶ Die aktive Grunderwerbspolitik umfasste nicht nur umfangreichen Grunderwerb, sondern auch eine grundlegende Umstrukturierung der Ländereien, um die Einnahmen zu steigern.

Die zweite Hälfte des 16. und bis weit in das 17. Jahrhundert hinein war durch eine steigende Nachfrage nach Lebensmitteln durch die wachsende städtische Gesellschaft in Westeuropa gekennzeichnet, was die Lebensmittelpreise in die Höhe trieb. Das für die Nahrungsmittelproduktion günstige Klima ermutigte den Adel und die Fürsten Nord- und Osteuropas, ihren Besitz zu erweitern und ihre Ländereien neu zu strukturieren. Wie viele seiner Zeitgenossen stützte sich Herzog Hans der Jüngere auf den Oberhof, der von hörigen Hufenbauern und Lehnbauern bewirtschaftet wurde.

Herzog Hans der Jüngere teilte seine schleswigschen Besitztümer in Lehnsdistrikte (im Falle Holsteins: Vogteien) auf, die jeweils von einer eigenen Vogtei geleitet und verwaltet wurden. Der Begriff Meierhof bezeichnete ursprünglich einen Vorhof des Schlosses mit Produktionsgebäuden. Der Meierhof wurde nun zum Namen für ein Stallgebäude, das alleinstand, aber Teil eines größeren Schlosses war⁷. Im Zuge dieser Maßnahmen wurde die Landwirtschaft auf Alsen, Sundewitt und Ærø neu organisiert, und die Meierhöfe dienten zunehmend einer stark erweiterten Landwirtschaft, bei der die Arbeitskraft der umliegenden Lehnbauern und hörigen Bauern eingesetzt wurde. Jeder Meierhof wurde vermutlich von einem Vogt verwaltet, wie es auch bei den Meierhöfen in Ahrensbök der Fall war, wo eine Anweisung aus dem Jahr 1599 erhalten ist, in der die Verwaltung des Meierhofes beschrieben wird.⁸ Die Meierhöfe gehörten zu einem Amt, das von einem Schloss aus verwaltet wurde.

Ærø hingegen gehörte unter Herzog Hans dem Jüngeren offenbar zu keinem Amt und damit auch zu keinem Schloss. Der dänische Historiker Jørgen Steen Jensen stellt aber fest, dass das Kirchengetreide von Ærø direkt nach Sonderburg geliefert wurde.⁹ Eine mögliche Erklärung für das scheinbare Verwaltungs-



Abb. 4 Porträt von Herzog Hans dem Jüngeren von einem unbekanntem Maler

vakuum könnte sein, dass Ærø erst 1439 fester Bestandteil des Herzogtums Schleswig wurde und nicht Teil der Aufteilung der Herzogtümer in Harden und Lehen war, die sich jeweils im 13. und 14. Jahrhundert um ein eigenes Schloss gruppierten.¹⁰

Vier sehr große Meierhöfe entstanden auf Ærø: Gudsgave wurde wahrscheinlich erst später als Gråsten und Søbygaard gegründet, während Voderup auf Veranlassung von Herzog Hans Sohn Christian von Ærø entstand.¹¹ Carsten Porskrog Rasmussen beschreibt Herzog Hans den Jüngeren als strengen Herrn gegenüber seinen Bauern und betont, dass die Errichtung der Meierhöfe auch für die übrigen Lehnsbauern und hörigen Bauern einen spürbaren Zuwachs an Arbeit bedeutete.¹² Sie bearbeiteten nicht nur die neuen großen Felder, sondern wurden auch eingesetzt, wenn Arbeitskräfte für die großen Bauvorhaben von Herzog Hans benötigt wurden, von denen zweifelsohne das Schloss Glücksburg an Stelle des früheren Rüdeklosters das bekannteste ist. Aber im Gegensatz zu Alsen, wo viele Legenden über den bösen und gierigen Fürsten überliefert sind, war diese bei den Bewohnern von Ærø nicht der Fall.¹³

Das kurzlebige geteilte Herzogtum Ærø

Herzog Hans der Jüngere starb am 9. Oktober auf Schloss Glücksburg auf dem Heimweg von Plön nach Sonderburg. Nach seinem Tod erbte der älteste Sohn Christian Ærø, das damit zu einem unabhängigen Herzogtum wurde. Es hat die Nachwelt verwundert, dass der älteste Sohn einen deutlich geringeren Anteil als seine Brüder erhielt, was auf Geistesschwäche zurückgeführt wurde. Aber es gibt auch eine gute dynastische Erklärung, die in den Versuchen von Herzog Hans zu finden ist, gut für seine vielen Söhne zu sorgen. Dies gelang ihm etwa 1586/87 bei der neu zu besetzenden Stelle für das Domkapitel in Straßburg. Das Domkapitel war zwischen Katholiken und Protestanten gespalten. In einem Versuch, die Macht zu erhalten, reiste eine protestantische Delegation 1586-87 nach Dänemark, um für die vakante Stelle einen Protestanten durchzusetzen. Die Verhandlungen mit König Christian IV. verliefen ergebnislos, stattdessen gelang es aber Herzog Hans, seinen ältesten Sohn Christian, der als einziger volljährig war, als Kandidaten für das Amt aufzustellen.¹⁴

Der Kirchenstreit endete zwar mit einer Niederlage der Protestanten im Jahr 1604. Als Ausgleich durften die Protestanten aber ihre Einkünfte 15 Jahre lang, also bis 1620, behalten. Dies hatte zur Folge, dass Herzog Christian fast zwanzig Jahre lang einen großen Teil seiner Zeit am Straßburger Domkapitel verbrachte und 1604 für sich und seine Ehefrau eine neue Existenz suchen musste. Ein kleiner Erbvorschuss von Herzog Hans in Form eines Schlosses hätte dafür gesorgt, dass sein weiteres Leben abgesichert gewesen wäre. Im Jahr 1596

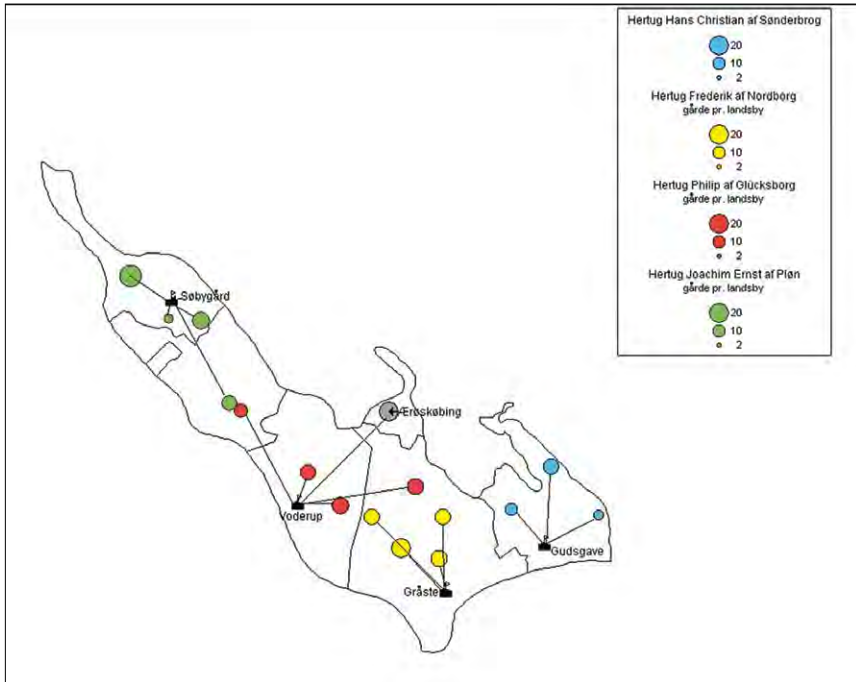


Abb.5 Die Besitzverhältnisse auf Ærø nach dem Tod von Herzog Hans dem Jüngeren 1634, gezeichnet von Jørgen Andersen nach einer Vorlage von Carsten P. Rasmussen

versuchte er zwei Mal, jedoch erfolglos, mit seinem Vater über eine Teilung des Besitzes zu verhandeln. Erst 1621, im Jahr vor seinem Tod, schrieb Herzog Hans ein Testament. Zu diesem Zeitpunkt war Christian 51 Jahre alt und noch unverheiratet. Er war kaum der offensichtliche Kandidat für die Weiterführung des Stammes, und stattdessen ging das Hauptschloss, Schloss Sonderburg, an den zweitältesten überlebenden Sohn, Alexander, der bereits mehrere Söhne hatte. Nach dem Tod von Herzog Hans musste sich Christian mit Ærø als kleinem unabhängigem Herzogtum begnügen, das nicht einmal eine fürstliche Residenz umfasste. Stattdessen erhielt er 5.000 Reichstaler, um ein geeignetes Haus auf Ærø zu bauen. Es gibt Hinweise darauf, dass er sich mit seinem unglücklichen Schicksal als Fürst abgefunden hatte und sich auf Ærø von den Normen und der Etikette, die in den fürstlichen Schlössern herrschten, befreien

konnte. Das Geld wurde nicht für den Bau eines Schlosses auf Ærø verwendet. Stattdessen zog er in das Hauptgebäude des Hofes Gråsten.

Aufgeteilt zwischen den Miniherzogtümern Sonderburg

Herzog Christian hinterließ bei seinem Tod keine Erben.¹⁵ Seine größte Leistung auf Ærø war die Errichtung des Voderup-Meierhofes, so dass es 1633 vier Meierhöfe auf der Insel gab: Søbygaard, Gråsten, Gudsgave und eben Voderup. Dies wurde zum entscheidenden Faktor für die nach seinem Tod erfolgende Erbteilung, bei der das Herzogtum Ærø nach nur elf Jahren im Jahr 1634 zu existieren aufhörte. Drei Meierhöfe fielen an die drei überlebenden Söhne von Herzog Hans, die zu Herzögen ohne Teilhabe an der Regierung ernannt wurden. Herzog Philipp von Glücksburg übernahm Voderup zusammen mit Ærøskøbing. Herzog Frederik von Norburg erhielt Gråsten und Herzog Joachim Ernst von Plön erhielt Søbygaard. Der vierte Meierhof, Gudsgave mit Marstal, erbte der Enkel von Herzog Hans dem Jüngeren, Hans Christian von Sonderburg, der Sohn von Alexander von Sonderburg.

Bald darauf verkaufte Herzog Frederik sein Erbteil an Herzog Philipp, so dass Ærø nun aus drei sehr kleinen Gebieten bestand, die den Herzögen von Plön, Glücksburg und Sonderburg unterstanden. Die Teilung hatte weitreichende Folgen für Ærø bis in die heutige Zeit. Sie bedeutete, dass die kleine Stadt Marstal dem Herzog von Sonderburg unterstand während die Marktstadt Ærøskøbing zum Herzog von Glücksburg gehörte. Ærøskøbing verlor dadurch sein natürliches Handelsgebiet auf Ærø. Ein Großteil des Handels wurde stattdessen in die kleine, aufstrebende Stadt Marstal verlagert, die sich ab der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu einer unabhängigen Seefahrerstadt ohne Handelsprivilegien entwickelte.

Komplizierte Besitzverhältnisse auf Ærø

In dynastischer Hinsicht waren die kleinen Herzogtümer keine dauerhafte Einrichtung, hinzu kamen in der Mitte des 17. Jahrhunderts wiederholt Kriege. 1657 erklärte König Frederik III. den Schweden den Krieg, woraufhin Karl X. Gustav die Herzogtümer und Jütland ohne großen Widerstand besetzte. 1658, nach dem Frieden von Roskilde, musste Frederik von Norburg nicht nur den Verlust von Skåne und Blekinge an Schweden anerkennen, sondern auch die Unabhängigkeit des Herzogtums Gottorf. Die Krise traf das kleine (angestammte) Herzogtum Sonderburg hart. 1667 ging es in Konkurs und Frederiks Sohn Herzog Christian August verlor nach dessen Tod als Erbe seinen gesamten Besitz,



Abb. 6 Der von Herzog Hans dem Jüngeren errichtete Meierhof Søbygaard auf einem aktuellen Foto

der an den König übergang, darunter auch Gudsgave mit Marstal. Auch die Zeit von Gudsgave unter der dänischen Krone verblieb kurz. Bereits 1684 verkaufte Christian V. den Meierhof an Herzog August von Norburg. Das bedeutete, dass die Herzogslinie Prinz-Norburg auf dem westlichen (Søbygaard) und östlichen Teil von Ærø (Gudsgave) saß, während der Linie Glücksburg Vorderup und Gråsten gehörte. Damit war das Spiel für die kleinen Herzogtümer noch nicht zu Ende, und beim nächsten Mal war es unangebrachte Liebe, die die letzten Kämpfe um die Macht über Ærø auslöste. Herzog Christian Carl von Plön-Norburg hatte Søbygaard und Gudsgave nach dem Tod seines Vaters im Jahr 1699 geerbt. Im Jahr 1702 heiratete er Dorothea Christine, die Tochter von Aichelberg, dem Landrat in Norburg. Dies war kein schlechtes Bündnis für das Herzogtum, aber es war ein echter Skandal in Bezug auf den Status, denn König Frederik IV. entzog ihm seinen herzoglichen Rang und sein Erbrecht, während die Ländereien an Christian Carls älteren Bruder Joachim Frederik von Plön (1668-1722) übergingen.

Im Jahr 1722 starb Joachim Frederik von Plön, und nun gab es nicht mehr viele Mitglieder mit fürstlichem Rang in den Norburger und Plöner Fürstenhäusern. Es gab einen Katholiken als Nachfolger, den der König um jeden Preis verhindern wollte. Damit blieb Frederik Carl, der Sohn des entthronten Christian Carl, übrig, dem ein gutes Angebot gemacht wurde, das er nicht ablehnen konnte. Er erhielt den Titel eines Herzogs und das Herzogtum Norburg als Gegenleistung für eine bescheidene Zahlung, um einen Teil der Güter auf Alsen an den König abzutreten.

Das Erbe für Norburg war damit 1722 geregelt, nicht aber die Erbnachfolge in dem viel reicheren Plön. Das Herzogtum Plön gehörte zwar zu Holstein, wo der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Lehnsherr war. Doch 1729 machte König Frederik IV. Frederik Carl ein neues Angebot, dem er ebenfalls nicht widerstehen konnte. Wenn er dem König den Rest des Herzogtums Norburg überlassen würde, würde er sich dafür einsetzen, dass Frederik Carl das weit aus wohlhabendere und lukrativere Herzogtum Plön bekäme. Er erhielt es 1731 und das war gleichzeitig das Ende des Herzogtums Norburg, denn dänische König hatte gleichzeitig Søbygaard und Gudsgave auf Ærø übernommen, das von nun an zum Amt Norburg gehörte.

Zurück auf Ærø blieben die Meierhöfe Gråsten und Voderup, die dem finanzschwachen Herzog von Glücksburg gehörten. Im Jahr 1749 kaufte König Frederik V. für 347.677 Reichstaler Gråsten mit Ærøskøbing vom Herzog. Dies war ein hoher Betrag, so dass das Herzogtum Glücksburg ein Drittel seiner Finanzkraft einbüßte. Ærø war damit „herzogsfrei“ und unter dem dänischen König vereinigt. Die Insel blieb jedoch Teil des Herzogtums Schleswig und gehörte verwaltungstechnisch zum Amt Norburg.

1773 wurden die noch immer bestehenden kleinen Verwaltungseinheiten auf der Insel zusammengefasst. Sogar die Stadt Ærøskøbing verlor ihren Magistrat. Ein dem Amtmann von Norburg, der in der Regel auch Amtmann von Sonderburg war, unterstellter Landvogt leitete fortan die Verwaltung und das Stadt- und Landgericht der Insel, die de facto den Harden im übrigen Herzogtum Schleswig gleichgestellt war.¹⁶ Ab 1834 bildete die Insel einen gemischten (Stadt-Land) Wahlbezirk für die schleswigsche Ständeversammlung. 1861 erhielt sie (allerdings ohne Ærøskøbing) wie die anderen Harden in den von einem gemeinsamen Amtmann geführten Ämtern Apenrade, Norburg und Sonderburg einen eigenen Hadesrat, nachdem ein gemeinsamer Amtsrat – wie seit 1841 in Dänemark üblich und 1858 im Amt Hadersleben eingeführt – vor allem am lokalen Widerstand gescheitert war.¹⁷ Doch wenige Jahre später endete die Zugehörigkeit zu Schleswig.



Abb. 7 Das 1690 erbaute „Priors Hus“ in der Søndergade im malerischen, von engen Gassen und denkmalgeschützten Fachwerkhäusern gekennzeichneten Ærøskøbing ist das älteste Haus der Stadt

Seit 1864/67 Teil des Königreichs

Mit dem Friedensschluss nach der dänischen Niederlage im Krieg mit Preußen und Österreich 1864 kam Ærø zum Königreich. Eine der guten Geschichten über Ærø ist, dass Bismarck an der Insel kein Interesse hatte und sie während der Friedensverhandlungen regelrecht „vergaß“. Die realpolitische und langweiligere Erklärung ist an der Westküste zu finden, wo die königlichen Enklaven im Herzogtum (darunter Westerland-Föhr mit Amrum, List und Mögeltøndern) Probleme mit dem Grenzverlauf verursachten. „Zur Vereinfachung der Grenzregelung“, wie es im Friedensvertrag hieß, wurde ein Tauschgeschäft abgeschlossen, bei dem das Königreich Preußen die königlichen Enklaven erhielt. Im Gegenzug erhielt das Königreich Dänemark acht Kirchengemeinden südlich von Kolding und Ærø. Darüber hinaus gab es kleinere Anpassungen rund um die Königsau. Durch diesen Tausch erhielten beide Länder ungefähr gleich viel Land, Einwohner und Steuereinnahmen. Am 1. Januar 1867 wurden Ærø und

die acht Gemeinden südlich von Kolding an Dänemark übertragen. Zu diesem Zeitpunkt hatte der dänische Reichsrat längst mit den gesetzgeberischen Arbeiten begonnen, die die Eingliederung sicherstellen sollten. Ærø wurde eine Harde und gehörte dem Svendborg Amt an.

Bereits 1865 wurde die dänische Gemeindeverwaltung vorweggenommen, als die Wahlberechtigten der Gemeinde Tranderup einen Gemeinderat wählten. Im Jahr 1866 folgten die Gemeinden Bregninge und Rise sowie die Gemeinde Marstal, während Søby, Ærøskøbing und Marstal bis nach dem 1. Januar 1867 warten mussten. 1861 hatte Marstal den Status eines „Flecken“ erhalten, aber das dänische Gemeinderecht kannte den mitteleuropäischen Begriff des „Flecken“ (Marktort) nicht. Stattdessen erhielt Marstal 1867 den Status eines „Handelsplatzes“, der dem früheren „Flecken“-Status sehr ähnlich war und rechtlich eine völlig neue kommunale Einheit in Dänemark darstellte. Diesen Sonderstatus behielt Marstal bis zur Kommunalreform von 1970, genau wie die fünf nordschleswigschen „Flecken“, die infolge der Volksabstimmung 1920 zu Dänemark kamen.¹⁸

Ærøs vergessene südjütländische Vergangenheit

Die Eingliederung von Ærø in das Königreich fand ohne jegliche Feierlichkeiten statt. Es ist unklar, warum. Vielleicht war nach einem Friedensschluss, der als zutiefst ungerecht empfunden wurde, kein Grund zum Feiern vorhanden? Vielleicht war es auch so, dass die wohlhabende Insel das Königreich als einen „armen Cousin“ ansah und das reiche Herzogtum bevorzugte? Auf jeden Fall mussten sich die Einwohner von Ærø daran gewöhnen, dass es nun eine Grenze mit dem übrigen Südjütland gab. Der Fährbetrieb zwischen Søby und Mommark wurde Ende des 19. Jahrhunderts eingestellt und erst in den 1920er Jahren wieder aufgenommen. Stattdessen begannen die Bewohner von Ærø, sich nach Südfünen zu orientieren und vergaßen bald ihre südjütländische Vergangenheit.

Es war ein leises, aber wirkungsvolles Vergessen. Der Archivar des Nationalarchivs, Erik Kroman, hat zwar kleine Artikel über die südjütländische Vergangenheit von Ærø verfasst. Diese fanden jedoch nur wenig Beachtung. Ab etwa 1920 konzentrierte sich das historische Interesse auf die beiden Städte Marstal und Ærøskøbing. Letztere wurde als die ursprüngliche Küstenstadt mit den hübschen Häusern vermarktet, während erstere für ihre große und glorreiche Vergangenheit als Seefahrerstadt bekannt war. Und das, obwohl Ærøskøbing eine der größten Seefahrerstädte des Herzogtums Schleswig gewesen war und Marstal viele schöne Häuser aufzuweisen hat.

Doch manche Bräuche auf Ærø, aber auch ein besonderes Selbst-, aber auch Gleichheitsbewusstsein und spezielle, aber bewusst nicht prächtige Architektur, erinnern zumindest unterbewusst an die besondere Geschichte. Traditionelle Gerichte von Ærø wie „ruskomsnusk“ und schwarze Suppe erzählen von der Esskultur Südjütlands. Auf der Westinsel werden an Fastnacht immer noch „Heiße Wecken“ gegessen wie in Schleswig beiderseits der Staatsgrenze.¹⁹ In Marstal im Osten kennt man diesen Brauch nicht. Schließlich weisen die Dialekte auf Ærø deutliche Merkmale des Süddänischen auf, zumindest auf der Westinsel. Hier kann man Wörter wie „bom“ und „pusser“ hören. Tatsächlich gehören die Dialekte zu den wenigen in Dänemark, die sowohl finische als auch südjütländische Dialektmerkmale aufweisen.²⁰ Der Trend auf Ærø geht jedoch, wie in vielen anderen Orten außerhalb Südjütlands, die ein starkes Regionalbewusstsein haben, zu einer dialektalen Angleichung.

Die langen Fäden der Geschichte werden auf Ærø nicht geleugnet. Die Einwohner von Ærø können nicht vor ihrer Geschichte davonlaufen. In den letzten Jahren haben sie sogar damit begonnen, die südjütländische Vergangenheit der Insel zu entdecken. 1985 gründete eine Gruppe aktiver Bürger die eigenständige gemeinnützige Einrichtung „Søbygaard“, die 1991 den Meierhof von Herzog Hans dem Jüngeren erwarb. Seitdem wurden rund 34 Millionen dänische Kronen in dessen Restaurierung investiert und damit hat Ærø in jüngster Zeit eine dritte Geschichte über Herzog Hans den Jüngeren erhalten, was zu einem wachsenden Bewusstsein für die südjütländische Geschichte von Ærø geführt hat. Es ist jedoch noch ein weiter Weg, bis die Einwohner von Ærø wirklich verstehen, dass sie bis 1867 nicht staatsrechtlich mit dem Königreich Dänemark verbunden waren und dass ihre Insel von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis 1867 Teil der Geschichte der Herzogtümer war.

Übersetzung: Ilse Friis

Literatur

- Inge Adriansen, Hertug Hans den Yngre. in: Rasmussen, Adriansen, Madsen (Hg.), S. 157-184
- Inge Adriansen, Smag på Sønderjylland. Madkultur uden grænser, København 2012
- Lena Wienecke Andersen, Kan du høre, jeg kommer fra Ærø? in: Ærø Museums årbog 2018/19, S. 4-14
- Oliver Auge (Hg.), Burgen in Schleswig-Holstein. Zeugen des Mittelalters einst und jetzt. Kiel/Hamburg 2019
- Pater Dragsbo, Carsten Porskrog Rasmussen, Hertug Christian af Ærø og hertugtiden på øen, in: Rasmussen, Adriansen, Madsen (Hg.), S. 199-210
- Peter Dragsbo, Hertugerne af Nordborg, in: Rasmussen, Adriansen, Madsen (Hg.), S. 211-224
- Kr. Erslev, Augustenborgernes arvekrav. En historisk redegørelse for den sønderborgske hertuginies arveretslige stilling i hertugdømmerne, København 1915
- Troels Fink, Rids af Sønderjyllands historie, København 1943
- Kai Fuhrmann, Die Ritterschaft als politische Korporation in den Herzogtümern Schleswig und Holstein von 1460 bis 1721, Kiel 2002
- Hans Schultz Hansen, Lars N. Henningsen, Carsten Porskrog Rasmussen (Hg.), Sønderjyllands historie bd. I. Indtil 1815, Apenrade 2008
- Mette Eriksen Havsteen-Mikkelsen, Det ærøske køkken – fra kål, ærter og flæsk til friske råvarer og Ærø-fortælling, in: Ærø Museums årbog 2018/19, S. 28-47.
- Historiske huse i Ærøskøbing, København 1975
- Gotlieb Japsen, Det dansksprogede skolevæsen i Sønderjylland indtil 1814, Tondern 1986
- Jørgen Steen Jesen, Hertug Hans den Yngre. Historisk Samfund for Als og Sundeved Band 50, Sønderburg 1971
- Vivi Jensen, Dorothea. Guds vilje og dronningens, København 2007.
- Kancelliets brevbøger 1561-1565, København 1893-1895
- Kancelliets brevbøger 1603-1608, København 1915
- Erik Kroman, Erik, Kong Valdemars Jordebog og Ærø, in: Ærøboen Nr. 6 (1968). S. 41-43
- Erik Kroman, Ærø i vendertidenin, in: Ærøboen Nr. 2 (1969), S. 9-11
- Erik Kroman, Da Ærø tilhørte markgreverne af Brandenburg, in: Ærøboen Nr. 4 (1969), S. 21-24
- Erik Kroman, Da Ærø tilhørte markgreverne af Brandenburg, in: Ærøboen Nr. 5 (1969), S. 29-31
- Erik Kroman, Ærø under de holstenske grever, in: Ærøboen Nr. 2 (1972), S. 13-15
- Erik Kroman, Ærø under de holstenske grever, in: Ærøboen Nr. 3 (1972), S. 25-28
- Carsten Porskrog Rasmussen, Søbygård herregård og gods 1571-1772 in: Mette Havsteen-Mikkelsen (Hg.), Hertugens Søbygård – bygningshistorie, drift og restaurering. Ærøskøbing, 2005, S. 28-36
- Carsten Porskrog Rasmussen, Rentegods og hovedgårdsdrift. Godsstrukturer og godsøkonomi i hertugdømmet Slesvig 1524-1770, Band 1 og 2, Apenrade 2003
- Carsten Porskrog Rasmussen, Inge Adriansen, Lennart S. Madsen (Hg.), De slesvigske hertuger, Apenrade 2005

- Carsten Porskrog Rasmussen, De ældre glückborgske hertuger, in: Rasmussen, Adriansen, Madsen (Hg.), S. 225-246
- Carsten Porskrog Rasmussen, Hertuggodser. Storgodssamfund på Als og Sundved fra 1500-tallet til 1800-tallet, in: Fra Als og Sundved Nr. 93 (2016)
- Carsten Porskrog Rasmussen, Hertugdømmet. 100 Danmarkshistorier. Århu 2019
- Gerret Liebing Schlaber, Hertugdømmet Slesvigs forvaltning. Administrative strukturer og retspleje mellem Ejderen og Kongeåen ca. 1460-1864. Flensburg 2007
- Gerret Liebing Schlaber, Fra kludetæppe til landskab. Ærø's særegne forvaltningshistorie i grove træk 1440-1867, in: Sønderjysk Månedsskrift 2016, S. 92-98

Anmerkungen

- 1 Kai Fuhrmann (2002), S. 309.
- 2 Kancelliets brevbøger 1561-1565, S. 518.
- 3 Erslev, Kr. (1915), S. 20.
- 4 Erslev, Kr. (1915), S. 12.
- 5 Inge Adriansen (2005), S. 173.
- 6 Carsten Porskrog Rasmussen, (2003), Band 1, S. 106-107. Von 1570 bis 1602 erwarb er ungefähr 317 Höfe auf Alsen, Sundewitt und Ærø. Der Erwerb bedeutete, dass er alleiniger Besitzer auf Ærø wurde und 95% der Güter auf Alsen besaß. Auf Sundewitt gab es jedoch immer noch einen Teil adlige und kirchliche Güter. Nach 1602 konzentrierte er seinen Erwerb von Gütern auf Angeln und in Holstein. Insgesamt beliefen sich der Erwerb von Gütern im Herzogtum Schleswig auf 15 Oberhöfe und etwa 350 Gehöfte, dazu die sogenannten Rixtorp-Höfe, die Hertug Hans vom König übernommen hatte.
- 7 Carsten Porskrog Rasmussen (2016), S. 34.
- 8 Jensen, Jørgen Stehen Jensen (1971), s. 47.
- 9 Jørgen Steen (1971), S. 31.
- 10 Oliver Auge (2019), S. 79-85.
- 11 Carsten Porskrog Rasmussen (2003), Band 2, S. 402 und 407.
- 12 Carsten Porskrog Rasmussen (2016), s. 42.
- 13 Carsten Porskrog Rasmussen (2016), s. 47.
- 14 Die Geschichte des Kirchenstreits und dessen Bedeutung wurde beschrieben von Inge Adriansen (2005), S. 201.
- 15 Die einzige Tochter Sophie Hedwig, benannt nach ihrer Tante, der ersten Herzogin von Glücksburg, war unehelich und wurde gemeinsam mit ihrer Mutter mit einem Haus in Ærøskøbing und der nahe gelegenen kleinen Insel Dejrhø abgefunden
- 16 Gerret Schlaber (2007), S. 364.
- 17 Ebd., S. 177

- 18 Diese waren Norburg, Augustenburg, Hoyer, Lügumkloster und Christiansfeld, die wie Marstal niemals Stadtrechte erhielten. Besondere Stadtrechte gibt es seit der Einführung der Primärkommunen in Dänemark 1970 nicht mehr.
- 19 Inge Adriansen (2012), S. 137.
- 20 Lena Wienecke Andersen (2018/19), S. 4.

Abbildungsnachweise

Abb. 1 Kim Furdal

Abb. 2, 3 Sønderjyllands historie; Band 1

Abb. 4 Museum Sønderjylland, Sønderborg Slot

Abb. 5 Karte von Jørgen Andersen nach einer Vorlage von Carsten P. Rasmussen, Museum Sønderjylland, Sønderborg Slot

Abb. 6 Bjørg Dalheim/Kim Jensen

Abb. 7 https://da.wikipedia.org/wiki/Priors_Hus (Erik Christensen)

Der Aufstieg der NSDAP im Landkreis Schleswig – ein (wahl-)statistischer Vergleich von 1928 bis 1933. Teil 1: die wirtschaftliche und soziale Lage und deren Einfluss auf die Stimmergebnisse der Nationalsozialisten

von FRANK OMLAND

Im ersten Teil der wahlstatistischen Analyse des Aufstiegs der NSDAP im Landkreis Schleswig zeichnet der Hamburger Regionalgeschichtsforscher Frank Omland anhand der verschiedenen statistischen Materialien die wirtschaftliche Lage nach. In einem Vergleich mit dem Geschehen im Landkreis Flensburg, der in den beiden letzten Grenzfriedensheften im Mittelpunkt stand (GFH 2/2020, S. 171 ff. und 1/202, S. 19 ff.) stellt er die Unterschiede der beiden ländlichen Räume dar und analysiert darauf aufbauend die Wahlen von 1928 bis 1933. Ziel des Beitrags ist es herauszuarbeiten, ob bestimmte hemmende und befördernde sozio-ökonomische Einflüsse für den Aufstieg der NSDAP zu ermittelt sind. Dabei stellt er heraus, dass der Landkreis Schleswig zu den Regionen zählt, in der die NSDAP frühzeitig Fuß gefasst hatte und im Vergleich zum Landkreis Flensburg spätestens im April 1932 zur „ländlichen Volkspartei“ geworden war. Erstmals gibt Omland darüber hinaus Einblicke in die Sozialstruktur der NSDAP-Mitgliedschaft im Landkreis Schleswig, die auf ihm zur Verfügung gestellten Datensätzen aus der im Bundesarchiv in Berlin verwahrten Mitgliederkarte beruht. Geplant für das nächste Grenzfriedensheft ist analog wie zu den beiden erwähnten Studien über den Aufstieg der NSDAP im Landkreis Flensburg eine Fortsetzung dieses wahl-statistischen Vergleichs im nördlichen Schleswig-Holstein, in der die Wahlergebnisse der anderen Parteien im Schleswiger Landkreis im Mittelpunkt stehen werden.

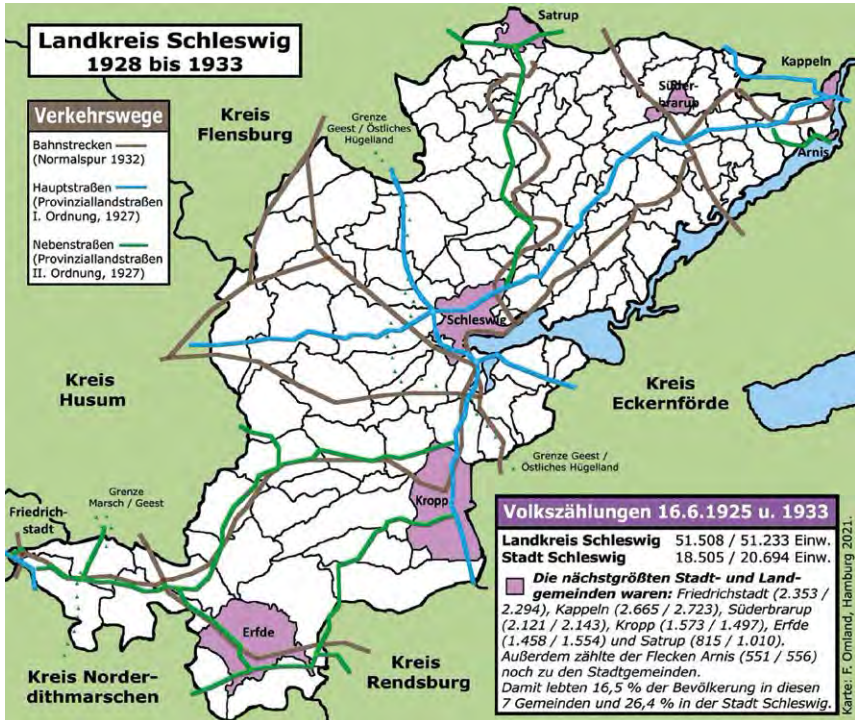
Die Redaktion

Vorbemerkung

In den beiden voran gegangenen Grenzfriedensheften 2/2020 und 1/2021 habe ich mich intensiv mit den Wahlergebnissen im Landkreis Flensburg beschäftigt.¹ Der folgende Aufsatz schließt insofern an, als er wie angekündigt das Untersuchungsgebiet auf den Landkreis Schleswig ausdehnt und sich methodisch an die vorher gegangenen Hinweise anlehnt, die an dieser Stelle nicht in Gänze wiederholt werden sollen. Lediglich zu den beiden zentralen Herangehensweisen soll dies geschehen: Zum ersten werden in der Regel alle Wahlergebnisse auf die Wahlberechtigten prozentuiert statt auf die abgegebenen gültigen Stimmen. Dadurch wird eine längsschnittliche Analyse unter Berücksichtigung der Wahlbeteiligung und der Nichtwählerschaft möglich. Zum zweiten werden in allen Karten in der Regel so genannte Quartile abgebildet, d.h. jeweils die Gebiete mit den Hochburgen der abgebildeten Partei, die Gebiete mit den wenigsten Stimmen (Diaspora) und jeweils die beiden dazwischen liegenden Gebiete (Oberes Mittel / Unteres Mittel der Ergebnisse). Dies dient dazu, dass jede Karte miteinander vergleichbar ist und sich schon visuell die Aufstiegsgebiete von Wahl zu Wahl auch territorial miteinander vergleichen lassen; dasselbe gilt für die sozioökonomischen Daten, die sich so ebenfalls leicht bestimmten Regionen zu ordnen lassen.²

Einführung

Der Landkreis Schleswig war eine der Regionen in Schleswig-Holstein, die in der Zeit von 1929 bis 1933 zu den Hochburgen der NSDAP gehörten. Doch nicht nur hier, sondern auch im reichsweiten Vergleich der 900 bis 1.000 Stadt- und Landkreise lag der Landkreis schon bei der Reichstagswahl 1930 unter den ersten 100,³ ab 1932 sogar unter den ersten zehn von knapp 940 Kreisgebieten!⁴ Schleswig gehörte zusammen mit Norder- und Süderdithmarschen, Husum, Steinburg, Segeberg, Pinneberg und Bordesholm zu den Landkreisen, die 1930 reichsweit zu den erfolgreichsten Regionen für die NSDAP. 1932 / 1933 kamen noch die Landkreise Südtondern, Flensburg sowie Eiderstedt hinzu. Die Bevölkerung an der Westküste Schleswig-Holsteins und der größte Teil von denjenigen, die auf dem Geestrücken wohnten, wählte „braun“ und erst im östlichen Hügelland nahmen die Erfolge der NSDAP im ländlichen Raum relativ gesehen ab. Außerhalb der Großstädte und der Stadtkreise musste man in Schleswig-Holstein nach Orten suchen, in denen die NSDAP bis 1933 nicht die kleineren Gemeinden dominierte. Dies belegt ein Datensatz, der 2/3 der Landkreise abbildet und derzeit für 1928 bis 1930, also der ersten Aufstiegsphase der NSDAP, auf Ebene aller Dörfer und Gemeinden die Ergebnisse umfasst.



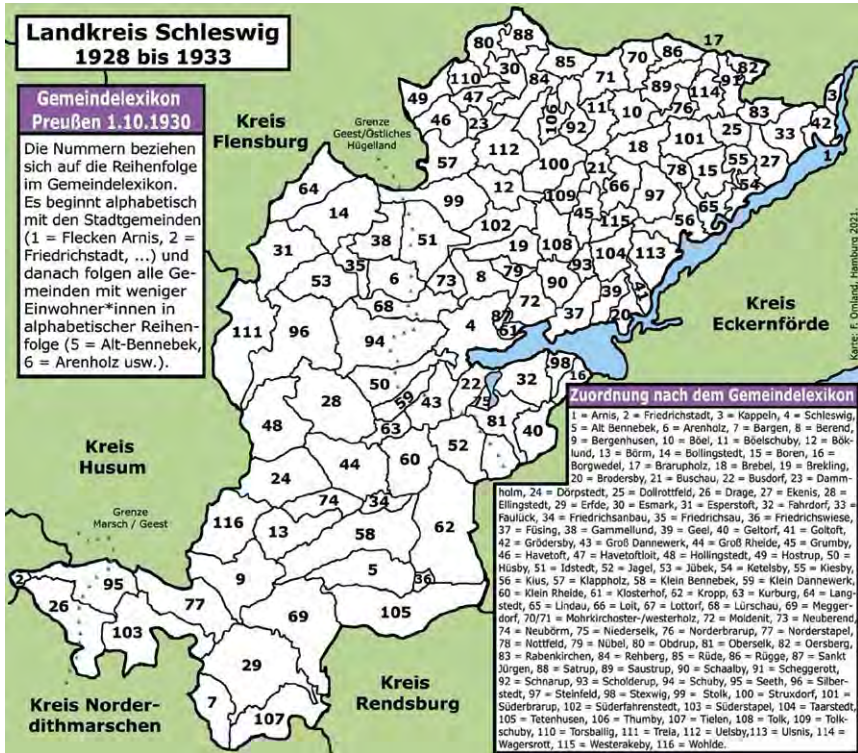
Karte 1: Bevölkerungsverteilung und Verkehrswege im Landkreis Schleswig

Vergleich der Verteilung der Wahlberechtigten / NSDAP-Stimmen (Reichstagswahlen 20.5.1928, 14.9.1930 und 31.7.1932)							
Region	Bev. 1925	WB 1928	NSDAP 1928	WB 1930	NSDAP 1930	WB 1932 J	NSDAP 1932 J
Großstädte	28,2%	30,4%	18,7%	30,2%	25,8%	28,9%	23,5%
drei weitere Stadtkreise	9,2%	9,9%	5,6%	9,7%	7,2%	9,5%	7,3%
„Westküste“	33,5%	32,1%	59,2%	31,9%	40,0%	32,0%	39,0%
zehn weitere Landkreise	29,1%	27,7%	16,4%	28,1%	27,0%	29,6%	30,1%
Gesamt	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %

Tabelle 1: Abk: Bev. 1925: Bevölkerung nach Volkszählung vom 16.6.1925. WB = Wahlberechtigte. - Die Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt aufgrund der Ausweisung von nur einer Dezimalstelle.

Lesebeispiel: 1925 lebten in den Großstädten 28,2 % der Bevölkerung und 30,4 % aller Wahlberechtigten Schleswig-Holsteins. Gleichzeitig stammten aber nur 18,7 % aller Stimmen der NSDAP in Schleswig-Holstein von dort. Für die Reichstagswahl 1930 und im Juli 1932 blieb die Anteil der Wahlberechtigten ziemlich konstant (30,2 / 29,9 %), doch stammten weiterhin nur 25,8 bzw. 24,3 aller NSDAP-Stimmen aus den Großstädten. Die Partei schnitt also in den Großstädten nur unterdurchschnittlich ab.

Dort erreichte die NSDAP bei der Reichstagswahl 1930 in mehr als jeder achten Gemeinde mindestens 50 % der Stimmen der Wahlberechtigten, darunter war jede zehnte eine Gemeinde aus dem Landkreis Schleswig.⁵ Diese Dominanz spiegelt sich auch in einem weiteren Vergleich von 1928 bis Juli 1932 wider. Hierzu wurden alle Kreisgebiete in vier Untergruppen aufgeteilt: einmal in die Großstädte (Altona und Kiel), die drei verbliebenen Stadtkreise (Flensburg, Neumünster, Wandsbek) und in die Landkreise, die von 1928 bis 1930 zum frühen Aufstiegsgebiet der NSDAP gehörten („Westküste“)⁶ sowie alle anderen Landkreise.



Karte 2: Zuordnung der Gebiete im Landkreis Schleswig

Wahlergebnisse im Deutschen Reich 1919 bis 1933, Landkreis Schleswig (absolute Stimmen)

	NV	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW
	19.01. 1919	20.02. 1921	04.05. 1924	07.12. 1924	20.05. 1928	14.09. 1930	31.07. 1932	06.11. 1932	05.03. 1933
WB	37.777	39.906	40.945	42.065	42.754	44.347	46.506	45.865	46.601
NW	k.A.	10.540	11.930	11.043	14.298	10.625	5.226	5.850	4.586
US	k.A.	1.587	424	434	480	199	206	238	228
GS	33.444	27.779	28.591	30.588	27.976	33.523	41.074	39.777	41.787
NSDAP			2.011	688	1.053	11.946	28.821	26.040	29.014
DNVP	1.266	4.078	10.361	12.494	7.875	1.785	2.641	3.952	5.149
DVP	2.769	7.657	6.051	6.801	5.841	3.036	576	846	529
Zentrum	150	99	184	172	186	173	222	213	177
DDP	11.338	3.403	3.264	3.332	1.907	2.557	388	280	187
SPD	8.927	6.170	4.684	5.848	6.022	6.246	6.486	6.102	5.188
KPD		180	593	296	430	800	1.241	1.657	1.193
USPD	47	1.526	229	106					
Sonstige	8.947	4.666	1.214	851	4.662	6.980	699	687	350
Sonstige, davon									
SHBLD	8.947	4.625	364						
			WP	115	2.757	1.741	51	26	
			CNBLP		199	2.976	22		
				CSVD		935	368	413	332

Tabelle 2: k.A. = keine Angaben überliefert; WB= Wahlberechtigte; NW = Nichtwähler; US = abgegebene ungültige Stimmen; GS = abgegebene gültige Stimmen; DNVP 1933 als Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (Bündnis mit dem Stahlhelm), SHBLD 1921 als SHLP, DDP ab 1930 als Deutsche Staatspartei (Zusammenschluss mit dem Jungdeutschen Orden), NSDAP 1924 als Völkisch-Sozialer Block (Bündnis mit den Deutschvölkischen), Dezember 1924 als NSFB (Nationalsozialistische Freiheitsbewegung) angetreten; WP = Reichspartei des deutschen Mittelstands (Wirtschaftspartei), CSVD = Christlich-Sozialer Volksdienst; CNBLP = Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei.⁷

Wahlergebnisse im Deutschen Reich 1919 bis 1933, Landkreis Schleswig (in Prozent der Wahlberechtigten)

	NV	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW
	19.01. 1919	20.02. 1921	04.05. 1924	07.12. 1924	20.05. 1928	14.09. 1930	31.07. 1932	06.11. 1932	05.03. 1933
WB	33.777	39.906	40.945	42.065	42.754	44.347	46.506	45.865	46.601
NW	k.A.	26,4	29,1	26,3	33,4	24,0	11,2	12,8	9,8
US	k.A.	4,0	1,0	1,0	1,1	0,4	0,4	0,5	0,5
GS	88,5	69,6	69,8	72,7	65,4	75,6	88,3	86,7	89,7
NSDAP			4,9	1,6	2,5	26,9	62,0	56,8	62,3
DNVP	3,4	10,2	25,3	29,7	18,4	4,0	5,7	8,6	11,0
DVP	7,3	19,2	14,8	16,2	13,7	6,8	1,2	1,8	1,1
Zentrum	0,4	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,4
DDP	30,0	8,5	8,0	7,9	4,5	5,8	0,8	0,6	0,4
SPD	23,6	15,5	11,4	13,9	14,1	14,1	13,9	13,3	11,1
KPD	0,0	0,5	1,4	0,7	1,0	1,8	2,7	3,6	2,6
USPD	0,1	3,8	0,6	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige	23,7	11,7	3,0	2,0	10,9	15,7	1,5	1,5	0,8
Sonstige, davon									
SHBLD	23,7	11,6	0,9						
			WP	0,3	6,4	3,9	0,1	0,1	
				CNBLP	0,5	6,7	0,0		
					CSVD	2,1	0,8	0,9	0,7

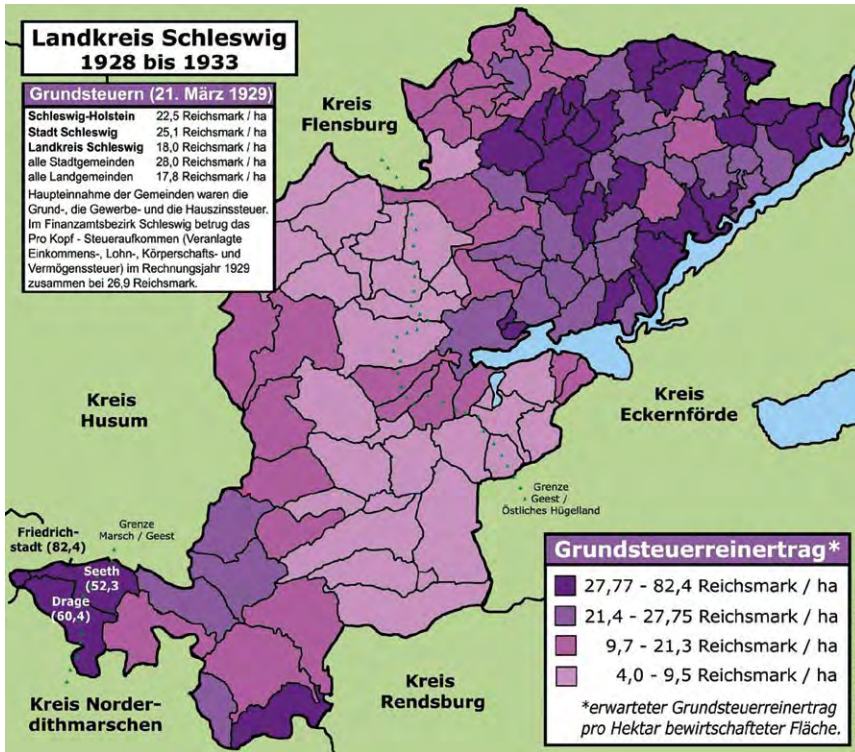
Tabelle 3: Die Tabelle gibt die Ergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten wieder, d.h. die Ergebnisse der Parteien plus die ungültigen Stimmen plus die Nichtwählerstimmen ergeben zusammen 100 %. Es wird also das gesamte Stimmverhalten der Wahlberechtigten abgebildet. Der Vorteil liegt darin, dass die jeweils unterschiedliche Wahlbeteiligung die Ergebnisse der Parteien nicht verzerrt darstellt, wie dies in Prozent der gültigen Stimmen der Fall wäre. So ist es möglich, jede Wahl tatsächlich miteinander zu vergleichen. Legende: siehe Tabelle 2.

Die NSDAP erhielt bei der Reichstagswahl 1928 fast 60 Prozent aller ihrer Stimmen in ihren Aufstiegsgebieten an der Westküste und auf der Geest! Dies sank zwar in der Folge auf 40 Prozent aller ihrer Stimmen herab, doch erreichte die Partei in diesen frühen Aufstiegsgebieten bis 1933 immer überdurchschnittlich viele der dort lebenden Wahlberechtigten. In allen anderen ländlichen Kreisgebieten gelang es der NSDAP 1930 und 1932 „nur“ durchschnittlich viele der dort wohnenden Wahlberechtigten für sich zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie groß der Anteil des Kreises Schleswig an diesen Wahlerfolgen der NSDAP war und wie es im Vergleich zum nördlich gelegenen Landkreis Flensburg ausgesehen hat.

Wirtschaftliche und soziale Lage

Für den Landkreis Schleswig fehlt bis heute eine Publikation, die für die Weimarer Republik die wirtschaftliche und soziale Lage auf breiter statistischer Basis analysiert und die Ergebnisse darstellt.⁸ Deshalb soll das an dieser Stelle ausführlicher und vertiefender nachgeholt werden: Im Landkreis Schleswig lebten 1925 insgesamt 70.113 Menschen, darunter knapp 51 % Frauen und Mädchen.⁹ Der Landkreis umfasste 112 Landgemeinden, die Stadtgemeinden Friedrichstadt, Kappeln und Schleswig sowie den Flecken Arnis, der formal als Stadtgemeinde gezählt wurde. Etwas mehr als jeder vierte Mensch lebte in Schleswig, jeder siebte in Gemeinden mit mindestens 1.000 bis 2.500 Menschen (Erfde, Friedrichstadt, Kappeln, Kroop und Süderbrarup) und ein Drittel in Dörfern mit höchstens 200 Einwohner*innen.

Fast die gesamte Bevölkerung war evangelisch-lutherisch, doch selbst in den Städten, wo die katholische und die jüdische Minderheit sich niedergelassen hatten, machten diese dort nur maximal 2 % der Bevölkerung aus und lebte dort unter den Protestanten (93 %) in der Diaspora. Der gesamte Landkreis war von seinen in der Landwirtschaft Beschäftigten geprägt, nur in zehn von 116 Gemeinden betrug 1933 ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung unter 30 % und nur in 18 Gemeinden unter 50 %. Knapp ein Drittel aller Gemeinden lagen auf der Geest, der übrige Teil auf dem östlichen Hügelland und nur Friedrichstadt, Seeth und Drage auf der Marsch bzw. an der Grenze zur Geest. Auf der Geest wie im Hügelland dominierten die mittleren Höfe mit einer Größe von 21 bis 50 Hektar und Großbetriebe mit mehr als 100 Hektar blieben die Ausnahme.¹⁰ In der Regel fiel die Bodengüte auf der Geest schlechter aus als im Hügelland und der Arbeitseinsatz war in der Landwirtschaft dort höher bei gleichzeitig schwächeren Erträgen. So lag der Grundsteuerreinertrag pro Hektar bewirtschafteter Fläche im Landkreis am 21.3.1929 mit 17,98 RM unter dem schleswig-holsteinischen Durchschnitt von 22,53 RM und nur in den Stadtgemeinden mit 28,63 RM darüber



Karte 3: Grundsteuerreinertrag pro Hektar im Landkreis Schleswig

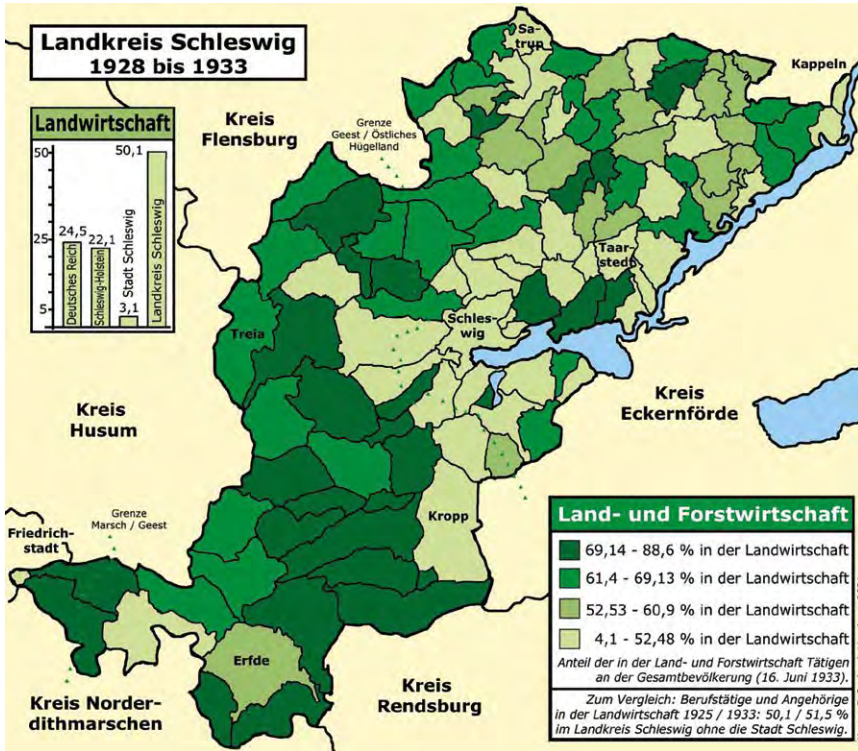
(Städte in der Provinz Schleswig-Holstein: 22,38 RM). Die starke Dominanz der Beschäftigten in der Landwirtschaft zeigt sich auch bei den Wirtschaftsabteilungen in der Berufszählung 1925. Danach war im ländlichen Raum Schlesiws die Hälfte der Gesamtbevölkerung, also die Erwerbspersonen und ihre Angehörigen,¹¹ dort tätig, es folgte ein Fünftel im Bereich Industrie und Handwerk, ein Zehntel im Handel- und Verkehrswesen, ein Neuntel waren so genannte Berufslose, also insbesondere Rentner, Pensionäre und Altenteiler und deren Angehörigen. Damit ähnelten sich die beiden Landkreise Schleswig und Flensburg in ihrer sozioökonomischen Zusammensetzung der Bevölkerung sehr, während sich die auch durch Werften geprägte Stadt Flensburg und die durch die Verwaltung und die ansässigen stationären Einrichtungen des Gesundheitswesens geprägte Stadt Schleswig doch stärker voneinander unterschieden.

Verteilung der Gesamtbevölkerung auf die Wirtschaftsabteilungen (in Prozent). Berufszählung 16. Juni 1925, Regionen Schleswig und Flensburg							
	Land- und Forstwirtschaft	Industrie u. Handwerk	Handel, Verkehr	Verwaltung	Gesundheitswesen	Häusliche Dienste	Ohne Beruf, Berufsangabe
Provinz Schleswig-Holstein	23,0	33,3	20,5	6,4	1,7	4,7	10,4
Stadt Schleswig	3,8	27,5	20,9	13,9	6,7	5,2	22,0
Stadt Flensburg	2,0	37,2	30,3	9,5	2,4	6,0	12,6
Lkr. Schleswig*	50,1	19,4	10,1	2,4	1,1	4,7	12,2
Lkr. Flensburg	52,4	20,5	8,7	3,1	0,6	3,6	11,1

Tabelle 4: * Landkreis Schleswig ohne die Stadtgemeinde Schleswig.

Quelle: Statistik des Deutschen Reichs (StDR), Band 408, Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925. Berufszählung. Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes. Berlin 1931, S. 31-32.

Das Stadt-/Landgefälle spiegelt sich auch in der Berufsgruppenverteilung wider:¹² während in der Stadt Schleswig der Anteil der Angestellten und Hausangestellten deutlich über dem Landkreis lag, waren dort die Selbstständigen und die mithelfenden Familienangehörigen (davon 76 % Frauen!) überrepräsentiert. Letzteres ein Indiz für die Arbeitsverteilung auf den Bauernhöfen, wo die weiblichen Angehörigen ganz selbstverständlich bei allen anfallenden Arbeiten „mithalfen“.¹³ Während in Schleswig deutlich mehr Flächen als Wiesen und für Viehweiden genutzt wurden als in Flensburg, gab es dort deutlich mehr bewirtschaftetes Ackerland. Zudem waren in Schleswig die kleineren Höfe häufiger vertreten und es wurden auch deutlich mehr Rinder und Schweine gehalten als in Flensburg. Beide Landkreise gehörten im reichsweiten Vergleich zu den Regionen mit einem hohen Bestand an Milchkühen.¹⁴ Da ab 1930 die Preise für Rind- und Schweinefleisch sowie Vollmilch und Butter massiv einbrachen und bis 1932 auf einem absoluten Tiefpunkt ankamen, dürften Rinder und Schweinezüchter sowie Milchbauern mit einer für sie existenziellen Krise gekämpft haben.¹⁵ Dafür spricht auch der starke Anstieg von Zwangsversteigerungen, die im Landkreis Schleswig zwischen 1930 und 1932 zu verzeichnen waren.¹⁶



Karte 4: Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen an der Gesamtbevölkerung 16.6.1933

Landwirtschaftliche Betriebszählung, 16. Juni 1925 Landkreis Flensburg, Landkreis Schleswig ohne Stadt Schleswig								
	LW Fläche	Von 100 ha Gebietsfläche sind ... Höfe mit ... Hektar				Auf 1.000 ha landwirt- schaftlich genutzte Flächen kommen ... Stück ...		
		> 5	5-20	20- 100	>100	Pferde	Rindvieh	Schweine
Provinz Schleswig- Holstein	68,9	6,5	22,9	55,1	15,5	164	883	640
Lkr. Flensburg	69,4	6,1	26,8	60,5	6,6	148	896	599
Lkr. Schleswig*	73,1	6,9	31,6	58,9	2,6	164	1.001	713

Tabelle 5: Quelle: StDR, Band 412, I. Landwirtschaftliche Betriebszählung. Die Hauptergebnisse in den kleineren Verwaltungsbezirken der Länder und des Deutschen Reichs. Berlin 1929, S. 265. * ohne Stadt Schleswig. [LW Fläche: Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche an der Gesamtfläche].

Im Landkreis Schleswig gab es 1925 insgesamt 7.309 landwirtschaftliche Betriebe, von denen knapp ein Drittel kleinere und mittlere Flächen von 10 bis 50 ha bewirtschafteten und zusammen knapp die Hälfte aller in der Landwirtschaft Tätigen repräsentierten. Dabei galt wie überall in Schleswig-Holstein, dass die Anzahl der Beschäftigten zunahm, je mehr Fläche bewirtschaftet wurde, so dass in den größeren Betrieben also nicht nur die Landwirte und ihre Familien sondern auch weiteres Personal, (Knechte, Mägde, Landarbeiter), beschäftigt wurden. Die 1.061 Betriebe mit einer Hofgröße von 20 bis 50 ha, bewirtschafteten zusammen über 44 % des Ackerlandes und 42 % aller Wiesen. Sie dominierten mit einem ähnlichen Anteil die Rindvieh- und Schweinehaltung und beschäftigten insgesamt etwas über ein Viertel aller landwirtschaftlichen Erwerbstätigen. Zusammen mit der Milchviehhaltung dürften sie damit das Herzstück der landwirtschaftlichen Produktion dargestellt haben, wobei die große Anzahl an Pferde in den Betrieben auf deren Einsatz hindeutet und sich die Frage nach der Industrialisierung der Landwirtschaft im Kreisgebiet stellt.¹⁷

**Bodennutzung der Landwirtschaft,
Landkreise Schleswig und Flensburg, 1927
(absolute Flächen in Hektar / in Prozent der Gesamtfläche)**

	Fläche (ha)	Land- wirtschaft	in %	Acker- land	in %	
Lrk Schleswig	105653,0	87591,6	82,9	58786,6	55,6	
Lrk Flensburg	98222,3	77659,6	79,1	60969,9	62,1	
	Wiesen	in %	Viehweiden/ Hutungen	in %	Obst- Anlagen	in %
Lrk Schleswig	16692	15,8	11228	10,6	0	0,0
Lrk Flensburg	8042	8,2	7822,2	8,0	8	0,0
	Forsten / Holzungen	in %	Moore	in %	Öd- und Unland	in
Lrk Schleswig	4422	4,2	3860	3,7	1525	1,4
Lrk Flensburg	4840,5	4,9	1596	1,6	2545	2,6

Tabelle 6: Hinweis: die Zusammenzählung der genutzten Flächen (Ackerland bis Ödland) ergibt keine 100 Prozent, die fehlenden Flächen (knapp 9 %) entsprechen den bebauten Flächen der Landkreise. Quelle: StDR, Band 374, Die Ergebnisse der Bodenbenutzungserhebung im Jahre 1927. Berlin 1930, S. 54.
Lesebeispiel: Im Landkreis Schleswig betrug die Gesamtfläche 105.630 Hektar, davon wurden 83 % von der Landwirtschaft genutzt. Von der Gesamtfläche waren fast 56 % Ackerland, 16 % Wiesen und 11 % Viehweiden.

Tatsächliches Reichssteueraufkommen (1927-1933)							
Finanzamtsbezirk	Steueraufkommen in Tausend Reichsmark (RM)						
Schleswig	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Lohnsteuer	714,4	765,0	735,2	774,5	1230,5	925,0	909,9
Veranlagte Einkommenssteuer	692,4	687,6	748,6	768,7	543,6	218,6	161,6
Körperschaftssteuer	22,2	27,9	76,3	63,3	75,6	38,0	23,2
Vermögenssteuer	290,7	284,0	350,8	280,7	183,5	122,1	160,7
Summe	1719,7	1764,5	1910,9	1887,2	2033,2	1303,7	1255,4
Umsatzsteuer	773,0	772,3	917,0	1070,4	827,8	1071,3	1334,2
Flensburg	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Lohnsteuer	1825,6	1775,2	1822,2	1728,7	1365,7	943,5	836,0
Veranlagte Einkommenssteuer	1857,0	2023,4	1918,6	1736,2	1233,2	413,8	650,9
Körperschaftssteuer	313,1	616,7	401,8	367,7	115,3	1,3	140,6
Vermögenssteuer	623,1	646,7	747,2	620,1	492,3	457,7	406,8
Summe	4618,8	5062,0	4889,8	4452,7	3206,5	1816,3	2034,3
Umsatzsteuer	1380,9	1405,0	1561,0	1673,0	1436,7	1824,0	2129,6

Tabelle 7: Quelle: Die Steuerleistung der Finanzamtsbezirke in den Rechnungsjahren 1926 bis 1938. In: Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr. 39, Teil 2, S. 39 u. S. 37 (Berlin 1941).

Ein vertiefender Blick auf das niedergelassene Gewerbe im Landkreis Schleswig unterstreicht indirekt die Bedeutung der Landwirtschaft, denn von den 3.192 gewerblichen Niederlassungen mit 7.256 Beschäftigten (davon 1.364 Frauen) entfielen allein 889 mit 1.348 Beschäftigten auf das Handelsgewerbe, danach folgte das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (421 Niederlassungen, 1.163 Beschäftigte) und die Gast- und Schankwirtschaft (301 Niederlassungen, 569 Beschäftigte). Zudem gab es im Landkreis 180 Schmiede, 176 Tischler, 329 Maurer und 124 Bäcker (übrigens alles Männer) mit entsprechenden Betrieben und Geschäften, was die Bedarfe im ländlichen Raum sehr gut veranschaulicht.¹⁸ Dabei waren Frauen überall stark unterrepräsentiert, was vermutlich daran lag, dass sie wie oben beschrieben praktisch größtenteils auf den Bauernhöfen mitarbeiteten.¹⁹

Die Agrar- und Wirtschaftskrise lässt sich für beide Landkreise anhand des tatsächlichen Reichssteueraufkommens sowie der Anzahl der Arbeitslosen nachvollziehen: So brachen im Landkreis Schleswig die Einnahmen aus der veranlagten Einkommenssteuer ab 1930/31 bis 1933 massiv ein, ähnlich sah es mit der Vermögens- und der Körperschaftssteuer aus. Zeitversetzt galt dies auch für die Lohnsteuereinnahmen, die nach 1931 sanken, während der Einbruch der Umsatzsteuern (dem Indikator für den Verbrauch der Bevölkerung) am stärksten 1931 zu spüren war. Dagegen verlief die Krise im Landkreis Flensburg sehr viel linearer und betraf fast durchgehend alle Steuereinnahmen, wobei hier schon ab 1928/29 und 1929/30 Rückgänge zu verzeichnen waren.

Die Arbeitslosenzahlen liegen uns leider mit Ausnahme der größeren Städte weder auf Ebene der Gemeinden noch auf Ebene der Landkreise vor, denn die Arbeitsamtsbezirke wichen deutlich von deren geografischen Grenzen ab. Im Kern war der Arbeitsamtsbezirk Flensburg für die Kreise Flensburg, Südtondern und Husum, und der Arbeitsamtsbezirk Schleswig für den Landkreis ohne die Marschgebiete im Südosten sowie einschließlich der westlichen Teil des Kreises Eckernförde zuständig.²⁰

Witterungsbedingt stiegen die Arbeitslosenzahlen zwischen Dezember bis März des Jahres stark an, um sich dann im Frühling bis Herbst deutlich zu verbessern. Doch sollte sich diese Erholungsphase 1930 stark abschwächen und in eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit Ende 1930 und danach münden. Die Not der Erwerbslosen nahm zu und die Gemeinden standen vor dem Problem, dass sie immer größere Anteile der Kosten dafür zu tragen hatten. Formal kam das Reich im Zuge der Arbeitslosenversicherung für die Erwerbslosen auf, doch wurden diese zeitlich immer kürzer unterstützt, fielen schneller in die finanziell schlechtere Krisenfürsorge, die zu 1/5 von den Kommunen zu tragen war und landeten dann in der Wohlfahrtsfürsorge, die sich zum größten Ausgabeposten der Gemeinden entwickelte: „Zwischen Juni 1929 und Dezember hatte sich die

Arbeitslose 1928 - 1933					
	Arbeitsamtsbezirke			Arbeitsamtsbezirke	
Stichtag	Flensburg	Schleswig	Stichtag	Flensburg	Schleswig
31.08.1928	3.162	928	31.03.1931	9.070	2.807
31.12.1928	5.458	1.849	30.06.1931	7.559	2.131
31.03.1929	6.333	2.430	30.09.1931	9.464	2.765
30.06.1929	2.935	767	31.12.1931	13.183	4.338
30.09.1930	5.180	1.103	31.03.1932	13.211	4.360
31.12.2929	6.558	2.134	30.06.1932	11.046	3.598
31.03.1930	6.074	1.921	30.09.1932	11.037	3.070
30.06.1930	4.233	1.027	31.12.1932	13.860	4.097
30.09.1930	5.180	1.103	31.03.1933	12.525	3.762
31.12.1930	9.653	2.586	30.06.1933	10.531	2.810

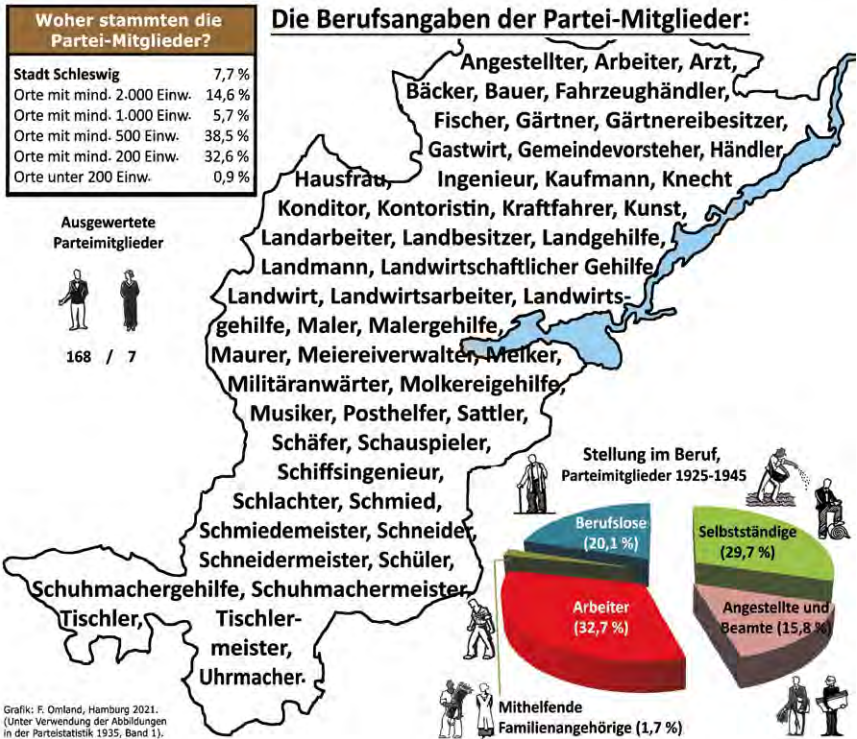
Tabelle 8: Quelle: Statistisches Jahrbuch für Schleswig-Holstein. Kiel 1951, S. 342.²¹

Zahl der Unterstützungsempfänger im Kreis Schleswig von 192 auf 875 erhöht. Die Folgemonate ließen die aus dem Kreishaushalt zusätzlich unterstützte Wohlfahrtserwerbslosenzahlen weiter ansteigen, von 272 im Februar 1931 auf 1.181 im Mai 1932 und 1.548 im Januar 1933.“, so die Zusammenfassung von Matthias Scharl und Claudia Koch zur Geschichte des Kreises.²² Allein 1932 entstand so im Kreishaushalt ein Fehlbetrag von 670.000 Reichsmark, der nur durch neue Schulden gedeckt werden konnte. Die Not und das Elend der Erwerbslosen lässt sich anhand dieser Zahlen nicht annähernd erfassen und meines Wissens steht eine konkrete Beschreibung dazu für die Region noch aus.

Exkurs: Die Zusammensetzung der NSDAP-Mitglieder im Kreis Schleswig

Matthias Scharl hat sich in einer Darstellung zur „Clique alter Kämpfer“ auf die Biografien der wichtigsten NSDAP-Mitglieder und ihrer Aktivitäten für die Partei im Landkreis konzentriert.²³ Die Frage, wie sich die NSDAP vor Ort zusammensetzte, also aus welchen Berufen bzw. sozialen Schichten die Mitglieder stammten, in welchem Alter und wann diese jeweils eingetreten oder auch wieder ausgetreten sind, in welchen Orten sie beim Parteieintritt lebten und wie es mit ihrem Familienstand oder der Geschlechterverteilung aussah, konnte er deshalb nur exemplarisch beantworten. Hintergrund ist, dass dazu die beiden NSDAP-Mitgliederkarteien im Bundesarchiv ausgewertet werden müssten, was für regionalgeschichtliche Zusammenhänge nur durch ein Team von hauptamtlichen Forschenden leistbar ist und bis heute nicht durchgeführt wurde. Während für die Gau-Ebene zumindest die offizielle Parteistatistik von 1935 herangezogen werden kann (Stichtag dort: 31.12.1934),²⁴ fehlen uns also Vergleichsdaten für die Kreise und Gemeinden. Glücklicherweise hat für die Reichsebene Jürgen W. Falter mit seinem Team von der Universität Mainz dazu in den letzten Jahren zwei sehr wichtige Publikationen vorgelegt,²⁵ die auf einer Auswertung von knapp 50.000 Datensätzen aus den beiden Mitgliederkarteien der NSDAP im Bundesarchiv beruhen.²⁶ Dankenswerterweise hat der Verfasser im Frühjahr 2021 den Teildatensatz zu Schleswig-Holstein und Hamburg von Prof. Falter erhalten und konnte für den Gau Nordmark auf Basis von knapp 2.500 NSDAP-Mitglieder-Datensätzen die Zusammensetzung der Partei analysieren.²⁷

Die methodischen Fragen und Probleme sollen hier nicht weiter vertieft werden, sie sind für die Reichsebene und für Schleswig-Holstein ausführlich an anderer Stelle reflektiert worden.²⁸ Lediglich der wichtigste Punkt soll hervorgehoben werden: der Datensatz setzt sich aus sieben stichprobenbasierten Ziehungen aus den heute noch vorhandenen knapp 10 Millionen Mitglieder-Karteien des Bundesarchivs zusammen.²⁹ Um daraus verallgemeinernde Angaben zur Zusammensetzung der NSDAP zu gewinnen, wurden alle sozioökonomischen Variablen nach bestimmten Kriterien gewichtet und so stichprobenbasierte Schätzwerte, also relative und absolute Zahlen für jeden Einzelfall gewonnen. Verkürzt übersetzt für statistische Laien: je nach Eintrittsdatum und Geschlecht wird ein Parteimitglied in der Auswertung mit einer Zahl für die Umrechnung auf Prozentbasis und einer absoluten Zahl versehen. Während die Anzahl der einbezogenen Parteimitglieder im Datensatz für den Landkreis Schleswig so bei 175 Fällen liegt, stehen diese nach den Gewichtungen allgemein für die tatsächliche Anzahl aller Parteimitglieder im Landkreis zu einem bestimmten Zeitpunkt. So repräsentieren 111 Fälle alle die Parteimitglieder, die bis zum



Grafik: F. Omland, Hamburg 2021.
(Unter Verwendung der Abbildungen in der Parteistatistik 1935, Band 1).

Grafik 1: Die Mitglieder der NSDAP im Landkreis Schleswig 1925-1945

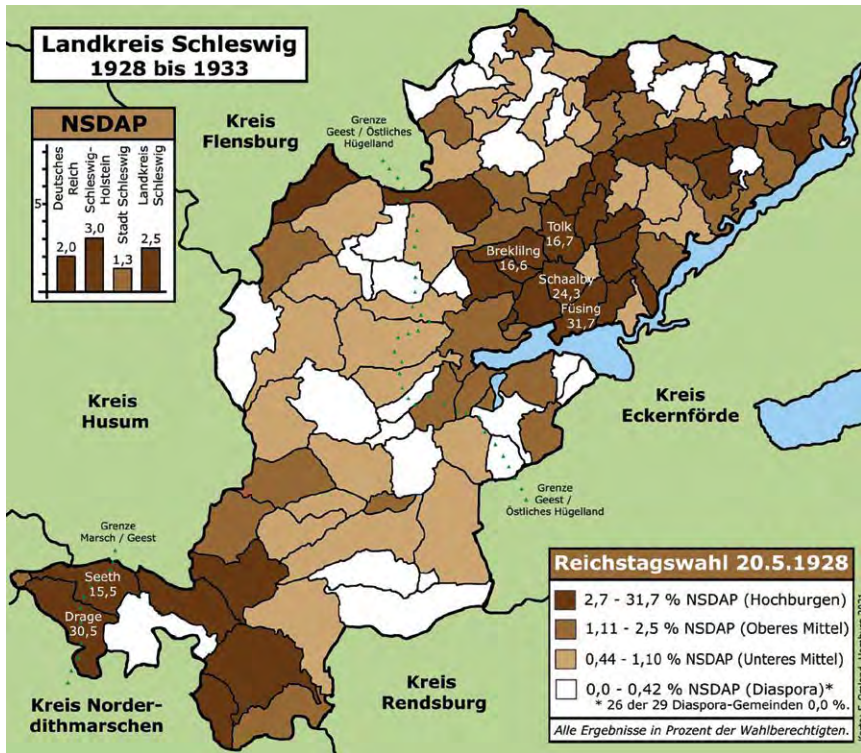
30.1.1933 in die NSDAP eingetreten, ausgetreten und wiederingetreten sind, also die 4.465 Mitglieder vom Januar 1933 (Grafik 1). Für den Landkreis Schleswig enthält der Datensatz in der Zeit von 1925 bis 1945 Angaben zu 168 Männern und 7 Frauen. Das führt dazu, dass wir lediglich zu den Parteigenossen qualitative vertiefende Aussagen treffen können. Einen ersten Eindruck davon wie die soziale Zusammensetzung der Partei aussah, vermitteln die Berufe, die die Mitglieder selbst beim Eintritt angaben. Sie lauteten: Angestellter, Arbeiter, Arzt, Bäcker, Bauer, Fahrzeughändler, Fischer, Gärtner, Gärtnereibesitzer, Gastwirt, Gemeindevorsteher, Händler, Hausfrau, Ingenieur, Kaufmann, Knecht, Konditor, Kontoristin, Kraftfahrer, Kunst, Landarbeiter, Landbesitzer, Landgehilfe, Landmann, Landwirtschaftlicher Gehilfe, Landwirt, Landwirtsarbeiter, Landwirtsgehilfe, Maler, Malergehilfe, Maurer, Meierei-Verwalter,

Melker, Militäranwärter, Molkereigehilfe, Musiker, Posthelfer, Sattler, Schäfer, Schauspieler, Schiffsingenieur, Schlachter, Schmied, Schmiedemeister, Schneider, Schneidermeister, Schüler, Schuhmachergehilfe, Schuhmachermeister, Tischler, Tischlermeister und Uhrmacher.

Ordnet man diese Angaben der Berufszählung vom 16. Juni 1925 zu, so ergeben sich folgende Erkenntnisse: Die größte Gruppe stellten die Arbeiter (32,7 %), es folgten die Selbstständigen (29,7 %) sowie die Berufslosen (20,1 %, insbesondere die Hausfrauen), danach die Angestellten und Beamten (15,8 %) und die mithelfenden Familienangehörigen (1,7 %). Aufgrund des sehr starken Männerüberhangs in der Partei waren gerade die frauendominierten Berufsgruppen unterrepräsentiert, was sich u.a. in den wenigen mithelfenden Familienangehörigen niederschlägt.³⁰

Die hohe Anzahl der Berufsgruppe der Arbeiter überrascht auf den ersten Blick, umso interessanter ist es, wenn man die obigen Gruppen nach den tatsächlichen Tätigkeiten ausdifferenziert. Es besteht sozial, ökonomisch und auch politisch ein großer Unterschied, ob jemand in der Industrie, dem Handwerk oder auch in der Landwirtschaft arbeitete. Aufgeschlüsselt nach den Tätigkeiten stellten die Landwirte, einschließlich der Jungbauern die größte Gruppe unter den Berufsgruppen (24,9 %), es folgten die Facharbeiter im Handwerk (23,6%, u.a. Bäcker, Maler, Maurer, Tischler, Zimmerleute), die Hausfrauen (15,5 %), Angestellte im Verkehrswesen (9,4 %), die Landarbeiter, Knechte und Gehilfen (6,6 %) und danach die Beamten in den Gemeinden (3,4 %) sowie selbstständige Händler und Kaufleute (3,2 %). Oder anders ausgedrückt: bei den vielen Arbeitern handelt es sich um diejenigen, die Tätigkeiten im Handwerk und sehr viel weniger in der Industrie nachgingen, was sich auch in der wirtschaftlichen Struktur des Landkreises widerspiegelt.

Zusammenfassend gesagt stammt das idealtypische NSDAP-Mitglied aus einem Dorf mit 350 bzw. 710 Einwohner*innen, in der die Landwirtschaft stark dominierte, doch gleichzeitig die Erträge daraus eher unterdurchschnittlich ausfielen. Die Gemeinden hatten einen starken Männerüberhang und das Parteimitglied war in der Regel ein 34 bis 36 Jahre alter Mann, der als selbstständiger Landwirt tätig war.

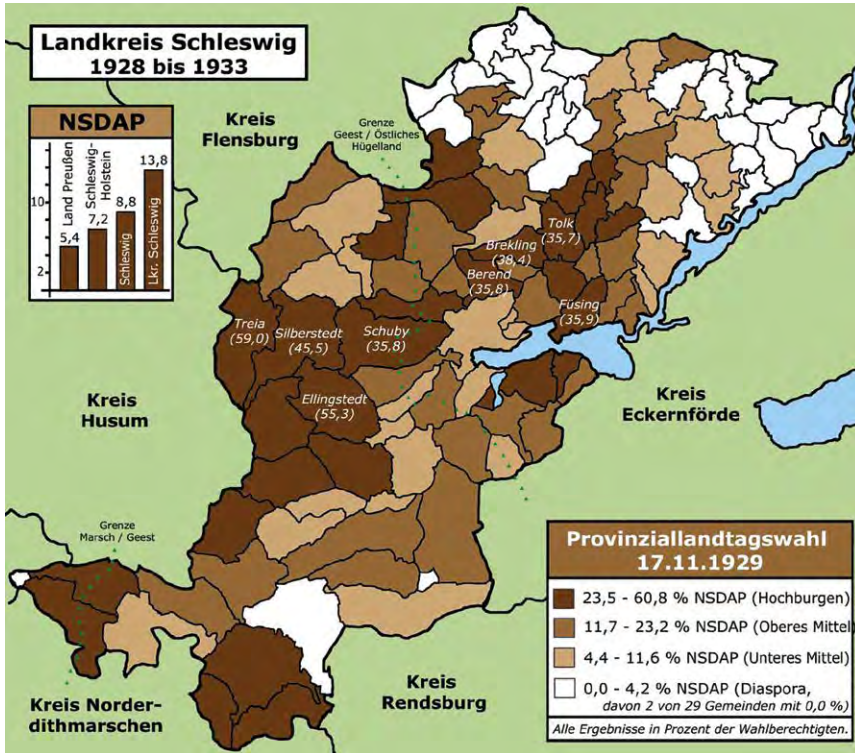


Karte 5: Reichstagswahl 1928, NSDAP (in Prozent der Wahlberechtigten)

Zur Wählerschaft der NSDAP im Landkreis Schleswig bis 1930

Ähnlich wie für den Landkreis Flensburg wurden sämtliche überlieferten Wahl-daten von 1928 bis 1933 mit den Ergebnissen der sozio-ökonomischen Daten auf Gemeindeebene verglichen und analysiert. Außerdem wurden - wo immer dies sinnvoll erschien - dieselben Vergleichstabellen erstellt, die schon für die Artikel zum Landkreis Flensburg verwendet wurden. Aus der Fülle der statistischen Berechnungen sollen an dieser Stelle die wichtigsten Tendenzen für den Landkreis Schleswig zusammengefasst werden.

Im Gegensatz zum Landkreis Flensburg begann der Aufstieg der NSDAP im Landkreis Schleswig hier früher. Schon im Jahr 1928, in dem die NSDAP nur 2,5 % der Stimmen der Wahlberechtigten für sich gewann, lassen sich mehrere

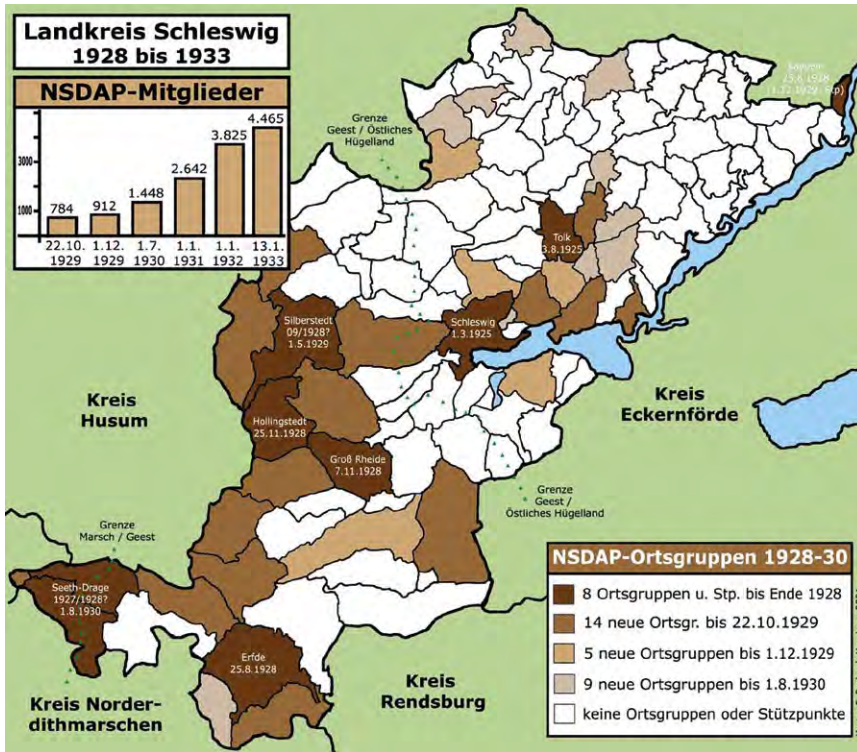


Karte 6: Provinziallandtagswahl 17.11.1929, NSDAP (in Prozent der Wahlberechtigten)

Muster erkennen: So fallen auffällig viele relative Hochburgen-Gebiete auf den Nordosten. Diese liegen an den Straßen und Bahnverbindungen von Schleswig nach Tolk bzw. Kappeln. Tolk war laut Matthias Scharf! in dieser Phase ein „Kristallisationspunkt der NSDAP im Landkreis Schleswig“, denn dort lebten und agitierten Vater und Sohn Albert bzw. Wilhelm Zerrahn erfolgreich die umliegenden Dörfer.³¹ Dagegen erreichte die Partei um dem gesamten Geestrück herum nur schwache Ergebnisse, mit Ausnahme der Gemeinden, die an Norderdithmarschen grenzten. Der Südosten des Kreis Schleswig wurde von den Erfolgen in den Norderdithmarschener Kirchspielen Lunden, Hennstedt und Tellingstedt beeinflusst, wo die Partei zwischen 12 bis 20 % der Stimmen gewann. So gehörten Drage (30,5 %) und Seeth (15,5 %) zu den zehn Gemeinden

Kontrastgruppenvergleich 1928 bis 1933, Landkreis Schleswig Landwirtschaftlich Beschäftigte / Grundsteuer / Ortsgruppen der NSDAP													
Anz.	Gem	Bev	GSt	LWB	NS 1928	NS 1929	NS 1930	Hitler 1932M	Hitler 1932A	NS 1932L	NS 1932J	NS 1932N	NS 1933
112	Gemeinden unter 2.000 Einw.	44.467	19,8	58,3	3,0	17,5	31,6	62,4	66,6	67,7	71,7	64,3	70,2
68	LWB+	25.995	18,7	67,9	3,5	21,7	37,4	68,3	72,6	72,5	76,4	69,9	74,0
44	LWB-	18.472	21,6	44,9	2,4	11,6	23,4	54,2	58,2	61,2	65,3	56,5	64,9
a) Kontrastgruppenvergleich: überdurchschnittlich viele Beschäftigte in der Landwirtschaft													
68	LWB+	25.995	18,7	67,9	3,5	21,7	37,4	68,3	72,6	72,5	76,4	69,9	74,0
36	LWB+ / GSt+	13.370	27,5	65,9	5,9	17,7	31,7	58,8	66,7	66,5	70,9	62,8	67,9
32	LWB+ / GSt-	12.625	8,7	69,9	0,9	25,9	43,6	78,5	78,9	78,8	82,1	77,5	80,5
36	LWB+ / GSt+	13.370	27,5	65,9	5,9	17,7	31,7	58,8	66,7	66,5	70,9	62,8	67,9
12	LWB+ / GSt+ / OG	6.083	25,3	65,1	6,2	23,3	39,8	64,9	72,6	70,9	75,4	69,7	71,0
24	LWB+ / GSt+ / keine OG	7.287	28,5	66,5	5,7	13,0	24,7	53,5	61,6	62,7	67,1	56,9	65,3
32	LWB+ / GSt-	12.625	8,7	69,9	0,9	25,9	43,6	78,5	78,9	78,8	82,1	77,5	80,5
24	LWB+ / GSt- / OG	11.078	8,8	69,4	1,0	28,2	45,5	79,7	80,4	80,0	83,3	78,8	80,9
8	LWB+ / GSt- / keine OG	1.547	8,5	73,7	0,3	10,5	29,6	69,8	67,3	70,2	73,6	67,6	77,4
b) Kontrastgruppenvergleich: unterdurchschnittlich viele Beschäftigte in der Landwirtschaft													
44	LWB-	18.472	21,6	44,9	2,4	11,6	23,4	54,2	58,2	61,2	65,3	56,5	64,9
31	LWB- / GSt+	12.414	26,5	47,5	2,9	10,3	22,7	51,9	56,9	60,6	64,7	54,9	64,8
13	LWB- / GSt-	6.058	9,9	39,9	1,5	14,2	24,9	58,8	60,8	62,3	66,5	59,8	65,1
31	LWB- / GSt+	12.414	26,5	47,5	2,9	10,3	22,7	51,9	56,9	60,6	64,7	54,9	64,8
10	LWB- / GSt+ / OG	5.407	25,3	45,7	3,3	13,1	25,6	55,9	59,2	63,6	68,5	59,5	68,2
21	LWB- / GSt+ / keine OG	7.007	27,1	48,9	2,5	8,0	20,2	48,7	55,1	58,2	61,6	51,2	61,9
13	LWB- / GSt-	6.058	9,9	39,9	1,5	14,2	24,9	58,8	60,8	62,3	66,5	59,8	65,1
9	LWB- / GSt- / OG	4.693	9,5	41,9	1,7	15,3	26,7	63,2	64,0	65,9	70,2	64,4	68,1
4	LWB- / GSt- / keine OG	1.365	10,8	33,6	1,0	10,7	19,5	45,5	51,1	51,3	55,4	46,1	56,0

Tabelle 9: Abkürzungen: LWB = Anteil der landwirtschaftlich Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung (1933), GSt = Grundsteuerreinertrag pro Hektar landwirtschaftlich bewirtschafteter Fläche (1929), OG = Ortsgruppe der NSDAP (Stichtag: 13.1.1933). +/- = über-/unterdurchschnittlich. Lesebeispiel: In allen Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohner*innen stimmten bei der Reichspräsidentenwahl im März 1932 insgesamt 62,4 % für Hitler (Hitler, 1932M). In den 68 Gemeinden mit überdurchschnittlich vielen landwirtschaftlich Beschäftigten dagegen 68,3 %. Und in den 24 Gemeinden mit überdurchschnittlich vielen Beschäftigten in der Landwirtschaft, unterdurchschnittlichen Grundsteuerreinerträgen und einer Ortsgruppe der NSDAP votierten 79,7 % für Hitler und in den acht Gemeinden ohne eine Ortsgruppe noch 69,8 %.

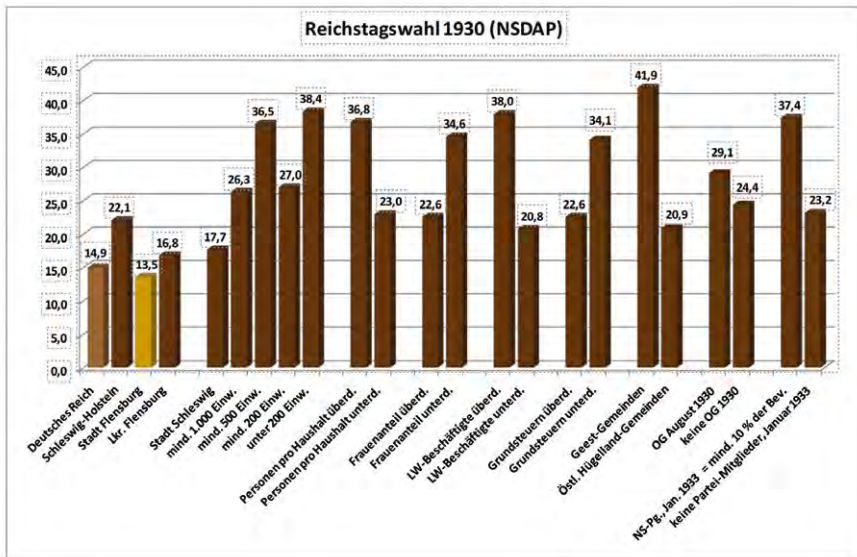


Karte 7: Die Entwicklung der Ortsgruppen der NSDAP 1928-1930

im Kreisgebiet Schleswig, in denen die Partei über zehn Prozent der Stimmen erhielt. Auffallend ist dort, dass einzig Süderstapel Diaspora der NSDAP blieb. Das lag vermutlich daran, dass 1928 und 1929 fast 2/3 aller Wahlberechtigten nicht zur Wahl gingen, selbst 1930 nur knapp die Hälfte von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten und dort dann die relative Mehrheit von diesen für die NSDAP stimmte. Der erste Durchbruch gelang der NSDAP bei den Provinziallandtagswahlen am 17.11.1929. Parallel dazu fanden die Kreistagswahlen statt und es lief noch bis zum 22.12.1929 der Abstimmungskampf für den Volksentscheid gegen den „Young-Plan“, d.h. gegen die Reparationszahlungen an die alliierten Siegermächte des ersten Weltkriegs. Der Volksentscheid wurde vom Stahlhelm, der DNVP und der NSDAP vorangetrieben³² und von den beiden regionalen Zeitungen, dem Schlei-Boten und den antimarxistisch ausgerichteten Schles-

wiger Nachrichten unterstützt.³³ Die NSDAP nutzte den Herbst 1929 für eine intensive Propagandakampagne.

Im Gegensatz zu 1928 gewann die NSDAP 1929 auch auf dem Geestrücken stark an Stimmen hinzu. Hier machte sich anscheinend die Etablierung von Ortsgruppen der NSDAP in Silberstedt und Umgebung sowie in Groß-Rheide für die Partei bezahlt, wobei das aggressive Auftreten einzelner NS-Funktionäre dafür entscheidend gewesen sein dürfte.³⁴ Die Frage, ob die Etablierung von Ortsgruppen eine wichtige Rolle bei den Erfolgen der Partei gespielt hat, lässt sich aufgrund der vielen Quellen zu deren Gründungen im Landkreis Schleswig sehr gut nachprüfen. So stieg die Anzahl der Parteimitglieder von 1929 bis 1933 von 773 (1.12.1929) über 1.010 (1.6.1930) auf 3.009 (1.7.1931) an, um danach am 1. Januar 1932 schon 3.825 zu betragen und am 13.1.1933 durch den Landrat mit 4.465 in 57 Ortsgruppen angegeben zu werden.³⁵ Dabei weichen die Zahlen für die Ortsgruppen und Stützpunkte der Partei je nach Quelle voneinander ab, so dass Widersprüche nicht immer aufgelöst werden können.³⁶ Die folgende Karte zeigt die Verteilung der Ortsgruppen und Stützpunkte im Zeitverlauf. Zu beachten ist, dass sich einige Ortsgruppen gemeindeübergreifend gründeten und erst in der Folge jeweils eigenständig wurden, wenn dort genügend neue Mitglieder beigetreten waren. Zudem änderte sich laut parteiinterner Verordnung die Definition von Ortsgruppen: bis September 1928 benötigte man für eine Ortsgruppengründung mindestens sechs Mitglieder, danach 15 Mitglieder und ab Juli 1932 sogar 51 Mitglieder, alles darunter galt jeweils als Stützpunkt.³⁷ Ähnlich wie für den Kreis Flensburg stellt sich die Frage, ob sich zwischen Ortsgruppengründungen bzw. vorhandenen Ortsgruppen und den jeweiligen Wahlerfolgen der NSDAP statistische Zusammenhänge ergeben. Dazu wurden für die erste Aufstiegsphase der NSDAP im Landkreis Schleswig von 1928 über 1929 bis 1930 die Wahlergebnisse mit den vorhandenen bzw. nach der jeweiligen Wahl gegründeten Ortsgruppen in Beziehung gesetzt. Um statistische Verzerrungen auszuschließen wurden in Kontrastgruppenvergleichen die wichtigsten weiteren Faktoren für den Aufstieg der Partei einbezogen: die Gemeindegröße, der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft (LWB) und der Grundsteuerreinertrag (GSt). In der Regel erhielt die NSDAP in den Gemeinden mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Beschäftigten in der Landwirtschaft und einem unterdurchschnittlichen Grundsteuerreinertrag am meisten Stimmen. Die Frage lautet also, ob sich der Stimmanteil in diesen Gemeinden noch einmal erhöhte, wenn dort eine Ortsgruppe vorhanden war? Das trifft zu: so lagen bei der Provinziallandtagswahl am 17.11.1929 die Ergebnisse in diesen Gemeinden 24 Prozentpunkte über dem kreisweiten Durchschnitt, wenn sich dort schon eine Ortsgruppe gegründet hatte und knapp 6 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt, wenn es dort noch keine Ortsgruppe gab. Der Abstand zwischen den



Grafik 2: Abkürzungen: LWB = Anteil der landwirtschaftlich Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung (1933), GSt = Grundsteuerreinertrag pro Hektar landwirtschaftlich bewirtschafteter Fläche (1929), OG = Ortsgruppe der NSDAP (Stichtag: 13.1.1933). +/- = über-/unterdurchschnittlich. Lesebeispiel: In allen Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohner*innen stimmten bei der Reichspräsidentenwahl im März 1932 insgesamt 62,4 % für Hitler (Hitler, 1932M). In den 68 Gemeinden mit überdurchschnittlich vielen landwirtschaftlich Beschäftigten dagegen 68,3 %. Und in den 24 Gemeinden mit überdurchschnittlich vielen Beschäftigten in der Landwirtschaft, unterdurchschnittlichen Grundsteuerreinerträgen und einer Ortsgruppe der NSDAP votierten 79,7 % für Hitler und in den acht Gemeinden ohne eine Ortsgruppe noch 69,8 %.

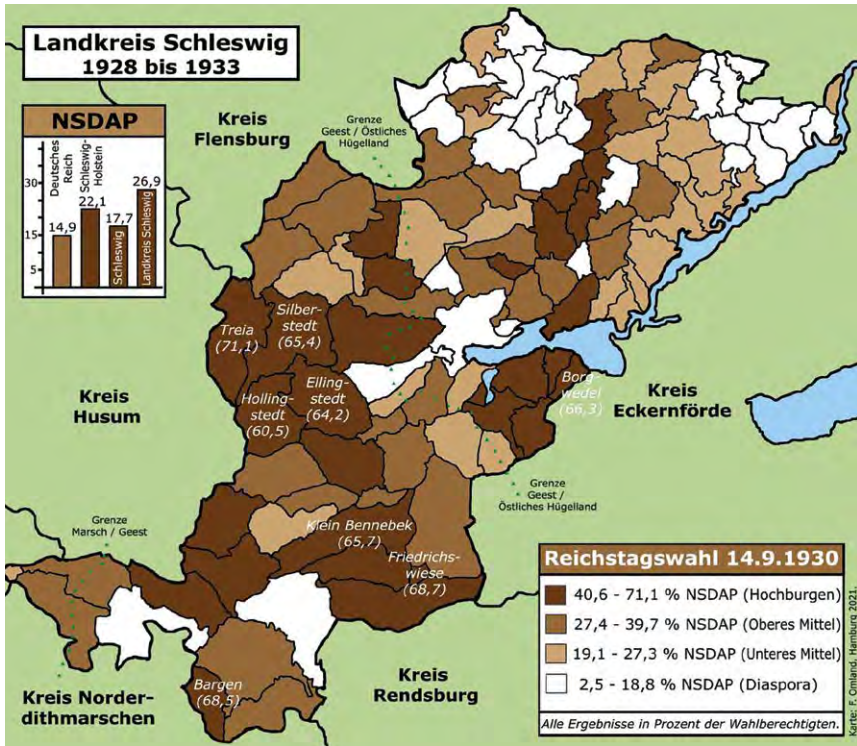
Gemeinden mit denselben sozio-ökonomischen Merkmalen (LWB+/GSt-) und Ortsgruppen bzw. keinen Ortsgruppen betrug sogar 30 Prozentpunkte. Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 betrug dieser Abstand noch 24 Prozentpunkte. Die naheliegende Vermutung, dass die Gründung einer Ortsgruppe, die Aktivitäten der Parteimitglieder bis hin zur meinungsführenden Dominanz in der jeweiligen Dorfgemeinschaft das Stimmenergebnis der NSDAP positiv beeinflusst haben könnten, lässt sich also statistisch tatsächlich belegen.³⁸ Interessanterweise liegen die Gemeinden mit jeweils neu gegründeten Ortsgruppen dabei immer nahe dem statistischen Durchschnitt des Landkreises, d.h. umgekehrt

dass die „alten“ Ortsgruppen-Gemeinden stärker zum überdurchschnittlichen Wahlergebnis beigetragen haben als die neugegründeten.

Der positive Effekt den der Parteaufbau für die NSDAP gehabt hat, lässt sich auch von 1928 bis 1933 gut nachvollziehen, obwohl hier als Maßstab für alle Gemeinden jeweils die Ortsgruppen vom 13.1.1933 gewählt wurden (siehe Tabelle 9). Die Reichstagswahl 1930 brachte für die NSDAP dann flächendeckend den Durchbruch im Landkreis: war sie 1929 schon in 31 von 116 Gemeinden zur stärksten Partei geworden, galt dies nun für 51 Gemeinden. In 14 Gemeinden holte sie über 50 Prozent aller Stimmen der Wahlberechtigten, in weiteren 15 Gemeinden über 40 Prozent und nur noch in 19 Gemeinden lag sie unter dem reichsweiten Durchschnitt von 14,9 Prozent der Stimmen der Wahlberechtigten. Gleichzeitig hatte in 55 von 116 Gemeinden die „Partei“ der Nichtwähler*innen die meisten Stimmen erhalten. Anders ausgedrückt: hier fiel die Wahlenthaltung extrem hoch aus, so dass davon ausgegangen werden kann, dass sich viele Wahlberechtigte noch für keine Partei entschieden hatten. Diese Nichtwählenden zu mobilisieren, sollte für die nachfolgenden Wahlen für alle Parteien entscheidend sein. Schon für den Landkreis Flensburg belegen Schätzungen zu den Wählerwanderungen, dass die NSDAP am stärksten von der Mobilisierung der ehemaligen Nichtwählenden profitieren sollte.³⁹ Die entsprechenden Schätzungen zu den Wählerwanderungen für den Landkreis Schleswig ergeben ein ähnliches Bild: bei der Provinziallandtagswahl im November 1929 und der Reichstagswahl 1930 stellten die ehemaligen Nichtwählenden jeweils ein Viertel der NSDAP-Wählerschaft.⁴⁰ Gleichzeitig profitierte sie sehr stark von Wechselwählern aus dem Spektrum von DNVP, DVP und den sonstigen Parteien bzw. der bürgerlichen Liste „Heimat und Wirtschaft“.

Die Grafik 2 fasst noch einmal die wichtigsten Faktoren für den Aufstieg der NSDAP im Landkreis Schleswig bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 zusammen. Danach erhielt sie insbesondere in den kleinsten Dörfern sowie in den Gemeinden zwischen 500 und 1000 Einwohner*innen die meisten Stimmen, wobei die Geestgemeinden am stärksten zum Erfolg beitrugen. Ein überdurchschnittlicher Anteil Beschäftigter in der Landwirtschaft und ein unterdurchschnittlicher Anteil an den Grundsteuern beförderten 1930 ebenfalls die Stimmenergebnisse der Partei. Und je mehr Personen im Haushalt lebten und je geringer der Anteil an Frauen, desto höher fiel das Ergebnis der NSDAP aus. Der positive Effekt der Ortsgruppen lässt sich sowohl zum Zeitpunkt der Wahl als auch in der rückwärtigen Projektion ablesen: dort wo die Parteimitglieder 1933 mindestens 10 % der Bevölkerung stellten, schnitt sie 1930 besonders gut ab (37,4 %).

Bis zum 2. Wahlgang zur Reichspräsidenschaft im April 1932, für die Adolf



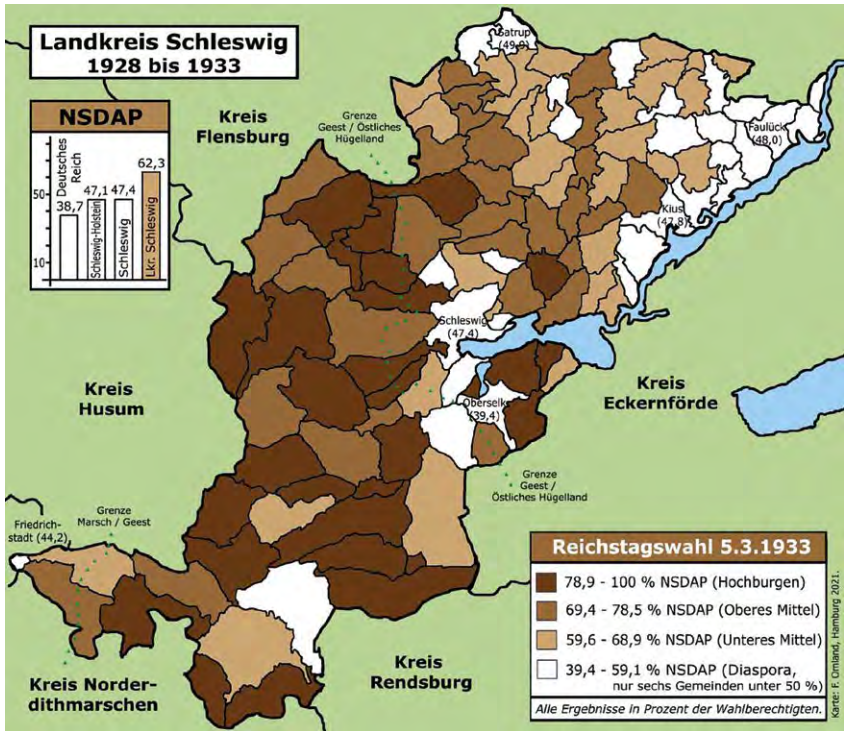
Karte 8: Reichstagswahl 14. September 1930, NSDAP (in Prozent der Wahlberechtigten)

Hitler kandidierte, sollte die NSDAP im gesamten Kreisgebiet die Dominanz über alle anderen Parteien hergestellt haben: nur noch in 5 von 116 Gemeinden lag ihr Stimmresultat unter 40 % der Wahlberechtigten und in 99 Gemeinden holte sie die absolute Mehrheit.⁴¹ Selbst bei ihrer relativen Niederlage im November 1932 stimmten nur in einer einzigen Gemeinde weniger als 30 % der Wahlberechtigten für sie.⁴² Die NSDAP war zu einem nicht genau festlegbaren Zeitpunkt zwischen September 1930 und März 1932 flächendeckend zur ländlichen Volkspartei im Kreis Schleswig geworden. Einzig die DNVP stellte, wenn auch auf niedrigem Niveau (vgl. Tabelle 1+2), eine konservative Wahlalternative dar und profitierte ebenfalls von Wechselwählern der anderen bäuerlichen und bürgerlichen Parteien. Lediglich die beiden Arbeiterparteien, SPD und KPD,

konnten einen Großteil ihrer Anhänger durchgehend an sich binden. Mit Haltequoten von knapp 70 % von Wahl zu Wahl, verschwindend geringen Übergängen zur NSDAP sowie Verlusten ins Nichtwählerlager blieben sie die letzte Opposition gegen die Partei Hitlers. Doch nur noch in Meggerdorf (34,4 %), Schleswig (28,5 %), Busdorf (26,5 %), Jagel (24,5 %), Friedrichstadt (24,5 %), Kappeln (20,7 %) und Geel (20,2 %) kamen die Arbeiterparteien bei der letzten pluralistischen Reichstagswahl am 5. März 1933 zusammen gezählt noch auf 20 und mehr Prozentpunkte. In knapp der Hälfte der Gemeinden im Kreis Schleswig war ihr Einfluss angesichts von unter 5 % der Stimmen der Wahlberechtigten dagegen praktisch verschwunden.⁴³ Dagegen besaß die NSDAP 1933 in insgesamt 110 von 116 Gemeinden eine absolute Mehrheit, darunter in 68 Gemeinden sogar eine 2/3 Mehrheit. Die Hochburgen unter den Hochburgen-Gebieten lagen auf der Geest und die relativ schwächsten Gebiete an der Schlei im östlichen Hügelland, wobei angesichts der absoluten Mehrheiten der NSDAP in fast allen Gemeinden der Begriff Diaspora nicht mehr zutrifft. Die NSDAP war die ländliche Volkspartei geworden und für sie stellte der Kreis Schleswig noch vor dem Landkreis Flensburg das erfolgreichste Gebiet ihrer Partei in Schleswig-Holstein dar.⁴⁴

Ausblick

Im zweiten Teil dieses Aufsatzes wird sich mit den Entwicklungen für die bäuerlichen, bürgerlichen und konservativen Parteien sowie von SPD und KPD von 1928 bis 1933 befasst werden. Außerdem wird in kurzen Analysen zum Volksentscheid gegen den Young-Plan (also der Frage nach den Reparationsleistungen an die alliierten Siegermächte des ersten Weltkriegs im Dezember 1929) und dem Volksentscheid zur Auflösung des preußischen Landtags im August 1931 auch auf bestimmte politische Stimmungen innerhalb des Landkreises eingegangen. Ein kurzer Vergleich der (unterschiedlichen) Entwicklungen in den beiden Landkreisen Schleswig und Flensburg schließt dann die Aufsatzserie zum Aufstieg der NSDAP ab.



Karte 9: Reichstagswahl 5. März 1933, NSDAP (in Prozent der Wahlberechtigten)

Anmerkungen

- 1 Frank Omland, Der Aufstieg der NSDAP im Landkreis Flensburg - ein (wahl-)statistischer Vergleich 1928 bis 1933. Teil 1: die Nationalsozialisten, in: GFH 2/2020, S. 171-196; Ders., Der Aufstieg der NSDAP im Landkreis Flensburg - ein (wahl-)statistischer Vergleich 1919/1921 und 1928 bis 1933. Teil 2: der Einfluss der anderen Parteien auf die Stimmergebnisse der Nationalsozialisten, in: GFH 1/2021, S. 19-52.
- 2 Vgl. dazu die Erläuterungen in Omland, Der Aufstieg im Landkreis Flensburg (GFH 2/2020), S. 178-182.
- 3 Im reichsweiten Vergleich schwankt die Anzahl der Kreisgebiete je nach Wahlzeitpunkt um die 940 bis 1.000. 1928 lag der Landkreis Schleswig noch auf Rang 259 von 1008 Stadt- und Landkreisen. (Landkreis Flensburg: 523).
- 4 1930: Rang 59; 1932, Juli: Rang 9; 1932, Nov.: Rang 10; 1933: Rang 27. Im Vergleich der Landkreise fanden sich zudem Norderdithmarschen, Segeberg, Pinneberg, Husum, Steinburg, Süderdithmarschen und bis zu seiner Auflösung auch Bordesholm unter den ersten 100. Südtondern und der Landkreis Flensburg kamen ab 1932 hinzu.
- 5 116 von 818 Gemeinden (NSDAP mind. 50 % der Stimmen der Wahlberechtigten), darunter 3 aus Flensburg, 3 aus Husum, 22 aus Norderdithmarschen, 13 aus Pinneberg, 20 aus Rendsburg, 14 aus Schleswig, 14 aus Segeberg, 16 aus Steinburg und 11 aus Süderdithmarschen. - Die 818 Gemeinden repräsentieren 1930 Insgesamt über ein Drittel aller Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein (34,5 %). Die anderen 2/3 lebten in den Großstädten (30,2 %), den Stadtkreisen Flensburg, Neumünster und Wandsbek (9,7 %) und das letzte Viertel (25,6 %) in den übrigen Landkreisen.
- 6 Westküste und Geest: Norder- und Süderdithmarschen, Steinburg, Pinneberg, Husum, Eiderstedt, Segeberg, Rendsburg, Schleswig.
- 7 Die bei Dieter Pust überlieferte Anzahl der Wahlberechtigten ist falsch (41.082), Korrektur nach Akte 320.15 Nr. 56: 37.777 Wahlberechtigte.
- 8 Die einzigen Publikationen, die bisher einen Überblick zur Geschichte des Kreises in der Weimarer Republik und der NS-Zeit liefern sind: Matthias Schartl, 125 Jahre Schleswig-Flensburg: eine Chronik in Bild und Wort. Schleswig, Schleswiger Druck- und Verl. Haus, 1993, (Schriftenreihe der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg, Band 1); Matthias Schartl, Claudia Koch, Landräte und Kreispräsidenten im Kreis Schleswig-Flensburg 1867 - 2008 - eine Kreisgeschichte in 35 Lebensläufen, Schleswig 2009 (Schriftenreihe der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg Band 10).
- 9 Die wichtigsten Quellen für die statistischen Angaben sind die in der Statistik des Deutschen Reichs abgedruckten Ergebnisse der beiden Volkszählungen 1925 und 1933 sowie das Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen, Band IX: Provinz Schleswig-Holstein, Berlin 1930.
- 10 In den 40 Geest-Gemeinden bzw. den 68 Gemeinden des Östlichen Hügellands verteilten sich 568 bzw. 556 Höfe folgendermaßen: 2,6 % / 3,8 % (bis 10 ha); 11,27 % / 10,61 % (bis 20 ha); 58,5 % / 59,2 % (bis 50 ha), 26,2 % / 23,6 % (bis 100 ha) und 1,4 % / 2,9 % (über 100 ha). - Die acht übrigen Gemeinden mit ihren 34 Höfen liegen auf der Marsch bzw. in den

geografischen Grenzgebieten. - Eigene Berechnungen nach Niekammer's Landwirtschaftliche Güter-Adressbücher, Band XXI, Schleswig-Holstein, Leipzig 1927. Landwirtschaftliches Adressbuch der Güter und größeren Höfe der Provinz-Schleswig-Holstein, S. 242-272.

- 11 Angehörige waren in der Regel Kinder, Jugendliche und die nicht berufstätigen (Ehe-)Frauen. Sie machten in der Stadt Schleswig 44,6 %, im übrigen Landkreis Schleswig nur noch 40,7 % der Gesamtbevölkerung aus. Ein Indiz für den höheren Anteil derjenigen, die auf dem Land schon frühzeitig mitarbeiten mussten.
- 12 Verteilung der Berufsgruppen (Stadt Schleswig/übriger Landkreis): 20,2 % / 26,6 % Selbstständige, 32,6 % / 6,5 % Angestellte, 33,7 % / 31,7 % Arbeiter, 4,0 % / 30,4 % mithelfende Familienangehörige, 9,5 % / 4,7 % Hausangestellte. - Eigene Berechnungen nach Statistik des Deutschen Reiches (StDR), Band 404, Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925. Berufszählung. Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in den Ländern und Landesteilen. Heft 13: Provinz Schleswig-Holstein, Berlin 1931, S. 68-79, hier S. 74.
- 13 92,8 % aller weiblichen mithelfenden Familienangehörigen arbeiteten in der Land- und Forstwirtschaft. Insgesamt stellten Frauen unter den Berufsgruppen 8,7 % aller Selbstständigen, 15,2 % der Angestellten, 26,1 % der Arbeiter, 76,4 % der mithelfenden Familienangehörigen und 99,7 % der Hausangestellten. Unter den Berufslosen waren sie zu 44,4 % vertreten und in der erwerbstätigen Wohnbevölkerung mit 40,2 % (in der Stadt Schleswig dagegen nur zu 35,6 %, was wiederum auf die unterschiedlichen Lebensverhältnisse hinweist).
- 14 Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, [VjH zur StDR] 39. Jahrgang 1930, Zweites Heft, Berlin 1931. Kartografischer Anhang (Bestand an Milchkühen im Vergleich zur Bevölkerungszahl). In Schleswig-Holstein waren am 1.12.1932 vom Rindvieh 42,75 % Milchkühe: VjH zur StDR, 42. Jg., Berlin 1933, Heft 2, S. 21.
- 15 Zu den Preisen, Statistisches Handbuch für Schleswig-Holstein, herausgegeben vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel 1951, S. 405 (Preise in Kiel 1928-1938). Vgl. dazu auch die regelmäßigen Preisstatistiken in den VjH zur StDR, entsprechende Jahrgänge.
- 16 Vgl. die Tabelle 44 bei Rudolf Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Studie der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein, Stuttgart 1963, S. 125.
- 17 Zahlen aus StDR, Band 412, Teil 1. Landwirtschaftliche Betriebszählung. Die Hauptergebnisse in den kleineren Verwaltungsbezirken der Länder und des Deutschen Reichs, Berlin 1929, S. 72.
- 18 StDR, Band 416, Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1925. Die gewerblichen Niederlassungen und die technischen Betriebseinheiten in den Ländern und Landesteilen. Heft 6a, Die nordelbischen Gebiete (Provinz Schleswig-Holstein, Hamburg, beide Mecklenburg und Lübeck), Berlin 1929, S. 42-43. Vgl. zu den Berufsgruppen die Angaben in StDR, Band 404, Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925. Berufszählung. Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in den Ländern und Landesteilen. Heft 13: Provinz Schleswig-Holstein, Berlin 1931, S. 74.

- 19 Lediglich in fünf Branchen arbeitete eine nennenswerte Anzahl von Frauen und zwar dem Gesundheitswesen (84 Frauen, d.h. 45,7 % dort aller Beschäftigten), dem Bekleidungsge-
werbe (160 / 29,0 %), dem Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (243 / 20,9 %), dem Hand-
elsgewerbe (344 / 25,5 %) und dem Gast und Schankgewerbe (354 / 62,2 %).
- 20 Beilage zum Reichsarbeitsblatt 1928, Nr. 16, Bezirke der Arbeitsämter; Berlin, 1. Juni 1928, S.
4-5 (Landesarbeitsamt Nordmark). - Arbeitsamtsbezirk Flensburg: „die Kreise Süd-Tondern,
Westerland-Sylt, Husum, Flensburg-Stadt ohne die nördlich Kappeln gelegenen Gemeinden
einschließlich Gelting und Rundhof.“ Arbeitsamtsbezirk Schleswig: „die Kreise Schleswig-
Stadt, Schleswig-Land ohne die Gemeinden Barga, Tiel, Erfde und ohne die Gemeinde
Friedrichstadt u. Seeth; Eckernförde bis zur Linie Krusendorf-Gettorf-Grünhorst und ohne den
Südwestteil des Kreises (bis zu den Südufern des Bisten- und Wittensees), so daß die Gemein-
den Holzbunge, Bünsdorf und Steinrade zum Arbeitsamt Rendsburg gehören; aus dem Kreis
Flensburg-Land die nördlich Kappeln gelegenen Gemeinden einschl. Gelting und Rundhof.“
- 21 Die Zahlen des Statistischen Jahrbuchs Schleswig-Holstein, Kiel 1951, weichen von denen
im wöchentlich erscheinenden Reichsarbeitsblatt, dem Amtsblatt des Reichsarbeitsminis-
teriums, leicht ab. Die Gründe dafür konnten nicht ermittelt werden.

Arbeitslose laut dem Reichsarbeitsblatt							
	31.12.1931	15.03.1932	30.07.1932	30.09.1932	31.10.1932	31.11.1932	31.12.1932
Flensburg	13.117	13.585	10.738	10.682	11.345	13.604	13.335
Schleswig	4.336	4.439	3.252	3.056	3.175	4.014	3.957

Tabelle erstellt nach: Reichsarbeitsblatt, diverse Ausgaben der Jahrgänge 1931-1933.

Die Zählung der Arbeitslosen variierte - ähnlich wie heute - auch in der Weimarer Republik.
Ab 1929 umfassten „Arbeitslose“ auch Pflichtarbeiter und auch gekündigte und ungekündigte
Arbeitssuchende.

- 22 Scharf, Koch, S. 18. Zur Stadt Schleswig vgl. die Ausführungen zur wirtschaftlichen Lage
und der Arbeitslosigkeit bei Almut Ueck, Die politische Entwicklung in Schleswig 1929-1934.
Wissenschaftliche Hausarbeit für das Lehramt an Gymnasien, Kiel 1984, S. 45-51, S. 80-90,
S. 99-102 u. S. 114-116.
- 23 Matthias Scharf, Eine Clique „Alter Kämpfer“. Aufstieg und Fall regionaler NSDAP-Eliten in
Stadt und Landkreis Flensburg. In: Demokratische Geschichte 15, Malente 2003, S. 161-222.
- 24 Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP (Hg.), Parteistatistik. Stand: 1.1.1935, Band 1:
Parteimitglieder. Berlin 1935.
- 25 Vgl. dazu die beiden Rezensionen: Frank Omland, Schlüssiges Gesamtbild, in: Informationen
zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte (ISHZ), 60 (2020), S. 245-252. - Frank Omland,
Aufschlüsse aus der NSDAP-Kartei, ISHZ, 57/58 (2017), S. 207-213.
- 26 Jürgen W. Falter (Hg.), Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919-
1945. Frankfurt am Main 2016. - Jürgen W. Falter, Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der
NSDAP 1919-1945. Frankfurt am Main 2020.

- 27 Vgl. dazu Frank Omland, Eine Front von Arbeitern und Bauern? Eine Analyse der Zusammensetzung der Mitglieder der NSDAP im Gau Schleswig-Holstein 1925-1935. In: ISHZ 61 (im Erscheinen).
- 28 Vgl. dazu die beiden folgenden Aufsätze: Kristine Khachatryan / Jonas Meißner, Die Stichprobenziehung aus der NSDAP-Zentralkartei: Stichprobenverfahren und Stichprobenäquivalenz. In: Jürgen W. Falter (2016), S. 121-150; Kristine Khachatryan / Jonas Meißner, Der Datensatz zu den Mitgliedern der NSDAP 1925 bis 1945: Datensatzstruktur, Datenbereinigung und Gewichtung. In: Falter, ebd. S. 151-176. - Für Schleswig-Holstein demnächst: Frank Omland, Eine Front von Arbeitern und Bauern?, ISHZ, 61.
- 29 Laut Bundesarchiv liegen knapp 12 Millionen Karteikarten vor, doch da sich diese Gesamtzahl aus der Reichskartei und der Gaukartei zusammensetzt, die ursprünglich jeweils dieselben Mitglieder umfassten, ergibt sich insgesamt durch Doppelungen in den beiden Karteien eine geringere Überlieferung.
- 30 Für Schleswig-Holstein können wir insgesamt nur auf 145 Fälle insgesamt zurückgreifen und auch im reichsweiten Datensatz stellt sich nach den Stichproben-Ziehungen die Frage, in wieweit die Angaben zu den weiblichen Parteimitgliedern repräsentativ sind. Tatsächlich sind hier weitere Nachziehungen sinnvoll.
- 31 Scharfl (2003), S. 167-170 u. S. 197-200.
- 32 Meines Wissens hat lediglich Almut Ueck für die Stadt Schleswig sich etwas mit dem Wahlkampf zum Volksentscheid befasst: Ueck, Die politische Entwicklung in Schleswig, S. 29-34.
- 33 Vgl. dazu Markus Oddey, Unter Druck gesetzt. Presse und Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Struktur - Wahrnehmung - Herrschaftsakzeptanz, Eutin 2006. (Darin die Datenbank auf CD-ROM). - Lauf Oddey gab es nach dem August 1931 sogar eine eigenständige Rubrik in den SN für den NSDAP-Ortsgruppenleiter. Oddey, Unter Druck gesetzt, S. 96.
- 34 Vgl. dazu Scharfl, Eine Clique „Alter Kämpfer“. In: DG 15, S. 170.
- 35 Im Detail: 18 Ortsgruppen / 773 Mitglieder (1.9.1929), 21 OG / 784 Mitgl. (22.10.1929), 18 OG / 912 Mitgl. (1.12.1929), 20 OG / 939 Mitgl. (1.3.1930), 22 OG / 1.010 Mitgl. (1.6.1930), 32 OG / 1.448 Mitgl. (1.7.1930), 36 OG / 2.642 Mitgl. (1.1.1931), 60 OG / 3.009 Mitgl. (1.7.1931), 73 OG / 3.825 Mitgl. (1.1.1932), 57 OG / 4.465 Mitgl. (13.1.1933). - Vgl. dazu die Zusammenstellung und Quellen bei Frank Omland, Die Ortsgruppen und Mitglieder der NSDAP in Schleswig-Holstein. Eine statistische Annäherung für die Zeit von 1925 bis 1935, in ISHZ, 60, Kiel 2020, S. 22-29. - Die Liste der Ortsgruppen und Stützpunkte findet sich auf der Website des AKENS e.V. unter www.akens.org
- 36 Bei der Anzahl der genannten und bisher recherchierten Ortsgruppen/Stützpunkte gibt es eine offensichtliche Diskrepanz in den Überlieferungen. Insbesondere zwischen der Darstellung der Partei und der erstmaligen Nennung und Zählung durch die Landräte gibt es Widersprüche, die ohne neue Quellenfunde nicht auflösbar sind. Ob es sich schlichtweg um eine andere Zählweise von Ortsgruppen und Stützpunkte handelt, es zu uns noch unbekanntem Zusammenlegungen gekommen ist oder noch Fehler in den Quellen ausgeräumt werden müssen, können nur weitere Forschungen erweisen. Vgl. dazu die Aufstellung bei

Omland, ISHZ 60.

- 37 Die Informationen stammen aus Albrecht Tyrell, Führer befehl... Selbstzeugnisse aus der ‚Kampfzeit‘ der NSDAP. Düsseldorf 1969 und zwar Seite 230, Dokument [83a], Richtlinien für Gau und Ortsgruppen der NSDAP, München 1.7.1926 – ebd., S. 246. Dokument [93], Richtlinien für die Untergliederungen der NSDAP, München 15.9.1928. – ebd., S. 353, Abbildung [148a], Die Gliederung der NSDAP (PO) 1925 bis Juli 1932, und Abbildung [148b], Die Gliederung der NSDAP (PO) seit dem 15. Juli 1932.

38

Kontrastgruppenvergleich (Landkreis Schleswig, NSDAP-Stimmergebnisse)				
Anz.	Merkmale	RTW 1928	RTW 1929	RTW 1930
112	Gemeinden unter 2.000 Einw.	3,0	17,5	31,6
8	LWB+/ GST- / OG (22.10.1929)	0,8	44,2	56,6
28	LWB+/ GST- / keine OG	0,9	12,7	33,3
10	LWB+/ GST- / OG (1.12.1929)	0,8	41,8	55,9
26	LWB+/ GST- / keine OG	0,9	11,9	31,8

Lesebeispiel: In den acht Gemeinden mit überdurchschnittlich vielen Beschäftigten in der Landwirtschaft, einem unterdurchschnittlichen Grundsteuerreinertrag und einer am 22.10.1929 vorhandenen Ortsgruppe errang die NSDAP 1929 insgesamt 44,2 % der Stimmen der Wahlberechtigten. In den 28 Gemeinden ohne Ortsgruppe dagegen 12,7 % der Stimmen der Wahlberechtigten.

- 39 Dies gilt für die Wahlpaare RTW 1928 / RTW 1930, ProvLTW 1929 / RTW 1930 und RTW 1930 / LTW 1932. - Eigene Berechnungen nach dem Logit-Modell von Thomsen. (Søren R. Thomsen, Danish Elections 1920-1979. A Logit Approach to Ecological Analysis and Inference, Aarhus 1987).
- 40 Geschätzte Zusammensetzung der Wählerschaft der NSDAP, RTW 1928 auf ProvLTW 1929: 5 % NSDAP, 26 % DNVP, 10 % DVP, 9 % DDP, 8 % WP, 4 % SPD+KPD, 13 % Sonstige Parteien, 25 % ehemalige Nichtwählende. - Die geschätzte Zusammensetzung der Wählerschaft der NSDAP, RTW 1928 auf RTW 1930 lautet: 7 % NSDAP, 37 % DNVP, 9 % DVP, 5 % DDP, 8 % WP, 2 % SPD+KPD, 9 % Sonstige Parteien, 23 % ehem. Nichtwählende. - Alle Berechnungen nach dem Logit-Modell von Søren Thomsen, a. a. O..

41

Anzahl der 116 Gemeinden in Relation zum Stimmresultat der NSDAP Landkreis Schleswig 1930-1933									
NSDAP (in WB)	RTW 1928	RTW 1929	RTW 1930	RPW 1932M	RPW 1932A	LTW 1932	RTW 1932J	RTW 1932N	RTW 1933
unter 30 %	114	101	61	1	1	0	0	1	0
unter 40 %	2	9	26	19	4	3	0	6	1
unter 50 %	0	1	15	19	12	11	7	23	5
mind. 50 %	0	5	14	77	99	102	109	86	110

Lesebeispiel: Bei der Reichstagswahl 1930 erhielt die NSDAP in 61 der 116 Gemeinden unter 30 % der Stimmen der Wahlberechtigten, in weiteren 26 Gemeinden unter 40 %, in 15 Gemeinden unter 50 % und in 14 mindestens 50 % der Stimmen der Wahlberechtigten.

- 42 In Hostrup mit 29,4 % der Wahlberechtigten, wobei gleichzeitig über 50 % der Wahlberechtigten sich der Stimme enthielten.
- 43 In 61 von 116 Gemeinden lagen SPD und KPD zusammen unter 5 % der Stimmen der Wahlberechtigten.
- 44 Im Landkreis Flensburg dominierte die NSDAP mit einer absoluten Mehrheit 112 der 132 Gemeinden und errang in 67 von 132 Gemeinden eine 2/3-Mehrheit. - Zum Vergleich mit den anderen Kreisgebieten siehe Frank Omland, „Die Nordmark steht zu Hitler!“ - Wählerwanderungen und Wählerherkunft der NSDAP in Schleswig-Holstein 1924-1933, in: ISHZ, 48 (Kiel 2007), S. 4-67, hier: S. 35-38.

I.P. Nielsen - „Kindervater“ und „Sønderjysk Folketingsmand“, Teil 2

von KARL-WERNER SCHUNCK

Der folgende Beitrag ist die Fortsetzung des im Grenzfriedensheft 1/2021 erschienenen Aufsatzes über den Folketingsabgeordneten I. P. Nielsen, der nach der Volksabstimmung 1920 als erster in Nordschleswig gewählter Sozialdemokrat in das dänische Parlament gewählt wurde. Der Autor, Verwaltungsjurist i. R. Karl-Werner Schunck, widmet sich dem Lebensweg I.P. Niensens nach seiner Wahl in das Folketing und untersucht dabei u. a. das Bestreben von dänischen und deutschen Sozialdemokraten nach der 1920 erfolgten Volksabstimmung und der daraufhin erfolgten Angliederung Nordschleswig zu einem friedlichen Miteinander zu finden – eine friedliche Entwicklung, die nach dem 30. Januar 1933 durch die nationalsozialistische „Machtergreifung“ abrupt unterbrochen wurde. Die dänisch-deutsche Grenze war zur Grenze zwischen Demokratie und Diktatur, Rechtsstaat und Willkür geworden. Nun galt es, nationale und territoriale Souveränität und demokratisches „Folkestyre“ gleichermaßen zu verteidigen, ein an vielen Fronten zu führender Kampf und eine Herausforderung, der auch I.P. Nielsen sich stellte, ohne Preisgabe seiner alten, auf Verständigung zielenden Grundsätze..

Die Redaktion

Der Fall Oskar Preuß – dänische und deutsche Arbeiter gemeinsam gegen zwangsweise Abschiebungen im Jahr der Wiedervereinigung 1920

Zur Sicherstellung der Volksabstimmungen im Februar und März 1920 über die neue Grenze hatten die Alliierten Letztverantwortung und Hoheitsgewalt auf eine Internationale Kommission übertragen. Der sich daran anschließende Übergang zu dänischer Hoheitsgewalt mit der endgültigen Grenzverschiebung am 15. Juni 1920 vollzog sich schrittweise. Dabei waren zunächst die alten Behörden, Landräte, Bürgermeister und Gemeindevertretungen, noch im Amt. Die anstehende Entscheidung über die Zugehörigkeit Nordschleswigs zu Dänemark hatte die nationalen Spannungen in der Region zwar erhöht. Die Mehrheit der

Arbeiterschaft akzeptierte jedoch das Ergebnis, unabhängig vom eigenen Abstimmungsverhalten, ihrer Herkunft oder ihrem ethnischen Hintergrund. In den Vordergrund traten wirtschaftliche und soziale Probleme – die grundlegenden sozialen Konflikte.¹

Nordschleswig war von politischen und sozialen Spannungen, Gegensätzen und Verwerfungen nicht verschont geblieben, als mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution 1918 auch das Ende seiner Zugehörigkeit zu Preußen-Deutschland in greifbare Nähe rückte. Auch hier hatten vorübergehend Arbeiter- und Soldatenräte die Kontrolle übernommen, mit Gewerkschaftern und Sozialdemokraten – in der Regel Angehörigen der Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) und vereinzelt auch der Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD)² – in führender Position, um den geordneten Übergang zur Demokratie, die Bewältigung der Probleme der Versorgung mit Lebensmitteln und der Demobilisierung sicherzustellen. Auch Nordschleswig litt unter den Auswirkungen der durch die Kriegsschulden verursachten galoppierenden Inflation, die lange vor der deutschen Hyperinflation von 1923 eingesetzt hatte. Die Löhne konnten mit der Preisentwicklung nicht Schritt halten. Aufgabe der Gewerkschaften war es, für angemessene, das existenzielle Minimum sichernde Löhne zu kämpfen. Dies führte zu einer Vielzahl harter Auseinandersetzungen mit der Arbeitgeberseite und einer Reihe kleinerer und auch größerer Streiks, in Sonderburg sogar zu zwei Generalstreiks. Die Konflikte betrafen verschiedene Branchen, die Werften, das Malerhandwerk, die Schneider- und Textilbranche, den Schienenverkehr etc. In Sonderburg standen die Arbeitgeber überwiegend auf der bürgerlich-dänischen Seite. Verschärft wurden die Konflikte durch die Berichterstattung und Kommentierung der nationaldänischen Presse, insbesondere durch den seit 1919 in Sonderburg wirkenden Redakteur der Dybbøl-Posten Andreas Grau.

Ausgerechnet der Tarifkonflikt mit der Alsener Kreisbahn spitzte sich im März/April 1920 dramatisch zu. Hugo Tietze, der Direktor der Kreisbahn, hatte der Lohnerhöhung entsprechend dem von einer paritätisch besetzten Kommission ausgehandelten Satz von 5,10 Mark zugestimmt, um gleich am folgenden Tag die Aussperrung aller Arbeiter zu verkünden. Wieder eingestellt werden sollte nur, wer „diesen Lohn auch wert“ war. Laut Dybbøl-Posten machte er keinen Hehl daraus, dass es ihm um eine Säuberung ging. Nur aus der Region stammende Arbeiter sollten wieder eingestellt werden.

Die Empörung in der Arbeiterschaft war groß, unabhängig von deutscher oder dänischer Orientierung. Das örtliche Gewerkschaftskartell – noch folgte man dem deutschen Organisationsschema – beschloss den Generalstreik und setzte eine Verhandlungsdelegation mit dem Vorsitzenden des örtlichen Metallarbeiterverbandes Oscar Preuß an der Spitze ein. Der Elektriker Preuß genoss in der Sonderburger Arbeiterschaft hohes Ansehen, auch durch seine erfolgreiche

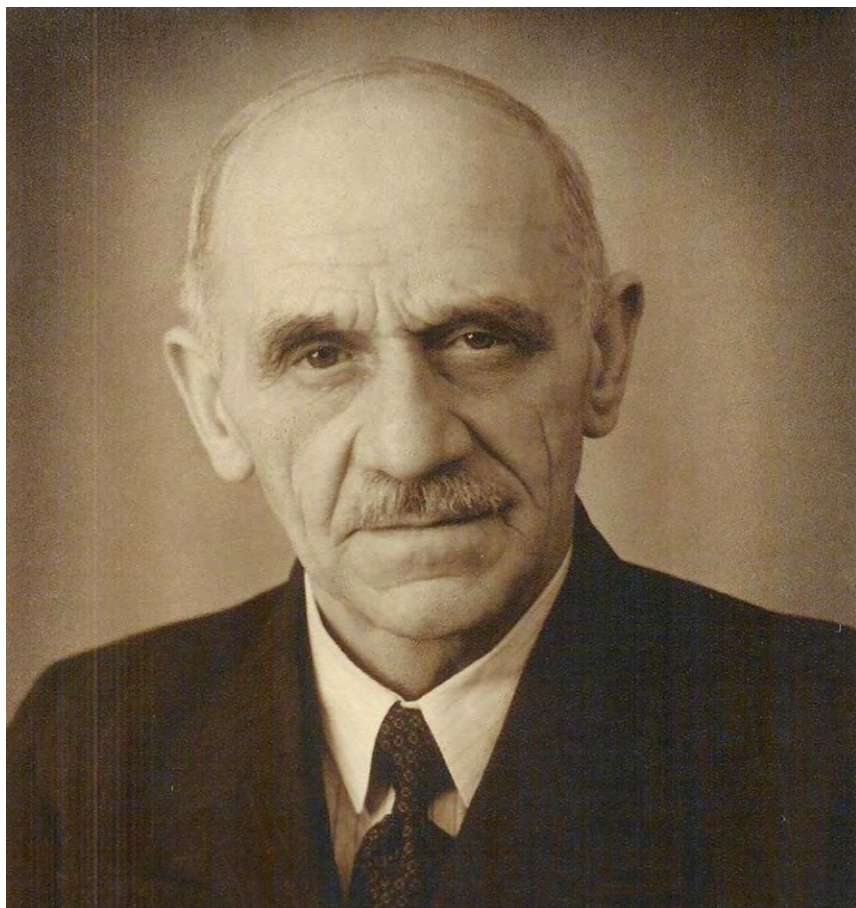


Abb. 1 Oskar Preuß, führende Persönlichkeit der Sonderburger Arbeiterbewegung, am 15. Juni 1920, dem Tag der „Wiedervereinigung“ Sønderjyllands mit Dänemark, ausgewiesen und nach seiner Rückkehr u.a. Mitglied der Sonderburger Ratsversammlung von 1922 bis 1950

Tätigkeit im Sonderburger Arbeiter- und Soldatenrat mit der Zuständigkeit für die Lebensmittelversorgung, die Bekämpfung des illegalen Hamsterns und des Schwarzmarktes. Preuss, 1883 im brandenburgischen Rathenow geboren, lebte seit 1903 auf Alsen, seit 1918 in Sonderburg selbst. Er war mit der zweifelsfrei dänischen Marie (geb.) Sørensen aus Odense verheiratet; sie hatten acht Kinder. Der Konflikt konnte letztlich schnell beendet werden. Nach Einschaltung auch des noch amtierenden Landrats Dr. Karberg beschloss der zuständige Kreisbahnausschuss die Annullierung der Aussperrung; nur eine Bezahlung der tarifkonflikt-bedingten Lohnausfälle konnte nicht durchgesetzt werden. Für Oscar Preuß hatte sein Engagement jedoch weitere Folgen.

Am 20. Mai 1920 kam es – einer Forderung dänischer Arbeiter und auch deutscher Sozialdemokraten entsprechend – zum vorzeitigen Übergang von der Mark zur dänischen Krone. Die Gewerkschaften forderten eine Anhebung des Stundenlohns von 1,50 auf 2 Kronen, vergleichbar dem dänischen Lohnniveau. Vom 3. Juni an kam es zum zweiten Generalstreik. Dybbøl-Posten und Andreas Grau schossen aus allen Rohren und gaben den von Süden zugewanderten deutschen Sozialdemokraten die Schuld für den erneut ausbrechenden Konflikt, der am 14. Juni, einen Tag vor der endgültigen Grenzänderung, nach zähen Verhandlungen für die Arbeiterseite weitgehend erfolgreich beendet werden konnte. Oscar Preuß war diesmal aber nur am Rande beteiligt.

In den Streik hinein platzte die Nachricht, dass für zehn Arbeiter die sofortige Ausweisung nach Deutschland verfügt worden sei. Oscar Preuß organisierte daraufhin ein Dutzend Arbeiter, die den Ausgewiesenen beim Packen ihrer Habe behilflich waren. Am Abend des 15. Juni, als am Tag der offiziellen Grenzänderung Christian X. auf einem Schimmel reitend die alte Grenze überquerend Sønderjylland feierlich und förmlich in Besitz genommen hatte, holte die Polizei Oscar Preuss ab, fuhr mit ihm über die neue Grenze und setzte ihn in Flensburg auf die Straße. Preuß verbrachte die nächsten Monate ohne Arbeit und Einkommen in Schleswig.

Erneut war die Empörung groß, auch und gerade unter dänischen Arbeitern, die nach der Volksabstimmung in großer Zahl in den sozialdemokratischen Ortsverein Sonderburg, der sich anschickte, Teil der dänischen Sozialdemokratie zu werden, eingetreten waren. Wohl nicht zu Unrecht vermutete man hinter dieser Abschiebung eine intensive Lobby-Arbeit von Andreas Grau und Kreisbahndirektor Tietze bei der Internationalen Kommission, die die Ausweisung noch am 8. Juni, also noch vor der Inbesitznahme Nordschleswigs durch Dänemark, verfügt hatte und die nun von dänischer Polizei vollstreckt worden war. Als Reaktion beschloss Sønderborgs Arbejdernes Fællesorganisation, die die Nachfolge des alten Gewerkschaftskartells angetreten hatte, einen Extra-Beitrag von 50 Øre. Der mittellos gewordenen Familie Preuß konnte so eine wöchentliche

Unterstützung von 50 Kronen, eine vergleichsweise stattliche Summe, gezahlt werden. Zugleich liefen die Bemühungen auf allen Ebenen, Preuß' Rückkehr zu ermöglichen, der sich selbst von Schleswig aus unmittelbar an Thorwald Stauning als Vorsitzenden der dänischen Sozialdemokratie und damaligem Oppositionsführer wandte, während Marie Preuß an den bürgerlich-liberalen Justizminister Rytter schrieb.

Dies war die Situation, die I.P. Nielsen in Sønderjylland vorfand, als er kurzfristig die Kandidatur für die Folketingswahl am 21. September übernommen hatte und dabei in das dänische Parlament gewählt worden war. Dort bot sich ihm in der ersten Novemberhälfte 1920 anlässlich der Beratungen über den Haushalt des Justizministers die Gelegenheit, mit einer eindringlichen Rede das offensichtliche Unrecht zu schildern, das Oskar Preuß und seiner zweifelsfrei dänischen Familie angetan worden war. Als der Justizminister verfahrensbedingt mit mehrtägiger Verzögerung antwortete, konnte er mitteilen, dass eine Lösung bereits gefunden worden sei. Zwar sei die Ausweisung zu Recht geschehen, wegen der besonderen familiären Situation habe man Preuß jedoch gestattet, zunächst befristet für drei Monate zurückzukehren mit der Option der Verlängerung, falls er sich unauffällig verhalte. Man kann dies wohl als eine Operation „Gesichtswahrung“ bezeichnen.

Wie unauffällig sich Preuß tatsächlich verhalten hat, mag dahinstehen. Er blieb eine der angesehensten Persönlichkeiten der Sonderburger Arbeiterbewegung. Da sich die Struktur der Gewerkschaften unter dänischen Vorzeichen etwas verändert hatte, war er fortan Vorsitzender der Elektrikergewerkschaft. Als sozialdemokratisches Mitglied der Stadtvertretung hat er darüber hinaus von 1922 bis 1950 die positive Entwicklung seiner Stadt wesentlich mitgeprägt.

Nach 1920 gewannen zwar dänisch orientierte Arbeiter rasch die Mehrheit in den Gewerkschaften und der nordschleswigschen Sozialdemokratie. Aber ob ursprünglich deutscher oder dänischer Orientierung oder Herkunft, sie ließen sich nicht auseinanderdividieren. Viele angesehene Arbeiterführer aus der Zeit vor 1920 nahmen wie Oscar Preuß auch weiterhin einflussreiche Positionen wahr, getragen vom Vertrauen der Mitglieder. Dies möglich gemacht zu haben, war nicht zuletzt auch das Verdienst von I.P. Niensens unermüdlichem Einsatz für „sein“ Sønderjylland, oft mit drastischen Worten um der Sache willen, aber auch als Brückenbauer über soziale Gräben und Parteigrenzen hinweg.

Kommunalpolitik in Sonderburg

Im März 1919 gelang es den Sonderburger Sozialdemokraten bei den ersten Kommunalwahlen nach der Novemberrevolution mit vier Abgeordneten – zum ersten Mal überhaupt – in der Stadtvertretung vertreten zu sein. Drei Jahre später, im März 1922, erreichten sie die doppelte Anzahl, sicherlich ein Erfolg ihres konsequenten Auftretens angesichts drängender sozialer Probleme und Konflikte und der Tatsache, dass sie sich auch durch die nationalpolitischen Probleme nicht hatten auseinanderdividieren lassen. Eine Mehrheit hatten sie damit zwar nicht, aber doch eine starke Position. Die dänischen bürgerlichen Parteien bekamen zusammen ebenfalls acht Sitze und die Schleswigsche Partei als Vertretung der deutschen Minderheit (bei der Abstimmung 1920 in Sonderburg noch in der Mehrheit) fünf Sitze.

Die Zeitung *Dybbøl Posten* und Andreas Grau hatten die Sozialdemokraten im Wahlkampf heftig attackiert, aber nicht weniger heftig und polemisch die Vertreter der deutschen Minderheit. Ohne Zweifel war deren Schleswigsche Partei dem bürgerlichen Lager zuzuordnen. Aber während es I.P. Nielsen gelang, trotz gelegentlich scharfer Polemik Brücken zu bauen, bewirkte Andreas Grau das Gegenteil. Für das für ihn enttäuschende und sicherlich nicht gewollte Ergebnis der anschließenden Bürgermeisterwahl, bei der der Sozialdemokrat Johan Jacobsen ins Amt kam, trug er somit wohl die Hauptverantwortung: drei Vertreter der Schleswigschen Partei hatten sich der Stimme enthalten, zwei hatten direkt für Jacobsen gestimmt und ihm so zur Mehrheit verholfen.

Mit der Wahl 1922 begann eine lange Periode erfolgreicher sozialdemokratischer Kommunalpolitik für Sonderburg. Erst 1933 gelang es den dänischen bürgerlichen Parteien, das Bürgermeisteramt für sich wieder zu erobern. Natürlich war die Situation der Sozialdemokraten ohne eigenständige Mehrheit im Stadtrat nicht einfach. Mehrheiten mussten von Fall zu Fall sachorientiert organisiert und vertretbare Kompromisse mühsam errungen werden. Trotz unverkennbarer wirtschaftlicher Fortschritte, z. B. durch die Ansiedlung oder Erweiterung einiger Großbetriebe (Kammgarnspinnerei, Ölmühle und Genossenschaftsschlachtereie), blieben Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot die beherrschenden Themen der 1920er Jahre. Gegen widerstrebende bürgerliche (dänische und deutsche) Ratsmitglieder gelang es auch, kommunale Wohnungsbauprojekte durchzusetzen. Unternehmen, die sich neue ansiedeln oder erweitern wollten und dafür Grundstücke in kommunaler Hand benötigten, erhielten die Auflage, zugleich Wohnraum zu schaffen. Als in und nach dem besonders strengen Winter 1926/27 und verstärkt zu Beginn der 1930er Jahre die Arbeitslosigkeit stark zunahm, wurde – teilweise erfolgreich – um finanzielle Unterstützung für die Arbeitslosen und ihre Familien und die Durchführung von Notstandsarbeit-



Abb. 2 Verleihung des dänischen Verdienstordens an I.P. Nielsen durch König Frederik IX.

en, etwa im Straßen- und Wegebau, gerungen. Erstmals machte sich in Sønderborg auch kommunistische Agitation bemerkbar. I.P. Nielsen sah darin eine Spaltung und Schwächung der Arbeiterbewegung, die im Zweifel notwendige Stimmen kosten konnte.

Erleichtert wurde die begrenzte Kooperation von Sozialdemokratie und deutsch-orientierter Schleswigscher Partei auch dadurch, dass Bürgermeister Johan Jacobsen als „hjemmehørende(r)“ – also nicht aus Deutschland zugewanderter – Sozialdemokrat bei der Volksabstimmung für Deutschland optiert hatte. Seine Wiederwahl verdankte er stets den von den Vertretern der Schleswigschen Partei für ihn abgegebenen Stimmen. I.P. Nielsen hob dagegen, erstmals im Kommunalwahlkampf 1925 hervor, dass Jacobsen sein Bürgermeisteramt in vorteilhafter Weise für die ganze Stadt wahrgenommen und das gegenseitige Verstehen und friedliche Zusammenleben der Bürger gefördert habe. Beide, Johan Jacobsen und I.P. Nielsen, haben im Übrigen ab 1921 lange Zeit gemeinsam dem Vorstand des dänischen Socialdemokratisk Forbund angehört.

Das Herning-Abkommen mit der Schleswigschen Partei zur Schulpolitik

Jacobsens zweiter Wiederwahl 1929 waren wichtige Verhandlungen mit der Schleswigschen Partei auf höherer Ebene vorangegangen, deren Bedeutung weit über die kommunale Ebene hinausging. Einige Zeit vor dem Wahltermin fanden Wahlen zum Landsting statt, der früheren (1953 durch Verfassungsreform aufgelösten) Ersten Kammer des Rigsdags. Ein Viertel der 76 Abgeordneten des Landstings wurden durch Kooptation, also durch Zuwahl durch das Landsting selbst und drei Viertel durch indirekte Wahl, nämlich durch von den Bürgern in sieben Großwahlkreisen gewählte Wahlmänner bestimmt. In dem jütischen Großwahlkreis, zu dem auch Sønderjylland gehörte, konnte die Schleswigsche Partei nicht mit der Wahl eines Abgeordneten rechnen, die Sozialdemokraten aber mit der Wahl von fünf, einer davon aus Sønderjylland, dessen Wahl jedoch unsicher war. Beide Parteien rechneten sich aus, dass sie jeweils einen Stimmenüberschuss erzielen würden, der jedoch möglicherweise nicht für die Wahl eines zusätzlichen Abgeordneten ausreichen würde, wohl aber, wenn man sich zusammentat.

Der Wunsch der Sozialdemokraten war es, Johan Jacobsen als nord-schleswigschen Abgeordneten in das Landsting zu entsenden. Die Verhandlungen über eine Kooperation fanden im jütischen Herning statt; das dort ausgehandelte Abkommen wurde daher als „Herning-Avtale“ (Herning-Abkommen) bezeichnet. Verhandlungsführer auf sozialdemokratischer Seite waren der Parteivorsitzende Thorvald Stauning und I.P. Nielsen, auf Seiten der Schleswigschen Partei Pastor Schmidt-Wodder, Folketingsabgeordneter und



Abb. 3 und 4 Gemälde von Königin Ingrid und I.P. Nielsen in der Porträtgalerie im Bildersaal des Folkehjem in Apenrade, die auf Wunsch der Königin nebeneinander aufgehängt wurden

Parteivorsitzender, sowie der Sonderburger Ratsherr Johann Alexandersen. Für Schmidt-Wodder und Alexandersen ging es um eine Herzensangelegenheit: die Stärkung der Position der deutschen Minderheitenschulen. Für den Fall der gemeinsamen Wahl Johan Jacobsens sagten Stauning und I.P. Nielsen zu, wesentliche schulpolitische Anliegen der deutschen Minderheit zu unterstützen. Dabei ging es um die Repräsentation der deutschen Minderheit in wichtigen schulischen Gremien, um die allgemeine Studierfähigkeit an dänischen Universitäten von Gymnasialabsolventen einer deutschen Minderheitsschule und das Recht, eine deutsche Schule in anderen Ort besuchen zu können, wenn eine solche im eigenen Ort nicht vorhanden ist. Zwar konnte das angestrebte zusätzliche Mandat nicht erreicht werden, weil die Stimmenzahl dann doch nicht ausreichte. Gleichwohl ist das Herning-Abkommen von nationaldänischer Seite heftig kritisiert worden. Die Sozialdemokraten verteidigten sich mit dem Argument, dass sie nichts zugestanden hätten, was nicht längst Teil ihres politischen Programms zu nationalem Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz gewesen sei.

Das Wels-Stauning-Abkommen

1902 hatte sich die schleswig-holsteinische Sozialdemokratie auf ihrem Flensburger Parteitag zu den Prinzipien nationaler Selbstbestimmung und Minderheitenschutz bekannt und dafür im Gegenzug die Unterstützung bei der im Folgejahr turnusmäßig stattfindenden Reichstagswahl im 2. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis Flensburg-Apenrade erhalten, wodurch der Sozialdemokrat Heinrich Mahlke letztlich das Mandat erringen konnte.³ 1919 sprachen sich deutsche und dänische Sozialdemokraten, darunter I.P. Nielsen, am Rande des Sozialistentreffens in Bern klar für eine Lösung des „Nordschleswig-Problems“ erneut im Sinne dieser Prinzipien aus. Mit der Volksabstimmung 1920 war dann auch so verfahren worden, entsprechend den Festlegungen des Versailler Vertrages und auf Betreiben der (sozialliberalen) dänischen Regierung sowie der ursprünglichen Initiative von H.P. Hanssen, dem profilierten und weitgehend anerkannten Sprecher der dänischen Bevölkerungsmehrheit in Nordschleswig. Gleichwohl hatte es Irritationen gegeben. Spätestens die Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 hatte gezeigt, dass die „marxistische“ SPD zugleich eine starke nationale „deutsche“ Prägung hatte. Im Vorfeld der Volksabstimmung 1920 bekannte sich die Partei zwar weiterhin zum Prinzip nationaler Selbstbestimmung, in der konkreten Auseinandersetzung aber bezog sie relativ einseitig Position für einen Verbleib Nordschleswigs bei Deutschland als dem nach der Novemberrevolution und den Verheißungen der Weimarer Republik vermeintlich fortschrittlicheren Land. Da aber Deutschland auf Grund der Kriegsniederlage und -folgen (Versailles) sowie anfänglicher sozialer und innenpolitischer Wirren „vorübergehend“ stark geschwächt war, war es zugleich das durchaus plausible Ziel, das spätere Entstehen einer destabilisierenden und damit friedensgefährdenden „Irredenta“-Bewegung zu verhindern. Diese Position wurde auch von den nordschleswigschen Sozialdemokraten weitgehend geteilt und bestimmte ihr Abstimmungsverhalten.

Nach 1920 hatte die sich große Mehrzahl der deutschorientierten Sozialdemokraten allerdings rasch mit den Verhältnissen abgefunden und darauf eingestellt, im dänischen Staat, dessen Bürger sie nun waren, eine positive und loyale Rolle zu spielen. Anders sah es in Flensburg aus, das sich nach der gemeindeweisen Abstimmung in der „Zweiten Zone“ vom traditionellen nordschleswigschen Hinterland abgeschnitten sah. Viele Sozialdemokraten dort empfanden die neue Grenze als ungerecht, weil nach der „en Block“-Abstimmung in der Ersten Zone eine Reihe von Städten und Gemeinden trotz örtlicher deutscher Mehrheiten an Dänemark gefallen waren, wie das unmittelbar an der Grenze gelegene Tondern oder das grenznahe Tingleff. Sie forderten daher eine Korrektur, um vermeintliche Ungereimtheiten auszuräumen.

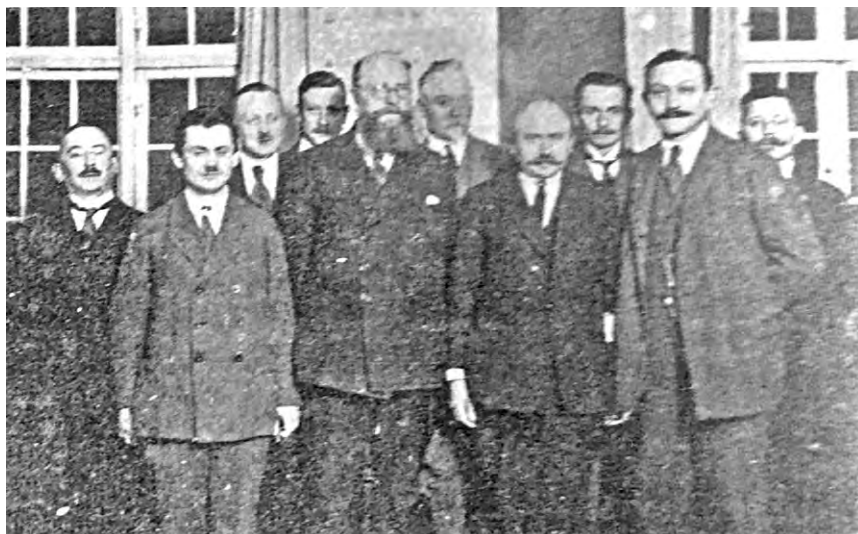


Abb. 5 Dänische und schleswig-holsteinische Sozialdemokraten anlässlich eines Treffens in Flensburg Anfang 1924, wenige Wochen nach dem Abschluss des „Wels-Stauning-Abkommens“. Thorvald Stauning und I.P. Nielsen werden flankiert von Willy Verdick (links), Vorsitzender der schleswig-holsteinischen SPD, und Wilhelm Haberland (rechts), langjähriger (mit Unterbrechungen) Vorsitzender der SPD Flensburg; ganz rechts Max Funke, Flensburger SPD-Vorsitzender 1921-1927, im Hintergrund (rechts neben Stauning) Peter Michelsen, 1919-1921 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und des Reichstags.

Wesentlich radikaler waren umgekehrt die Forderungen der nationaldänischen Flensburg-Bewegung (Flensburg-Bevægelse). Sie forderte, dass auch Flensburg zu Dänemark kommen sollte, ungeachtet des eindeutigen Abstimmungsergebnisses und im Unterschied zu der von H.P. Hanssen angeführten (Apenrader Bewegung (Åbenrå-Bevægelse), deren Position auch von I.P. Nielsen vertreten wurde. Flensburg Avis, das nach der schleswigschen Teilung zum Sprachrohr der bei Deutschland verbliebenen dänischen Minderheit wurde, aber nach wie vor auch nördlich der Grenze zahlreiche Leser und Abonnenten hatte, vertrat die Position der Flensburg-Bewegung ebenso vehement wie Andreas Grau in der Dybbøl Posten. Es liegt auf der Hand, dass hier ein hohes Konfliktpotential entstanden war, zwischen deutsch und dänisch, aber auch innerhalb der Sozialdemokratie in Flensburg und in Nordschleswig. I.P. Nielsen betrachtete

diese Spannungen mit wachsender Sorge, die zunehmend auch von den Parteiführungen in Kopenhagen und Berlin geteilt wurde. Am 25. November 1923 kam es daher in Flensburg zu einem Treffen auf höchster Ebene. Im Wels-Stauning-Abkommen bekräftigten beide Parteiführer, dass die deutsche und die dänische Sozialdemokratie die Grenze von 1920 anerkennen und dass man alle Bestrebungen, sie zu verändern, bekämpfen werde..

Zusammenarbeit deutscher und dänischer Sozialdemokraten

Vor der schleswigschen Teilung 1920 war die nordschleswigsche Sozialdemokratie Teil der deutschen SPD, die Kontakte nach Süden vielfältig und selbstverständlich. So wurden zu den Maifeierlichkeiten häufig von dort anreisende Gastredner eingeladen. Diese Tradition wurde auch in den ersten Jahren nach der Grenzverschiebung 1920 beibehalten und setzte sich nach einigen Jahren Unterbrechung erneut ab Ende der 1920er Jahre fort. Erschwerend für diese Kontakte waren allerdings die anfänglich restriktiven Regeln beim Grenzübertritt. Als 1921 der Flensburger Arbeitersekretär Friedrich Bauer als Mairedner in Sonderburg sprechen sollte, musste für einen auf acht Tage befristeten Pass eine Gebühr von 1.000 Mark gezahlt werden. (Allerdings war der Wert der Mark inflationsbedingt sehr niedrig.) Die Sonderburger Sozialdemokraten bezahlten dies aus ihrer Parteikasse.

Auch das durch die anfänglich divergierenden Auffassungen zur Grenzfrage belastete Verhältnis von nordschleswigschen zu Flensburger Sozialdemokraten hielt die Sonderburger nicht davon ab, für notleidende Parteimitglieder in der Fördestadt und deren Familien zu sammeln und auch die unter Finanzsorgen leidende Lokalausgabe der Volkszeitung zu unterstützen. Dies war allerdings verbunden mit dem Wunsch, doch bitte etwas ausgewogener und zurückhaltender über die Grenzfrage zu berichten. Mit dem Wels-Stauning-Abkommen waren diese Irritationen jedoch ausgeräumt. Kontakte ergaben sich auch auf höchster Ebene. 1924 verbrachte Rudolf Breitscheid einen Urlaub bei H.P. Hanssen in Apenrade. Hanssen hatte seit seiner Zeit als dänischer Abgeordneter in Berlin eine Reihe guter Kontakte zu führenden, überwiegend sozialdemokratischen deutschen Politikern. Zu ihnen gehörte auch Breitscheid; ursprünglich freisinnig, war er 1917 zur USPD übergetreten, 1919 preußischer Innenminister, seit 1920 Mitglied des Reichstags und dort ab 1922 Fraktionsvorsitzender der wieder vereinigten SPD. Im Sonderburger Gewerkschaftshaus hielt er vor gut 400 Zuhörern einen viel beachteten Vortrag über das negative Zusammenspiel von deutschen Nationalisten und Kommunisten. Er warb für einen Brückenschlag zwischen den Nationen und schloss mit dem Appell, in der Grenzfrage Ruhe zu bewahren.



Abb. 6 Straßenumzug beim grenzüberschreitenden Treffen der Arbeiterjugend in Apenrade Anfang der 1930er Jahre

Ein großes deutsch-dänisches Arbeitertreffen in Flensburg im Juni 1926 zeigte, dass mit dem Wels-Stauning-Abkommen anfängliche Irritationen zwischen deutschen und dänischen Sozialdemokraten im Hinblick auf die Grenzziehung 1920 überwunden waren. Anlass war das 50-jährige Jubiläum der Fahnenweihe der Traditionsfahne der Flensburger SPD. Ein Umzug von ca. 10.000 Personen bewegte sich durch die Innenstadt, angeführt durch 68 Fahnen, davon 36 aus Dänemark, die die Breite und Vielfalt der sozialdemokratischen Bewegung symbolisierten. Zu den dänischen Gästen zählten u.a. 1.500 Teilnehmer allein aus Gravenstein und Sonderburg, die mit dem Dampfer gekommen waren. Prominente Redner waren der Vorsitzende der sozialdemokratischen Folketingsfraktion Frederik Andersen und I.P. Nielsen sowie auf deutscher Seite Philipp Scheidemann, erster Reichskanzler der von ihm ausgerufenen Weimarer Republik, die Reichstagsabgeordnete Louise Schröder und das frühere Flensburger

Mitglied von Nationalversammlung (1919) und Reichstag Peter Michelsen. In den folgenden Jahren nahmen u. a. Flensburger Arbeiter an ähnlichen großen Treffen in Dänemark teil, 1927 in Gravenstein und 1928 in Apenrade.

Die sozialdemokratischen Jugendorganisationen beiderseits der Grenze – die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ), verschiedene gewerkschaftliche Jugendorganisationen und Danmarks Socialdemokratisk Ungdom (DSU) sowie Die Falken und De Unges Idræt (DUI) – entwickelten ein besonderes Engagement bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verständigung. In Sonderburg war erst relativ spät, Anfang 1923, eine eigenständige Gruppe der DSU gegründet worden, deren Arbeit jedoch rasch Fahrt aufnahm. Von Beginn an aktiv dabei waren der junge Schlosser und spätere Redakteur der sozialdemokratischen Parteizeitung „Sønderjyden“⁴ Robert Huhle und der Drucker Anders Andersen. Andersen machte durch seine Aktivitäten rasch auf sich aufmerksam. 1925 ermöglichten die Sonderburger Gewerkschaften ihm einen mehrmonatigen Besuch der Arbeitervolkshochschule Schloss Tinz in Thüringen.⁵ Das erste größere DSU-Arrangement war ein internationales Antikriegstreffen 1924 mit mehreren hundert Beteiligten, darunter allein aus Flensburg 60 Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend. Das gemeinsame Motto, das auch spätere Begegnungen prägte, war „Aldrig mere krig / Nie wieder Krieg!“. I.P. Nielsen begrüßte die Teilnehmer auf Deutsch und berichtete über die Abrüstungsinitiativen der dänischen Sozialdemokratie.

Es folgten weitere Begegnungen mit Ausflügen und gemeinsamem Zelten, munterem Lagerleben mit Musik, Gesang und sportlichem Wettkampf, so 1931 erneut in Sonderburg und 1932 an der Flensburger Förde zwischen Kollund und Süderhaff. Eine zunehmend wichtige Rolle spielte dabei Uffe Andersen aus Haderslev als DSU-Vorsitzender von Sønderjylland. Ein Höhepunkt war die von dänischen und Flensburger Sozialdemokraten und ihren Jugend- und Kinderorganisationen gemeinsam organisierte Rote Kinderrepublik auf der Kleinen Ochseninsel auf der dänischen Seite der Flensburger Förde nach dem Vorbild der legendären Kieler Kinderrepublik Seekamp. Im Juli und August 1932 nahmen ca. 300 deutsche und dänische Kinder für jeweils zwei Wochen daran teil. Angestrebt und vermittelt werden sollten ein Höchstmaß an demokratischer Selbstorganisation, Eigenständigkeit, Gemeinschaft, Solidarität und Kreativität bei gemeinsamem Spiel und Sport, Ausflügen und sonstigen Freizeitaktivitäten.⁶ Eine weitere deutsche Beteiligung an diesen Treffen war mit der Übertragung der Macht an die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 nicht mehr möglich.

1933: Ostersturm – Påskeblæsten und das Aktionskomitee für eine Kampf-front gegen die Nationalsozialisten

Der 30. Januar 1933 als Schicksalsdatum ist in die dänische Geschichte als der Tag eingegangen, der mit einem parteiübergeifend ausgehandelten Abkommen, die Überwindung der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und den Aufbau des dänischen Sozialstaats einleitete (Kanslergadeforlig). Der Kontrast zu den gleichzeitigen Geschehnissen in Deutschland konnte größer nicht sein. Von nahezu einem Tag auf den anderen war die Grenze von 1920 zur Grenze zwischen Demokratie und Rechtsstaat und Diktatur und Willkür geworden. Und sie wurde sofort erneut in Frage gestellt.

Am 24. Februar 1933 erklärte Johann Peperkorn, Pastor im nordfriesischen Viöl, NS-Agitator und grenzpolitischer Sprecher der schleswig-holsteinischen NSDAP, in einer vor allem in Dänemark viel beachteten Rede: „Unrecht darf nicht für alle Zeiten Unrecht bleiben, und ein Unrecht ist uns zugefügt worden mit der Abtrennung Nordschleswigs. ... Wir können warten, wir warten, aber mit zusammengebissenen Zähnen.“ Dr. Wilhelm Sievers⁷, seinerzeit Bürgermeister in Eckernförde und späterer Flensburger Oberbürgermeister, der Anfang Februar 1933 gewählte neue NS-Vorsitzende des bis dahin eher konservativ-liberalen Schleswig-Holsteiner-Bundes, wurde in einer Rede am 24. März noch deutlicher: „Wir bekennen uns zum germanischen Gedanken. Und darum wollen wir den Dänen mit der besten germanischen Tugend begegnen, mit Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit des Kampfes. Wir wollen und müssen ihnen eiskalt sagen, was wir wollen: Wir wollen Nordschleswig wieder haben!“

Am 5. April, wenige Tage vor Ostern, legte Peperkorn nach und machte den deutschen Nordschleswigern Hoffnung: „Des deutschen Volkes Freiheit wird auch Nordschleswigs Freiheit bringen. Darum rufen wir unseren Landsleuten droben zu: Wir heißen Euch hoffen! Das Unrecht, das uns durch die blutende Grenze zugefügt ist, wird wieder gut gemacht werden.“ Peperkorn zeigte auch den Weg auf, wie dies geschehen sollte: die nationalsozialistische Bewegung sollte nach Nordschleswig hineingetragen werden: „Wie ein Blitz wird der deutsche Nationalsozialismus von Nordschleswig Besitz ergreifen. 10, 20, 30, 40 50, 60, 70, ja 80 Organisationen werden über ganz Nordschleswig hin gebildet werden.“ Mit der Radikalisierung und quasi Gleichschaltung der deutschen Minderheit sollten der Druck auf Kopenhagen erhöht und Verhandlungen erzwungen werden. Auf dänischer Seite sind diese Vorgänge als Ostersturm (Påskeblæsten) wahrgenommen worden. Dass Hitler und die NSDAP auf Reichsebene andere Vorstellungen über Dänemark als „germanischen“ Vassallenstaat haben könnten, konnte 1933 niemand ahnen.⁸ Der Ostersturm hat die mühsam hergestellte auf gegenseitigem Respekt beruhende Atmosphäre

im deutsch-dänischen Grenzland entscheidend vergiftet. Noch am 27. Januar hatte I.P. Nielsen seinen nordschleswigschen Folketingskollegen Pastor Schmidt-Wodder gelobt und betont, dass die Sozialdemokraten Schmidt als Einzelabgeordnetem oft geholfen haben, in für die deutsche Minderheit wichtigen Parlamentsausschüssen vertreten zu sein. Wenig später, am 21. März, schrieb ein bitter enttäuschter Nielsen in der sozialdemokratischen Presse: „Nun kommt derselbe Pastor Schmidt aus der Deckung und erklärt dem Nazismus seine glühende Liebe und erwartet sich offenbar viel davon. Wir glauben nicht, dass ihnen eine Rückkehr Sønderjyllands zu Deutschland Freude bereiten wird. Das wird nur zu neuer Gewaltpolitik führen.“⁹

Mit dem NS-propagandistischen Angriff auf die Grenze waren dänische Souveränität und Demokratie herausgefordert. Entsprechend heftig fielen die Reaktionen in allen politischen Lagern aus. Zu einer Zusammenkunft in Düppel am 10. Juni 1933 versammelten sich 40.000 Teilnehmer mit H.P. Hanssen als Hauptredner. An einer Protestversammlung in Tondern von De Unges Grænseværn, einem Zusammenschluss bürgerlicher Jugendverbände, nahmen 15.000 überwiegend junge Menschen teil. Auch Sønderjyllands Arbeiterbewegung wurde unter dem Motto „Kampffront mod Nazismen“ aktiv. Am 17. April, Ostermontag, trafen sich in Tingleff 300 Delegierte von Sozialdemokratie und nahestehenden Gewerkschaften. I.P. Nielsen und sein Folketingskollege Peter Mortensen riefen in eindringlichen Reden „zum kompromisslosen Kampf gegen den Nazismus mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ auf. Es herrschte eine ernste und entschlossene Stimmung. Eine von Frede Nielsen, Chefredakteur des Sønderjyden, vorbereitete Resolution fand einhellige Zustimmung. Mit scharfen Worten wurde der von nazi-deutscher Seite angefachte Streit um die Grenze verurteilt als Verhöhnung von Freiheit und Völkerrecht und als Rückkehr zur Gewaltpolitik. Man werde, so hieß es, den nationalsozialistischen Organisationsbestrebungen in Sønderjylland fest entschlossen entgegentreten: „Durch Drohungen lassen wir uns nicht abschrecken, und wir lassen uns nicht überrumpeln. Mit dem Motto: Einigkeit, Disziplin, Aktivität gehen wir an die Arbeit und in den Kampf. Es lebe der Sozialismus!“

Zugleich wählte die Versammlung ein Aktionskomitee, um die Aktivitäten zu initiieren und zu koordinieren, geleitet vom Vorsitzenden von Sønderjyllands Sozialdemokratie A.C. Swanholm (Hadersleben). Es folgten eine Vielzahl von Versammlungen und Kundgebungen an zahlreichen, auch kleineren Orten. Für die dänische Sozialdemokraten engagierten sich vor allem I.P. Nielsen und Frede Nielsen sowie Uffe Andresen und Robert Huhle für die Arbeiterjugend (DSU). Als prominente Redner traten auf der spätere Statsminister H.C. Hansen und Hartvig Frisch, einer der führenden Intellektuellen und spätere Bildungsminister in der Regierung von Hans Hedtoft, sowie der Fraktionsvorsitzende im Folketing



Abb. 7 Pastor und NS-Gauredner Johann Peperkorn und Dr. Wilhelm Sievers, seinerzeitiger Eckernförder Bürgermeister und Vorsitzender des „gleichgeschalteten“ Schleswig-Holsteiner-Bundes

und spätere Verteidigungsminister Alsing Andersen. Höhepunkt war im September 1933 ein großes Arbeitertreffen in Hadersleben mit ca. 17.000 Teilnehmern und Statsminister Thorvald Stauning als Hauptredner.

Neben und nach I.P. Nielsen hatte sich im Laufe der 1930er Jahre Chefredakteur Frede Nielsen immer stärker als führende Persönlichkeit innerhalb der Arbeiterbewegung Sønderjyllands profiliert. Auf seine Initiative hin wurde Anfang 1938 das bisher nur lose strukturierte Aktionskomitee unter seiner Leitung stärker vereinsmäßig und damit eigenständiger organisiert, nunmehr mit der

Bezeichnung Arbejdernes Sønderjysk Landsforening. Ziel war, mit den starken bürgerlich national-dänischen Vereinigungen wie Danske Samling und De Unges Grænseværn auf Augenhöhe agieren zu können und in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus noch schlagkräftiger zu werden. Das „Dritte Reich“ strebte 1938 dem Höhepunkt seiner Macht vor Beginn des Zweiten Weltkriegs zu mit dem „Anschluss“ Österreichs und der mit dem „Münchener Abkommen“ konzediten Abtretung des Sudetenlandes zu Lasten der Tschechoslowakischen Republik, wo eine gesamtstaatliche Minderheit deutscherseits einseitig und rücksichtslos politisch instrumentalisiert worden war. Der Erfolg der antinazistischen Mobilisierung zeigte sich im Wahlkampf für die Folketingswahl am 3. April 1939, wo es zu einem (begrenzten) Schulterschluss mit den übrigen dänischen Parteien kam. Die Schleswigsche Partei (SP) war mit dem Nationalsozialisten Jens Möller als Spitzenkandidat angetreten (an Stelle ihres langjährigen Vorsitzenden und Abgeordneten Schmidt-Wodder). Bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung von über 90 % erreichte sie mit 16,3 % aber nur einen geringen Stimmenzuwachs. Die ebenfalls antretende Dänische Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP mit dem aus Nordschleswig stammenden Frits Clausen an der Spitze blieb mit 4,7 % eine Splitterpartei. Die Sozialdemokraten konnten sich als stärkste Partei behaupten und weiterhin drei Abgeordnete aus Sønderjylland, u.a. erneut I.P. Nielsen, ins Folketing entsenden. Gut Dreiviertel aller Wähler hatten damit klar Position bezogen gegen die nazifizierte SP und die (marginale) DNSAP. Der Versuch, u.a. ursprünglich deutsch-orientierte Arbeiter in das nationalistisch-deutsche Lager hinüberzuziehen, konnte weitestgehend erfolgreich abgewehrt werden.

I.P. Niensens Kontroversen mit Flensburg Avis

An I.P. Niensens positiver Grundhaltung zum Schutz der 1920 entstandenen nationalen Minderheiten beiderseits der Grenze kann kein Zweifel bestehen. Dennoch gab es über viele Jahre heftige Kontroversen mit Flensburg Avis, dem publizistischen Markenzeichen der dänischen Minderheit in Flensburg bzw. Südschleswig.¹⁰ Mit dem Wels-Stauning-Abkommen von 1923 war zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien klargestellt, dass die Grenze festliegt und nicht in Frage gestellt werden sollte. Anfang der 20er Jahre gab es in Dänemark zudem parteiübergreifend Übereinstimmung, die dänische Minderheit in Südschleswig zu unterstützen. Aber eine Mehrheit im Folketing hatte Vorbehalte gegen bedingungslose Zuschüsse für die Finanzierung von Flensburg Avis, das vor und nach 1920 unter seinem Chefredakteur Ernst Christiansen Bannerträger der Flensburg-Bewegung gewesen war und an dieser Linie weiterhin festhielt. Mittel zur Unterstützung der dänischen Minderheit wurden jährlich



Abb.8 Ernst Christiansen, Redakteur von Flensburg Avis und im Zusammenhang mit der Grenzfrage und der Volksabstimmung 1920 einer der wichtigsten Sprecher der „Flensburg-Bewegung“

vom Ausschuss für kulturelle Angelegenheiten bewilligt. Auf Initiative von I.P. Nielsen wurde jedoch schon 1922 auf Regierungsseite die Zuständigkeit vom Staatsministerium auf das Bildungsministerium verlagert. Damit erfolgte eine Klarstellung, dass die Mittel nur für kulturelle Angelegenheiten bestimm waren. Die Zeitung, deren Existenz ohne staatliche Förderung in Frage gestellt war, hatte daher mit erheblichen Finanzproblemen zu kämpfen, die sich von 1930

an noch weiter zuspitzen sollten.

Über die Finanzierung entwickelte sich ein langes politisches Tauziehen. I.P. Niensens Vorwürfe gegen Flensburg Avis waren:

- Fortdauerndes Infragestellen der durch Volksabstimmung und Völkerrecht legitimierten dänisch-deutschen Grenze,
- einseitige politische Berichterstattung zugunsten der rechtsliberalen Venstre und der konservativen Højre und ihrer einseitigen bürgerlichen Sparpolitik,
- Einmischung z.B. in den Folketingswahlkampf 1932 zugunsten des Kandidaten der Venstre,
- Wettbewerbsverzerrung durch staatliche Unterstützung zu Lasten anderer Presseorgane (Flensburg Avis hatte viele Abonnenten und Leser auch nördlich der Grenze),
- Begünstigung der anti-parlamentarischen radikalen Bauernbewegung „Landbrugernes Sammenslutning“ (eine Bewegung ähnlich der etwa zeitgleichen schleswig-holsteinischen Landvolkbewegung).

Flensburg Avis war nach 1933 zwar eine der wenigen nicht nationalsozialistischen Zeitungen, die einem Verbot oder der völligen Gleichschaltung entgehen konnten. Dies machte eine gewisse Anpassung unumgänglich und erforderte einen schwierigen Balanceakt bei Berichterstattung und Kommentierung. I.P. Nielsen war jedoch der Meinung, dass die Zeitung zu häufig Grenzen überschritten und den Nationalsozialisten zu oft zu sehr geschmeichelt hätte. Nach dem am 30. Juni 1934 von Hitler blutig niedergeschlagenen angeblichen „Röhm-Putsch“ kritisierte er Flensburg Avis wegen seiner zu „verständnisvollen“ Berichterstattung besonders heftig und führte u.a. aus, dass die Haltung der dänischen Sozialdemokratie gegenüber dem deutschen Volk die gleiche wie früher sei. Es seien die brutalen Methoden des derzeitigen Regimes, die man dezidiert verurteile, mit Gefängnissen, Konzentrationslagern, Enthauptungen, Erschießungen etc., und das in den meisten Fällen ohne Urteil. „Es sind mittelalterliche Methoden in politischen und ökonomischen Kämpfen, die wir zurückweisen. Die nationalsozialistische Weltanschauung liegt nach meiner Meinung dänischem Geist und Denken so fern, dass ich mich darüber wundere, dass Flensburg Avis als dänische Zeitung sich aufschwingen kann, in einem solchen System etwas Großartiges zu sehen.“ Die Konflikte um die finanzielle Unterstützung konnten zwar zu Beginn des Jahres 1935 beigelegt werden. Flensburg Avis erhielt 60.000 Kronen aus Lotto-Mitteln zuzüglich 40.000 Kronen von nationalen Vereinigungen und anderen Spendern. Die inhaltlichen Konflikte dürften jedoch weiter geschwelt haben.

I.P. Niensens Protest gegen eine Zusammenarbeit der dänischen Grenzpolizei mit der Gestapo

Die Entwicklung nach dem 30. Januar 1933 traf I.P. Nielsen hart. Er war der Sozialdemokrat mit den intensivsten Kontakten zu Genossen und Kollegen der Arbeiterbewegung südlich der Grenze. Von einem auf den anderen Tag waren diese nahezu unmöglich geworden. Als Privatperson besuchte er seine Freunde zunächst weiterhin. Dies blieb aber nicht unbemerkt. Als im März 1933 die Polizei eine Reihe von Hausdurchsuchungen bei Sozialdemokraten in Flensburg durchführte, erhielt er ein Schreiben des dänischen Generalkonsuls in Flensburg Lauritz Larssen, der ihn, besorgt über die Entwicklung, zur vorläufigen Zurückhaltung aufforderte. Er sei besorgt, dass dieser als bekannte Persönlichkeit Schwierigkeiten bekommen könnte, da die Deutschen „überall Gespenster sehen“ würden. Am Tag danach unterrichtete Larssen Thorvald Stauning über die polizeilichen Durchsuchungen des Flensburger Gewerkschaftshauses in der Schlossstraße, beim Konsum, dem sozialdemokratischen Buchhandel und in Privatwohnungen führender Sozialdemokraten. Dieselbe Hetze und Verfolgung, der die Kommunisten ausgesetzt seien, träfen nun die Sozialdemokraten. Er bat, dafür Sorge zu tragen, dass man sich äußerst vorsichtig bei Kontakten mit deutschen Sozialdemokraten verhalten sollte. I.P. Nielsen hat sich – jedenfalls nach außen hin – weitgehend an diese Vorgaben gehalten. Zu bekannt war er als Person, sein Wohnort Dynt Strand dicht an der Grenze quasi unter den Augen der Flensburger Gestapo. Aber selbstverständlich hielt er Verbindungen und half, wo es ihm möglich war.

Der eigentliche durchaus beachtliche sozialdemokratische Grenzschmuggel, d.h. Fluchhilfe und Transport von Informationen und politischem Aufklärungsmaterial über die Grenze, lag in den Händen (zumeist jüngerer) dänischer und deutscher Sozialdemokraten, letztere jenseits der Grenze oder in Dänemark im Exil.¹¹ In enger Kooperation mit dem Prager Exilvorstand der SPD und mit Unterstützung des Vorstands der dänischen Sozialdemokratie wurde der Widerstand im Wesentlichen von Richard Hansen, bis 1933 zweiter Vorsitzender der schleswig-holsteinischen SPD und Vorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold (SH), organisiert. Hansen war am 16. Mai 1933 nach fehlgeschlagenem Verhaftungsversuch in Flensburg nach Dänemark geflohen und wurde in Kopenhagen in Doppelfunktion Leiter des Grenzsekretariats Nord der Exil-SPD und faktischer Geschäftsführer des Matteotti-Komitees, des Hilfskomitees für verfolgte Emigranten aus dem sozialdemokratischen Umfeld. Er hatte enge Verbindungen zu führenden Sozialdemokraten, insbesondere zu Hans Hedtoft und Alsing Andersen und auch zu Thorvald Stauning.

Auf der dänischen Seite der Grenze waren es vor allem junge Sozialdemokraten, die in den Anfangsjahren 1933 und 1934 den illegalen Materialtransport und die Fluchthilfe durchführten, insbesondere der DSU-Vorsitzende Uffe Andersen und der junge Sønderjyden-Redakteur Robert Huhle. Auch der Flensburger Widerstand wurde wesentlich von Angehörigen der Arbeiterjugend getragen, von denen eine Reihe, u. a. Hans E. Hansen, Christoph Gregersen, die Schwestern Nicolaysen und Erich Dietrich, im Juli/August 1933 fliehen musste. Ihre Arbeit setzten sie auf dänischer Seite im Exil fort. Die wichtigste Rolle spielte bis zur Verhaftung am 9. April 1940 der dänische Lokomotivführer Aage Lassen im Grenzort Padborg. Er war Anlaufpartner für Materialtransporte und Flüchtlinge, die von Harrislee aus über die grüne Grenze geschleust wurden. Erste Anlaufstelle für Flüchtlinge war hier das von Amandus und Sophie Lützen betriebene Café Waldheim. Sie stellten den Kontakt zum Schleuser her, in der Regel Wilhelm Schmehl, der nach 1945 Bürgermeister von Harrislee und Flensburger Kreistagsabgeordneter wurde. Ein weiterer wichtiger Anlaufpartner für Materialtransporte und Kurierdienste war Emil Knutzen in Åbenrå.¹²

Auf kommunistischer Seite gab es Vergleichbares. Kommunistische Fischer vor allem aus Eckernförde sorgten für illegale Flüchtlings- und Materialtransporte nach und von Sonderburg. In Flensburg und Harrislee gab es eine kommunistische Widerstandsgruppe mit Verbindungen nach Sonderburg, die den illegalen Transport von Material und Flüchtlingen über die Förde oder die grüne Grenze bei Harrislee organisierte. Sozialdemokratischer und kommunistischer Grenzschmuggel waren voneinander unabhängig; eine Zusammenarbeit gab es in aller Regel nicht. 1934 wurde eine größere Gruppe Flensburger bzw. Harrisleer Kommunisten wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. In einem ersten Verfahren erhielt Hans Christian Nommensen zwölf, der Vorsitzende der KPD-Ortsgruppe Harrislee Peter Christian Lorenzen acht und Peter Paul Jürgensen sowie Friedrich Volkenandt sechs bzw. vier Jahren Zuchthaus. Zusammen mit vier weiteren Beteiligten hatten sie am Strand von Wassersleben umfangreiches Druckschriftenmaterial entgegengenommen, das mit einem vom benachbarten dänischen Kollund kommenden Boot gebracht worden war. Die Gestapo und wohl auch die dänische Grenzpolizei hatten einen entsprechenden Wink erhalten. Am Tag vor der Polizeiaktion hatten Gestapo und Grenzpolizei ein gemeinsames Vorgehen abgesprochen; das Boot mit den Propagandaschriften startete ja von dänischem Hoheitsgebiet aus zu einem illegalen Grenzübertritt.¹³ I. P. Nielsen war zwar ein entschiedener Gegner der Kommunisten. Aber die Rolle der dänischen Polizei empörte ihn zutiefst. Zornbebend schrieb er einen Brief an Alsing Andersen, Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten im Folketing, dass 23 Menschen, Kommunisten und Sozialisten, in Flensburg und Harrislee festgenommen und zehn zu Freiheitsstrafen zwischen zwölf und zwei Jahren

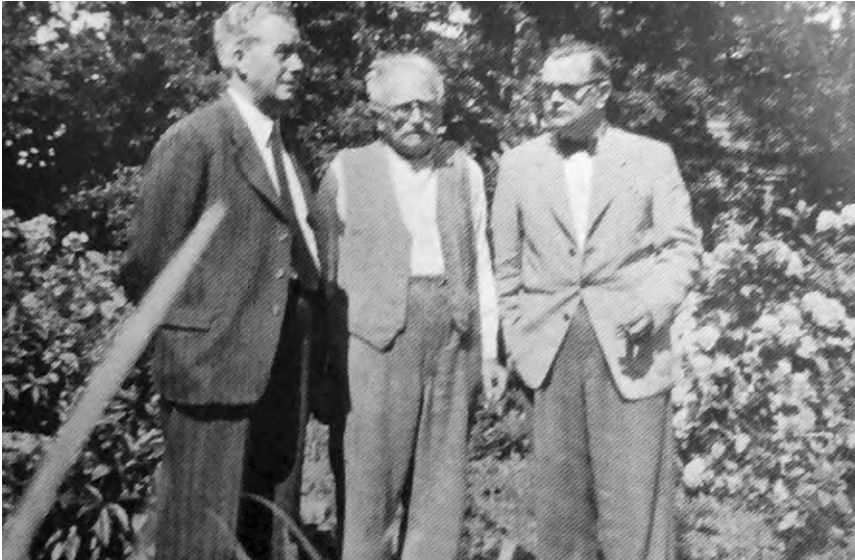


Abb.9 I.P. Nielsen in den 1940er Jahren zusammen mit seinem Nachfolger als Folketingsabgeordneten, dem Redakteur des „Sønderjyden“ Frede Nielsen, und Hans Larssen-Bjerre, der 1943 dessen Position in der Zeitung übernahm

verurteilt worden seien. Die Festgenommenen seien wie Tiere von Flensburg nach Rendsburg getrieben worden, mit gefesselten Händen. Die genaue Behandlung dieses Schreibens in Kopenhagen ist nicht bekannt. Aber es hatte weitreichende Konsequenzen, wie Aage Lassen in einem Zeitungsinterview 1980 berichtet hat. Die betroffene dänische Polizeistelle soll eine informelle Rüge erhalten haben. Künftig galt zudem ein „Gentlemen Agreement“ zwischen dem sozialdemokratischen Grenzapparat und der dänischen Grenzpolizei: Aage Lassen informierte im Vorwege die dänische Polizei, wenn ein Flüchtling über die Grenze kommen sollte. Wurde eine Person beim Grenzübertritt angehalten oder meldete sie sich anschließend bei der dänischen Polizei, kontaktierte man ihn. Wenn Lassen (i.d.R. nach telefonischer Rücksprache mit Richard Hansen in Kopenhagen) für die Person bürgte, bekam sie die Erlaubnis, mit ihm zu gehen. Lassen und seine Frau Martha sorgten dann für Verpflegung und Unterkunft sowie den Weitertransport, i.d.R. mit der Bahn nach Kopenhagen.¹⁴

Eine irrtümliche Verhaftung am 12. April 1940

Am frühen Morgen des 9. April 1940, dem Tag des Überfalls auf Norwegen und Dänemark, kam es zu ersten Verhaftungen durch die „Abwehr“ der Wehrmacht. Zu den aller ersten Festgenommenen gehörten Aage und Martha Lassen sowie ihre beiden noch minderjährigen Töchter, ferner Nicolaus Holm und der Gastwirt Wilhelm Willesen, beide ebenfalls aus Pattburg, sowie Herbert Høeg aus dem benachbarten Krusau. Holm und Høeg hatten im Rahmen des „sozialdemokratischen Grenzschnuggels“ eng mit Lassen zusammengearbeitet. Sie wurden über die Grenze nach Flensburg gebracht. Martha Lassen und die beiden Töchter kamen am folgenden Tag wieder frei. Aage Lassen sowie Holm, Høeg und Willesen wurden von der Gestapo intensiv verhört und anschließend nach Kiel verbracht. Mitte August 1940 wurden sie der dänischen Justiz in Kopenhagen überstellt und kamen Ende August unter Auflagen frei; Lassen allerdings nur vorläufig.¹⁵ In den folgenden Tagen kam es zu weiteren Verhaftungen. Am 12. April wurde der in der Arbeiterjugend und im Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus aktive junge Redakteur Robert Huhle in den Redaktionsräumen des „Sønderjyden“ von der Abwehr festgenommen. Von dort ging deren Fahrt nach Dynt-Strand, wo als Nächstes I.P. Nielsen festgenommen wurde. Beide verbrachten die folgende Nacht im Keller des Flensburger Polizeipräsidiums. Überraschend wurden sie jedoch bereits am folgenden Tag wieder freigelassen. Die Verhaftungsaktion der Abwehr fand nicht den Beifall des Flensburger Polizeipräsidenten. Diese hatte sich, wie er meinte, in Angelegenheiten eingemischt, die seiner Auffassung nach in sein Ressort fielen. Als dann herauskam, dass der festgenommene „Nielsen“ niemand anderes als der „Kindervater“ war, der während und nach dem Weltkrieg tausenden von deutschen Kindern geholfen hatte, konnte es nicht schnell genug gehen, I.P. Nielsen – und mit ihm Robert Huhle – zur Rückkehr nach Dänemark zu verhelfen. Der Abwehr war der Schnitzer einer höchst peinlichen Verwechslung unterlaufen. Nicht I.P. Nielsen, sondern Frede Nielsen sollte festgenommen werden, der Sonderburger Chefredakteur, der sich in den 1930er Jahren zunehmend als sozialdemokratischer Politiker im antinazistischen Abwehrkampf profiliert hatte. Frede Nielsen hingegen verdankt diesem merkwürdigen Zufall, dass er einer Inhaftierung mit sehr ungewissem Ausgang entkommen war, und Robert Huhle eine vorzeitige Entlassung, mit der keinesfalls zu rechnen war.



Abb. 10 Gestapo-Fotos von Aage Lassen, Nicolaus Holm und Wilhelm Willesen aus Pattburg sowie Herbert Höeg aus Krusau, die wegen ihrer Aktivitäten im „sozialdemokratischen Grenzschmuggel“ am frühen Morgen des 9. April 1940, dem Tag des deutschen Überfalls auf Dänemark und Norwegen, von der Abwehr der Wehrmacht verhaftet, nach Flensburg zum Verhör durch die Gestapo verschleppt und für unterschiedlich lange Phasen ohne Gerichtsurteil inhaftiert wurden

I.P. Nielsen beendet sein langjähriges parlamentarisches Engagement

Nach dem 9. April 1940 hatte sich die Situation für die politische Arbeit deutlich geändert, auch wenn die Verhältnisse im besetzten Dänemark nicht mit denjenigen in anderen deutschbesetzten Ländern vergleichbar war. Mit der Fiktion der Friedensbesetzung und der fortdauernden Souveränität und Neutralität Dänemarks konnten die Institutionen – König, Regierung, Parlament und Gerichte – ihre Arbeit fortsetzen. Entsprechendes galt für die Parteien (und Gewerkschaften etc.) mit Ausnahme der Kommunisten. Aber natürlich war Dänemark kein freies Land mehr. Auch „Arbejderbevægelsens Sønderjyske Landsforening“ konnte seine Aktivitäten nur im reduzierten Rahmen fortsetzen. Im ersten halben Jahr wandte man sich verstärkt der Förderung der Kinder- und Jugendarbeit von SDU und DUI zu, und allmählich begann man wieder mit politischen Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen. Frede Nielsen schlug im „Sønderjyden“ von 1941 an einen immer deutlicheren Ton an. Kritisch setzte er sich u.a. mit der „Unruhe schürenden“ Rolle der „Schleswigschen Kameradschaft“ der deutschen Minderheit auseinander. Dies endete mit der Verkündung des Notstandsrechts durch die Besatzungsmacht am 29. August 1943 und dem Rücktritt der dänischen Sammlungsregierung.

I.P. Nielsen, inzwischen auch gesundheitlich angeschlagen, zog sich in diesen Jahren allmählich aus der aktiven Politik zurück und konzentrierte sich stärker auf sein soziales Engagement. Im Oktober 1942 gab er seinen einflussreichen Posten im Finanzausschuss zurück; seine Position übernahm sein nordschleswigscher Kollege Peter Mortensen aus Hadersleben. Als am 23. März 1943 das Folketing neu gewählt wurde (eine trotz Besatzung weitgehend freie Wahl – mit Ausnahme der untersagten kommunistischen Beteiligung), trat Frede Nielsen erfolgreich an seiner Stelle an. I.P. Nielsen hatte dies selbst mit vorbereitet und damit einen Generationswechsel eingeleitet. Damit endete ein dreiundzwanzigjähriges intensives parlamentarisches Engagement für das nordschleswigsche Grenzland und seine Bewohner. Ein endgültiger Abschied von der Politik war es nicht.

Eine Kontroverse unter Freunden über schul- und minderheitspolitische Fragen

Nordschleswigs deutsche Minderheit befand sich 1945 nach der Befreiung Dänemarks in einer – zum großen Teil selbst verschuldeten – schwierigen Situation. Die bis Ende der 30er Jahre fast vollständige Nazifizierung, die enge Kollaboration mit der Besatzungsmacht sowie die verbreitete Denunziation- und Spitzeltätigkeit Einzelner, hatten zu Ablehnung und Hass geführt. Das deutsche



Abb. 11 Das bescheidene Wohnhaus („Hytten“) in Dynt Strand, das I.P. Nielsen 1924 erworben hatte, befand sich direkt neben dem Grundstück seines schärfsten politischen Gegners Andreas Grau, zu dem er dennoch ein gut nachbarschaftliches Verhältnis pflegte

Schulwesen befand sich im Desaster. Ein Großteil der Lehrer war im Fårhuslager (bis 1945: „Frøslevlager“) interniert, andere waren von Ausweisung bedroht und Gebäude von Schulen in freier Trägerschaft enteignet.

Nach 1920 hatten die deutschen Schulen eine positive Entwicklung genommen. Sie profitierten vom traditionell liberalen dänischen Schulwesen, gefördert auch von Sozialdemokraten, nicht zuletzt I.P. Nielsen. Ein Teil der Schulen war in freier Trägerschaft, andere – vor allem in den größeren Orten – in kommunaler Trägerschaft, aber mit Deutsch als Unterrichtssprache, weitgehender Autonomie und anerkannten Abschlüssen. All dies stand 1945 zur Disposition und löste heftige Debatten aus. Zwischen den unterschiedlichen politischen Lagern, aber auch innerhalb der Sozialdemokratie wurde zum Teil heftig darüber diskutiert, ob es weiterhin kommunale deutsche Schulen geben sollte. Frede und I.P. Nielsen, langjährige und enge politische Weggefährten, fanden sich an entgegengesetzten Polen wieder. Frede Nielsen war überzeugt, dass sich die Minderheit insbesondere im missbrauchten Schulbereich dem „Herbergsstaat“ gegenüber illoyal verhalten habe. Alle Sonderrechte sollten daher beseitigt, Minderheitenschulen nur als Privatschulen zugelassen werden. Im Grunde seien deutsche Schulen überhaupt nicht notwendig, da von wenigen Ausnahmen abgesehen alle deutschen Nordschleswiger ohnehin Dänisch sprechen konnten.

I.P. Nielsen stimmte mit Frede Nielsen zwar darin überein, dass strafwürdiges Verhalten in der Besatzungszeit selbstverständlich bestraft werden müsse. Darüberhinausgehende, Minderheitenrechte beschneidende Maßnahmen lehnte er jedoch als unzulässige „Doppelbestrafung“ scharf ab. Minderheitenschulen in privater Trägerschaft schienen ihm in der Situation unmittelbar nach der Befreiung keine tragfähige Lösung zu sein. In einer öffentlichen Stellungnahme wies er im November 1946 darauf hin, dass das dänische Schulwesen südlich der Grenze einen starken Aufschwung genommen habe. Letztlich forderte er eine Gleichbehandlung beider Minderheiten. Damit hielt er an seinen alten, aber zukunftsorientierten sozialdemokratischen Grundsätzen fest. Eine kulturelle Förderung der nach 1945 stark angewachsenen dänischorientierten Minderheit in Südschleswig von Dänemark aus war damit nicht ausgeschlossen.

Am 18. April 1952 feierte die dänische Minderheit in Flensburg die Einweihung der neuen Gustav Johannsen Skolen. I.P. Nielsen und seine Frau waren als Ehrengäste eingeladen. Auf der Rückfahrt am folgenden Tag erlitt er einen Schwächeanfall. Nach umgehendem Transport mit ärztlicher Begleitung in das Sonderburger Krankenhaus konnte dort nur noch der Tod festgestellt werden. Zur bewegenden Trauerfeier und Beerdigung auf dem Kirchhof von Broacker versammelte sich neben zahlreichen Prominenten eine ca. tausendköpfige Menschenmenge. Probst Harald Rohleder, ein naher Freund der Familie Nielsen,

stellte seine Trauerrede unter das leicht abgewandelte Jesus-Wort: „Was Ihr dem Geringsten meiner Brüder getan habt, das habt Ihr mir getan“ (Matth. 25, 40).

Anmerkungen

- 1 Die nachfolgende Schilderung der sozialen Konflikte während der Übergangsperiode (Ende 1918 bis zur endgültigen Grenzverschiebung am 15. Juni 1920) und des Falls Oscar Preuß folgt im Wesentlichen der Darstellung Frode Sørensens in „Revolutionen og Magten“, S. 107 ff. und 1920 ff.
- 2 Im April 1917 hatte sich ein Teil der SPD wegen der erneuten Bewilligung der Kriegskredite abgespalten und unter der Führung von Hugo Haase und Wilhelm Dittmann mit der USPD eine eigene Partei gegründet. Die in der SPD verbliebene Mehrheit mit Friedrich Ebert als Vorsitzendem bezeichnete sich fortan als MSPD.
- 3 Dazu ausführlich: Matthias Scharlt, Sozialdemokratie und Sammlungspolitik im Raum Flensburg 1870-1914. Die Reichstagswahlen und die Politisierung der Region im nördlichen Schleswig-Holstein, Kiel 1996, bes. S. 405 ff.
- 4 Damals noch „Sønderborg Amts Socialdemokrat“, später in „Sønderjyden“ umbenannt.
- 5 Er übernahm später den Vorsitz der gewerkschaftlichen „Fællesorganisation“, war dann u.a. Folketingsabgeordneter und von 1946 bis 1969 Bürgermeister von Sønderborg. Etwa zeitgleich besuchte auch Hans Hansen / Hedtoft, damals SdU-Vorsitzender und späterer Parteivorsitzender und Ministerpräsident („Statsminister“) die AVS Tinz/Thüringen.
- 6 Zu den grenzüberschreitenden Aktivitäten der deutschen und dänischen Jugendorganisationen vgl. die Hinweise bei: Erika Börm, Günther Börm, Die Jugendbewegung der Flensburger SPD in der Zeit der Weimarer Republik, in: 125 Jahre SPD in Flensburg, Flensburg 1993 (Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Heft 24), S. 187 ff, S. 197 f.
- 7 Dr. Wilhelm Sievers (1896-1966), NSDAP-Mitglied seit 1922, „Deutschchrist“, ab 1931 Bürgermeister in Eckernförde (gewählt als „Unabhängiger“), ab Mai 1933 zunächst kommissarischer Landrat und ab September 1933 bis 1936 Oberbürgermeister in Flensburg, ab 1938 Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg und Eintritt in die SS, nach 1945 in Kiel für die CDU erneut kommunalpolitisch aktiv, Kieler Stadtpräsident 1955-1959.
- 8 Zu den Ereignissen ausführlich Peter Hoop, Carsten Mogensen, Ostersturm / Påskeblæsten, Flensburg 1983.
- 9 Vgl. dazu: Peter Hopp, Pastor Schmidt-Wodder – eine umstrittene Legende, Kiel-Hamburg 2021.
- 10 Vgl. René Rasmussen. Front og Bro – Flensburg Avis i spil mellem Danmark og Tyskland 1930-1945, Flensburg 2005, S. 149 ff und 386 ff.
- 11 Vgl. insoweit die einschlägigen Kapitel in Frode Sørensens „Det røde Hjørnet“; Karl-Werner Schunck: Aage Lassen – ein dänischer Sozialdemokrat in NS-Gewalt, in: Grenzfriedensheft

2/2018, S. 155 ff.; Ders.: Hans E. Hansen – Hans Flensfelt. Widerständler, Emigrant, Unternehmensgründer, in: Grenzfriedenshefte 4/2009, S. 233 ff. sowie Edith Gerstenberg, Flensburger Sozialdemokratie während der NS-Diktatur 1933-1945, in: 125 SPD in Flensburg“, S. 202 ff. und Jens-Christian Jacobsen, „Widerstand im Flensburger Norden“, Flensburg, 2. Aufl. 2016.

12 Zum Café Waldheim: Gerhard Paul, Widerstand an der Grenze. Das „Café Waldheim“ und das Ehepaar Lützen, in: Ders., (Hg.), Zwischen Konsens und Kritik. Facetten kulturellen Lebens in Flensburg 1933-1945 (Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Band 4), Flensburg 1999, S. 331 ff.

13 Ausführlich dazu: Matthias Scharlt, „... vor allen Dingen Zusammenkünfte und Zellenbildungen verhindern“. Früher Widerstand aus der kommunistischen Arbeiterbewegung in Flensburg 1933 bis 1937, in: Verführt. Verfolgt. Verschleppt. Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft in Flensburg 1933-1945 (Flensburger Beiträge zur Stadtgeschichte, Band 1), Flensburg 1996, S. 148 ff.; Ders., Rote Fahnen über Flensburg. KPD, linksradikale Milieus und Widerstand im nördlichen Schleswig-Holstein 1919-1945 (Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Band 55), Flensburg 1999, bes. S. 159 ff.

14 Schunck, wie Anm. 11.

15 Dazu und zum Folgenden: ebd.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1, 2, 5, 9, 11 Lokalhistorisk Arkiv for Arbejderbevægelsen i Sønderborg Kommune

Abb. 3, 4 Sproforeningen

Abb. 6 125 Jahre SPD in Flensburg (Privat: Robert Huhle)

Abb. 7 Flensburger Illustrierte Nachrichten (Kreis- und Stadtarchiv Schleswig-Flensburg)

Abb. 8 Flensburg Avis

Abb. 10 Rigsarkivet, København

Ein Bürgermeister zwischen Dänisch und Deutsch

Der Sozialdemokrat Johan Jacobsen aus Sonderburg (1863–1937) und sein Wirken in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, Teil 1

von FRODE SØRENSEN

Zu den in der öffentlichen Wahrnehmung weniger stark präsenten Aspekten deutsch-dänischer Befindlichkeiten in der Kaiserzeit und in der folgenden Zwischenkriegszeit nach der Grenzziehung zählt die nationale Gesinnung der Arbeiterschaft und ihrer politischen Vertretung. Am Beispiel des ersten sozialdemokratischen Bürgermeisters in Sonderburg Johan Jacobsen, im Amt ab März 1922, lässt sich erkennen, dass es nicht überall so klare Gegensätze zwischen Deutsch und Dänisch gab, wie es die Geschichtsschreibung oft vermittelt. Neben acht dänisch-bürgerlichen und fünf deutsch-bürgerlichen Stadträten gab es nach der Kommunalwahl von 1922 in Sonderburg acht sozialdemokratische Mitglieder mit unterschiedlicher nationaler Herkunft und Gesinnung: Zwei in Nordschleswig geborene Dänen, zwei in Nordschleswig geborene Deutsche, zwei in Deutschland geborene Deutsche und zwei im Königreich geborene Dänen. Über diese Wahl und über das Leben und (auch grenzüberschreitende) Wirken des auf der Insel Alsen geborenen Johan Jacobsen berichtet der langjährige Folketingsabgeordnete und vormalige dänische Steuerminister Frode Sørensen, der diese Geschichte in seinem aktuellen Buch „Det røde hjørne“ (s. GFH 1/2021, S. 127 f.) verarbeitet hat. Siehe hierzu auch den Beitrag über I. P. Nielsen von Karl-Werner Schunck.

Die Redaktion

Einleitung

Johan Jacobsen, geboren am 18. März 1864, einen Monat vor der schmerzlichen Niederlage in Dübbel, war Sohn des Gaststätten- und Brauereibesitzers Jacob Jacobsen vom Schauby Krug (Skovby Kro) auf Südalßen. Die Familie war deutsch gesinnt. Der Schulalltag wurde, wie bei vielen anderen Kindern auch, mit Arbeiten kombiniert: Er half in der Gaststätte aus. Zu Beginn der 1880er Jahre wurde Jacobsen Soldat im Infanterieverband des Füsilierr-Regiments „Königin“, Nr. 86 in Flensburg, in der gleichen Stadt, in der er nach der Ableis-

tung seiner Wehrpflicht eine pädagogische Ausbildung abgeschlossen hatte. Danach war er einige Jahre Lehrer in Bjerndrup und anschließend auf seiner Geburtsinsel Alsén. Am 1. April 1908 wurde er auf einer der fünf Lehrerstelle an der neugegründeten Knabenschule in der Kaiser-Wilhelm-Allee in Sonderburg eingestellt. Jacobsen war beim Ausbruch des Krieges 1914 zu alt, um aktiven Militärdienst zu leisten, aber sein Einsatz in Sonderburg war hinter der Front, um die bestmöglichen Voraussetzungen für die vielen Soldaten an der Front zu gewährleisten. Er wurde 1918 mit dem Preußischen Verdienstkreuz für Kriegshilfe, das Männern und Frauen gleichsam für ihren Einsatz im vaterländischen Hilfsdienst verliehen wurde, ausgezeichnet.

Die Situation in Sonderburg im November 1918 war von der Revolution, dem Kriegsende und der Gründung des Arbeiterrates unter dem Leiter der Arbeiterbewegung, Richard Hempel, als Vorsitzenden geprägt. Hempel wurde dabei Bürgermeister Dr. Henry Petersen an die Seite gestellt, um als Beigeordneter dessen kommunalpolitisches Wirken zu kontrollieren. Andere große Herausforderungen waren der Mangel an Wohnraum und Arbeit sowie die Bekämpfung des Schmuggels. Hempel war auch Vorsitzender des sozialdemokratischen Ortsvereins Sonderburg, in dem nach dem Krieg eine große Reorganisation gestemmt werden musste. Dies lag daran, dass die Mehrheit der Mitglieder deutsche Arbeiter waren, zugleich aber seit 1911 mit dem Südjütischen Arbeiterverein ((Sønderjysk Arbejderforening, SAF) eine weitere Organisation bestand, die sich an dänische Arbeiter wandte, vor dem Krieg allerdings nur wenig Zulauf erhalten hatte. Schon am 12. März 1919 sollte die Wahl zum Stadtrat erfolgen. Für eine Einigung der beiden Arbeiterorganisationen waren daher schnelle Beschlüsse notwendig.

November 1918 – März 1919

Ausgelöst durch die bevorstehende Volksabstimmung waren die ersten Monate nach Kriegsende für die führenden Personen in der Sonderburger Arbeiterbewegung sehr hektisch. Die SPD versuchte, die Arbeiter davon zu überzeugen, dass es das Beste für sie wäre, in Deutschland zu bleiben und nicht Teil des „altmodischen“ dänischen Königreichs zu werden, welches eine Wirtschaftsstruktur hatte, die mit derjenigen in Deutschland kaum mithalten konnte. Dafür sollte eine Volksabstimmung umgangen oder so lange wie möglich verzögert werden. Johan Jacobsen stimmte als neues SPD-Mitglied Hempel zwar zu, aber er glaubte nicht, dass es möglich sei, eine Abstimmung zu vermeiden. Er war überzeugt davon, dass Nordschleswig nach einer solchen dänisch werden würde. Daher sollte man sich für das Recht der deutschen Bevölkerung auf Schulen und auf ein kulturelles Leben einsetzen.



Abb. 1 Richard Hempel, die führende Persönlichkeit der Sonderburger Arbeiterbewegung zwischen 1905 und 1921

Es waren viele Kräfte für die Wahl der Bürgervertretung am 2. März 1919 notwendig. Der SPD-Ortsverein Sonderburg und die Sonderburger Abteilung des Süd-jütischen Arbeitervereins waren mit jeweils ca. 400 Mitgliedern ungefähr gleich groß. Die Unzufriedenheit bei Hempel war nicht zu übersehen, als er herausfand, dass der Süd-jütische Arbeiterverein Kandidaten für die bürgerlich-dänische Liste aufstellte, anstatt eine eigene dänische Arbeiterliste zu präsentieren. Die Wahl

ergab, dass die SPD in Sonderburg vier deutsche Kandidaten durchsetzte, darunter Hempel und Johan Jacobsen. Vom SAF wurden zwei Kandidaten gewählt. Zur großen Irritation für Hempel war der eine davon Chr. Lange, der von 1906 bis 1908 als einziger dänischer Arbeiter in der deutschen Zeit Vorsitzender eines sozialdemokratischen Ortsvereins, und zwar in Sonderburg, gewesen war. Das Verhältnis zwischen dänischen und deutschen Arbeitern im Alltag war eigentlich gut, aber es konnten auch Probleme entstehen. Nach der Wahl sendeten Hempel und der stellvertretende Vorsitzende des Arbeiterrates, Oscar Preuss, einen Brief an den Vorstand der dänischen Sozialdemokratie in Kopenhagen und beschwerten sich über den SAF, welchem sie schädliche Agitation gegen sie während des Wahlkampfes vorwarfen. Die Kontaktaufnahme war das erste Signal dafür, dass Hempel schon wusste, dass die Zukunft Sonderburgs in Dänemark lag. Der Kopenhagener Parteivorstand ging auf die Beschwerde nicht ein und teilte lediglich mit, dass er auch die Sichtweise des SAF bekommen und beschlossen hätte, dass der Parteisekretär Alsing Andersen nach Sonderburg kommen würde, um die Situation mit den Beteiligten zu erörtern. Das Treffen fand um den Monatswechsel März/April 1919 statt, und im Anschluss schrieb Andersen an Hempel und bat ihn darum, die Inhalte des Treffens nicht öffentlich zu machen. Andersen war der Auffassung, dass es leichter wäre, die dänischen Arbeiter für eine gemeinsame Sache zu gewinnen, wenn sich beide Seiten im bevorstehenden Abstimmungskampf neutral verhalten würden.

Sommer 1919

Richard Hempel und Oscar Preuss waren im Sommer 1919 sehr darüber verunsichert, wie ihre Zukunft nach der Volksabstimmung im dänischen Sonderburg aussehen könnte. Beide fürchteten, als leitende Mitglieder des Arbeiterrates ausgewiesen zu werden. Hempel legte deshalb am 1. Juli sein Amt als Ortsvereinsvorsitzender nieder und machte Platz für den 55-jährigen Johan Jacobsen, der zwischenzeitlich Mitglied des Stadtrats geworden war und nun zu seinem Nachfolger gewählt wurde. Er war trotz seiner kurzen Zeit als Parteimitglied ein oft konsultierter und gleichzeitig in Arbeiterkreisen respektierter Mann. In einem Brief an den Vorstand der dänischen Sozialdemokratie betonte Hempel zudem, dass Jacobsen Dänisch sowohl schriftlich als auch mündlich beherrsche. Hempel war sich bewusst, dass er selbst trotz seiner rhetorischen Fähigkeiten und seiner feinen schriftliche Ausdrucksweise schwach in der dänischen Sprache dastand.

Für eine bessere Integration der deutschen Arbeiter ergriff im Sommer 1919 auch das Gewerkschaftskartell die Initiative, und bot Dänischkurse an. Zwei Klassen wurden eingerichtet, eine für Mitglieder, die Dänisch konnten und eine



Abb. 2 Gruppenbild des Sonderburger Arbeiter- und Soldatenrats am 9. November 1920 mit dem Vorsitzenden Richard Hemel (links)

für Mitglieder, die nur wenig bis gar keine dänischen Sprachkenntnisse hatten. Am Anfang waren es die Maurer, Metallarbeiter und Bauarbeiter, die das größte Interesse für einen Sprachkurs an den Tag legten. Johan Jacobsen übernahm die Lehrerrolle gegen eine Bezahlung von zehn Mark pro Abend.

Jahreswechsel 1919/1920

1919 war ein unruhiges Jahr in Sonderburg. Alle warteten auf die Volksabstimmung, unabhängig davon, ob man sie wollte oder nicht, und Streiks in den Betrieben der Stadt waren keine Seltenheit. Der Arbeiterrat verfügte seit der Unterzeichnung der Versailler Verträge über wesentlich weniger Macht als im

Zeitraum von November 1918 bis Juni 1919. Die letzte große Auseinandersetzung darüber, ob die Arbeiter sich an der Volksabstimmung beteiligen sollten oder nicht, fand am 29. Mai 1919 in der Exerzierhalle im Sonderburger Schloss statt. Um die 500 dänische und deutsche Bürger nahmen teil. Johan Jacobsen ergriff das Wort und konstatierte, dass er eigentlich der gleichen Meinung sei wie Richard Hempel, der sich bei einem Treffen in Flensburg einige Tage zuvor gegen eine Teilnahme ausgesprochen hatte. Der Hauptredner des Treffens, der SPD-Reichstagsabgeordnete und Redakteur Peter Michelsen aus Flensburg, folgte dieser Auffassung nicht. Seine Haltung war klar. Er meinte, dass die Arbeiter die Pflicht hätten, deutsch zu stimmen. Auch auf einem späteren Treffen am 5. Dezember im Sonderburger Zentralhotel, an dem ausschließlich Parteimitglieder teilnahmen, gab es eine große Uneinigkeit zwischen Hempel und Michelsen. Michelsen sprach sich wieder für ein deutsches Nordschleswig aus. Hempel hingegen sagte: „Wir sind gute deutsche Arbeiter, aber werden bald gute dänische Arbeiter.“

Das Ergebnis der Volksabstimmung am 10. Februar 1920 fiel wie erwartet aus. Die Südjüten wählten sich zurück nach Dänemark. In Sonderburg gab es zwar eine deutsche Mehrheit (2.601) gegenüber den dänischen Stimmen (2.029). Jedoch waren es vor allem die Zugereisten, die den Ausschlag gaben. Von den festen Einwohnern in der Stadt stimmten 1.682 deutsch und 1.680 dänisch. Dass das Gesamtergebnis in der ersten Abstimmungszone mit 74 % für Dänemark nicht überraschend kam, zeigt Johan Jacobsens Kommentar auf dem Schlossplatz am 9. Februar, in dem er lakonisch sagte: „Falls wir verlieren sollten, so verlieren wir ehrenvoll.“

Die Bevölkerung wartet auf die Grenzverschiebung

Mit dem eindeutigen Ergebnis war der formale Beschluss über Nordschleswigs Zukunft als Teil Dänemarks getroffen worden. Nun wartete die Bevölkerung auf die Grenzverschiebung. Die Situation der Arbeiter in den folgenden Monaten war ernst; trotz des umfassenden Einsatzes gegen den Schmuggel war die Lebensmittelversorgung weiterhin katastrophal und mit dem Fall der Mark im Verhältnis zur Krone stiegen die Preise gleichzeitig stark an. Am 8. April forderten der Gewerkschaftsbund in Südjütland, dass der dänische Reichstag mit augenblicklicher Wirkung die Einführung der Krone als Währung sowie die Verschiebung der Zollgrenze durchführen sollte, und drohte mit einem Generalstreik, falls die Forderungen nicht bis zum 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiter, erfüllt sein sollten.

Die ernste Situation führte dazu, dass die beiden Sonderburger Arbeiterorganisationen dichter zusammenrückten. Am 27. April beschloss der SAF an den



Abb. 3 Die Sonderburger Bevölkerung in Erwartung der zur Volksabstimmung am 10. Februar 1920 per Schiff anreisenden Abstimmungsberechtigten

Feierlichkeiten zum 1. Mai teilzunehmen. Die dänischen Arbeiter sollten rote und weiße Blumen tragen und der Mühlenbauer Rasmus Rasmussen aus Toflund sollte für den SAF eine Festrede im Zentralhotel halten. Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Walter Eggert, eröffnete das Vormittagstreffen auf Deutsch, bevor ihm Hempel auch auf Deutsch mit einer längeren Rede über die

Zukunft der Arbeiter folgte. Es wurde auch der schlechte Ausgang der Folketingswahl für die dänischen Sozialdemokraten kommentiert. Johan Jacobsen als SPD-Vorsitzender hielt seine Rede auf Dänisch. Er forderte alle Arbeiter auf, bei der anstehenden Stadtratswahl zusammenzuhalten: „Machen wir das, dann werden wir ein Drittel der Plätze im Rathaus erobern,“ führte er aus.

Zugleich distanzierte er sich deutlich vom Vorschlag des Bürgermeisters Petersen über eine Bürgerwehr: „Die Arbeiter sollen nicht kontrolliert werden, es wäre besser, wenn man mehr gegen den immer noch viel zu großen Schmuggelhandel tun würde.“ Die Versammlung war sich einig und verabschiedete eine Resolution, die beinhaltete, dass die neue Grenze auf Grundlage des Abstimmungsergebnisses festgelegt werden sollte, damit ein friedvolles Zusammenleben zwischen Dänen und Deutschen sichergestellt werde. Obwohl es Gerüchte über Unruhen an diesem Tag gab, verlief die Versammlung ruhig. Vielleicht war es das erste Mal, dass die Arbeiter das Fingerspitzengefühl von Johan Jacobsen erlebten, als er sich dazu entschloss, dänisch zu reden, obwohl Deutsch seinem Herzen näherstand.

Der Redakteur Andreas Grau der Dybbøl-Posten war, wie zu erwarten, unzufrieden mit der Zusammenarbeit von deutschen und dänischen Arbeitern. Er schrieb in seinem Bericht über die Veranstaltungen, dass diese genauso deutsch gewesen sei wie bisher und deutsche Lieder auf dem Demonstrationzug zum Wald bei Kathrinel und zurück in die Stadt gesungen worden seien. Der Unterschied hätte nur darin bestanden, dass man die dänischen Arbeiter zur Teilnahme herbeigelockt habe. Sie durften die Plätze auffüllen und für eine deutsche Resolution stimmen und „Hurra“ auf Deutsch rufen. Grau kritisierte die deutsche Führung des Sonderburger Gewerkschaftskartells dafür, dass sie zuerst die nationale Forderung der dänischen Arbeiter bekämpft hätte, und nachdem Nordschleswig doch dänisch geworden sei, einfach weiter gemacht und dabei auch noch die deutsche Sprache verwendet hätte.

Nachdem die beiden Arbeiterparteien zur Stadtratswahl im März 1919 noch gegeneinander angetreten waren, sollte zur Neuwahl nach der Grenzverschiebung im Juni 1920 ein gemeinsamer Weg beschritten werden. Dafür wurden Verhandlungen geführt, die letztlich an der Haltung des SAF scheiterten. Am 15. Juni erklärte der Vorsitzende Andreas Christiansen auf einer kurzfristig anberaumten Versammlung, dass eine formelle Zusammenarbeit mit den deutschen Sozialdemokraten im nächsten Monat große und, so räumte er ein, berechtigte Häme ausgelöst hätte. Das Stadratsmitglied Chr. Lange wollte, dass der SAF seine eigene Liste bekäme. Er behauptete, dass die SPD deutsch war, und obwohl sie versuchte, das Nationale in den Hintergrund zu drängen, so sei sie dennoch deutsch, und sie würde daran festhalten, deutsch zu sein. Jørgen Philipsen als weiteres führendes SAF-Mitglied hatte eine andere Auffassung.

Er wollte eine Zusammenarbeit und, da er sich nicht durchsetzen konnte, trat er kurz danach aus, schloss sich der SPD an und stand am Wahltag am 26. Juli sogar auf deren Liste. Anschließend wurde Philipsen eine der führenden Personen der Sonderburger Gewerkschaftsbewegung, etwa als Vorsitzender der dänischen Arbeitergewerkschaft (Dansk Arbejdsmandsforbund) und später als Vorsitzender von Arbejdernes Faellesorganisation, des lokalen gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, der an die Stelle des früheren Gewerkschaftskartells getreten war.

Die letzte Versammlung in der Bürgervertretung

Richard Hempel wurde nach der Kommunalwahl 1919 Stadtrat und Magistratsmitglied. Am 29. Mai 1920 schlug er vor, dass die Volksschullehrer und Funktionäre der Stadt ihren Lohn in Kronen so ausgezahlt bekommen sollten, dass es 50 % ihres Lohnes in Mark entspräche. Eine Mehrheit in der Bürgervertretung wollte jedoch nur einen Betrag akzeptieren, der 35 % des Lohnes in Mark entsprach. Am 28. Juni 1920 fand eine Stadtratssitzung statt, auf der es dramatisch zuging. Sieben Mitglieder entschuldigten ihr Fernbleiben. Es nahmen nur 17 Mitglieder teil, neun von der bürgerlich-dänischen Liste, vier deutsche bürgerliche Mitglieder und vier von Hempels SPD. Die Sitzung, die kurzfristig einberufen worden war, beschloss mit neun zu acht Stimmen, dass die preußischen Beamten, die sich immer noch in der Stadt aufhielten, von der Liste der Kandidaten zur folgenden Kommunalwahl gestrichen werden sollten. Nur die Bürger, die Gemeindesteuern zahlten, sollten das Recht haben, sich wählen zu lassen und abzustimmen. Die Konsequenz war, das z. B. Lehrer von der Wahlliste gestrichen wurden. Dieser Beschluss schlug bei Johan Jacobsen, der davon ebenso betroffen war, wie eine Bombe ein. Sehr aufgebracht verließ er den Sitzungsraum mit den Worten: „Wenn ihr mich des Wahlrechts beraubt, dann habe ich in diesem Saal nichts mehr zu sagen.“ Der Exodus setzte sich fort und am Ende der Sitzung waren nur noch die neun bürgerlichen Dänen und Frau Hedwig Richter von den deutschen Bürgerlichen im Saal anwesend.

Der Sozialdemokratische Ortsverein und der Südjütische Arbeiterverein nach dem 26. Juli 1920

Da es den beiden Arbeiterparteien in Sonderburg nicht gelungen war, sich zu einigen, stellte der sozialdemokratische Ortsverein zur Stadtratswahl am 26. Juli 1920 eine eigene Liste mit 24 Kandidaten auf. Die ersten beiden waren dänisch, geboren in Nordschleswig, der Gießer Christoffer Føgh und der Arbeiter Jørgen Philipsen. Bis vor einem Monat waren sie noch Mitglieder im Süd-

jütischen Arbeiterverein. Auf dem dritten Platz stand Richard Hempel und auf den Plätzen vier und fünf der Böttcher Jacob Ohlsen und der Maurer Wollrath Eckhardt, welcher am 7. Juli als Ersatz für Johan Jacobsen in die Bürgervertretung gekommen war. Alle Fünf wurden gewählt. Der SAF, der nach dem Ende des Ersten Weltkrieg einen massiven Zustrom an dänischen Arbeitern erlebt hatte, beschloss, ebenso mit einer eigenen Liste anzutreten und benannte dafür auf den vorderen Plätzen den Vorsitzenden Andreas Christensen und den Spediteur Jørgen Brandt. Doch seit dem Mai 1919 taten sich im Verein erste Risse auf. Probleme mit der Lebensmittelversorgung und starke Preissteigerungen führten zu einem Zusammengehen dänischer und deutscher Arbeiter, in dessen Folge die meisten SAF-Mitglieder zur Sozialdemokratischen Partei wechselten. Einige von ihnen schlossen sich sogar den radikalen Linken (De radikale Venstre) an. In Sonderburg ging der SAF schließlich im gesellschaftlichen Arbeiterverein von 1921 auf.

Die Einigung ließ jedoch nicht mehr lange auf sich warten und wurde am 7. August auf einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Ortsvereins in die Wege geleitet. Die Mitgliederzahl des Vereins, die am 1. Juli nur 68 betrug, war wegen des Übertritts vieler SAF-Mitglieder auf 173 gestiegen. Bei der Wahl zum Vorsitzenden gab es eine Stimmengleichheit zwischen Jacobsen und dem Ober-Telegraphenassistenten und ehemaligen SAF-Mitglied Christian Møller. Statt einer Auslosung überließ Jacobsen den Vorsitz freiwillig Møller mit der Bemerkung: „Es ist vielleicht eine gute Idee, jemanden mit einer Vergangenheit im SAF als Vorsitzenden zu wählen. Johan Jacobsen, nun 56jährig, war, abgesehen von seiner Nebentätigkeit als Leiter der Zeitung Sønderjyllands Socialdemokrat, zwar nun ohne Ehrenamt. Die Arbeit bei der Zeitung legte er zudem am 16. September 1920 nieder. Dennoch hatte er so sehr auf sich aufmerksam gemacht, dass er am 24. Februar 1921 als einer von zwei südjütischen Mitgliedern in den Hauptvorstand der dänischen Sozialdemokratie gewählt wurde und später Spitzenkandidat für die Sonderburger Stadtratswahl im März 1922 werden konnte.

Thorvald Stauning besucht die Parteifreunde in Sonderburg

Am 18. Juli 1920 hatte der Vorsitzende der dänischen Sozialdemokratie, Thorvald Stauning, die beiden sozialdemokratischen Parteien in Nordschleswig zu einem Treffen im Hotel Danmark in Apenrade eingeladen, um mit ihnen die Integration der deutschen SPD-Mitglieder in die dänische Sozialdemokratie zu besprechen. Kurz vor dem 1. Juli hatte Johan Jacobsen im Auftrag der deutschen Sozialdemokraten in Sonderburg mitgeteilt, dass sie dem Treffen fernbleiben werden und den Beitritt aus eigenem Entschluss vollziehen würden: „Der Verein



Abb. 4 Der leitende Redakteur der Dybbøl-Posten und prominentester Kritiker der Wahl von Johan Jacobsen zum Sonderburger Bürgermeister, Andreas Grau

hat beschlossen, nicht an einer Delegiertenversammlung teilzunehmen, auf der eine formale Übertragung von der deutschen Parteiführung auf die dänische stattfinden soll, da so etwas einen Beigeschmack von dynastischer Überhöhung und dazugehöriger Untertänigkeit habe. Wir wollen selbst über unser Schicksal bestimmen, welches geschehen ist, und nicht uns ergeben oder übernommen werden. Nach einer einstimmig beschlossenen Entscheidung auf der Generalversammlung im Gewerkschaftshaus habe ich hiermit die Ehre und Freude, als Sozialdemokratischer Verein Sonderburg in den Sozialdemokratischen Bund Dänemarks ab dem 1. Juli 1920 einzutreten. Der Austritt aus der deutschen Sozialdemokratie findet am gleichen Tag statt.“

Stauning war sich in Bezug auf die Situation in Sonderburg allerdings unsicher. Als Konsequenz des Parteibeschlusses, an der Apenrade Zusammenkunft nicht teilzunehmen, wurde auf seine Veranlassung hin eine Versammlung am Samstag, den 17. Juli, einberufen, an der neben ihm Redakteur Knud Hansen aus Kolding und die Sonderburger Sozialdemokraten teilnahmen, darunter auch Johan Jacobsen. Rund 200 Personen waren zusammengekommen. Johan Jacobsen sprach die Begrüßungsworte und die Versammlung wählte das neu eingetretene Mitglied des SAF, Christoffer Føgh, zum Versammlungsleiter. Dieser übergab das Wort sofort an Stauning, der sich in seiner eineinhalb Stunden langen Rede nicht nur über die Zusammenkunft mit seinen Parteifreunden und Landsleuten erfreut zeigte, sondern auch über die Anwesenheit der für einen Übertritt bereiten deutschen Sozialdemokraten.

Während der Zusammenkunft war es im Übrigen nur Føgh als Versammlungsleiter, der eine Wortmeldung in Bezug auf Staunings Redebeitrag hatte und sagte: Wir sind Sozialdemokraten. Wenn jemand uns Deutsche nennt, dann ist das nur ein Ergebnis der Phantasie der Dybbøl-Posten.“ Stauning, zufrieden mit dem Verlauf der Versammlung und in der sicheren Überzeugung, dass die Sozialdemokraten in Sonderburg hinter ihm standen, plädierte für die in in zwei Jahren anstehende Kommunalwahl für eine gemeinsame Stadtratsliste mit dem Südjütischen Arbeiterverein.

Die Wahl zum Sonderburger Stadtrat am 5. März 1922

Die Früchte der Einigung konnten die Sonderburger Sozialdemokraten bei der am 26. März 1922 stattfindenden Kommunalwahl erstmals ernten. Die Vorbereitungen dafür hatten schon im Januar begonnen. Im Gewerkschaftshaus fand am 19. Januar ein sozialdemokratisches Treffen statt. Der Lokführer Poul F. Knudsen berichtete über seine Tätigkeit im Stadtrat von Nyborg. Der Redakteur Marius Pedersen, der zwischenzeitlich die Verantwortung für die in Sonderburg erscheinende Regionalausgabe des Socialdemokraten von Johan Jacobsen übernommen hatte, sprach über die Schul- und Steuerpolitik. Johan Jacobsen machte die Versammlung darauf aufmerksam, dass es Sozialdemokraten gewesen seien, die dafür gesorgt hätten, dass sich der in Finanznöten befindliche Hof Ladegård immer noch im kommunalen Besitz befände und ein Konkurs abgewendet werden konnte. Er meinte, dass dieses Argument nicht oft genug im Wahlkampf benutzt werden könne. Das neue Folketingsmitglied des Landkreises, I.P. Nielsen, war in Sonderburg, um seine Genossen im Wahlkampf zu unterstützen. Bei einem weiteren Treffen im Restaurant Casino am 27. Januar kamen so viele Menschen zusammen, dass die Veranstaltung nicht nur mit erheblicher Verspätung beginnen konnte, es mussten auch viele Hunderte

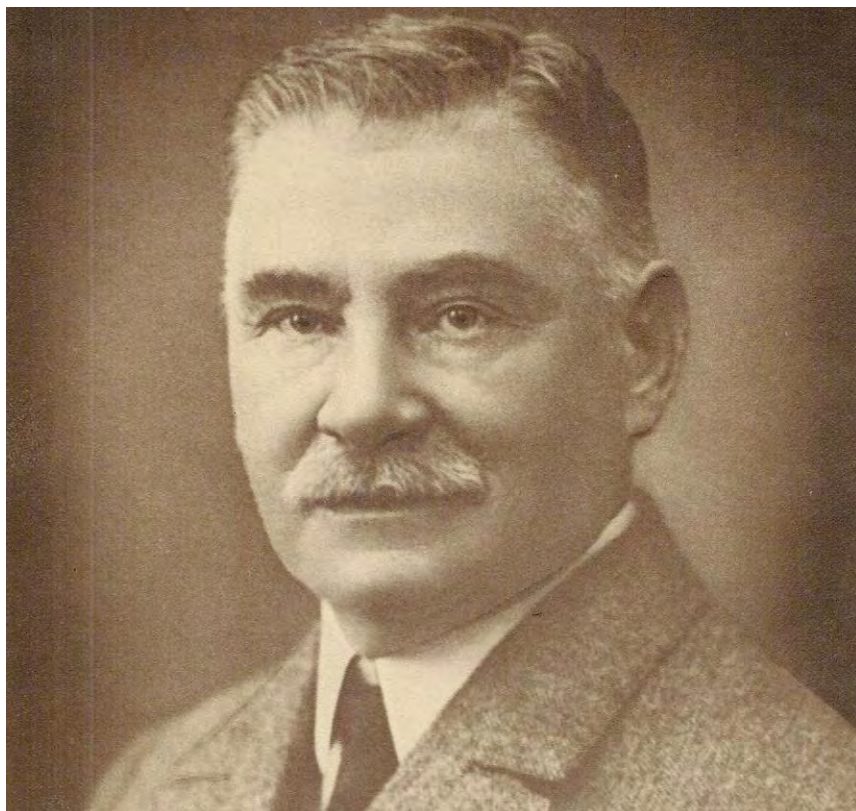


Abb. 5 Johan Jacobsen, erster sozialdemokratischer Bürgermeister in Sonderburg und Sønderjylland vom 1. April 1922 bis zum 31. März 1933

unverrichteter Dinge nach Hause gehen, da es einfach nicht genügend Platz gab. Am Samstag, den 18. Februar 1922 fand die Versammlung zur Wahl der Kandidaten im Gewerkschaftshaus statt. Johan Jacobsen weigerte sich erst beharrlich, sich aufstellen zu lassen, aber nachdem die Versammlungsteilnehmer ihn stark unter Druck gesetzt hatten, akzeptierte er seine Nominierung. Die Versammlung belohnte seine Bereitschaft sofort mit seiner Wahl zum Spitzenkandidaten der Partei, für die 21 Kandidaten angetreten waren. Nummer 21 war die einzige Frau auf der Liste, die Vorsitzende des Arbeiterfrauenbundes, Anna Marie Matthiesen.

Über diese Versammlung berichtete Redakteur Andreas Grau in der Dybbøl-Posten am 17. Februar in gewohnt kritischer Weise. Unter der Überschrift „Dänische und deutsche Sozialdemokraten“ war er buchstäblich auf dem Kriegspfad: „Der Sozialismus, so sagt man, soll international sein, und seine Losung in der ganzen Welt soll Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit sein. 1914 hing viel davon ab, ob die Sozialdemokraten in Deutschland für oder gegen die Bewilligung der Kriegskredite stimmen würden. Wäre man wirklich international, so hätte man dagegen gestimmt. Während der Abstimmung über die zukünftige Zugehörigkeit Nordschleswigs gingen die Sozialdemokraten Hand in Hand mit den Alldeutschen gegen die Dänen vor – wo ist der Internationalismus.“ Grau bezeichnete die Aufstellung der beiden dänischen Arbeiter Føgh und Philipsen auf den Plätzen fünf und sechs als demütigend für sie, weil sie 1920 auf den ersten beiden Listenplätzen des SAF gestanden hätten. Allerdings vergaß er zu erwähnen, dass die jetzt aufgestellte Kandidatenliste zwei Dänen aus dem Norden enthielt, nämlich Poul F. Knudsen und Marius Pedersen auf Platz zwei und vier.

Graus Kreativität im Hinblick auf die Argumente gegen die Sozialdemokraten fehlte es weiterhin an nichts. Er streute das Gerücht, dass es vor der Stadtratswahl Verhandlungen der deutschen Bürgerlichen mit den Sozialdemokraten gegeben habe, um ihre Unterstützung für die Wahl eines deutschen Bürgermeisters zu gewinnen. Der Sozialdemokrat, Redakteur Marius Pedersen, der auch kandidiert hatte, wies das Gerücht zurück und bezeichnete Dybbøl-Posten als ein Schundblatt: „Wir haben die Bürgermeisterfrage noch nicht erörtert, und daher haben wir uns noch nicht festgelegt. Dybbøl-Posten glaubt, dass sie die Arbeiter gewinnen könnten, indem sie ihnen einen Verrat anhefteten.“ Graus Tiraden war nicht nur gegen die Sozialdemokraten gerichtet, sondern auch die deutschen Bürgerlichen bekamen ihren Teil ab. Grau lobte sie dennoch dafür, dass sie den Kohlenhändler Otto Petersen als Nummer zwei auf der Liste führten: „Seine ruhige Art war ein Vorteil für die Arbeit im Stadtrat, obwohl die dänische Liste es vielleicht lieber gesehen hätte, wenn er aus dem gleichen Grund nicht aufgestellt worden wäre.“ Die letzte Salve feuerte Grau kurz vor dem Wahltermin ab und führte an, dass die sozialdemokratische Liste richtigerweise eine deutsch-sozialdemokratische Liste sei.

Das Ergebnis der Stadtratswahl bedeutete einen schönen Sieg für die Sozialdemokratie. Sie erhielt mit 839 Stimmen den höchsten Stimmenanteil und bekam acht Stadträte: Jacobsen, Knudsen, Eckhardt, Pedersen, Føgh, Philipsen, Preuss und Møller. Die bürgerliche dänische Listenvereinigung bekam 773 Stimmen und sieben Stadtratsmitglieder, die bürgerliche deutsche Gemeinschaftsliste errang mit 607 Stimmen fünf Sitze. Das letzte Mandat ging mit 167 Stimmen an O.Hejde Simesen von der dänisch-bürgerlichen Sonderliste. Es war keine Überraschung, dass am darauffolgenden Sonntag nach der Wahl Feststimmung im bis

unters Dach gefüllten Gewerkschaftshaus aufkam. Redakteur Marius Pedersen griff Grau auf dieser Veranstaltung wegen seiner scharfen Kritik an Simesen an, dass er auf Kosten des Amtsschulreferenten Nielsen gewählt worden sei, was nach Dybbøl-Posten ein großer Verlust für die Schulangelegenheiten in Sonderburg bedeuten würde. Pedersen konstatierte, dass Simesen sich nicht um die schlechte Laune der Dybbøl-Posten kümmern brauche: „Die Bedeutung der Zeitung hier in der Stadt steht in keinem Verhältnis zu ihrem Gebrauch von Grobheiten gegenüber Andersdenkenden.“ Pedersen schlug der Dybbøl-Posten vor, dass sie zukünftig kein Papier und Spaltenplatz mehr dafür verwenden sollte, einen Keil in die Sozialdemokratie hineinzutreiben und in deutsch und dänisch zu teilen: „Wir sind Sozialdemokraten und werden gemäß unseres Programms für das Wohl unserer Stadt auf einer gerechten Grundlage arbeiten. Auf dieser Grundlage wurden wir gewählt und diese werden wir einhalten.“

Die Bürgermeisterwahl am 1. April 1922

Der neugewählte Stadtrat kam am Sonnabend, den 1. April 1922, im Rathaus zur konstituierenden Sitzung zusammen und sollte dabei auch die Wahl des neuen Bürgermeisters durchführen. Als Ratsmitglied mit der höchsten Anciennität, leitet Justizrat Alexandersen die Sitzung. Von der dänisch-bürgerlichen Seite wurde der Bürgermeister I. H. Kock vorgeschlagen. Die deutsch-bürgerliche Seite präsentierte Alexandersen als Kandidat. Für die Sozialdemokratie schlug Christoffer Føgh Johan Jacobsen vor. Kock und Jacobsen erhielten zunächst jeweils acht und Alexandersen fünf Stimmen. Der zweite Wahlgang brachte dasselbe Resultat. Bei der dritten und entscheidenden Abstimmung, diesmal ohne Alexandersen, konnte sich Jacobsen dank der Unterstützung von zwei Stadträten der bürgerlichen deutschen Liste mit zehn Stimmen gegen Kock, der erneut acht Stimmen erhalten hatte, schließlich durchsetzen.

Die Tatsache, dass Johann Jacobsen deutschgesinnt war, hatte ihm, so Grau in einem seiner bekannt kritischen Kommentare, die Wahl gesichert, und er schloss daraus: „Der Stadtrat besteht aus acht bürgerlichen Dänen, fünf dänischen Sozialdemokraten, fünf bürgerlichen Deutschen und drei deutschen Sozialdemokraten. Gleichzeitig konstatierte er: Die Deutschen in Hadersleben hätten den deutschen Sozialdemokraten Ferdinand Zimmermann wählen können, aber ihr Bürgersinn überragte. In Sonderburg dagegen sicherte die Anwesenheit dänischer Sozialdemokraten aus dem Norden die Wahl eines deutschen Bürgermeisters.“ Marius Pedersen kommentierte das Ergebnis kühl: „Unsere Partei bekam also den Bürgermeisterposten in dieser Stadtratsperiode. Lass es uns sofort sagen, es war nicht unser Wunsch, weil wir in Wahrheit eine Minderheit von acht gegen dreizehn Bürgerliche sind. Die nationale Spaltung

zwischen den zwei bürgerlichen Parteien bedeutet nämlich nichts in der alltäglichen Politik. Das haben wir im alten Stadtrat gesehen.“

Pedersen ging in seiner in der Sonderburger Parteizeitung veröffentlichten Replik auf Grau heftig sowohl mit der Dybbøl-Posten als auch mit der Zeitung Hejmdal ins Gericht, die er der Hysterie aufgrund der Wahl von Johan Jacobsen zum Bürgermeister bezichtigte: „Die Dybbøl-Posten beschuldigt die zugezogenen Dänen alle Beteuerungen in den Wind geschlagen zu haben, nicht für einen deutschen Bürgermeister stimmen zu wollen. Wir müssen nun darauf vorbereitet sein, dass sie die schmutzigsten und dubiossten Mittel gegen uns verwenden werden. Wir verstehen die Hysterie der zwei Zeitungen eigentlich gut, wenn man sich an den Eifer erinnert, mit der man Verhandlungen, besonders mit den deutschen Bürgerlichen angestrebt hat. Man hatte den Deutschen sogar den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden versprochen, wenn sie für Kock stimmen würden.“ Der Redakteur von Kolding Sozialdemokrat, Knud Hansen, ging noch weiter: „Grau trägt selbst die Schuld. Seine hassefüllte und persönliche Kampagne gegen die Deutschen verhinderte eine bürgerliche Zusammenarbeit in Bezug auf den Bürgermeisterposten.“

Ein Beitrag des Folketingsmitglieds I. P. Nielsen hatte den gleichen Inhalt wie das vorher Genannte. Grau lenkte schließlich ein und stellte klar, er akzeptiere, dass Knud Hansen und I. P. Nielsen Jacobsen verteidigen müssten, und dass der Bürgermeister kein „schlimmer Deutscher“ sei: „Aber wir begegnen ihm nicht mit besonderem Vertrauen, das muss man uns lassen. Alle, mit Ausnahme von Knud Hansen, I. P. Nielsen und Redakteur Pedersen, werden das verstehen.“ Ungeachtet der nationalen Scharmützel darüber, ob Jacobsen deutsch, dänisch oder nur sozialdemokratisch war, hatte Sonderburg als erste Stadt in Südjütland überhaupt einen sozialdemokratischen Bürgermeister bekommen.

Erster Arbeitstag als Bürgermeister

Johan Jacobsen erschien am 3. April 1922 pünktlich um acht Uhr im Rathaus. Seit der spannenden Wahl für den Bürgermeisterposten hatte er einen Tag Zeit gehabt, um über seine neue Situation und die anstehenden Aufgaben nachzudenken. Nach einem Treffen mit Stadtratssekretär Boysen und den obersten kommunalen Beamten begrüßte er die restlichen Angestellten des Rathauses, bevor er um neun Uhr seinen neuen Stuhl im Bürgermeisterbüro einnahm. Es war seit Johan Jacobsens Geburt am 18. März 1864 im Krug von Schauby auf Alsen, genau einen Monat vor der Niederlage und dem Massaker auf den Düppeler Schanzen, viel passiert. Seine Kindheit war dadurch geprägt, dass die Eltern eine Gaststätte mit zugehöriger Brauerei betrieben. Man kann darüber nachdenken, ob das Aufwachsen in einer Gaststätte die Ursache dafür war,



Abb. 6 Redakteur Marius Petersen

dass er Abstinenzler wurde, aber so entwickelte es sich nun mal, und viele Jahre lang war er ein hervorragender Vorsitzender der Guttempler (IOGT). Seine parteipolitische Karriere bis zur Bürgermeisterwahl war kurz. Unter der deutschen Regierung war es den kommunalen Beamten verboten, Mitglied in einer politischen Partei zu sein. Nach der Revolution und dem Kriegsende war die Situation völlig anders, und er trat um den Jahreswechsel 1918/19 in die sozialdemokratische Partei in Sonderburg ein. Der Beitritt von Beamten und Funktionären wurde von den traditionellen Parteimitgliedern, Arbeitern, Handwerkern und ihre Frauen, zwar mit einer gewissen Skepsis betrachtet. Aber 1918/19 drehte es sich für die deutschen Sozialdemokraten vor allem darum, so viele Parteimitglieder wie möglich anzuwerben. Das Gleichgewicht im Ver-

hältnis zu den dänischen Arbeitern, die sich in großer Anzahl dem Südjütischen Arbeiterverein anschlossen, sollte aufrechterhalten werden.

Jacobsen hatte unzweifelhaft an seinem ersten Arbeitstag als Bürgermeister mit Bitterkeit an die dramatischen Geschehnisse im Sommer 1920 gedacht in deren Folge er zunächst als Lehrer an der Knabenschule entlassen wurde und ihm dann bei der Versammlung der Bürgervertretung am 28. Junii 1920 per Mehrheitsbeschluss zusammen mit anderen deutschen Beamten die bürgerlichen Rechte entzogen wurden. Die darauffolgende Zeit war schwer für ihn. Bei seiner Entlassung war er bereits 57 Jahre alt. Die Pension war nicht besonders hoch, so dass er sein Einkommen für einige Zeit als Leiter des neugegründeten Büros der Zeitung Sønderjyllands Socialdemokrat in Sonderburg aufbessern musste. Später betrieb er eine Versicherungsagentur. Die Gedanken am ersten Tag im Bürgermeisteramt gingen vermutlich auch zurück zum Wahlkampf, der sich zumeist in den Zeitungsspalten von Social-Demokrat in Amt Sonderburg, Dybbøl-Posten und der deutschen Sonderburger Zeitung abgespielt hatte. Redakteur Andreas Grau hatte die sozialdemokratische Liste mit der Bezeichnung „deutsches Dreieck“ unversöhnlich angegriffen. Aber Jacobsen lächelte beim Gedanken an Graus Attacke gegen die deutsch-bürgerliche Liste, welcher es den Deutschen bei der konstituierenden Sitzung unmöglich gemacht hatte, den dänisch-bürgerlichen Kandidaten zu unterstützen.

Jacobsen freute sich besonders über die Zusammenarbeit mit dem Folketingsmitglied des Landkreises, I.P. Nielsen. Neben den vielen Aufgaben, die sie gemeinsam lösen sollten, arbeiteten sie auch im Hauptvorstand der Sozialdemokratie zusammen. I.P. Niensens Hilfe gegen Andreas Graus Kommentare in der Dybbøl-Posten hatte ihm wohl auch Freude bereitet. Als Bürgermeister unterstützte er ebenso I. P. Nielsen, der 1920 oft die Lage der Landesgrenze diskutieren musste, weil deutsche Sozialdemokraten in Flensburg konsequent von der Grenze als festgelegte, aber ungerechtfertigte Regelung sprachen, die sie gerne geändert hätten. Niensens Standpunkt war ganz klar. Für ihn war die Grenze dort, wo sie dem Abstimmungsergebnis nach liegen sollte. Jacobsen unterstützte ihn dabei und kontaktierte z. B. das sozialdemokratische Mitglied der Flensburger Stadtverordnetenversammlung, Hans Jensen, und bat ihn und seine Genossen, die Lage der Dinge zu akzeptieren, was letztlich im November 1923 durch das Stauning-Wels-Abkommen gelang.

Natürlich machte es Eindruck auf ihn, als er an seinem ersten Arbeitstag die tagesaktuelle Ausgabe der Dybbøl-Posten las, in welcher Grau erneut alle und alles kritisierte, am meisten die fünf dänischen Sozialdemokraten, die, wie er meinte, national, also für einen dänisch-bürgerlichen Bürgermeister statt für einen deutsch gesinnten Sozialdemokraten hätten stimmen müssen. Jacobsen war überzeugt davon, dass er in seinem Arbeitsalltag vor großen



Abb. 7 Das Rathaus in Sonderburg in einer Aufnahme aus dem Jahr 1922

Herausforderungen stand, da er für zu fassende Beschlüsse eine Mehrheit im Stadtrat von mindestens elf Stimmen zusammenbringen müsse. Er würde von Sache zu Sache um entweder deutsch-bürgerliche oder dänisch-bürgerliche Stimmen werben müssen. Auf die Unterstützung seiner Stadtratsgruppe konnte er sich dabei jederzeit verlassen. Die Zusammensetzung, neben ihm selbst, waren vertreten ein Deutscher aus Schauby (Skovby), zwei starke Gewerkschaftsvorsitzende, die aus dem Süden eingewandert und zwei Dänen, die nach der Grenzziehung gekommen waren, sowie drei in Sonderburg geborene und aufgewachsene Dänen. konnte nicht vielfältiger sein, abgesehen davon, dass keine Frauen auf der sozialdemokratischen Liste gewählt wurden. Redakteur Marius Pedersen kommentierte die Zusammensetzung des Stadtrates in der Social-Demokrat im Amt Sonderburg. Mit einer klaren bürgerlichen Mehrheit, so seine Auffassung, war der Bürgermeisterposten eigentlich nichts, was die Sozialdemokraten sich gewünscht hätten. Es ist unklar, was Jacobsen über Pedersen Analyse dachte, vielleicht war er trotz allem zufrieden mit dem Wahlergebnis und seinem Bürgermeisteramt.

Übersetzung: Levke Bittlinger

Abbildungsnachweise

Abb. 1-7 Lokalhistorisk Arkiv for Arbejderbevægelsen i Sønderborg Kommune

Abkürzungen: BDN: Pressemitteilung des Bundes Deutscher Nordschleswiger; B.T: Boulevardausgabe von Berlingske Tidende unter diesem Kürzel; DR: Danmarks Radio; FLA: Flensburg Avis; FT: Flensburger Tageblatt; GFH: Grenzfriedenshefte; JP: Morgenavisen/Jyllandsposten; JV: Jydske Vestkysten; MLSH: Medieninformationen der Landesregierung Schleswig-Holstein; NDR: Norddeutscher Rundfunk; NFI: Pressemitteilung des Nordfriisk Instituut; NOS: Der Nordschleswiger; Pol: Politiken; SHZ: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag; SN: Schleswiger Nachrichten; SSF: Pressemitteilung des Sydslesvigsk Forening.

18. November 2021

Deutsch-dänische Beziehungen

Corona-Impfstoff geliefert

Nachdem eine zweite Lieferung von AstraZeneca-Impfstoff von Dänemark nach Schleswig-Holstein geliefert worden war, wurde beschlossen, auch für die erste Lieferung anders als zunächst vereinbart auf Gegenleistungen zu verzichten. Der besagte Impfstoff sollte in Dänemark nicht mehr ausgegeben werden (NOS 1.7.). Ansonsten gab es auch weiterhin wenig Abstimmung zwischen Dänemark und Deutschland im Umgang mit der Pandemie. Am 10.9. fielen in Dänemark die letzten Einschränkungen. Doch angesichts wieder dramatisch steigender Infektionszahlen auch hier gab es ab dem 12.11. neue Maßnahmen (GLS).

Neuer Vertrag zur Zusammenarbeit

In der Kieler Staatskanzlei unterzeichneten Ministerpräsident Daniel Günther und die Vorsitzende des süddänischen Regionsrates Stephanie Lohse einen neuen Vertrag zur Zusammenarbeit. Damit werden die Übereinkünfte von 2007 und 2017 weiter vertieft. So wurde eine Entwicklungsallianz vereinbart. Vor allem auf mehreren Forschungs- und Technologiefeldern, beim Erhalt von Naturräumen und im Schul- und Hochschulbereich soll die Zusammenarbeit weiter ausgebaut werden. Daniel Günther bezeichnete die Region Syddanmark als „Premiumpartner“ Schleswig-Holsteins (NOS 24.8.).

Zweiter Staatsbesuch der dänischen Königin in Deutschland

Königin Margrethe besuchte gemeinsam mit ihrem Sohn Kronprinz Frederik Berlin und im Anschluss noch alleine München und wurde u.a. von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundeskanzlerin Angela Merkel empfangen. Dies ist nach 1974 erst ihr zweiter offizieller Staatsbesuch in Deutschland, doch gab es bekanntlich mehrere Besuche im kleineren Rahmen, zuletzt 2019 (GFH 2/2019, S.209). Neben vielen Vertretern aus Kultur- und Wirtschaftsleben zählte auch der BDN-Hauptvorsitzende Hinrich Jürgensen zur dänischen Delegation (alle, 10.-13.11.).

Direkter Kontakt zwischen Region und Regierungen

Nachdem es vor allem im Zuge der Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie immer wieder Proteste dagegen gegeben hat, dass das schleswigsche Grenzland völlig unberücksichtigt geblieben war, haben sowohl der dänische Justizminister Nick Hækkerup als auch die Beraterin für grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit der Bundesregierung Anke Meyer auf Anfrage der Region Sønderjylland-Schleswig eine bessere Zusammenarbeit zugesichert. Beide sprachen sich für die Benennung einer Kontaktperson aus, mit welchen etwaigen Maßnahmen,

welche Region und Grenze betreffen, abgesprochen werden sollen. Zwar kritisiert Regionssprecher Preben Jensen einerseits die noch geringe Verbindlichkeit der Zusagen, sieht in diesen aber auf jeden Fall Potenzial für eine bessere Abstimmung zwischen Deutschland und Dänemark bei künftigen Vorhaben (FLA 21.10.).

Grenzkontrollen abermals verlängert

Die seit Frühjahr 2016 existierenden dänischen Grenzkontrollen wurden erneut um ein halbes Jahr verlängert. Begründet wurde dies von der dänischen Regierung mit dem Hinweis auf eine „anhaltende und erhebliche Bedrohung unserer öffentlichen Ordnung und inneren Sicherheit durch militante Islamisten und organisierte Kriminelle“. Obwohl die nun bis zum 11. Mai 2022 bestehenden „zeitweiligen“ Kontrollen inzwischen einen dauerhaften Charakter annehmen und obwohl keine konkreten Belege und Zahlen über die genannten Bedrohungen oder etwaige Fahndungserfolge mit Hilfe der Grenzkontrollen publik geworden sind, gab es von Seiten der EU keine Gegenreaktion. Viel Protest gab es hingegen im Grenzland. Doch auch zustimmende Äußerungen sind zu vernehmen gewesen (NOS 27.10.).

Bundestagswahl

Bei der Bundestagswahl am 26. September gab es im Vergleich zu 2017 einige deutliche Veränderungen. Während die CDU/CSU mit 24,1 % ihr bisher mit Abstand schlechtestes Ergebnis einfuhr, wurde die SPD nach ihrem Negativrekord mit 25,7 % überraschend stärkste Partei. Die Grünen erreichten mit 14,8 % ihr bisher bestes Ergebnis, blieben aber angesichts zeitweise weit besserer Umfragewerte, die sie kurzzeitig sogar als stärkste Partei sahen, hinter ihren Erwartungen zurück. Die FDP verbesserte sich leicht auf 11,5 %. Trotz leichter Verluste blieb die AfD mit 10,5 % ebenfalls über der Zehnprozentmarke. Ebenfalls im Bundestag vertreten bleiben die Linken, obwohl sie mit 4,9 % die Fünftprozenthürde verfehlten, allerdings dank dreier Direktmandate Abgeordnete entsprechend ihrer Zweitstimmen stellen können. Dem erstmals seit 1961 wieder angetretenen SSW gelang erstmals seit 1953 wieder der Einzug eines Abgeordneten in den Bundestag.

Da vor allem die Unionsparteien trotz erheblicher Verluste bei den Zweitstimmen die meisten Wahlkreise per Erststimme gewinnen konnten, mussten den hierdurch entstandenen Überhangmandaten entsprechend Ausgleichsmandate entgegen gestellt werden. Dadurch wuchs der Bundestag vom bisherigen Rekordwert um

weitere 27 Mandate auf nunmehr 736 Mandate an. 206 (+ 53) Abgeordnete gehören der SPD an, 197 der CDU/CSU (-49, wobei die CSU dank ihrer fast flächendeckenden Wahlkreissiege in Bayern nur einen einzigen Sitz verlor), 118 (+ 51) den Grünen und 92 (+ 12) der FDP. Die AfD-Fraktion schrumpfte um 11 auf 83 Sitze, doch die Rechtspopulisten wurden in Thüringen und Sachsen stärkste Partei und gewannen dort auch mehrere Wahlkreise. Den Linken verbleiben 39 der zuvor 69 Mandate.

Acht der elf Direktmandate in Schleswig-Holstein gingen an die SPD, nur die beiden Westküsten-Wahlkreise verblieben bei der CDU. Erstmals gelang den Grünen der Sieg per Erststimme in einem schleswig-holsteinischen Wahlkreis, und zwar im Wahlkreis 001 Flensburg-Schleswig, wo der populäre Co-Bundesvorsitzende Robert Habeck antrat. Die bisherige Trägerin des Direktmandates Petra Nicolaisen konnte jedoch über die CDU-Landesliste in den Bundestag einziehen. Das landesweite Ergebnis von 3,2 % für den SSW reichte aus, um dessen ebenfalls in Flensburg angetretenen Spitzenkandidaten Stefan Seidler per Landesliste seinerseits ins Parlament zu bringen, wo Schleswig-Holstein fortan mit acht SPD-Abgeordneten, je sechs von der CDU und den Grünen, vier von der FDP, zwei von der AfD und je einem von Linken und SSW repräsentiert wird. SPD (28,0 %) und Grüne (18,3 %) waren im nördlichen Bundesland etwas stär-

ker als im Bundesdurchschnitt, die CDU mit 22,0 % etwas schwächer, die FDP mit 12,5 % leicht besser. Deutlich unter dem Bundesdurchschnitt lagen die Ergebnisse von AfD (6,8 %) und Linken (3,6 %).

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe verhandelten SPD, Grüne und FDP intensiv um die Bildung einer so genannten „Ampel-Koalition“ als neue Bundesregierung. Konkrete Ergebnisse lagen zu diesem Zeitpunkt sieben Wochen nach der Wahl allerdings noch nicht vor. Es gilt jedoch als wahrscheinlich, dass mit Robert Habeck nach längerer Pause wieder ein Politiker aus dem nördlichsten Bundesland (und sogar aus dem Landesteil Schleswig) Bundesminister wird (und vermutlich sogar Vizekanzler). Zudem brachte der Einzug des SSW-Spitzenkandidaten Stefan Seidler in den Bundestag mediale Aufmerksamkeit weit über den Landesteil hinaus (alle).

Regionalwahlen in Dänemark

Gemeinsam mit den 98 Kommunen wurden auch die Parlamente der fünf dänischen Regionen gewählt. Während drei der fünf Regionen auch weiterhin von Sozialdemokraten regiert werden, ging der Vorsitz in Nordjütland an die liberale Partei Venstre über. Diese blieb auch in Süddänemark mit Abstand stärkste Kraft und konnte ihren Vorsprung weiter ausbauen (39.3 %, + 6,9). Da-

mit bleibt Stephanie Lohse, die auch stellvertretende Landesvorsitzende ihrer Partei ist, weiterhin Vorsitzende der Region. Die Zustimmung für die aus Lügumkloster stammende Regionschefin und ihre Partei lag in allen vier nordschleswigschen Kommunen noch über diesem Wert, in Tondern sogar bei 56,4 %.

Auch die Sozialdemokraten (26,0 %, + 2,7) und Konservativen (7,7 %, +3,2) legten zu, während die Sozialisten (6,4 %, - 7,2) mehr als die Hälfte ihrer Stimmen einbüßten. Zwischen 4 und 5 % erreichten gleich vier Parteien, nämlich die deutlich gestärkte rechtspopulistische Nye Borgerlige, die linksalternative Partei Enhedslisten, die um mehr als die Hälfte geschrumpfte rechtspopulistische Dansk Folkeparti und die sozialliberale Radikale Venstre. Alle anderen Parteien blieben unter 1 % (DR, NOS, JV u.a. 16.11 f.).

Kommunalwahlen in Dänemark

Im Zuge der dänischen Kommunalwahlen am 16. November gab es gerade in den nordschleswigschen Kommunen einige Überraschungen. So bekommt Tondern erstmals seit dem demokratischen Neuanfang der Minderheit nach dem Zweiten Weltkrieg wieder einen deutschgesinnten Bürgermeister; einen solchen hatte es seither auch in keiner anderen Kommune jemals gegeben. Noch in der Wahlnacht verständigten sich gleich

sechs Parteien auf den SP-Spitzenkandidaten Jörgen Popp Petersen als Nachfolger von Henrik Frandsen, nachdem sich die SP mit 13,3 % (+ 7,5) von zwei auf vier Mandate gesteigert hatte.

Vorausgegangen war ein erbitterter Streit in der bisher dominierenden Partei Venstre (2017: 44,6 %), als diese Bürgermeister Frandsen nicht mehr als Spitzenkandidaten nominieren wollte. Dieser gründete darauf die neue Partei Tønder-Listen, welche mit 29 % auf Anhieb stärkste Partei wurde. Die fast um dieses Ergebnis geschwächte Venstre (17 %, - 27,6) wurde dennoch zweitstärkste Partei, gefolgt von Sozialdemokraten (14,8 %, - 5,8) und Slesvigsk Parti. Mit einigem Abstand dahinter liegen trotz einiger Zugewinne die lokale Bürgerliste (7,4 %, + 3,0), die Konservativen (5,5 %, + 2,8), die Sozialisten (4,0 %, + 0,5) und Nye Borgerlige (3,7 %, + 3,0). Erst auf Platz neun folgt die bisher drittstärkste Dansk Folkeparti nach schweren Verlusten (2,8 %, - 7,6), die übrigen drei Parteien wurden mit ebenfalls starken Verlusten praktisch marginalisiert. Der neue Bürgermeister Jörgen Popp Petersen wird neben SP auch von Venstre, Sozialdemokraten, der Bürgerliste, den Konservativen und der rechtspopulistischen Nye Borgerlige unterstützt. Auch in Apenrade gibt es eine überraschende neue Zusammenarbeit mit dem Ziel, den bisherigen Bürgermeister abzulösen: Zwar blieb das Ergebnis von Venstre mit Bürgermeister

Thomas Andresen mit 33,4% (- 0,1) praktisch unverändert, wie auch die Sozialdemokraten mit ihrem Spitzenkandidaten Erik Uldall nur unwesentliche Verluste hinnehmen mussten (28,3 %, - 0,7). Doch zum einen verlor Andresens bisheriger Koalitionspartner Dansk Folkeparti wie im ganzen Land stark (5,8%, - 8,6), während die Konservativen mit starken Gewinnen drittstärkste Partei wurden (11,6 %, + 6,7). Den vierten Platz behauptete Slesvigsk Parti mit 7,4 % (+ 1,3), gefolgt von Nye Borgerlige (6,7 %, + 4,6). Socialistisk Folkeparti gewann leicht dazu (3,2 %, + 0,9), während Enhedslisten deutlich verlor (1,7 %, - 1,3). Die übrigen Parteien blieben unter 1 %, darunter Liberal Alliance mit dem bisherigen Vizebürgermeister Ejler Schütt, der 2017 noch für DF angetreten war. Noch in der Wahlnacht ergab sich eine überraschende Konstellation, in welcher sich Sozialdemokraten, Sozialisten, Konservative und die Rechtspopulisten von Nye Borgerlige auf Jan Riber Jakobsen von den Konservativen als neuen Bürgermeister verständigten.

Weniger dramatisch verlief die Wahlnacht in Sonderburg, wo Bürgermeister Erik Lauritzen gestützt auf seine weiter gestärkten Sozialdemokraten (43,5 %, + 2,0) im Amt bleibt. Die oppositionelle Venstre mit Ex-Ministerin Ellen Trane Nørby als Spitzenkandidatin gewann zwar stark hinzu (30,2 %, + 9,8), doch reichte es bei weitem nicht zu einem Machtwechsel. Drittstärkste Partei blieb Slesvigsk

Parti mit Vizebürgermeister Stephan Kleinschmidt, die ihr sensationelles Ergebnis von 2017 allerdings nicht wiederholen konnte und zwei ihrer fünf Mandate wieder einbüßte (8,0 %, - 5,3). Nye Borgerlige (5,0 %, + 3,7) löste auch hier Dansk Folkeparti (4,1 %, - 6,1) als stärkere rechtspopulistische Partei ab. Konservative (2,6 %, + 0,6), Enhedslisten (2,1 %, + 0,3), Sozialisten (2,0 %, - 0,1) und die sozialliberale Radikale Venstre (1,0 %, + 0,3) bleiben in Sonderburg Kleinparteien. Fünf weitere Gruppen blieben unter 1%, darunter mit starken Verlusten Liberal Alliance und die Lokalliste „Fælleslisten“ der früheren, nicht mehr angetretenen Bürgermeisterin Aase Nyegaard. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe zeichnete sich eine breite Zusammenarbeit aller im Kommunalrat vertretenen Parteien ab.

In Hadersleben sicherte Parteichef Carsten Leth Schmidt mit 2,7 % (+ 0,5) das einzige Mandat der Slesvigsk Parti. Stärkste Partei blieben die Sozialdemokraten, doch Venstre konnte trotz des Rücktritts des langjährigen Bürgermeisters Hans Peter Geil mit Mads Skau den Posten des Stadtoberhauptes bewahren. Interessant ist noch das Ergebnis in Kolding, wo ähnlich wie in Apenrade die eigentlich nur viertplatzierten, aber kräftig gestärkten Konservativen (10,5%, + 7,2) mit Hilfe einer ungewöhnlichen Koalition ihrer Partei mit Sozialdemokraten, Sozialisten und der sozialliberalen Radikale Venstre mit Knud Erik Langhoff fortan den Bürgermeister

stellen. Dies ist umso interessanter, als eigentlich ein Zweikampf zwischen dem früheren sozialistischen Außenminister Villy Søvndal und der aus der Kommune Apenrade zugezogenen früheren Ernährungsministerin Eva Kjer Hansen vorausgesagt worden war. Deren Partei hatte bisher den Bürgermeister gestellt und blieb stärkste Partei, hatte aber deutliche Verluste einzustecken (31,8%, - 14,6). Eine Überraschung bot schließlich noch das Ergebnis aus der Hauptstadt: Hier wurde die linksalternative Einheitsliste mit 24,6 % (+ 6,2) erstmals in Dänemark überhaupt stärkste Partei. Die Linksauspartei sicherte jedoch den mit deutlichen Verlusten (17,3 %, - 10,2) zweitplatzierten Sozialdemokraten die Unterstützung für Sophie Hæstorp Andersen als neuer Kopenhagener Oberbürgermeisterin zu. Ein ähnlicher Coup gelang Enhedslisten auch auf Bornholm (23,1 %, + 16,8), wo man - parallel zu Apenrade - allerdings den Kandidaten der viertplatzierten Konservativen Jacob Trøst zum Bürgermeister mitwählte. Die Konservativen bleiben in ihrer alten Hochburg, den wohlhabenden nördlichen Kopenhagener Vororten dominant, verloren aber trotz weiterer Zugewinne erstmals nach 112 Jahren (!) den Bürgermeisterposten in Frederiksberg.

Landesweit gab es nur wenige markante Veränderungen. Die Sozialdemokraten stellen trotz mancher Verluste nach wie vor die meisten Bürgermeister, gefolgt von Venstre und den

deutlich gestärkten Konservativen. Größter Verlierer ist Dansk Folkeparti, deren Vorsitzender Kristian Thulesen Dahl am Tag nach der Wahl seinen Rücktritt ankündigte. Die Partei der deutschen Minderheit Slesvigsk Parti konnte ihre insgesamt zehn Mandate in den vier nordschleswigschen Kommunen bewahren; die Tatsache, dass sie nun erstmals einen Bürgermeister stellt, wird die Aufmerksamkeit auf sie und die Grenzregion sicherlich landesweit erhöhen (DR, NOS, JV u.a. 16.11 f.).

Grenzland und Europa

Neue Interreg-Förderperiode

Bei seiner Zusammenkunft auf Schloss Plön hat der politische Ausschuss (Preben Jensen und Freddy Blak von der Region Syddanmark, Oberbürgermeisterin Simone Lange und Kreispräsident Stefan Leyk für die deutsch-dänischen Interreg-Partner) die Rahmenbedingungen für die Förderung grenzüberschreitender Projekte gesetzt. In der kommenden Interreg-Förderperiode bis 2027 stellt die EU für die ursprünglich aus drei Einheiten bestehende Förderregion (Sønderjylland-Schleswig, K.E.R.N.-Fünen und Ostholstein-Storstrøm) 90 Mio. Euro zur Verfügung. Anträge für die Unterstützung z.B. bei Bildungs- und Forschungsprojekten können an das Interreg-Kontor gestellt werden (NOS, 17.6.f.).

Volksgruppen und Minderheiten

Hoffnung auf besseren Minderheitenschutz nach EuGH-Urteil

Nach der bitteren Enttäuschung über die Zurückweisung der in der europäischen Bürgerinitiative „Minority Safepack“ (ausführlich hierzu in GFH 1/2021, S.79ff.) gestellten Forderung nach mehr Minderheitenschutz in der EU durch die Europäische Kommission weckt ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg neue Hoffnungen. Hier wurde ausdrücklich festgelegt, dass die EU-Mitgliedsstaaten in keiner Weise hinter die Standards zurückfallen dürfen, auf deren Grundlage sie Mitglieder der EU geworden sind. Da zu den in den „Kopenhagener Kriterien“ für den EU-Beitritt festgelegten Standards auch die Einhaltung der Konventionen des Europarats festgelegt ist, kann dies als Druckmittel auf Regierungen genutzt werden, die den Minderheitenschutz wieder aufweichen (NOS 13.10.).

Erst Abschwächung, dann Auf- schiebung der Übersetzungspflicht

Nach langanhaltender Kritik sicherte Kirchen- und Kulturministerin Joy Mogensen der deutschen Minderheit eine Ausnahme bei der geplanten Gesetzesnovelle zu, nach welcher künftig alle Predigten in fremder Sprache auch ins dänische zu übersetzen seien (NOS 25.6.). Kurz darauf wurde das umstrittene Vorhaben einstweilen ganz zurückgestellt (NOS 12.7.).

Für Erneuerung des Kontaktausschusses

Der Leiter des Sekretariats der deutschen Minderheit in Kopenhagen Harro Hallmann hat sich dafür ausgesprochen, dass der Kontaktausschuss des Folketings für die deutsche Minderheit künftig von einem Folketingsmitglied geleitet werden solle. Diesem Vorschlag pflichteten Abgeordnete verschiedener Parteien umgehend bei. Bisher liegt der Vorsitz bei der Kulturministerin; die im Spätsommer zurückgetretene Joy Mogensen hatte diesen in ihrer Amtszeit lediglich ein einziges Mal zu einer Bildschirmkonferenz einberufen (NOS 15.9.)

Forderung nach offenen Grenzen

Beim diesjährigen Deutschen Tag in Tingleff forderten sowohl Festredner Daniel Günther als auch BDN-Hauptvorsitzender Hinrich Jürgensen die baldige Rückkehr zu offenen Grenzen. Günther lobte zudem Jürgensens Bitte um Entschuldigung für die Rolle der Minderheit unter der deutschen Besetzung Dänemarks 1940-45 und versicherte, dass das Bundesland auch weiterhin ein fester Partner der deutschen Nordschleswiger sein werde. Auch die Regionsratsvorsitzende Stephanie Lose, Botschafter Pascal Hector und die Folketingsabgeordneten Ellen Trane Nørby und Christian Juhl lobten die gute Zusammenarbeit und das Engagement der deutschen Nordschleswiger (NOS u.a., 6.11.f.).

Gemeinsames Strategiepapier der Minderheitenparteien

Der Südschleswigsche Wählerverband und die Slesvigsk Parti haben ein gemeinsames Eckpunktepapier vorgestellt, in welchem sie konkrete Forderungen für die Zukunft der grenzüberschreitenden Region stellen. Damit soll ausdrücklich die Grenze in den Köpfen überwunden werden, und es soll dagegen gearbeitet werden, dass die Grenzregion zwischen den Metropolregionen in der Bedeutungslosigkeit verschwindet. Beide Parteien sehen viel zu wenig

Interesse und Aktivität für Fortschritte in der Zusammenarbeit vor allem bei den Zentralregierungen, weshalb sie sich für diese Initiative aus eigener Kraft entschieden haben. In der Erklärung wird besonders die stärkere Zusammenarbeit beim öffentlichen Verkehr und in der allgemeinen Infrastruktur, im Bildungswesen, in der Forschung und in der gemeinsamen Vermarktung der Region gefordert (NOS/FLA 6.8.). Nach den letzten Wahlerfolgen des SSW, der erstmals seit 1953 wieder im Bundestag vertreten ist, und der SP, die fortan erstmals den Bürgermeister einer Groß- und Grenzkommune stellen wird (s.o.), wird eine bessere Zusammenarbeit über die Grenze hinweg erwartet. SSW-MdB Stefan Seidler forderte die dänische Politik auf, die Gunst der Stunde zu nutzen und die Beziehungen zu Deutschland auszubauen, zumal die kommende Bundesregierung vermutlich Dänemark besser im Blick haben wird als alle vorherigen (FLA 18.11.).

Stabile Schülerzahlen an Minderheitenschulen

Steigende Schülerzahlen an den DSSV-Schulen zwingen einige derselben zur Erweiterung des Raumangebotes. Bei den dänischen Südschleswigern sind die Schülerzahlen seit Jahrzehnten stabil und liegen mit 574 Neueinschulungen weiterhin bei ca. 5700 (NOS/FLA 12.8.).

Streit um Identitätsfrage der dänischen Minderheit

Während beim wichtigsten dänischen Kulturverein Grænseforeningen zunehmend der Begriff der „Bindestrich-Identität“ verwendet wird, um die besondere Identitätslage bei Angehörigen autochthoner, aber auch allochthoner „neuer“ Minderheiten zu beschreiben, will die Führung der dänischen Minderheit wieder stärker das eigentlich Dänische bei ihrem Selbstverständnis als Minderheit hervorheben. Besonders hohe Wellen schlug die Auseinandersetzung nach der jährlichen Delegiertenversammlung des Grenzvereins und gipfelte in einer Titelschlagzeile in Flensburg Avis, wonach der SSF den Griff um den Grenzverein strammer halten wolle (FLA 16.9.).

Sorge um Erhalt der friesischen Sprache

Im Kieler Landtag herrschte Einigkeit, dass die Förderung der Minderheiten nicht durch mögliche Einsparungen im Zusammenhang mit der Corona-Hilfe zurückgefahren werden soll. Lars Harms weist darauf hin, dass sich die Zahl der Friesisch-Schüler seit 2000 fast halbiert habe und forderte, dass das Fach endlich vollgültiges Schulfach werden müsse, um den Rückgang aufzuhalten, zumal auch die Zahl der Lehrenden rückläufig sei (NOS 10.11.).

Romani Week

Europaweit machten die Sinti und Roma unter Schirmherrschaft des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission in der „Romani Week“ (27.-30.9.) mit zahlreichen Veranstaltungen auf ihre Kultur aufmerksam. Schleswig-Holstein ist bisher das einzige Bundesland, in welchem die Volksgruppe ausdrücklich als schützenswerte Minderheit in die Verfassung aufgenommen worden ist (NOS 30.9.)

Infrastruktur

Zweites Gleis und Brücke in der Infrastruktur-Vereinbarung

Im 161 Mrd. Kronen schweren Infrastruktur-Investitionsplan des dänischen Folketings sind bis 2035 auch vier Projekte in Nordschleswig verankert. Von grenzüberschreitender Bedeutung sind der - eigentlich bereits 1993 beschlossene - Wiederaufbau des zweiten Gleises an der Ostbahn zwischen Tingleff und Pattburg sowie eine Machbarkeitsstudie für eine feste Querung zwischen Alsen und Fünen (NOS 7.7.; vgl. GFH 1/2021, S.109).

Grenzüberschreitende Verbindungen weiter umständlich

Jahre nach dem Skandal um die neuen IC4-Züge, die aufgrund von Schäden gar nicht erst im Planverkehr eingesetzt werden konnten, wollen die Dänischen Staatsbahnen eine neue Generation von Zügen für den Regional- und Fernverkehr anschaffen. Nach dem bisherigen Stand der Dinge werden diese aber wohl nur ausschließlich im inländischen Netz fahren können, da Dänemark weiterhin ein anderes Bahnstromsystem hat als Deutschland und Schweden. Daher wird erwogen, Züge der Deutschen Bahn künftig über Flensburg-Pattburg hinaus bis Tingleff zu führen, wo Anschluss an die IC-Verbindung Sonderburg-Fredericia(-Kopenhagen) besteht (NOS 29.6.).

Sprache, Bildung und Kultur

Forderung nach schnellerem Handeln für Deutsch in Dänemark

Eine Mehrheit im Folketing hat sich ebenso wie wiederholt die dänischen Wirtschaftsverbände dafür ausgesprochen, das Erlernen der deutschen Sprache in Dänemark deutlich zu stärken, und ist dabei weitgehend dem Eckpunktepapier des BDN von 2019 zu diesem Thema gefolgt. Harro Hallmann betonte, dass schleunigst Taten folgen müssen und man nicht länger warten dürfe, um dem anhaltenden Niedergang des Deutsch-An-

gebots etwas entgegensetzen. Die Regierung hat sich bisher eher zögerlich in dieser Angelegenheit verhalten (NOS 8.7.)

Geschichte und Erinnerungsorte

Besuch von Königin und Bundespräsident

Anlässlich der 100. Jahrestage von Volksabstimmung und Grenzziehung kam es am 13.6. zum Besuch beider Staatsoberhäupter in Nordschleswig. Ursprünglich war geplant gewesen, dass die Königin im Juli 2020 genau auf den Tag genau 100 Jahre danach die erste Reise ihres Großvaters durch den Landesteil wiederholen sollte. Nach der coronabedingten Absage gab es nun ein eintägiges Festprogramm mit Überschreitung der alten Grenze bei Christiansfeld, Gottesdienst in Hadersleben, Mittagessen in Apenrade und weiteren Festakten in Sonderburg und Düppel. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier traf die Königin zuerst in Hadersleben und kam dann in Apenrade in Begleitung von u.a. Staatsminister Mette Frederiksen, Kulturministerin Joy Mogensen und Ministerpräsident Daniel Günther mit Vertretern der deutschen Minderheit im deutschen Gymnasium zusammen. Vor dem Festakt in Sonderburg besuchten Präsident und Königin das Deutsche Museum Nordschleswig, vor dem sie zwei Bäume pflanzten. Dabei erregte

der BDN-Hauptvorsitzende Hinrich Jürgensen Aufsehen, indem er sich für die Rolle der Minderheit unter NS-Zeit und Besetzung entschuldigte. Die Reise der Königin wurde vollständig vom dänischen Fernsehen begleitet, in welchem auch mehrfach Zuschauer und nicht zuletzt Angehörige der Minderheiten zu Wort kamen (DR/NOS/JV u.a., 13.6.f.).

75 Jahre Schleswig-Holstein

Mit einem von gut 10.000 Menschen besuchten Bürgerfest rund um Schloss Gottorf wurde das 75-jährige Bestehen des Landes Schleswig-Holstein gefeiert, das nach der formalen Auflösung Preußens 1946 als neues Land innerhalb der damaligen britischen Besatzungszone gegründet worden war (SHZ/NDR u.a. 22.8.).

Lesebuch zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Peter Weners
Handel und Wandel
Lesebuch zur Alltagsgeschichte
in Schleswig-Holstein
Heide: Boyens Buchverlag 2020.
288 S.

Nicht durch tiefgründige historische Forschung, sondern durch Auszüge aus sehr verschiedenen literarischen Quellen gibt der Germanist und frühere Gymnasialrektor Peter Weners Einblicke in die Alltagsgeschichte zwischen Nord- und Ostsee von der Ur- und Frühgeschichte bis ins späte 19. Jahrhundert. Dabei hat er Auszüge sowohl aus bekannten literarischen Werken als auch aus weniger bekannten Quellen zitiert, darunter bei weitem nicht nur belletristische, sondern auch aus Berichten und Werbeanzeigen aus Zeitungen oder auch aus gesetzlichen Verordnungen. Nicht alle Werke sind zeitgenössisch, manches erschien erst viel später in der Literatur, was aus Sicht des Historikers mehr quellenkritische Betrachtungen erfordert hätte. Peter Weners gelingt es aber insgesamt gut, diese Textauszüge in zusammenhängende Erläuterungen über den Hintergrund des Beschriebenen einzubetten. Illustriert werden diese durch zahlreiche ansprechende Bilder von passenden historischen Objekten (und darauf bezogenen spä-

ter geschaffenen Denkmälern, Rekonstruktionen, Musealien und Kunstwerken), von denen die allermeisten vom Verfasser selbst aufgenommen worden sind, ergänzt durch einzelne zeitgenössische Fotografien. Insgesamt bietet das Buch eine Vielfalt an Einblicken in die Alltagsgeschichte im Laufe der Jahrhunderte. Es stellt nicht den Anspruch der Vollständigkeit und ist auch kein historisch-wissenschaftliches Forschungswerk. Selbstverständlich ist die Auswahl individuell und andere Autor*innen hätten möglicherweise andere Schwerpunkte hervorgehoben; relativ kurz wird die Industrialisierung behandelt. Nichtsdestoweniger gelingt es Weners gut, neben großen Themen wie Handel und Handwerk, Seefahrt, Sozialstrukturen, technischem Fortschritt und Verkehr auch an lange zu wenig beachtete Themen wie die jüdischen Gemeinden, Sklaverei oder Prostitution Raum zu geben. Abgeschlossen wird das Werk mit einem kurzgefassten Ausblick auf das 20. Jahrhundert, in welchem einige der wichtigsten Aspekte der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins bis heute vorgestellt werden. Das leicht zu lesende Buch kann ein guter Einstieg sein, um sich tiefergehend mit der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Schleswig-Holsteins zu beschäftigen, die nicht weniger interessant ist als die politische Geschichte.

Gerret Liebing Schlaber

**Kulturelle Schätze mit
besonderer Geschichte
im Norden**

**Karen Michels
Anders!**

**Wie die weite Welt nach
Schleswig-Holstein kam
Husum: Husum Druck- und
Verlagsgesellschaft 2020, 176 S.**

Dieses Buch ist kein repräsentatives Lexikon der schleswig-holsteinischen Kulturgüter und kein Reiseführer, sondern eine sehr lesenswerte Sammlung von etwas anderen Hintergrundgeschichten über künstlerische oder kulturelle Gegenstände in Schleswig-Holstein, die eine besondere Bedeutung oder ungewöhnliche Geschichte haben. Viele der beschriebenen regionalen „Objekte mit unerhörter Reichweite – von Grönland bis Byzanz“ (S. 7) werden mit der Welt verwoben. Die Kunsthistorikerin Karen Michels beginnt mit dem Stonehenge des Nordens, nämlich Denghoog auf Sylt, dessen Bedrohung der Anlass für das Schreiben dieses Buches war. Das Großsteingrab ist ca. 5.000 Jahre alt, und damit älter als der weltbekannte englische Steinkreis. Die Autorin beschreibt die Historie von Denghoog, den Aufbau, die Nutzung und die darin gefundenen Gegenstände auf interessante und allgemeinverständliche Weise.

Weitere Themen sind z. B. die spannende Geschichte einer Fibel, also einer Kleiderspange aus der Wikin-

gerzeit, auch Kirchengestaltungen und -gemälde, der Gortorfer Globus und die Geschichten erzählenden Grabsteine auf Föhr und Amrum. Daneben beschreibt Michels u. a. die Büdelsdorfer Carlshütte mit der dortigen NordArt-Kunstaussstellung, das vom dänischen König Frederik VI. mitfinanzierte Gebäude der Psychiatrie in Schleswig sowie den nordschleswigischen Knivsberg. Ebenso werden die fünf Kamine im Husumer Schloss und die Toleranzstädte Glückstadt und Friedrichstadt vorgestellt.

Einige der bekanntesten kulturellen Schätze des Landes werden ausgespart, da diese in anderen Werken schon ausführlich beschrieben worden sind. Das tut diesem Werk keinen Abbruch, leider fehlt aber die Nennung der Anschriften der beschriebenen Orte, falls man sich die beschriebenen Dinge mit eigenen Augen ansehen möchte; so bleibt beispielsweise für Ortsunkundige unklar, wo sich das Gebäude von C. F. Hansen in Schleswig befindet.

Levke Bittlinger

Porträts schleswig- holsteinischer Frauen

**Manuela Junghölder
Starke Frauen aus
Schleswig-Holstein
Gudensberg: Wartberg Verlag
2020. 96 S.**

Das Buch von Manuela Junghölder überrascht durch die Vielfalt der Porträts schleswig-holsteinischer Frauen. 32 Lebensläufe von Frauen aus Kunst, Politik, (Land-)Wirtschaft, Kirche, Wissenschaft, Mode und Design, Seefahrt, Literatur, Theater und Sport werden vorgestellt. Das Lebenswerk von bekannten und vor allem unbekanntem Frauen wird auf jeweils wenigen Seiten dokumentiert. Darüber hinaus gibt es zu jedem Porträt ein kurzes bündiges Resümee mit den wichtigsten Fakten und Erläuterungen.

Die Lebensläufe sind chronologisch nach dem Geburtsjahr der Porträtierten geordnet, vom frühen Mittelalter (1453) bis in die heutige Zeit (1992). Stark sind die vorgestellten Frauen in vielerlei Hinsicht. Sie beeindrucken durch ihre Klugheit, ihr Geschick, ihren Mut, ihr Selbstbewusstsein und ihr Durchsetzungsvermögen.

Das reich gebildete Buch besticht nicht allein durch die 32 individuellen Geschichten, sondern lässt die Leser*innen immer wieder über die Willensstärke und Leidenschaft der Frauen staunen. Gemeinsam ist den Frauen, dass ihr Leben und Wirken in Schleswig-Holstein stattfindet, ob-

wohl nicht alle hier geboren sind, entfaltet sich ihre Persönlichkeit und ihre Karriere im Norden Deutschlands. Manuela Junghölder, die in Kiel als Kunsthistorikerin, Stadtführerin und Autorin verschiedener Publikationen zu kultur- und stadthistorischen Themen lebt und arbeitet, hat mit diesem Buch einen interessanten und kurzweiligen Beitrag zur Geschichte der Frauen in Schleswig-Holstein geleistet.

Ilse Friis

Digital ist nicht gleich digital

**Schleswig-Holsteinische
Landesbibliothek (Hg.)
BioLex Digital
Biographisches Lexikon für
Schleswig-Holstein und Lübeck
Kiel, Hamburg: Wachholtz 2020.
2.841 S.**

[https://files.wachholtz-verlag.de/
openaccess/9783529025624.pdf](https://files.wachholtz-verlag.de/openaccess/9783529025624.pdf)
doi: 10.23797/9783529025624

Das Biographische Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck ist ein regionalgeschichtlich wichtiges Werk, welches zwischen 1971 und 2011 in 13 Bänden mit mehr als 1.800 Einträgen erschienen ist. Es umfasst Informationen über bedeutende und einflussreiche Personen und Familien aus und in Schleswig-Holstein. Dazu zählen z. B. Politiker*innen, Wissenschaftler*innen, Künstler*innen, Geistliche, Unternehmer*innen

und viele Menschen mehr. Die Lemmata sind so gestaltet, dass zuerst der Name genannt wird, dann die Lebens- und Sterbedaten angegeben werden sowie ihre Funktion, z. B. war Abel Herzog von Jütland und König von Dänemark (S. 3). Dann folgen Angaben zu (Groß)Eltern, Ehefrau und Kindern, ebenso wie eine Beschreibung der Aktivitäten der Person, einer Kurzeinordnung der Bedeutung der Person sowie Quellenangaben, die Nummer des Originalbandes sowie der*ie Verfasser*in.

Bei der jetzigen Veröffentlichung handelt es sich um ein einfaches Digitalisat des ursprünglich gedruckten Werkes, welches nun open access, also frei und ohne Registrierung zugänglich gemacht worden ist. Ziel war, die Informationen schnell für alle als herunterladbares und per Strg+F (sehr langsam) durchsuchbares pdf-Dokument zur Verfügung zu stellen. Dies ist als erster Schritt zu begrüßen, reicht aber nicht aus.

Man darf, und dies wird im Vorwort transparent gemacht, leider keine redaktionellen oder sprachlichen Aktualisierungen, Ergänzungen oder historisch-kritische Neubearbeitungen des Lexikons oder einzelner Artikel erwarten, die zum Teil 50 Jahre alt sind. Es handelt sich hier nicht um eine digitale Datenbank oder Plattform, die eine Ausnutzung der Möglichkeiten der digitalen Geisteswissenschaften bietet (die große finanzielle Mittelbereitstellungen bedürfen), wie z. B. Verlinkungen vom Register oder zwischen den

Artikeln und zu Quellen, Verschlagwortung und Metadatenbereitstellung, Schnittstellen, Exportmöglichkeiten, Textmining, grafische Darstellungen oder Filterfunktionen. Letztere wäre nützlich, falls man sich z. B. fragt, wie viele Frauen und wie viele Männer mit einem eigenen Lexikoneintrag bedacht worden sind. Mit der reinen Textsuche über den Gesamttext, also ohne Unterscheidung zwischen den Lemmata, der Inhaltstexte und der Quellen, fahndet man beispielsweise sehr lange nach dem Eintrag zu (Theodor) Storm, da zuerst aus technischen Gründen recht viele, wenig zielführende Ergebnisse ausgegeben werden, beispielsweise „Stormestern“, „Stormarn“, „Theodor-Storm-Schule“ und man bei diesem langen Dokument Ewigkeiten braucht, um zum eigentlichen Beitrag über Theodor Storm zu kommen, den man schließlich auf S. 2.559 findet.

Für alle, die damit leben können, lohnt sich ein Blick in dieses mittlerweile historische Dokument. Für alle anderen heißt es warten auf eine mögliche, zukünftige Überarbeitung durch das sich „derzeit im Aufbau befindliche[...] Digitale[...] Haus der Landesgeschichte“ (S. 1).

Levke Bittlinger

Ein französischer Schriftsteller unterwegs im Norden

Frank Trende (Hg.)
Jules Verne auf Eider und Kanal
„Die Fahrt scheint nach
unbekannten Welten zu gehen.“
Heide: Boyens Buchverlag 2020,
144 S.

Der „Schleswig-Holsteinische Kanal“, oder später Eiderkanal, ermöglichte im 18. Jahrhundert die erste, lang erträumte Wasserquerung des Landes zwischen den Meeren. Einen detaillierten Bericht ihrer Durchfahrt verfassten die Gebrüder Paul und Jules Verne, die den Kanal fast ein Jahrhundert nach Eröffnung passierten. Frank Trende beschäftigt sich nun mit den Umständen und den Folgen der Reise.

Der Band ist dabei dreigeteilt: Nach einem kurzen Vorwort von Jules Verne-Experte Volker Dehs folgt ein Essay Frank Trendes, in dem kurz auf die Kanalgeschichte, die Durchfahrt des Kanals als auch die möglichen Inspirationen für die Werke Jules Vernes eingegangen wird. Der Text gestaltet sich dabei meist kurzweilig und informativ. Einzig die sehr umfangreichen, direkt in den Text eingebundenen Zitate stören den Lesefluss etwas. Hier hätte z. B. das Layout angenehmer gestaltet werden können.

Gerüstet mit diesen Hintergrundinformationen wird der*die Leser*in in den dritten Teil geführt. Dieser besteht aus dem Reisebericht „Von Rotterdam

nach Kopenhagen“ von Paul Verne, der, wie es Trende vorab beschreibt, von Jules Verne bearbeitet und im zweiten Teil von „Die Jangada“ als Anhang veröffentlicht wurde. Die Reise an Bord der Dampfjacht „Saint Michel“ im Jahr 1881 wird in siebzehn Kapiteln dargelegt, wobei die Querung Schleswig-Holsteins in lediglich drei Kapiteln abgehandelt wird. Die Ausführungen Paul Vernes sind dabei meist neutral-beschreibend bis wohlwollend gehalten, keine Selbstverständlichkeit zu einer Zeit eines belasteten deutsch-französischen Verhältnisses. Auflockernd wirken zudem die Anekdoten rund um den britischen Lotsen an Bord.

Somit ist „Jules Verne auf Eider und Kanal“ ein interessantes, leider recht kurzes Buch mit einigen sehr schönen unterstützenden Bildern. Die Leserschaft wird motiviert, sich sowohl mit der Person Jules Verne als auch mit dem alten Eiderkanal intensiver zu beschäftigen.

Patrick Jahn

**Biografie eines dänischen
Staatsmannes mit deutschen
Wurzeln**

Jørgen Hornemann

Andreas Peter Bernstorff

**Ein europäischer Staatsmann des
Revolutionszeitalters – Kunst der
Reform – Politik des Ausgleichs**

Herausgegeben von

Hartwig Graf v. Bernstorff

**Kiel/Hamburg: Wachholtz 2020.
500 S.**

Andreas Peter Bernstorff (1735–97) war Außenminister des Dänischen Gesamtstaats in den Jahren 1773–80 und 1784–97 sowie Chef der Justiz-, Kirchen- und Schulverwaltung der Herzogtümer Schleswig und Holstein. In der Regierung war Bernstorff *primus inter pares* während einer Zeit, die durch Friedens- und Neutralitätspolitik gekennzeichnet war. Dadurch gelang es dem dänischen Staat, sich in den zahlreichen Kriegen der Zeit neutral zu verhalten, so dass Handel und Schifffahrt aufblühen (die sogenannte blühende Handelsperiode) und umfassende inländische Reformen, vor allem im ländlichen Raum, durchgeführt werden konnten. Das Buch ist die deutsche Übersetzung der Biografie von 2001, die von dem dänischen Theologen, Journalisten und Historiker Jørgen Hornemann (1936–2006) verfasst wurde. Man begleitet Bernstorff von der Wiege bis zur Bahre, wobei die Darstellung

mit der zeitgenössischen dänischen Geschichte verwoben ist. Das Werk wurde voller Verehrung geschrieben – selbst Bernstorffs fehlende Menschenkenntnis wird in einen Vorteil verkehrt. Der Autor stellt sich gegen die Auffassung, dass die Geschichte von Strukturen und wirtschaftlichen Kräften bestimmt wird, und rückt dahingegen das Individuum in den Mittelpunkt. Dafür mag es gute Gründe geben, doch der Autor hält an seiner Einstellung fest. Möchte man Bernstorffs Bedeutung verstehen, muss man ihn im Zusammenspiel mit den internationalen Systemen und Machtverhältnissen betrachten, um beurteilen zu können, in welcher Weise die Friedenspolitik sein persönliches Verdienst war, und in welcher Weise sie den internationalen politischen Verhältnissen zugeschrieben werden muss. Bezeichnenderweise beruht das Buch hauptsächlich auf Quellen aus den Bernstorffschen Privatarchiven, außenministerielle Akten wurden kaum verwendet.

Diese Anmerkungen sollen aber nicht überschatten, dass es sich um ein gründliches, versiertes und gut geschriebenes Werk handelt, das sich an „die gebildete Öffentlichkeit“ wendet.

Michael Bregnsbo

Übersetzung: Ruth Clausen

Bertel Thorvaldsen als internationaler Künstler

Michael Fuhr, Kirstin Obersteller
Kunst ohne Nation –
Thorvaldsens Utopia
Flensburg: Museumsberg 2020.
56 S.

Der Kopenhagener Bildhauer Bertel Thorvaldsen gehört zweifelsohne zu den bedeutendsten und einflussreichsten Künstlern seiner Zeit. In Dänemark wird er im öffentlichen Bewusstsein häufig als eine der zentralen Gestalten des später so genannten „goldenen Zeitalters“ (Guldalderen) dänischer Kultur in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts angesehen. Die anlässlich seines 250. Geburtstags in enger Zusammenarbeit zwischen dem Kopenhagener Thorvaldsen-Museum und dem Museumsberg Flensburg erstellte, und zwischen den beiden Corona-Lockdowns in der Fördestadt gezeigte Ausstellung führt jedoch die internationale Dimension seines Schaffens vor Augen. Nicht nur durch seinen langen Aufenthalt in Rom baute er zeitlebens ein Netzwerk internationaler Künstler auf, welches er auch zur Förderung bisher mittelloser Künstler nutzte, und erhielt Aufträge in ganz Europa. So gelang es ihm, eine eigene Sammlung von Kunstwerken (v. a. Gemälde) anderer Künstler zusammenzutragen, welche die Grundlage des ihm noch zu Lebzeiten direkt neben Schloss Christiansborg einge-

richteten Museums und auch der von dieser Publikation begleiteten Ausstellung bildete. Hierzu zählen auch Abgüsse antiker Bildhauerkunst, die Thorvaldsen zur Inspiration dienten, und kleinere Kopien seiner berühmten Werke, die somit auch einem breiteren Publikum zugänglich wurden. Dieser optisch sehr schön aufgemachte Begleitband zur Flensburger Thorvaldsen-Ausstellung eignet sich sehr gut als Einführung, wenn man sich näher mit diesem international renommierten Meister klassizistischer Bildhauerkunst beschäftigen will.

Gerret Liebing Schlaber

Internationale Politik und Bürgerkrieg 1848–50

Renáta Raáb
Austria's Schleswig Policy
1848–1852
Paris: Édition L' Harmattan 2019.
338 S.
[Original: Renáta Raáb: **Ausztria schleswigi politikája 1848-1852.**
Budapest: Gondolat Kiadó 2013,
305 S.]

Wenn man an die Einmischung auswärtiger Mächte in die Schleswigfrage und den Bürgerkrieg 1848–50 denkt, wird man zuerst auf das Königreich Preußen kommen, das den schleswig-holsteinischen Aufständischen unter dem Eindruck revolutionärer Bestrebungen im eigenen Land militärische Hilfe gegen die dänische

Zentralmacht hatte zukommen lassen. Doch auch das Kaiserreich Österreich, das man meist nur im Zusammenhang mit dem Krieg 1864 und der Präsenz in Holstein bis zur Kriegsniederlage 1866 gegen eben Preußen mit der regionalen Geschichte in Verbindung bringt, spielte eine nicht unwesentliche, in der regionalen Geschichtsschreibung oft übersehene Rolle. Umso wichtiger ist es, dass die ungarische Historikerin Renáta Raáb ihre 2013 erschienene Studie hierzu nun auch auf Englisch herausgebracht hat.

Mit Hilfe gründlicher Quellenstudien u. a. aus der Korrespondenz der Behörden der auswärtigen Beziehungen weist Raáb nach, dass die Schleswigfrage auch für das Habsburgerreich von Bedeutung war. Einerseits hatte man relativ gute Beziehungen zur dänischen Monarchie, andererseits gehörte ein wesentlicher Teil des Reiches auch zum Deutschen Bund und musste auf dessen Interessen Rücksicht nehmen. Dies gestaltete sich im Revolutionsjahr 1848 sehr schwierig: Auf der einen Seite unterstützte der Bund die aufständischen Schleswig-Holsteiner, auf der anderen Seite sah sich Wien auch der ungarischen Revolution ausgesetzt, welche ab September und bis weit ins Jahr 1849 bürgerkriegsähnliche Zustände auslöste und erst mit russischer Hilfe niedergeschlagen werden konnte. Dies und die Frage nach der Zukunft des Habsburgerreichs im Fall der Durchsetzung eines deutschen National-

staats zwangen Wien weiterhin zu einer defensiven Politik mit „strikt“ Neutralität in der Schleswigfrage. In der Tat versuchte man einerseits, sich in Waffenstillstandsbemühungen einzuschalten und dabei gegenüber der deutschen Seite einen Einsatz zugunsten der Schleswig-Holsteiner vorzugeben. Andererseits gelang es Kanzler Felix Fürst zu Schwarzenberg, das revolutionäre deutsche Paulskirchenparlament entscheidend zu schwächen, und 1850 brachte man Preußen, das nach der Revolution in Berlin die Schleswig-Holsteiner lange Zeit unterstützte, wieder auf seine Linie und setzte den Status quo ante mit Erhaltung von sowohl Deutschem Bund als auch dänischem Konglomeratstaat mit Holstein und Lauenburg als Teil beider Konstruktionen mit durch. Dies geschah auch gegen den Willen der eiderdänisch gesinnten Regierung in Kopenhagen, wo man den ungarischen Aufstand genau verfolgt und – am Ende vergeblich – gehofft hatte, dass dieser einen günstigen Einfluss auf die Entwicklung der internationalen Politik zum Vorteil Dänemarks haben würde.

Mit ihrer Studie hat Raáb einen interessanten Beitrag zum besseren Verständnis der internationalen Politik zur Zeit von Revolution und Bürgerkrieg 1848–50 geleistet, bei der es um weit mehr ging als nur um nationale Fragen.

Gerret Liebing Schlaber

**Biografie eines bedeutenden
deutsch-nordschleswigschen
Politikers**

Peter Hopp

**Pastor Johannes Schmidt-Wodder
(1869–1959)**

**Eine politisch-historische
Biographie mit besonderer Berücksichtigung
seiner Beziehungen
zum europäischen Norden**

**Quellen und Forschungen zur
Geschichte Schleswig-Holsteins,
Nr. 129**

**Kiel/Hamburg: Wachholtz 2021.
612 S.**

Zu den wichtigsten, aber auch am schwierigsten zu fassenden Persönlichkeiten der regionalen Politik und vor allem der deutschen Nordschleswiger in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehört der Pastor Johannes Schmidt, zur Unterscheidung von anderen bekannten Personen dieses Namens meist nach seinem langjährigen Dienort als „Schmidt-Wodder“ bezeichnet. Überregional bekannt wurde der gebürtige Tonderaner zunächst 1909 durch die Gründung des „Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“, dann aber vor allem ab 1920 als Vertreter der nach der Grenzziehung als solche neu konstituierten deutschen Minderheit und als deren politischer Vertreter im Folketing bis 1939. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er nach wie vor als Stimme der deutschen Nordschleswiger bis zu seinem Tod

mit 90 Jahren im Jahre 1959 deutlich vernehmbar. Umso verdienstvoller ist es, dass der Historiker Peter Hopp nun eine umfassende Studie vorgelegt hat, welche sich ausführlich der politischen Aktivität, aber auch vor allem der Weltanschauung der „umstrittenen Legende“ Johannes Schmidt-Wodder widmet.

Peter Hopp weist mit zahlreichen Beispielen nach, dass der in deutschen Kreisen meist als gemäßigt erinnerte Geistliche dem Nationalsozialismus keineswegs so kritisch gegenüberstand, wie es seine allmähliche Verdrängung als Führungsfigur der deutschen Minderheit im Zuge der fortschreitenden Nazifizierung derselben ab 1933 erwarten lässt. Zwar kritisierte er die Auswüchse einer allzu brutalen NS-Politik, wie er sich schon vor 1920 mit seiner Vereinsgründung gegen Bestrebungen einer radikalen Germanisierung in Nordschleswig gestellt hatte. Doch auf der anderen Seite schrieb er bis in die letzten Kriegswochen hinein Durchhalteparolen zu Gunsten der NS-Kriegsführung, pflegte ein völkisch-rassistisches Weltbild, in welchem er von einem deutsch geführten, einheitlichen Norden träumte, und zeigte sich nach 1945 nicht nur gegenüber Dänemark unversöhnlich, sondern kritisierte auch den demokratisch-loyalen Kurs des neu gegründeten Bundes deutscher Nordschleswiger. Auch bei der Verbreitung des „Rostock-Mythos“, wonach die deutsche Besetzung Dänemarks nach ei-

nem Besuch des dänischen Außenministers Peter Munch in der Hansestadt ein abgekartetes Spiel gewesen sein sollte, spielte Schmidt eine zentrale Rolle (S. 514ff., vgl. a. GFH 3/2008, S. 243ff.).

Insgesamt zeichnet Peter Hopps überaus gründliche Studie, in welcher er nicht nur eine Vielzahl von Quellen aus Schmidts eigener Provenienz, sondern auch viele Berichte über dessen Wirken und sowohl von dessen Weggefährten als auch Gegnern ausgewertet hat, ein wenig schmeichelhaftes Bild der langjährigen politischen und geistlichen Führungspersonlichkeit der deutschen Minderheit. Das Werk trägt in hohem Maße zu einem besseren Verständnis der Geschichte der Region unmittelbar vor und nach der Grenzziehung und vor allem während der NS- und Besatzungszeit und danach bei. Es bleibt zu hoffen, dass dieses voluminöse und optisch eher sparsam aufgemachte, aber sprachlich gut zu lesende und mit einem ausführlichen Personenregister versehene wichtige Werk zu weiteren Studien zur immer noch erstaunlich wenig erforschten Geschichte der deutschen Minderheit in Nordschleswig anregt.

Gerret Liebing Schlaber

Familiengeschichte zwischen Deutsch und Dänisch

**Ingeborg Jacobs
Als aus Mummark
Mommark wurde**

**Eine deutsch-dänische Familien-
geschichte in der ersten Hälfte des
20. Jahrhunderts in Briefen
Husum: ihleo-verlag 2020. 542 S.**

Private Briefe zählen zu den besonders interessanten, aber oftmals auch schwierig zu handhabenden Quellen, die immer wieder andere Einblicke in die Lebenswirklichkeit der Menschen in einer Region zulassen als etwa amtliche Dokumente. Insofern ist es sehr verdienstvoll, dass sich die pensionierte Geschichtslehrerin Ingeborg Jacobs ausgiebig mit dem privaten Brief-Nachlass ihrer Familie beschäftigt und diesen nun in einem umfangreichen Buch veröffentlicht hat. Die Familie stammte aus dem Südosten der Insel Alsen, die Gaststätte „Fährhof Mummark“ zählte zum Familienbesitz. Wie es der Titel suggeriert, spielen deutsch-dänische Befindlichkeiten eine nicht unwesentliche Rolle. Dies betraf gerade in der Zeit um 1920 oftmals sehr praktische Dinge wie die Frage der Staatsbürgerschaft und damit verbundene Möglichkeiten und Einschränkungen. Dies betrifft vor allem die über viele Jahre getrenntlebenden Großeltern der 1933 geborenen Herausgeberin. Eine ganz andere Perspektive bieten zudem die Briefe des vor 1913 in die

USA ausgewanderten Bruders der Großmutter, der einerseits eine sehr viel weltoffenere Sicht der Dinge an den Tag legt als seine sehr religiöse Schwester auf Alsen, andererseits aber eine bemerkenswert deutsche Gesinnung in der Ferne bewahrte. Auch für die NS-Zeit und die Jahre unmittelbar danach ergeben sich viele interessante Einblicke, nicht zuletzt durch Stellungnahmen von Familienangehörigen zur „Rechtsabrechnung“ ab 1945.

Die Herausgeberin hat die Briefe ungekürzt wiedergegeben. Dadurch ergibt sich manche Wiederholung und Länge durch für den Gesamtzusammenhang weniger interessante Passagen aus dem Privatleben. Andererseits wird dadurch die Authentizität bewahrt. Dänischsprachige Briefe wurden übersetzt, aber als solche mit der ersten Zeile in der Originalsprache gekennzeichnet. Ingeborg Jacobs ist es sehr gut gelungen, die Briefe in den richtigen Zeitzusammenhang zu setzen und klärt über Namen und Ereignisse in den Briefen auf, die sich dem Publikum nicht unmittelbar erschließen. Ein Sachregister hätte die Überschaubarkeit des Buches allerdings noch verbessern können. Trotz der erwähnten Längen in dem ohnehin umfangreichen Werk kann man es nur loben, dass Ingeborg Jacobs die Briefe in der vorliegenden Form herausgegeben und damit eine Quellenausgabe geschaffen hat, die uns selten publizierte Einblicke in das Leben in der

Region beiderseits der 1920 gezogenen Grenze von den 1890er Jahren bis nach 1945 gewähren.

Gerret Liebing Schlaber

Jubiläum einer Minderheitenschule

**Duborg-Skolen og resten af verden
Ud- og indblik omkring en 100-årig
Hrsg. v. Heino Aggedam
Morten Meisner
Flensburg 2020. 130 S.**

Das eine Flaggschiff der dänischen Minderheit in Südschleswig, Duborg-Skolen, konnte 2020 seinen 100. Geburtstag feiern. Die Schule wurde unmittelbar nach der Teilung Schlesiens 1920 als einziges dänisches Gymnasium in Südschleswig gegründet. Dieses Bildungsmonopol hatte die Schule bis 2008 inne, als die Schleswiger A. P. Møller Skole ihren Betrieb als zweites dänisches Gymnasium im Landesteil Schleswig aufnahm. Der seit 2019 amtierende Schulleiter Heino Aggedam und der langjährige Studienrat Morten Meisner haben eine mannigfaltige und reich bebilderte Jubiläumsschrift herausgegeben. Das Hauptaugenmerk richten die beiden Redakteure auf die Entwicklung der Schule in den letzten 25 Jahren, indem sie das Buch als Ergänzung und Fortsetzung der Jubiläumsschrift zum 75-jährigen Bestehen der Duborg-Skolen betrachten.

Zu Worte kommen neben jetzigen und früheren Angestellten auch die beiden ehemaligen Schulleiter Erik Jensen und Ebbe Benedikt Rasmussen, von denen letzterer mit drei Beiträgen vertreten ist. Sein umfangreichster Artikel beschäftigt sich mit der Geschichte der „Lichter mädchen“ – lypigerne, deren Tradition sich an der Duborg-Skolen bis in die 1920er Jahre zurückverfolgen lässt.

Weitere Schwerpunkte der Jubiläumsschrift sind zum einen die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Gymnasium für Nordschleswig bezüglich der Schülerbotschafter*innen und die vielen Kontakte der Duborg-Skolen nach Skandinavien, innerhalb Europas, in die USA und nach China. Die Qualität dieser Jahresschrift ist beeindruckend: auf Hochglanzpapier und mit vielen hochwertigen Fotos und Illustrationen werden die vielen Aktivitäten der Duborg-Skolen thematisch gegliedert dargestellt.

Ilse Friis

Ehemalige KZ-Häftlinge in Dänemark

**Jesper Clemmensen,
Thomas Albrektsen
Skibet fra helvede**

**Da Anden Verdenskrigs rædsler
drev i land på Møn
Kopenhagen: Lindhardt og Ringhof
2021. 328 S.**

Der 5. Mai wird in Dänemark auch heute noch als Tag der Befreiung gefeiert. Für 345 ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Stutthof in der Nähe von Danzig war es ein zweiter Geburtstag. Sie hatten nicht nur die Grauen des Konzentrationslagers, sondern auch eine unmenschliche Evakuierung, dessen letzte Etappe sie über die Ostsee führte, überlebt. Die Journalisten Jesper Clemmensen und Thomas Albrektsen berichten in ihrem Buch über die Rettung der Häftlinge, die bei ihrer Ankunft im idyllischen Hafen von Klintholm auf der dänischen Insel Møn nichts anderes als eine Schiffsladung von halbtoten, ausgehungerten und mit Seuchen infizierten „Muselmännern und -frauen“ (im KZ umgangssprachlich für ausgezehnte, entkräftete und dem Tod geweihte Häftlinge) war. Sie erzählen von Mitmenschlichkeit und Zivilcourage in einer ländlichen Gegend, wo die örtlichen Kräfte kurzerhand Verantwortung übernahmen, um den Notleidenden Menschen zu helfen und sie vor dem Tod zu bewahren.

Die Erzählung ist um eine Auswahl von Personen aufgebaut und schildert die Schicksale von einzelnen Häftlingen und ihren Rettern. Oft ist es für die Leser*innen störend, wenn die Autoren zu oft zwischen Zeit und Ort springen. In diesem Buch gelingt es den Verfassern jedoch, die Hintergründe der Akteure so zu entfalten, dass sich dadurch ein roter Faden durch die Geschichte zieht. Als Beispiel lernen die Leser*innen dadurch den einzelnen Menschen, der am 5. Mai 1945 in Klintholm ankommt, nicht nur als ausgehungerten KZ-Häftling, sondern auch als polnischen Widerstandskämpfer, Geretteten, als in die dänische Gesellschaft integrierten Immigranten und Zeitzeugen kennen.

Das Buch ist in dänischer Sprache verfasst, lässt sich aber für diejenigen, die mit dieser Sprache vertraut sind, wegen des journalistischen Schreibstils schnell und spannend lesen. Der journalistische Hintergrund der Autoren und dem dadurch bewusst folgenden Verzicht auf Fußnoten ist vielleicht der größte Kritikpunkt des Historikers, wobei es im Anhang glücklicherweise eine Art Quellenverzeichnis gibt. Abschließend kann man also nur hoffen, dass dieses außerordentlich lesenswerte Buch auch ins Deutsche übersetzt wird.

Jens-Christian Hansen

Die Nachkriegszeit im Roman

Helga Gutowski

Das Kind zwischen den Häusern
Roman

Husum: ihleo verlag 2020, 195 S.

Die Geschichte, die in Friedrichstadt an Eider und Treene in der Nachkriegszeit spielt, ist eine Mischung von biografischer Erinnerung und Dichtung in Romanform. Sie handelt von einem Mädchen, das mit ihrer Familie aus Altona nach Friedrichstadt gezogen ist, und dort mit ihren Eltern und vier Geschwistern mit Armut und Gewalt aufwächst und von ihren überforderten und anscheinend traumatisierten Eltern weitgehend unbetreut bleibt. Sie lassen beispielsweise ihre fünf Kinder zwei Wochen alleine zuhause, während sie in Hamburg Geld verdienen müssen, nachdem ihr Bekleidungsgeschäft bankrott gegangen ist.

Das Mädchen wird im Roman von einer kindperspektivischen, distanzierter Erzählstimme etwas verstörend nur in der dritten Person Neutrum als „das Kind“ und „es“ bezeichnet. „Das Kind“ trifft auf ein Nachbarmädchen, „das Mädchen“ genannt, deren Eltern, „Meierei-Chef“ und „Meierei-Mutter“ genannt, eine Molkerei betreiben, keine finanziellen Sorgen haben, und „das Kind“ unregelmäßig zum (Satt)Essen einladen. Das Nachbarmädchen hat zwar genügend zu essen, will aber nicht essen, erleidet körperliche Gewalt, der Kochlöffel

liegt ständig parat. Die Sichtweise des Kindes wird erzählt, auch die Dinge, die es in der Stadt und auf dem Deich beobachtet und hört, aber nicht versteht, nicht einzuordnen weiß.

Die Geschichte berichtet auch von den Straßenkämpfen und Soldatenspielen der Kleinstadtkinder untereinander, zwischen denjenigen, die in der deutschen Schule oder im deutschen Kindergarten und denjenigen, die im neuen dänischen System angemeldet worden waren, letztere, laut Text, erkennbar an ihren Gummistiefeln.

Der Roman ist keine verklärte Kindheitsgeschichte, sondern wirkt eher wie eine distanzierte erzählerische Traumaaufbereitung. Solche Texte sind wichtig für nachfolgende Generationen, da sie Einblicke in vergangene Lebenswelten geben können und vielleicht Verständnis für heute noch bestehende Traumata und Ängste der betroffenen Generation wecken könnten. Wer in eine heile Romanwelt abtauchen möchte, für den ist dieses Buch nicht empfehlenswert, für alle anderen schon.

Levke Bittlinger

Sammelband zum Thema Grenzforschung

**Dominik Gerst, Maria Klessmann,
Hannes Krämer (Hrsg.)**

Grenzforschung

**Handbuch für Wissenschaft
und Studium**

Baden-Baden: Nomos 2021. 549 S.

[https://www.nomos-elibrary.](https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783845295305/grenzforschung)

de/10.5771/9783845295305/grenzforschung

doi: 10.5771/9783845295305

Mit insgesamt 30 Beiträgen von internationalen Forscher*innen aus verschiedenen Fachbereichen bietet das vorliegende Werk einen sehr umfangreichen und hochkarätigen Einblick in das in jüngster Zeit immer stärker beachtete, weite Feld der Grenzforschung. Dabei geht es nicht nur um die Erforschung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung von Staats- und Verwaltungsgrenzen und deren Umfeld, sondern auch um sehr viele weitere, oft interdisziplinär gedachte Aspekte. Gegliedert ist das Buch in die Abschnitte „Grundlagen“, „Konzepte und Perspektiven“, „Grenzrelationen“ und „Grenzen weiterdenken“. Die Beiträge des letzten Abschnitts sind besonders interessant, da gerade in ihnen viele Fragen zum gegenwärtigen und künftigen Umgang mit Grenzen und den mit ihnen verbundenen Herausforderungen perspektiviert werden, vor allem im Beitrag der Sozialwissenschaftlerin Christi-

ne Leuenberger (Cornell University) über die Konstruktion von Grenzen, in welchem sie sich kritisch mit der jüngsten Neubefestigung von Grenzen auseinandersetzt und neue Integrationskonzepte erörtert (S. 490ff.). Im abschließenden Gespräch zwischen sechs der Beteiligten wird noch einmal die Verschiedenartigkeit der Herangehensweisen erörtert. Auch die schleswigsche Grenzregion ist mit einem Beitrag des Sonderburger/Flensburger Historikers Martin Klatt vertreten, der in seiner Studie diese in den Zusammenhang mit weiteren Grenzregionen stellt (143ff.).

Das Werk bietet gleichermaßen in Tiefe und Breite eine Fülle von wichtigen und interessanten Zugangsmöglichkeiten zur Grenzforschung. Gerade der interdisziplinäre Ansatz lässt viele neue Einblicke zu. Das Buch ist recht theorielastig und für ein wissenschaftlich geschultes, weniger aber für ein breiteres Publikum geeignet. Bedauerlicherweise fehlt ein Sachregister, das eine gezielte Suche nach bestimmten Inhalten in diesem riesigen Werk erleichtern würde, allerdings kann man in diesem auch über open access zugänglichen Werk die Volltextsuche verwenden. Zur schnelleren Orientierung wird jedes Kapitel immerhin mit einer kurzen Zusammenfassung und der Übersicht der wichtigsten Schlagwörter eingeleitet. Alles in allem ist dieses Handbuch zur Grenzforschung unbedingt empfehlenswert, vor allem dann, wenn man sich mit Fragen zu einer von einer

Staatsgrenze geprägten Region wie der unseren befasst, denn es bietet immer wieder Zugänge zu neuen Aspekten.

Gerret Liebing Schlaber

Porträts junger Menschen mit mehrkulturellem Hintergrund

**Malene Fenger-Grøndahl (Red.)
Danskere findes i mange modeller
Portrætter af 15 unge med
bindestrejsidentitet
Frederiksberg: Frydenlund 2021.
288 S.**

Es kommt ziemlich selten vor, dass gewöhnlichen jungen Menschen in Interviews, die dann auch noch in Buchform erscheinen, viel Platz eingeräumt wird. Im vorliegenden, zudem hochwertig gestalteten und großformatigen Buch erzählen fünfzehn junge Frauen und Männer in den Zwanzigern ausführlich über ihren Werdegang und ihre Identität als Menschen, die sich bei weitem nicht nur mit einer Nationalität identifizieren und mehr als nur eine Sprache zu Hause sprechen. Entstanden ist das Buch im Rahmen des Projektes der Botschafter des interkulturellen Dialogs (Kulturmodeambassadørerne; siehe GFH 4/2011, S. 277ff.) des wichtigsten dänischen Grenz- und Kulturvereins, Grænseforeningen. An diesem Begegnungsprojekt wirken nicht nur in Dänemark lebende Studierende aus den schleswigschen

Minderheiten, sondern auch solche aus Grönland und von den Färöern und nicht zuletzt solche mit einem Hintergrund in anderen Teilen Europas und der Welt mit.

Bemerkenswert ist einerseits, wie verschieden die Hintergründe der hier Porträtierten sind, und andererseits, dass diese als junge Erwachsene letztlich alle mit ihrer vielschichtigen kulturellen Identität im Reinen sind und diese selbstbewusst vertreten. Dies gilt auch für die vier Angehörigen der Minderheiten, deren Biografien ebenfalls sehr unterschiedlich sind und keineswegs dem herkömmlichen Bild entsprechen, dass sie sich von Beginn an klar von der Mehrheitsbevölkerung abgegrenzt hätten und sich nur mit der Kultur der Minderheit und des „Mutterlandes“ jenseits der Grenze identifizieren würden. Genau so deutlich tritt diese kulturelle Mehrströmigkeit bei denjenigen zu Tage, die einen Einwanderungshintergrund haben. Sie bekennen sich sowohl zu ihrer jetzigen Heimat als auch zu ihren verschiedenen kulturellen Wurzeln. „In Dänemark bin ich zwar nicht geboren, aber hier bin ich zu Hause“, bringt es z. B. die in einer kurdischen Familie in Aleppo geborene Studentin Berivan, die mit 13 Jahren ihre Heimat verlor und in Aarhus ihr Abitur gemacht hat, unter Anspielung auf einen berühmten Liedtext von H. C. Andersen auf den Punkt (S. 194). Viele der Interviewten berichten zwar auch von negativen Reaktionen auf ihr „Anderssein“ in Dänemark, doch

überwiegen bei weitem die positiven Einschätzungen, die ihnen einen selbstbewussten Umgang mit ihrem besonderen kulturellen Hintergrund ermöglichen.

Man kann selbstverständlich diskutieren, inwieweit der Begriff „Bindestrich-Identität“ für diese Menschen wirklich passend ist. Geht man bei den Fragen hierzu noch immer zu stark von festgefügtten nationalen kulturellen Mustern aus? Für weitere Untersuchungen zu dieser insgesamt hochaktuellen Thematik bieten die Aussagen der 15 Beteiligten interessantes Quellenmaterial. Dieses für ein breites Publikum gerade im Grenzland sehr zu empfehlende Buch sollte Pflichtlektüre für all diejenigen werden, die sich dazu berufen glauben, andere Menschen über das angeblich richtige Dänentum belehren zu können.

Gerret Liebing Schlaber

Perspektiven auf Politik in Deutschland

Moritz Schramm

Kampen om Midten. Tysk politik i det 21. århundrede.

Kopenhagen: Gads Forlag 2021. 200 S.

Dänemark entdeckt Deutschland – jedenfalls für ein paar Wochen. Der Forscher Moritz Schramm nutzt die Bundestagswahlen, um über die politische Entwicklung des Nachbarlandes aufzuklären. In seinem knapp 200-seitigen Buch gelingt es ihm, sowohl dänische Fehlinterpretationen anzusprechen, persönliche Anekdoten einzuflechten, die kulturhistorische Entwicklung der Bundesrepublik aufzuzeigen und eine Analyse der deutschen Politik zu präsentieren. Schramm malt zwar mit breitem Pinselstrich, aber das Buch ist sowohl unterhaltsam als auch schnell gelesen. Deutschland werde, wie Schramm einleitend beschreibt, nicht selten in Dänemark missverstanden. Dies zeigt er beispielhaft an der Beurteilung der Partei Alternative für Deutschland (AfD). Deutschland werde mit dem Maßstab der „dänischen Perspektive und Erfahrungen“ gemessen. Dabei werde allzu oft vergessen, dass „Deutschland sich auf vielen Gebieten von Dänemark unterscheidet“ (S. 3). Die AfD sieht Schramm nicht als ein neues Phänomen. Schließlich seien die Positionen, die die AfD mit Bezug auf Einwanderung, Geschichtsaufar-

beitung oder Familienpolitik vertritt, früher von den Republikanern oder gar von den Unionsparteien vertreten worden.

Nach 16 Jahren Angela Merkel werde oft vergessen, wie die Parteien CDU und CSU vor einer Generation aussahen. In den 1980er Jahren haben sie sich kräftig dagegen gewehrt, Deutschland als „Einwanderungsland“ anzuerkennen, weshalb in der Ära Kohl Initiativen für Integration verschlafen worden seien (S. 58). Dagegen sei an „traditionellen Familienwerten“ festgehalten worden. Schramm hebt vor, dass Mitglieder der Unionsfraktion im Bundestag, darunter ein gewisser Friedrich Merz, noch 1997 gegen die Kriminalisierung der Vergewaltigung in der Ehe stimmten.

Die Leistung von Angela Merkel sei es gewesen, die CDU in die Mitte der Politik zu bewegen: weg von alten nationalkonservativen Positionen. Diese Erfolgsformel ist für Schramm nicht nur das Kennzeichen für die CDU unter der Führung Merkels, sondern für die deutsche Politik insgesamt. Eine grundlegende Voraussetzung für seine Kernthese ist, dass sich die deutsche Gesellschaft über Generationen in ihrer sogenannten „Wertepolitik“ – also nicht unbedingt in der klassischen Verteilungspolitik – nach links bewegt habe. Erst Gerhard Schröder und danach Angela Merkel sei es gelungen, diese große Wählergruppe der Mitte anzusprechen. Durch die neue Verortung der Union habe

Merkel jedoch andererseits für Frust im nationalkonservativen Lager gesorgt, das im Zuge der Flüchtlingskrise 2015 sowohl von der AfD als auch von Vertretern des rechten Flügels der CDU angesprochen worden sei. Schramms Darstellung ist vor allem aus seiner persönlichen westdeutschen Perspektive heraus geprägt. Deshalb kommt ein wichtiges Thema etwas zu kurz, denn die vermeintlich fehlende Sensibilität der Volksparteien für die Belange des Ostens entwickelt sich zur Achillesferse der deutschen Politik.

Am Ende seines Buches spricht Schramm Europa an. Er berichtet, dass er, seitdem er in Dänemark sei, wiederholt Europa-Skepsis begegne: „Es war eine normale Position, dass die Deutschen mit Hilfe der EU lediglich das versuchten, was den Nazis misslungen war. Erst versuchten die Deutschen mit Waffengewalt [die Vorherrschaft in Europa zu erringen], jetzt versuchen sie es durch die EU. Dies sind Aussagen, denen ich [in] verschiedensten Varianten unzähligen Malen begegnet bin.“ (S. 189). Diese Interpretation liegt denkbar weit weg von der gängigen deutschen Selbstwahrnehmung, die Europa als transnationale Gemeinschaft auffasst. Auch in diesem Punkt besteht dringender Bedarf nach mehr Kenntnis voneinander zur erfolgreichen Entwicklung des europäischen Projekts südlich wie nördlich der Grenze.

Thomas Wegener Friis

Bedrohungen an der Westküste

Georg Quedens

Orkanfluten

**Gegen Inseln, Halligen und Küsten
Hamburg: Ellert & Richter Verlag
2020, 176 S.**

Georg Quedens ist kein Unbekannter. Der Amrumer ist Schriftsteller und Fotograf und hat bereits viele Bücher über Nordfriesland und die Küstenregion herausgegeben. Das vorliegende Werk enthält neun Kapitel über historische und aktuelle Sturmfluten und Orkane und ihren Auswirkungen auf die deutsche Nordseeküste und ihre Bewohner*innen von Sylt über Hamburg bis Borkum. Das Spektrum reicht dabei von Gemeinplätzen wie „Sturmfluten entstehen durch den Wind“ (S. 19) bis hin zu interessanteren Schilderungen konkreter Sturmfluten und ihre Auswirkungen, Schäden, aber auch Anpassungen an Land von der Antike bis zur Strandung der „Pallas“ 1998 vor Amrum. Er behandelt den Deichbau und die Landgewinnung, Strandraub und Strandungen sowie die Seenotrettung und erzählt vom Untergang Rungholts und den Friedhöfen unbekannter ertrunkener Seeleute. Der Autor erklärt den Kontext der Entstehung von Sturmfluten, zu dem nicht nur Windstärke und -richtung gehören, sondern auch u. a. die Sturmdauer, der Mondstand, der Meeresspiegelstand, der Luftdruck und „Fernwellen“ (S. 25). Das Buch ist spannend geschrieben, eini-

ge Abschnitte sind sprachlich etwas pathetisch gestaltet (z. B. S. 7–13), wohl um die Bedrohungslage deutlicher darzustellen. Andere Abschnitte sind sachlicher ausgeführt und mit Zitaten und eindrucksvollen Gedichten, so beispielsweise über den blanken Hans und Nis Randers, illustriert. Das handliche Buch eignet sich gut als ausführlicher Einstieg in das Thema und enthält nicht nur zahlreiche imposante, von Quedens selbst aufgenommene Fotos, sondern auch einige historische Aufnahmen sowie ein Ortsregister. Leider werden die Sturmfluten und Entwicklungen der letzten zwei Dekaden nicht behandelt und der Autor betont, dass er sich in die „Diskussion“ über den Klimawandel und Meeresspiegelanstieg „nicht einmischen“ will (S. 40).

Levke Bittlinger

Wattenmeer: Naturschutz und Vogelkunde

Jens Gregersen
Det store Vadehav
Mellem natur og mennesker
[Kopenhagen]: Gads forlag 2020.
240 S.

Der Autor und Vogelkundler Jens Gregersen verwirklicht mit diesem Buch seinen langersehten Traum, sich den Besonderheiten des gesamten Wattenmeeres als Natur- und Kulturlandschaft vor und hinter dem Deich zu widmen. In den dänischen Medien

wurde es aufgrund der umfassenden und detailreichen Vogel- und Landschaftsillustrationen des in Dänemark sehr bekannten Naturkünstlers als Must-Have-Buch für Vogelkundler und Naturliebhaber betitelt.

Der Autor skizziert, warum das Wattenmeer entlang der Nordsee nicht wie andere Küstenfeuchtgebiete der intensiven Landwirtschaft zum Opfer gefallen ist. Als Grund verweist er auf das wachsende Bewusstsein um die globale Bedeutung des fast 11.600 qkm großen Gebietes als dynamisches Ökosystem, welches 2014 als UNESCO-Welterbe ausgezeichnet wurde.

Rückblickend bezieht sich der Autor ausschließlich auf seine jahrzehntelangen Erfahrungen mit dem Vogelmonitoring im Wattenmeer. Anhand der verschiedenen Landschaftsräume wird die Besiedlungs- und Landschaftsgeschichte von Blåvands Huk im Norden bis Den Helder am IJsselmeer im Süden aufgezeigt. Dabei manifestiert sich der Deichbau zur Landgewinnung als historisch bedingter Einschnitt zwischen Natur- und Kulturlandschaft. Die existenzielle Bedeutung der Deiche für einen anpassungsfähigen Küstennaturschutz in Bezug auf die fortschreitenden Klimaveränderungen greift Gregersen allerdings nicht auf. Z. B. greift Gregersen die Nutztierhaltung aus kulturhistorischer Sicht, nicht aber deren Stellenwert in einer naturnahen Landschaftspflege und zum Hochwasserschutz auf. Bei seinen Vogel-

beobachtungen benennt Gregersen u. a. den positiven Effekt des Jagdverbotes auf das Zugvogelverhalten, da sich einige Wasservogelarten den dichtbesiedelten und dichtbevölkerten Gebieten der Niederlande angepasst haben. Dabei vertritt Gregersen aber eine konservative Sichtweise auf den Tourismus u. a. als größte Bedrohung und nicht in der Hinsicht, dass insbesondere das touristische Potenzial zu einer nachhaltigen Entwicklung und Vermittlung des Wattenmeeres beitragen kann.

Leider entgeht Gregersen somit die eigentliche Tragweite seiner Beobachtungen, denn er bezieht diese nicht auf den Paradigmenwechsel zu einem ökosystembasierten Naturschutz, wodurch das Wattenmeer als Lebensraum für Natur und Mensch gleichermaßen erhalten werden soll.

Melanie Christiansen

Artenvielfalt und Naturschutz im Norden

Josef Beller

Hundert Hot Spots des Naturschutzes in Schleswig-Holstein
Hrsg. v. Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein

Schriftenreihe LLUR SH –
Natur, 26

Flintbek 2017, 501 S.

Online open access: www.umweltdaten.landsh.de/nuis/upool/gesamt/naturschutz/hundert_hot_spots.pdf

Aktuelle Ereignisse wie die Flutkatastrophe im Sommer 2021 machen deutlicher denn je, dass die Gefährdung von Ökosystemen durch die Zerstörung von Lebensgemeinschaften und Lebensräumen dramatische Folgen haben kann. An pragmatischen Argumenten mangelt es dem Naturschutz also in keinster Weise. Vielmehr muss der Blick für den Wert und die Notwendigkeit des Werterhalts von Natur und Landschaft durch das eigene Erleben ihrer Vielfalt, Eigenart und Schönheit geschärft werden. Für Schleswig-Holstein leistet das vorliegende Buch dazu einen wichtigen Beitrag. Über 800 Fotos aus mehr als 30 Jahren geben einen Einblick in besondere Landschafts- und landestypische Lebensräume und laden zum Erkunden ein. Der Blick der Betrachtenden streift dabei Wälder, Heiden,

Dünen, Bäche, Auen und Seen und fokussiert wie von selbst auf die artenreiche Flora (und Fauna). Für deren Bedeutsamkeit sensibilisiert der Autor im begleitenden Text. Hier werden die Besonderheiten von Lebensgemeinschaften und Lebensräumen mit ökosystemaren Funktionen sowie die Gefährdungen derselben mit Handlungsempfehlungen zusammengeführt. So kann der Wert von Natur und Landschaft kennen und schätzen gelernt sowie potentiell auch erhalten werden. Der Text selbst ist immer fachkundig – und fordert von den Lesenden eine gewisse Toleranz gegenüber naturschutzfachlichem Vokabular –, gelegentlich humorig und mit Formulierungen wie „Imponderabilien“ (unwägbare Gegebenheiten) manchmal auch kapriziös. Das Hauptaugenmerk des Buches liegt aber ohnehin auf den Fotos. Deren aufwändiger Aufarbeitung merkt man an, dass der Autor die damit vorgestellten Zentren der Artenvielfalt von Kindesbeinen an erlebt und ihre Entwicklung fast 40 Jahre lang beruflich begleitet hat.

Yvonne Buchholz

Ökologische Netzstrukturen im Norden

Jürgen Eigner, Holger Gerth

Das grüne Netz

Unsere Knicklandschaft in

Schleswig-Holstein

Herausgegeben von dem Schleswig-Holsteinischen Heimatbund

und den NaturFreunden Landesverband Schleswig-Holstein

Hamburg: KJM-Buchverlag 2020.

129 S.

Als Menschen in den atlantischen Küstenregionen Europas vor tausenden von Jahren begannen Knicks anzulegen, um ihr Vieh drinnen und ihre Nachbarn draußen zu halten, haben sie diese wahrscheinlich noch nicht als Teil eines grünen Netzes wahrgenommen. Aber die Linien aus Büschen und Bäumen formen ganz klar ein solches in der Landschaft, wie auf den vielen beeindruckenden Luftaufnahmen im Buch von J. Eigner und H. Gerth gut zu sehen ist. Die Wichtigkeit von Struktureichtum und Vernetzung hat die ökologische Forschung der letzten Jahre oft gezeigt: Die Artenvielfalt in vernetzten Landschaften ist weniger anfällig für Störungen und meistens kommen in strukturell vielfältigen Landschaften mehr Arten vor. Gut also, dass es jetzt ein Buch gibt, welches einer der auffälligsten grünen Vernetzungsstrukturen in Schleswig-Holstein gewidmet ist. Beide Autoren haben lange in der Wissenschaft gearbeitet und sind im Naturschutz ak-

tiv. In zwei kurzen Kapiteln beschreiben sie die Geschichte der Knicks als Landschaftselemente. Sie stellen verschiedene Arten von Knicks und deren jeweiligen Aufbau vor. Die Lesenden lernen die prägenden Tier- und Pflanzenarten und deren Nutzung kennen. Thematisiert werden auch Bedrohungen sowie die Bewirtschaftung und der Schutz von Knicks. Weiterhin kommt ein hoch betagter Landwirt zu Wort und beschreibt, wie vielfältig diese auf seinem Hof genutzt wurden. Einziger Kritikpunkt ist, dass einige Passagen nicht verständlich sind, wenn den Lesenden Expertise zum Thema Landschaftspflege fehlt. Zu was zwingt z. B. der Flurzwang? Und was regelten die Verkoppelungsgesetze des 18. Jahrhunderts? Hier wären ein paar Erläuterungen gut gewesen.

Am meisten Freude an dem Buch bereiten jedoch die zahlreichen Fotos. Zu sehen gibt es die Knicklandschaft im Wandel der Jahreszeiten und viele schöne Detailaufnahmen von Tieren und Pflanzen. Hier merkt man, wie den Autoren und Herausgebern das grüne Netz am Herzen liegt.

Hanna Weise

Historischer Landweg zwischen Norden und Süden I

**Jesper Asmussen
Hærvejen fra Skagen til
Rendsborg
Aarhus: Turbine 2020. 256 S.**

Der Titel des Buchs lautet übersetzt „Der Ochsenweg von Skagen nach Rendsborg“ und könnte auf Verwunderung stoßen, denn nördlich des Limfjords geschweige denn von Skagen aus vom „Ochsenweg“ zu sprechen, ist eine neue Erscheinung. Soweit es dem Rezensenten bekannt ist, hat dies bisher noch niemand getan. Dafür gibt es auch keine historischen Belege. Die ältesten Quellen von Adam von Bremen und einem isländischen Abt nehmen ihren Ausgangspunkt in Aalborg als nördlichsten Punkt auf dem Weg, der in späteren Zeiten Ochsenweg getauft wurde. Ebenso verfahren Fachleute der Gegenwart, die sich mit der Thematik auskennen. Der Autor ist sich offenbar selbst im Zweifel, denn die Darstellung wird auf Seite 8 mit folgenden Worten eingeleitet: „Einige der Wege in Vendsyssel können vielleicht eher als Pilgerwege denn als Ochsenwege bezeichnet werden.“ Ab Aalborg bewegt sich der Autor auf gesicherterem Terrain. In den folgenden sieben Kapiteln werden die Leser*innen umfassend über historische Orte, geografische Lokalitäten und Ereignisse informiert, die eine Verbindung zum Ochsenweg bis nach

Rendsburg aufweisen. Auch andere Ereignisse werden erwähnt, darunter der Mord an dem dänischen Pastor und Schriftsteller Kaj Munk 1944, die Einführung des Warenzeichens „Lurmærke“ für dänische Butter, die Sicherungsstellung Nord aus dem Ersten Weltkrieg sowie das Ende des Zweiten Weltkriegs in Flensburg und Mürwik im Jahr 1945. Mit anderen Worten: Die Leser*innen kommen weit herum.

Dahingegen finden sich eher wenige Informationen über den wechselnden Verlauf, die Beschaffenheit und die Verwendung des Ochsenweges im Laufe der Zeit. Der Ochsenweg ist somit der Leitfaden in dieser topografischen Darstellung, tritt jedoch selbst nur hin und wieder in Erscheinung. Daher wäre es richtiger gewesen, dem Buch den Titel „Entlang des Ochsenwegs“ zu geben.

Trotz der genannten Einwände muss betont werden, dass das Buch sehr lesenswert und die Sprache gut verständlich ist. Die Leser*innen erhalten unterwegs eine Fülle an Informationen. Hinzu kommt, dass es sich um ein gut aufgemachtes Buch mit einer Fülle an Illustrationen, Landkarten und QR-Codes handelt, die die Suche nach weiteren Denkmälern erleichtert. Kurz gesagt: Der Verlag und der Autor haben einen großen Einsatz geleistet, um den Lesenden ein gutes Erlebnis zu beschern, wenn diese das Buch in Händen halten.

Der Autor hat sich mit einem großen und sehr abwechslungsreichen Sach-

gebiet beschäftigt, das vieler Quellen und einer großen Menge an Literatur bedarf. Daher wäre es relevant gewesen, auch ein Literaturverzeichnis einzubinden.

Henrik Becker-Christensen
Übersetzung: Ruth Clausen

Historischer Landweg zwischen Norden und Süden II

Carsten Dürkob
Der alte Ochsenweg
Eine Spurensuche zwischen
Flensburg und Wedel
Bad Langensalza: Boyens 2021.
176 S.

Das Buch wird durch ein sehr informatives Kapitel mit der Überschrift „Von Ochsen und Wegen“ eingeleitet. In einem kurzen Abriss erhalten Leser*innen einen Einblick in die Geschichte des Weges, die verschiedenen Routen und die Funktion als „Ochsenweg“ bzw. „-wege“ im Laufe mehrerer Jahrhunderte. Hier finden Leser*innen auch die erste Andeutung darauf, dass das Buch eine besondere Relevanz für Tourist*innen und Ochsenweginteressierte hat, die das Fahrrad als Transportmittel wählen. Auf Seite 14 wird erwähnt, dass der Fern-Radwanderweg durch Schleswig-Holstein unter dem Namen Ochsenweg „zu dem Missverständnis [verleitet], dass der Radweg exakt auf der historischen Route verlaufe“. Das ist eine wichtige Information.

Nach einer kurzen Erwähnung der Strecke nördlich der deutsch-dänischen Grenze geht es in den folgenden Abschnitten nach Süden über den „Krummen Weg“ durch Flensburg nach Rendsburg, danach über die Eider entlang zweier unterschiedlicher Routen, über Neumünster beziehungsweise Itzehoe, bis zur Elbe. Unterwegs werden mehrere der erhaltenen, hier als Originalstraßen bezeichneten, beinahe unberührten Strecken des Ochsenwegs erwähnt und auch bebildert. Das veranschaulicht auch der Untertitel des Buchs, „Eine Spurensuche zwischen Flensburg und Wedel“ und gibt Leser*innen einen guten Einblick in das frühere Aussehen und den Verlauf des Weges beziehungsweise der Wege. Ebenso finden Orte und Ereignisse Erwähnung, die in geschichtlicher Perspektive mit dem Ochsenweg verbunden sind.

An einer Stelle verlässt der Autor jedoch die Fachprosa mit einem fiktionalen Text auf der Grundlage von erhaltenen Schilderungen. Im Abschnitt „Unterwegs um 1610“ mit dem Untertitel „So könnte es gewesen sein“ stellt sich der Autor auf acht Seiten vor, wie ein Ochsentreiber die Reise und sein Gewerbe anno 1610 erlebt haben könnte.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es sich um ein ansprechendes Buch handelt. Der lezenswerte Text wird durch viele gute Illustrationen und nicht zuletzt gute Landkarten ergänzt. Dies ist eine

beträchtliche Hilfe für diejenigen, die den Ochsenweg näher kennenlernen möchten. Wie in der Einleitung bereits erwähnt, gilt dies insbesondere Radfahrer*innen, und so ist es sehr hilfreich, dass es an mehreren Stellen im Buch eine besondere Rubrik mit der Überschrift „Achtung, Radfahrer“ mit praktischen Informationen über die Beschaffenheit des Weges gibt. Doch Radfahrer*innen sollten sich darüber im Klaren sein, dass sie einen kleineren Rucksack oder eine Tasche auf die Fahrt mitnehmen sollten, denn das Buch ist kein Taschenbuch. Mit seinen 22x28 cm handelt es sich um ein einladendes Werk über die von Norden nach Süden verlaufende historische Verkehrsader von Schleswig nach Holstein.

Henrik Becker-Christensen
Übersetzung: Ruth Clausen

**Zwei grenzüberschreitende
Reiseführer für das alte
Herzogtum Schleswig**

**Barbara Post, Stefan Lipsky
Von Eiderstedt nach Ribe
und**

**Von Haithabu nach Haderslev
Tourenbegleiter von Schleswig-
Holstein nach Dänemark
Heide: Boyens 2021, 173 bzw.
183 S.**

Diese beiden Bücher verfolgen einen erfrischenden, neuen Ansatz. Sie beschreiben nicht den deutschen Teil Schlesiws und dann in einem anderen Band Nordschleswig, sie unterteilen die Region nicht nach politisch-nationalen Grenzen, sondern eher nach historisch-kulturellen und landschaftlichen Gliederungen, deren Grenzen sich aufgrund der geologischen Gegebenheiten eher von Norden nach Süden statt von Westen nach Osten ziehen, so dass im Westen die Marsch, in der Mitte die Geest und im Osten das Hügelland zu finden sind. Die Prämisse dabei ist, dass die Regionen der Nordseeküste staatsgrenzüberschreitend vielleicht mehr miteinander gemeinsam haben, als die Westküste mit der Ostküste.

Der erste Band ist in die Kapitel Eiderstedt, Nordfriesland (Friedrichstadt bis Süderlügum), nordfriesische Inseln und die dänische Westküste bis Ribe eingeteilt. Der Band über die Ostseeküste enthält die Abschnitte

Schleswig und Haithabu, Schleiregion, Angeln und Flensburger Förde, Flensburg bis zur Königsau, Ochsenweg sowie einen Ausblick in Richtung Norden nach Årø, Christiansfeld, Hadersleben und Nydam.

Beide Werke enthalten sehr schöne Fotografien, ein Literatur-, sowie zwei Ortsverzeichnisse, Angaben zu entsprechenden Internetseiten und jeweils eine kurze Zeittafel über die Historie der Region. Sie sind sehr empfehlenswert, da sie mehr als nur oberflächliche Beschreibungen liefern. Lesende erfahren etwas über die (Kultur)Geschichte der jeweiligen Orte, wie beispielsweise über Schlesiws Dom, die Klappbrücke von Kappeln oder südjütische Kaffeetafeln im Ostseeküstenband bzw. über das ehemalige Konzentrationslager Husum-Schwesing, frühmittelalterliche Tatinger Kannen und das Dr.-Carl-Häberlin-Friesen-Museum in Wyk auf Föhr.

Dass ein paar Abschnitte in beiden Büchern wortgleich auftauchen, tut der Sache keinen Abbruch, da Lesende ja ggf. nur eines der beiden Werke zur Zeit kaufen.

Levke Bittlinger

Radreiseführer für den „echten Norden“

**Hans-Dieter Reinke, Daniel
Hugenbusch, David Hugenbusch
Schleswig-Holstein
Die schönsten Radtouren
Hamburg: Ellert & Richter Verlag
2021, 240 S.**

Das Autorenteam, bestehend aus einem Biologen, einem Chemiker und einem Geografen, hat nach mehreren Büchern nun einen neuen Radreiseführer für Halb- und Ganztagestouren in Schleswig-Holstein (und Hamburg) herausgegeben. Unter den 23 bis 113 Kilometer langen Touren befinden sich einige z. B. auf den nordfriesischen Inseln, auf Eiderstedt, an der Schlei und der Kieler Förde, aber auch im Binnenland, am Plöner und anderen Seen, dem Nord-Ostsee-Kanal sowie an Elbe und Elbe-Lübeck-Kanal. Bei den meisten, aber nicht allen Streckenvorschlägen handelt es sich um Rundtouren, die am Ausgangspunkt auch wieder enden. Sie greifen dabei überwiegend auf bereits vorhandene Strecken von Regionalrouten und Fernradwegen (z. B. dem Wiking-Friesen-Weg) zurück, geben aber auch Hinweise auf Alternativen, Abkürzungen oder Ergänzungen zum eigentlichen Tourenvorschlag. Sie liefern eine Beschreibung der Strecke und eine Auswahl der Sehenswürdigkeiten und Einkehrmöglichkeiten entlang der Route samt Adressen und jeweils einer Karte. Man findet An-

gaben zur Streckenlänge und Fahrt-dauer sowie die Anbindung von Start und Ziel an das öffentliche Verkehrsnetz inkl. Fahrradmitnahmemöglichkeit. Die Autoren verweisen auf Tourismusagenturen und geeignete Kartenwerke. Ihre Tourenvorschläge machen Lust darauf, sich sofort aufs Fahrrad zu setzen und loszufahren. Etwas Planung ist dennoch vonnöten, da die Anreise mit Zug/Bus oder PKW sowie ggf. entsprechendes gedrucktes oder elektronisches Kartenmaterial organisiert werden müsste. Das i-Tüpfelchen für dieses Buch im handlichen Mitnahmeformat wäre die Bereitstellung der entsprechenden GPS-Tracks zum Download gewesen und nicht nur die Hinweise auf entsprechende Tracks für einige Abschnitte auf den Radfernwegen bei den Touristinformationen.

Levke Bittlinger

Unterhaltsamer Reiseführer über Dänemark

Katja Josteit
Fettnäpfchenführer Dänemark
Hygge im Herzen
Neuss: Conbook Medien GmbH
2020. 252 S.

Der „Fettnäpfchenführer Dänemark“ von Katja Josteit vermittelt allen Dänemark-Urlauber*innen Wissenswertes über das Land und seine Gepflogenheiten auf die etwas andere Art und Weise. Wer auf unterhaltsamem Wege Fakten über Dänemark und nützliche Informationen für den nächsten Urlaub im Land vermittelt bekommen möchte, statt sich durch humorlose schematische Reiseführer zu arbeiten, ist beim „Fettnäpfchenführer Dänemark“ genau richtig. Anhand der beiden Protagonisten Katie und Jan erzählt Katja Josteit von den Dos and Don'ts für die Dänemark-Reisenden. Nach dem Muster – anekdotische Erzählung und daran anschließend faktenbasierte Aufklärung – arbeitet sich Katja Josteit an einer breiten Themenpalette ab. Schon nach den ersten Kapiteln gelingt es der Autorin, das Eigentümliche eines Dänemark-Urlaubs und einige der Eigenheiten Dänemarks auf erfrischende Weise zu vermitteln. Man bekommt somit bereits zu Beginn eine Ahnung davon, was mit „hygge“ alles gemeint sein kann, und hat auch bereits vom „jantelov“ gehört. In Kapitel neun lernt man dann, dass „hygge“

mehr als nur Kerzenschein, Häkelnadeln und ein Schaffell ist. Schließlich ist „hygge“ der Ausdruck für das dänische Lebensgefühl in allen Lebenslagen. So schlussfolgert Katja Josteit: „Hygge wohnt im Herzen“.

Zu Herzen nehmen sollte man sich auch die vielen anderen nützlichen Tipps, sei es zum Parken, dem Hissen der Flagge oder dem Umgang mit dem wechselhaften Wetter. Was im Buch hingegen nicht vorkommt, sind Einblicke in die dänische Politik oder Geschichte im eigentlichen Sinne. Auch sämtliches Kartenmaterial sucht man vergeblich. Aber das ist auch nicht der Zweck dieses Buches, schließlich handelt es sich hier um einen „Fettnäpfchenführer“. Und von den Fettnäpfchen gibt es mehr, als man zunächst glaubt.

Ihr lebendiger Erzählstil zusammen mit dem eleganten Einflechten scheinbar beiläufiger Details verrät, dass auch die Autorin selbst ganz viel „hygge“ erlebt haben muss, als sie das Buch verfasst hat. Wer es liest, wird sicher ebenfalls mit noch mehr „Gemütlichkeit“ in den nächsten Urlaub nach Dänemark reisen.

Nils Baum

Aktuelle Ausgabe

Sie möchten das Grenzfriedensheft beziehen?
Dann wenden Sie sich bitte direkt an den

ADS-Grenzfriedensbund e.V.:
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

Mürwiker Straße 115 · 24943 Flensburg
Telefon: 04 61 - 8 69 30 · Telefax: 04 61 - 86 93 20
E-Mail: info@ads-flensburg.de
Internet: www.ads-flensburg.de

Oder besuchen Sie unser Online-Archiv

im Internet unter:
<https://www.ads-flensburg.de/archiv.html>

Dort finden Sie zur Zeit die
digitalen Ausgaben der Grenzfriedenshefte,
von 2006 bis zur aktuellen Ausgabe.

Wir arbeiten an der Digitalisierung aller
erschiedenen Ausgaben und werden diese voraussichtlich
2022 vollständig in unser Archiv einpflegt haben.

MITARBEITER/INNEN DIESES HEFTES

Nils Baum
Journalist
Apenrade

Prof. Dr. Henrik Becker Christensen
Historiker, Generalkonsul i. R.
Apenrade

Dr. Levke Bittlinger
Kulturanthropologin, Koordinatorin
im Wissenschaftsmanagement
Flensburg / Kiel

Michael Brengsbo
Historiker, Lektor und
Hochschullehrer
Odense

Yvonne Buchholz, M. Sc.
Ökologin
Flensburg

Melanie Christiansen, M. Sc.
Freiberufliche Biologin
Kollund

Ruth E. Clausen, Dipl.-Museologin
Archivleiterin
Glücksburg / Apenrade

Prof. Dr. Uwe Danker
Professor für Geschichte
und Geschichtsdidaktik,
Direktor der Forschungsstelle
für Regionale Zeitgeschichte
und Publik History an der
Europa Universität
Flensburg

Ilse Friis, cand. mag.
Rektorin i. R.
Apenrade

Thomas Wegener Friis, ph.d.
Historiker, Lektor und
Hochschullehrer
Odense

Kim Furdal, ph.d.
Historiker, Museumsleiter
Aerø

Jens Christian Hansen ph.d.
Historiker
Vendsyssel Historiske Museum
Hjørring

Dr. Karin Haug
Journalistin
Flensburg

Charlotte Jagusch, M. Ed.
Gymnasiallehrerin
Kiel / Apenrade

Patrick Jahn
Oberstudienrat,
Gymnasiallehrer
Rendsburg

Marie- Theres Marx
Wiss. Mitarbeiterin
Forschungsstelle für
regionale Zeitgeschichte
und Public History
Europa Universität
Flensburg

Frank Omland
Regionalgeschichtsforscher
Hamburg

Melanie Ortel
Studentin, wiss. Hilfskraft
Forschungsstelle für regionale
Zeitgeschichte und Public History
Europa Universität Flensburg

René Rasmussen, cand. mag.
Historiker und Museumsinspektor
Sonderburg

Prof. Dr. Jan Rüdiger
Historiker und Hochschullehrer
Hamburg / Basel

Gerret Liebing Schlaber ph.d.
Historiker und Gymnasiallehrer
Apenrade

Karl-Werner Schunck
Verwaltungsjurist i. R.
Eckernförde

Frode Sørensen
Autor, Politiker,
dän. Steuerminister i.R.
Sonderburg

Jan Waitzmann
Wiss. Mitarbeiter
Forschungsstelle für regionale
Zeitgeschichte und Public History
Europa Universität
Flensburg

Dr. Hanna Weise
Ökologin
Flensburg/Kiel

Leah Zeidler
Studentin, wiss. Hilfskraft
Forschungsstelle für regionale
Zeitgeschichte und Public History
Europa Universität
Flensburg

